

Sicherheit 2011

**Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Silvia Würmli, Esther Bisig

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger

Center for Security Studies, ETH Zürich
und Militärakademie an der ETH Zürich



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Schweizer Armee



Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

Die Reihe «Sicherheit» sowie die anderen Publikationen des Center for Security Studies und der Militärakademie sind im Internet im Volltext verfügbar:
www.css.ethz.ch / www.milak.ch.

Die der Studie zugrunde liegenden Datensätze sind archiviert bei der Swiss Foundation of Research in Social Science (FORS): www2.unil.ch/fors

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch und Andreas Wenger
Center for Security Studies, ETH Zürich
Militärakademie an der ETH Zürich

© 2011 ETH Zürich
Center for Security Studies
Haldeneggsteig 4, IFW
8092 Zürich / Schweiz
E-Mail: css@sipo.gess.ethz.ch

Militärakademie an der ETH Zürich
Kaserne, 8903 Birmensdorf
E-Mail: tibor.szvircsev@vtg.admin.ch

Umschlaggestaltung: Susana Perrottet Rios
Layout und Satz: Marion Ronca
Grafiken: Frank Haydon

Schriftarten: «Adobe Garamond pro» und «Neue Helvetica»

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und fotomechanische oder elektronische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der beiden Institutionen.

Die in der Reihe «Sicherheit» wiedergegebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

ISBN 3-905696-32-0
ISSN 1424-5698

Sicherheit 2011

**Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Silvia Würmli, Esther Bisig

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger

Center for Security Studies, ETH Zürich
und Militärakademie an der ETH Zürich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Kurzzusammenfassung	9
Condensé	11
Sintesi	13
Executive Summary	15
Zusammenfassung der Studie «Sicherheit 2011»	17
Ziele und Datenbasis	17
Trends und Tendenzen	18
Fazit	27
Résumé de l'étude «Sécurité 2011»	29
Buts et bases de données	29
Courants et tendances	30
Bilan	39
Riassunto del sondaggio «Sicurezza 2011»	41
Obiettivi e dati	41
Tendenze	42
Punto della situazione	51
Summary of the survey “Security 2011”	53
Goals and Database	53
Trends and Tendencies	54
Conclusion	62
1 Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2010	63
1.1 Globale Machtverschiebungen – Krisen im Mittleren Osten und in Südwestasien – Homegrown Terrorismus	63
1.2 Aussenpolitik: Zukunft des EU-Bilateralismus – Ende der Libyenkrise – Beteiligung an Sanktionen – Rekordjahr der Katastrophenhilfe	65
1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Sicherheitsbericht und Armeebericht – Zunahme der Zivildienstgesuche – Verschiebung Tiger-Teilersatz	68

1.4	Innere Sicherheit: Start NDB – Ausschaffungsinitiative – Armeeeinsätze	70
2	Untersuchungsdesign	73
3	Datenbasis	75
4	Sicherheitsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt	79
4.1	Allgemeines Sicherheitsempfinden	79
4.2	Assoziationen zum Begriff «Sicherheit»	81
4.3	Zukunftseinschätzung der Schweiz	86
4.4	Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage	88
4.5	Wahrnehmung militärischer Bedrohung der Schweiz	89
4.6	Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit	90
5	Vertrauen in ausgewählte Institutionen und in die Politik im Allgemeinen	95
5.1	Institutionen-Vertrauensindex	95
5.2	Verhältnis zwischen Vertrauen und Sicherheit	98
6	Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen	101
6.1	Eine skalenartige Fragebatterie als Grundlage	101
6.2	Die 17 Indikatoren der Öffnungsbereitschaft bzw. der Autonomie im Trend	102
6.3	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bindung oder Annäherung an die Europäische Union	102
6.4	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung	104
6.5	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Erhöhtes Engagement in der Uno	105
6.6	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen	106
6.7	Betonung nationaler Autonomie	108
6.8	Politische Einstellung, soziodemographische Merkmale und Öffnung versus Autonomie	109
6.9	Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993 bis 2011	112

7	Die Neutralität	117
7.1.	Allgemeine Zustimmung zur Neutralität und zu den Ausgestaltungsformen der Neutralität	117
7.2	Neutralitätsfunktionen	119
7.3	Neutralität und internationale Verflechtung, Neutralität als finaler Wert	124
7.4	Neutralitätsauffassungen – eine Typologie	126
8	Auslandeinsätze der Schweizer Armee	133
8.1	Bekanntheit ausgewählter Auslandeinsätze	133
8.2	Bewertung des Swisscoy-Einsatzes	135
8.3	Umfang des Swisscoy-Einsatzes	138
9	Die Armee als Spiegelbild der Gesellschaft	141
9.1	Notwendigkeit der Armee	141
9.2	Ausrüstung und Ausbildung	146
9.3	Relevanz der Armee	148
9.4	Gesellschaftliche Rolle der Armee	149
9.5	Performance	150
9.6	Gesamtbild nach soziodemographischen Variablen	152
9.7	Vertrauen und Performance	155
10	Wehrpflicht und alternative Dienstmodelle	159
10.1	Akzeptanz der Wehrstruktur und der Rekrutierungsform	159
10.2	Positive und negative Aspekte der Wehrpflicht	162
10.3	Alternative Dienstmodelle	167
10.4	Vertrauen in eine Freiwilligenarmee	170
11	Militärische Weiterbildung und Prestigewert einer Milizkaderposition	173
12	Verteidigungsausgaben	181
	Literaturhinweise	183
	Verwendete Literatur	183
	Quellenhinweise zu den Daten der Erhebungsreihe «Sicherheit»	184
	ANHANG I	189
I	Die Qualität der Variablen	189
II	Korrelationen und Koeffizienten	189

III	Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels χ^2 -Test	190
IV	Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels t-Test	191
V	Die Clusteranalyse	191
VI	Regressionsanalyse	192
ANHANG II		195
I	Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung	195
ANHANG III		
	Sicherheit 2011 – Fragebogen und Häufigkeitstabellen	201

Vorwort

Die vorliegende Studie «Sicherheit 2011» ist die 13. Ausgabe der seit 1999 unter dem Titel «Sicherheit» erscheinenden Studienreihe. Die Studien beruhen auf einem Kern von Fragestellungen und Daten, die bis 1993 und zum Teil noch weiter zurückreichen. Mit jedem Jahresband werden die Zeitreihen länger. Damit wird dem Studienkonzept, Tendenzen und längerfristige Trends in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Bevölkerung mittels Repräsentativerhebungen sichtbar zu machen, noch besser Rechnung getragen. Die Herausgeberinnen, die *Militärakademie an der ETH Zürich* und das *Center for Security Studies, ETH Zürich*, hoffen, damit den langfristigen Interessen der Politik, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zu dienen.

In bewährter Weise beginnt der Band mit den Zusammenfassungen der wichtigsten Ergebnisse in verschiedenen Sprachen und einer «Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse», bevor die im Januar und Februar 2011 erfolgte Erhebung analysiert und die Daten im Einzelnen ausgewiesen werden. Neben langjährigen Standardfragen werden jährlich ergänzende Themen aufgegriffen: Im vorliegenden Band wird den *Assoziationen zum Begriff «Sicherheit»*, dem *Bekanntheitsgrad verschiedener internationaler Einsätze der Schweizer Armee*, der *Beurteilung der Effektivität des Einsatzes der Swisscoy im Kosovo*, der *Zufriedenheit mit der Leistung der Armee*, der *Zustimmung zu alternativen Dienstmodellen*, und der *Wahrnehmung positiver und negativer Aspekte der Wehrpflicht* besonderer Raum gewidmet.

Die Autoren und Herausgeber danken Marion Ronca für die Herstellung des Layouts und Frank Haydon für die Anfertigung der Abbildungen. Sie bedanken sich bei Elisabeth Matousek für die französische, bei Christopher Onuoha für die englische Übersetzung. Res Marti sei für die Mithilfe bei der Kodierung der offenen Antworten gedankt. Für das Gegenlesen des Manuskripts geht der Dank an Markus Kratochwill und Markus Williner. Lajescha Dubler und Danny Bürkli danken wir für die Zusammenstellung und Aufbereitung des Materials für die Chronologie.

Dr. Tibor Szvircsev Tresch
Militärakademie
an der ETH Zürich

Prof. Dr. Andreas Wenger
Center for Security Studies,
ETH Zürich

Kurzzusammenfassung

Allgemeines Sicherheitsempfinden: Die Schweizer Stimmbevölkerung fühlt sich sicher, doch sie schätzt die Entwicklung im Ausland düsterer ein als ein Jahr zuvor. Nachdem der landesweite Zukunftsoptimismus und das Sicherheitsgefühl 2010 gegenüber dem Vorjahr noch leicht abnahmen, kann im Januar 2011 insbesondere beim Zukunftsoptimismus in die Schweiz ein markanter Anstieg um 15 Prozentpunkte beobachtet werden. In den letzten zwanzig Jahren fühlten sich die SchweizerInnen selten so sicher und optimistisch in Bezug auf die Schweiz wie im Januar 2011. Die Wahrnehmung einer düsteren Entwicklung der weltpolitischen Lage hat sich hingegen deutlich um elf Prozentpunkte verstärkt.

Vertrauen in Institutionen: Die Gesamtrangierung bleibt beinahe unverändert gegenüber den Jahren zuvor: Hohes Vertrauen in die Polizei, gefolgt von demjenigen in die Gerichte und dieses Jahr auch in die Wirtschaft, mittleres in die Bundesbehörden und Armee, geringes in die Medien und Parteien. Hervorzuheben ist dieses Jahr der deutliche Vertrauensverlust in die Gerichte sowie die moderaten Vertrauensverluste in die politischen Parteien und zum zweiten Mal in Folge in das Parlament. Einzig an Vertrauen gewonnen hat – wie 2010 – die Schweizer Wirtschaft.

Autonomismus und Öffnungsbereitschaft: Mit einer düsteren Wahrnehmung der weltpolitischen Lage scheint auch der Wunsch nach mehr Autonomie einherzugehen. Seit Beginn der Erhebungsreihe «Sicherheit» zeigten sich die SchweizerInnen noch nie so skeptisch gegenüber der EU wie im Januar 2011. Die Zustimmung zu einer Annäherung oder zu einem Beitritt ist innerhalb eines Jahres markant um 13 respektive 12 Prozentpunkte gesunken. Gleichzeitig wurde die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit der Schweiz noch nie so vehement gefordert. Die Zustimmung zur Uno zeigt sich stabil bei ca. Zweidritteln. Auch die Befürwortung einer internationalen Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindung befindet sich weiterhin im Mehrheitsbereich, auch wenn die Unterstützung dieser Kooperationsform leicht abgenommen hat.

Neutralität: Eine Abschaffung der Schweizer Neutralität bleibt undenkbar: Die Neutralität wird von mehr als 90 Prozent der SchweizerInnen befürwortet und erfährt im Jahresvergleich einen zunehmenden Rückhalt. Weiterhin sehr hohe Befürwortung erfahren die Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität. Die

Unterstützung der Solidaritätsfunktion ist ähnlich wie diejenige der Kooperation ohne Souveränitätsminderung aber leicht gesunken. Die sicherheitspolitische Funktion wird immer noch mehrheitlich gutgeheissen, jedoch auf einem tieferen Niveau. Hinterfragt wird insbesondere die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität.

Armee: Die Stimmbevölkerung zeigt ein ambivalentes Verhältnis gegenüber der Armee. Einerseits wird sie als notwendig und wichtig erachtet und auch die Milizkarriere erfreut sich weiterhin eines hohen Prestigewerts. Andererseits zweifelt die Schweizer Bevölkerung an der Verteidigungsfähigkeit der Armee im Ernstfall, einhergehend mit einer abnehmenden Bereitschaft, die Verteidigungsausgaben weiter zu kürzen. Auch das Vertrauen in die Armee liegt weiterhin unter dem langjährigen Mittel. In der Frage der geeigneten Wehrstruktur für die Landesverteidigung und zur gesellschaftlichen Rolle der Armee besteht kein Konsens: Die SchweizerInnen halten sie genauso häufig für ein notwendiges Übel wie für zentral im schweizerischen Leben. Die Hälfte der Stimmbevölkerung steht hinter dem Milizsystem; ebenso viele favorisieren das Modell einer Berufsarmee. Trotzdem ist der Rückhalt für die obligatorische Dienstleistung für Männer gross, sei es in Form der Wehrpflicht oder einer allgemeinen Dienstpflicht. Frauen sollen nicht zu einem obligatorischen Militärdienst verpflichtet werden und Ausländer sollen von einer (freiwilligen) Militärdienstleistung ausgeschlossen bleiben.

Auslandeinsätze: Auslandeinsätze werden im langjährigen Vergleich kritischer beurteilt. So wird erstmals seit 1995 die Entsendung von Schweizer Friedenstruppen im Rahmen der Uno genauso häufig befürwortet wie abgelehnt. Der Bekanntheitsgrad der internationalen Einsätze der Schweizer Armee ist gering. Der in der Bevölkerung bekannteste Einsatz – die Swisscoy im Kosovo – wird tendenziell als Erfolg bewertet. Allerdings fällt es der Schweizer Bevölkerung schwer, die Auswirkungen dieses Einsatzes konkret zu beurteilen.

Condensé

Sentiment général de sécurité: Les citoyennes et citoyens suisses se sentent en sécurité. Toutefois, ils estiment que l'évolution de la situation politique mondiale est plus sombre que l'année précédente. Alors qu'en 2010 l'optimisme et le sentiment de sécurité avaient légèrement baissé, on constate en janvier 2011 une hausse significative de 15% de l'optimisme en ce qui concerne l'avenir de la Suisse. Durant ces vingt dernières années, les Suisses ne se sont jamais sentis aussi en sécurité et optimistes concernant l'avenir de la Suisse qu'en janvier 2011. Cependant, l'évaluation de l'évolution de la situation mondiale est nettement plus sombre. Cette perception s'est renforcée de 11%.

Confiance dans les institutions: Le classement des institutions en fonction de la confiance de la population suisse reste presque inchangé par rapport aux années précédentes: confiance élevée dans la police, la justice et cette année aussi dans l'économie. La confiance octroyée aux autorités fédérales et à l'armée est mesurée, celle à l'égard des médias et des partis est moindre. Soulignons, la nette perte de confiance à l'égard des tribunaux ainsi que la perte de confiance modérée à l'égard des partis politiques, et pour la deuxième fois consécutivement à l'égard du Parlement. Comme en 2010, l'économie suisse est la seule institution qui jouisse d'une confiance plus élevée.

Autonomisme et volonté d'ouverture: La perception plus sombre de la situation politique mondiale semble s'accompagner du désir d'une augmentation d'autonomie. Depuis le début des relevés «Sicherheit», les citoyennes et citoyens suisses ne se sont encore jamais montrés aussi sceptiques envers l'UE qu'en janvier 2011. Le taux d'approbation d'un rapprochement ou d'une adhésion a baissé respectivement de treize pour cent et douze pour cent, ce qui a une valeur statistiquement significative. Parallèlement, l'autonomie économique et politique de la Suisse n'a jamais été exigée avec autant de véhémence. Le taux d'approbation dont jouit l'ONU est stable, ce qui représente environ deux tiers des personnes interrogées. Les partisans d'une coopération internationale sans lien institutionnel susceptible de restreindre la souveraineté sont aussi cette année majoritaires, bien que le soutien accordé à cette forme de coopération ait légèrement diminué.

Neutralité: La suppression de la neutralité suisse reste inenvisageable. 90% des citoyennes et citoyens sont en faveur de la neutralité, ce qui représente une tendance grandissante depuis des années. Les aspects de la neutralité se référant à la solidarité et à l'identité continuent de jouir d'une approbation très élevée. Toutefois, le soutien apporté à la fonction de solidarité et à la coopération sans restriction de souveraineté a légèrement baissé. La fonction de la neutralité en matière de politique de sécurité est encore majoritairement approuvée, cependant moins fortement. L'application de la neutralité armée est particulièrement remise en question.

Armée: Le comportement de la population suisse envers l'armée est ambivalent. Elle la considère comme étant nécessaire et importante. La pression budgétaire souhaitée par la population diminue encore. Les cadres de milice continuent de jouir d'un prestige élevé. Toutefois, la capacité de défense est remise en question et la population accorde à l'armée une confiance inférieure à la moyenne enregistrée ces années passées. Il n'existe également pas de consensus concernant la structure de l'armée pour la défense nationale ni le rôle de l'armée dans la société. Autant de citoyennes et citoyens suisses considèrent que l'armée est un mal nécessaire ou qu'elle joue un rôle central dans la société. Les partisans de l'armée de milice sont aussi nombreux que ceux de l'armée professionnelle. Malgré tout, le soutien accordé à l'obligation de servir pour les hommes est important, que ce soit sous forme de service militaire obligatoire ou d'une obligation générale de servir à la communauté. De plus, les relevés montrent que les personnes interrogées sont opposées au service militaire obligatoire pour les femmes ainsi qu'aux obligations militaires (volontaires) pour les étrangers.

Engagements de l'armée à l'étranger: Les engagements de l'armée à l'étranger sont évalués avec davantage de critique. Ainsi, pour la première fois depuis 1995, l'envoi de troupes onusiennes pour le maintien de la paix est autant approuvé que refusé. Le niveau de connaissances concernant les engagements de l'Armée suisse sur le plan international est bas. Une tendance montre que l'engagement de la Swisscoy au Kosovo est le plus connu et qu'il est évalué comme étant un succès. Cependant, la population suisse a quelque difficulté à évaluer les conséquences de cet engagement.

Sintesi

Sensazione generale di sicurezza: sebbene si sentano sicuri, i cittadini svizzeri ritengono che la situazione all'estero sia più cupa rispetto a un anno fa. Dopo che nel 2010 si è registrato ancora un leggero calo della sensazione di sicurezza e dell'ottimismo a livello nazionale nei confronti del futuro, nel mese di gennaio del 2011 si può constatare un netto aumento soprattutto per quanto concerne l'ottimismo nei confronti del futuro della Svizzera, che sale di ben 15 punti percentuali. Negli ultimi vent'anni raramente i cittadini si sono sentiti così sicuri e ottimisti nei confronti della Svizzera come nel gennaio 2011. La percezione di un andamento più cupo della situazione politica mondiale, invece, si è rafforzata significativamente, aumentando dell'undici per cento.

Fiducia nelle istituzioni: la graduatoria complessiva della fiducia accordata dalla popolazione alle istituzioni rimane pressoché invariata rispetto agli anni precedenti. In cima alla classifica troviamo la polizia, seguita dai tribunali e quest'anno anche dall'economia, a metà le autorità federali e l'esercito, mentre agli ultimi posti troviamo i media e i partiti. Quest'anno vale la pena sottolineare la significativa perdita di fiducia nei tribunali e il calo moderato dei punteggi relativi ai partiti politici e, per la seconda volta consecutiva, al Parlamento. L'unica ad aver acquistato maggiore fiducia è – come nel 2010 – l'economia svizzera.

Autonomia e volontà d'apertura: la percezione più cupa della situazione politica mondiale sembra essere accompagnata anche dal desiderio di una maggiore autonomia. Dall'inizio dei sondaggi in materia di «Sicurezza», la popolazione svizzera non si è mai dimostrata così scettica verso l'Unione Europea come nel mese di gennaio del 2011. Nell'arco di un anno la percentuale di consenso nei confronti di un avvicinamento o un'adesione all'UE è calata drasticamente, rispettivamente di tredici e dodici punti. Allo stesso tempo, l'indipendenza economica e politica della Svizzera non è mai stata invocata con una tale veemenza. Il grado d'approvazione nei confronti dell'ONU resta stabile a circa due terzi. Anche i fautori di una cooperazione internazionale senza legami istituzionali – suscettibili di ridurre la sovranità nazionale – continuano a rappresentare una chiara maggioranza, sebbene il sostegno di tale forma di cooperazione sia leggermente calato.

Neutralità: abolire la neutralità svizzera rimane impensabile, essendo quest'ultima sostenuta da oltre il novanta per cento della popolazione svizzera – una percentuale tendenzialmente in ascesa nel corso del tempo. Continuano a riscuotere grande approvazione gli aspetti della neutralità riferiti alla solidarietà e all'identità nazionale. Analogamente alla cooperazione senza pregiudizio della sovranità nazionale, tuttavia, anche il sostegno nei confronti della funzione di solidarietà ha registrato una lieve flessione. La funzione a livello di politica della sicurezza, invece, continua a raccogliere consensi dalla maggioranza della popolazione, anche se a un livello inferiore. Viene messa in discussione, in particolare, la possibilità di imporre la neutralità armata.

Esercito: la popolazione evidenzia un atteggiamento ambivalente nei confronti dell'esercito. Sebbene da un lato lo ritenga necessario e importante, e nonostante la pressione al risparmio auspicata dalla popolazione si attenui nuovamente e una carriera nella milizia continui a godere di particolare prestigio, dall'altro i cittadini mettono in dubbio la sua capacità di difesa, tanto che la fiducia nell'esercito permane al di sotto della media degli ultimi anni. Analogamente non vi è consenso in merito alla questione della struttura militare più adatta alla difesa della nazione e al ruolo sociale dell'esercito: quest'ultimo tende a essere considerato un male necessario ma fondamentale per la vita del Paese e divide la popolazione a metà tra i sostenitori di un esercito di milizia e i favorevoli a un esercito di professionisti per la difesa nazionale. Il favore nei confronti del servizio obbligatorio per gli uomini è comunque elevato, sia in forma di obbligo militare che di obbligo di servizio generico. Per quanto riguarda le donne, invece, non deve vigere alcun servizio militare obbligatorio, mentre per gli stranieri deve rimanere l'esclusione dal servizio militare (volontario).

Impieghi all'estero: Gli impieghi all'estero vengono valutati con maggiore occhio critico. Per la prima volta dal 1995, ad esempio, l'invio di contingenti di pace svizzeri dell'ONU ha riscosso pari numero di consensi e dissensi. Gli impieghi internazionali dell'Esercito svizzero sono poco conosciuti dalla popolazione. La missione più famosa – la Swisscoy in Kosovo – viene tendenzialmente considerata un successo, sebbene risulti difficile ai cittadini svizzeri giudicare le ripercussioni di tale impiego.

Executive Summary

General feeling of security: The Swiss feel secure but assess the international situation in less optimistic terms than they did one year ago. While the level of optimism regarding the national future and the general feeling of security had declined slightly in 2010, the results of January 2011 show an upward trend. In particular, optimism regarding Switzerland's future significantly increased by 15 percentage points. In the last twenty years, the Swiss have rarely felt as secure and optimistic about Switzerland as they did in January 2011. At the same time, the share of those who believe that the global political situation is becoming gloomier increased considerably by 11 percentage points.

Trust in institutions: The overall ranking remained almost unchanged compared to previous years: The police forces receive the highest level of trust. They are followed by the courts and this year also by the economy. The electorate has medium levels of trust in the federal authorities and the armed forces and low levels of trust in the media and political parties. Notably, this year the courts lost a considerable amount of trust, while trust in the political parties and, for the second time, in the Federal Parliament saw a moderate decline. Like it did in 2010, the Swiss economy is the only institution to gain trust.

Autonomy and willingness to open up: The pessimistic view of the global political situation seems to go hand in hand with the wish for greater autonomy. Since the publication of the first "Security Survey", the Swiss have never been as skeptical about the EU as they are this year. Within a year, support for closer relations with the EU or a bid for EU membership has strongly declined by 13 and 12 percentage points respectively. Meanwhile, Switzerland's economic and political independence has never been more vehemently demanded than this year. Cooperation with the UN is supported by a constant two-thirds majority. International cooperation without institutional commitments compromising Switzerland's sovereignty is still endorsed by a majority, although support for such a cooperation has slightly decreased.

Neutrality: Abolishing Swiss neutrality remains unthinkable with almost ninety percent of the Swiss standing behind this principle. In fact, there is a long-term trend of increasing approval of neutrality. The solidarity and identity function of

neutrality is still highly approved of, although support for the solidarity function slightly decreased. The security function is also approved of, albeit at a lower level. In particular, there are doubts about the feasibility of armed neutrality.

Armed forces: The Swiss electorate's attitude towards the armed forces is ambivalent. The Swiss consider the armed forces to be necessary and important, the population's demands for cost cuts have further decreased, the social prestige of a militia career is still high. At the same time, the Swiss have doubts about the defense ability of the armed forces, and confidence in the armed forces is still below the long-term average. Neither is there a consensus regarding the most suitable form of national defense or regarding the social relevance of the armed forces: The armed forces are just as often regarded as a necessary evil as they are believed to play a central role. Furthermore, half of the population thinks Switzerland should have a militia for national defense while the other half prefers an all-volunteer force. Nevertheless, the idea of a mandatory service for men is widely accepted, be it in the form of mandatory military service or in the form of a mandatory civil service. Women should not be forced to do mandatory military service, and foreigners should remain excluded from (voluntary) military service.

Deployments abroad: Deployments abroad are viewed more critically. For the first time since 1995, the question as to whether Swiss peacekeepers should be deployed abroad receives an equal number of supporters and opponents. The population knows little about international deployments of the Swiss Armed Forces. The most well known deployment – the Swisscoy mission in Kosovo – tends to be considered a success. However, the Swiss find it difficult to assess the possible outcome of this deployment.

Zusammenfassung der Studie «Sicherheit 2011»

Ziele und Datenbasis

Die Jahresstudien «Sicherheit» der *Militärakademie an der ETH Zürich* in Zusammenarbeit mit dem *Center for Security Studies* der *ETH Zürich* dienen der Trendermittlung in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen der Schweizer Stimmbevölkerung.

Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen verwendeten Fragen werden jährlich auch solche zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. Besondere Aufmerksamkeit wurde 2011 den Assoziationen zum Begriff «Sicherheit», dem Bekanntheitsgrad verschiedener internationaler Einsätze der Schweizer Armee, der Beurteilung der Effektivität des Einsatzes der Swisscoy im Kosovo, der Zufriedenheit mit der Leistung der Armee, der Zustimmung zu alternativen Dienstmodellen und der Wahrnehmung positiver und negativer Aspekte der Wehrpflicht geschenkt.

Die Datenerhebung fand vom 17. Januar bis 4. Februar 2011 telefonisch bei 1'209 Personen in allen Sprachregionen statt und wurde durch das Befragungsinstitut DemoSCOPE durchgeführt. In diesen Zeitraum fiel auch der Abstimmungskampf zur Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt». Diese verlangte die Deponierung der Armeewaffen im Zeughaus und die Schaffung eines gesamtschweizerischen Waffenregisters. Die Volksinitiative wurde am 13. Februar 2011 bei einer Stimmbeteiligung von 48,8% mit 56,3% Nein- zu 43,7% Ja-Stimmen abgelehnt.

Die \pm -Prozentzahlen in Klammern geben die Differenz zur Januarerhebung 2010 an. In der Befragung 2011 liegt der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall bei $\pm 3\%$. Das heisst, ein von uns gemessener Wert von 50% für x gehört mit einer 95%igen Wahrscheinlichkeit zur Grundgesamtheit, bei der die Häufigkeit von x zwischen 47% und 53% liegt. Die Grundgesamtheit ist in diesem Fall die Schweizer Stimmbevölkerung.

Trends und Tendenzen

1. Allgemeines Sicherheitsempfinden und Vertrauen in Institutionen

Sicherheits- und Bedrohungsempfinden: Im Januar 2011 fühlt sich die grosse Mehrheit der SchweizerInnen sicher. Der Anteil der Personen, die sich 2011 «sehr» sicher fühlen, beträgt 34% (+5%). Die sich «eher» sicher Fühlenden machen 56% (−3%) der Befragten aus. Nachdem im Jahr 2010 das Sicherheitsgefühl leicht gesunken war, ist es dieses Jahr wieder leicht, aber signifikant angestiegen. Im langjährigen Vergleich fällt die subjektive Wahrnehmung der Sicherheit aktuell sehr positiv aus. Nur in den Jahren 2001/2002 sowie 2008/2009 fühlten sich ebenso viele SchweizerInnen so sicher wie 2011.

Assoziationen zum Begriff «Sicherheit»: Die Assoziationen zum Begriff «Sicherheit» sind weitläufig. So denken die einen an mögliche Gefahren oder Sachen, die bedroht sein könnten. Die anderen – jedoch bedeutend weniger – assoziieren Sicherheit mit Institutionen, Technologien oder eigenen Vorkehrungen, die zur persönlichen Sicherheit beitragen. Eine dritte Gruppe von Befragten setzt Sicherheit mit einem mehr oder minder diffusen Gefühl des «sich sicher fühlen» in Verbindung, aber auch mit dem Gefühl von Lebensqualität.

Über alle Kategorien hinweg wird die physische Sicherheit, also die Sicherheit von Leib und Leben, am häufigsten genannt. Dabei denkt jede bzw. jeder Zweite an den Schutz vor Kriminalität (49% der Befragten). Jeweils 13% der Befragten assoziieren Sicherheit mit ökonomischer Sicherheit und/oder mit politischer und gesellschaftlicher Sicherheit. Bei den Institutionen ragt die Polizei hervor. 14% der Befragten verbinden Sicherheit spontan mit der Polizei, 3% mit der Armee. Schliesslich bedeutet für 9% der Antwortenden Sicherheit das Gefühl, sicher und unbesorgt sein zu können.

Zukunftszuversicht für die Schweiz: Nachdem in den Jahren 2009 und 2010 der landesweite Optimismus im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der Schweiz abnahm, steigt er dieses Jahr auffallend stark an. Die grosse Mehrheit (84%, +15%) der Schweizer Stimmbevölkerung beurteilt im Januar 2011 die Zukunft des Landes insgesamt überaus positiv. Allerdings überwiegt die Sichtweise einer «eher» optimistischen Zukunftserwartung (77%). Nur 7% geben an, «sehr» optimistisch zu sein. Im langjährigen Vergleich liegt der landesweite Optimismus wie das Sicherheitsgefühl auf dem höchsten gemessenen Niveau dieser Erhebungsreihe. Nur in

den Jahren 2001/2002 sowie 2007/2008 gaben sich ebenso viele SchweizerInnen ungefähr gleich optimistisch wie im Jahr 2011.

Weltpolitische Lage: Im Gegensatz zur Einschätzung der Zukunft der Schweiz zeichnet sich bei der Einschätzung der weltpolitischen Lage ein düsteres Bild ab. Wie bereits im Vorjahr hat sich in der Wahrnehmung der Bevölkerung die Entwicklung der weltpolitischen Lage innert Jahresfrist nochmals verschlechtert. 2011 ist diese Veränderung besonders markant. Bereits etwas mehr als jede/jeder Zweite (54%, +11%) glaubt, dass sich die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren düsterer und gespannter präsentieren wird. Nur 7% (-1%) der SchweizerInnen glauben, dass sich die weltpolitische Lage entspannen wird. 37% (-11%) der Befragten erwarten keine Veränderungen.

Militärische Bedrohungswahrnehmung: Die militärische Bedrohung der Schweiz wird aktuell für sehr gering gehalten. Auf einer Skala von 1 bis 10, wobei 1 «überhaupt keine militärische Bedrohung» und 10 «sehr grosse militärische Bedrohung» bedeutet, liegt die Wahrnehmung militärischer Bedrohung aktuell im Mittel bei 2.6. Dabei geben 61% der Befragten an, es existiere zurzeit keine (Stufe 1) oder kaum eine (Stufe 2) militärische Bedrohung der Schweiz.

Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit: Drei von vier Befragten halten es für unsere Sicherheit wichtig, den Rechtsextremismus stärker als bisher zu bekämpfen (75%). Eine stärkere Bekämpfung des Linksextremismus wird mit 63% deutlich weniger häufig gefordert. Während die Bekämpfung des Linksextremismus im Jahr 2008 gleich häufig gefordert wurde als im Januar 2011, hat die Befürwortung einer stärkeren Bekämpfung des Rechtsextremismus leicht, aber statistisch signifikant abgenommen (-3%). Für die Bekämpfung des Terrorismus ist ein Grossteil der Bevölkerung bereit, Freiheitseinschränkungen in Kauf zu nehmen (71%). Die Zustimmung hierzu ist im Vergleich zu 2008 deutlich um 10% gestiegen und liegt nun insgesamt gar über dem Niveau von 2003, der erstmaligen Erhebung dieser Einstellung im Anschluss an die Terroranschläge vom 11. September 2001.

Vertrauen in Behörden und Institutionen: Über die letzten 15 Jahre wird den sieben regelmässig erfassten Behörden und Institutionen stets mittleres bis hohes Vertrauen entgegengebracht. An der Spitze liegt fortgesetzt die Polizei, gefolgt von den Gerichten und dieses Jahr auch von der Schweizer Wirtschaft. Armee und Bundesrat erreichen jeweils mittlere Werte. An zweitletzter Stelle rangiert mit einem leicht tieferen Vertrauen das Parlament. Bei den politischen Parteien und

den Medien, die beide auf dem letzten Rang liegen, halten sich Vertrauen und Misstrauen die Waage.

Bereits zum zweiten Mal in Folge sprechen die SchweizerInnen der Wirtschaft im Vergleich zum Vorjahr ein höheres Vertrauen aus. Vertrauenseinbussen lassen sich für das Parlament, die politischen Parteien und insbesondere für die Gerichte beobachten. Während das Vertrauen in das Parlament nochmals deutlich gesunken ist, bleibt dasjenige in den Bundesrat, welches im Jahr 2010 ebenfalls abgenommen hatte, stabil. Das den politischen Institutionen entgegen gebrachte Vertrauen liegt jedoch deutlich unter dem langjährigen Mittel. Dies gilt auch für das Vertrauen in die Armee.

2. Aussen- und Sicherheitspolitik

Internationale Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen: Ein aktiveres «solidarisches» internationales Engagement der Schweiz wird mehrheitlich unterstützt. 66% (−3%) der Bevölkerung fordern eine vermehrte Vermittlungshilfe der Schweiz bei Konflikten und 57% (−4%) eine Erhöhung der Entwicklungshilfe. Die Befürwortung eines Ausbaus der Entwicklungshilfe hat innert Jahresfrist leicht, jedoch signifikant abgenommen.

Beziehung zur EU, EU-Beitritt: Die Einstellung der SchweizerInnen zu europapolitischen Fragen hat sich innert Jahresfrist deutlich akzentuiert. Die EU-Skepsis hat markant zugenommen. Sowohl die Zustimmung zu einer politischen Annäherung an die EU wie auch zu einem EU-Beitritt sind nach einer stabilen Phase zwischen 2004 und 2010 nun um über zehn Prozentpunkte gesunken. 2011 ist eine politische Annäherung an die EU nur noch für 37% (−13%) der Befragten denkbar. Einen Beitritt zur EU wünschen sich lediglich 19% (−12%). Dies sind die seit Erhebungsbeginn in den Jahren 1989 bzw. 1993 tiefsten je erhobenen Zustimmungswerte für die Annäherung bzw. für den Beitritt zur EU. Die pragmatische Sichtweise einer ausschliesslich wirtschaftlichen Annäherung an die EU geniesst hingegen weiterhin eine mehrheitliche Akzeptanz. 77% (+5%) der SchweizerInnen stimmen der Forderung zu, «die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärken.»

Beteiligung in der Uno: Sowohl der Forderung nach einem aktiven Einsatz für Uno-Anliegen (57%, −5%) als auch dem Anspruch eines schweizerischen Sitzes im Sicherheitsrat der Uno (62%, −2%) wird 2011 unverändert stark zugestimmt. Insgesamt ist die Haltung der SchweizerInnen zur Uno seit dem Uno-Beitritt im

Jahr 2002 – mit Ausnahme einer signifikant tieferen Zustimmung im Jahr 2006 – konstant geblieben.

Öffnungsbereitschaft für sicherheitspolitische Allianzen und Friedenstruppen:

Von den von uns erfragten möglichen Formen internationaler Zusammenarbeit erfährt die sicherheitspolitische Kooperation jeweils am wenigsten Unterstützung. Sie wird tendenziell eher abgelehnt. Dieses Jahr erfährt selbst das militärische Engagement im Rahmen der Uno – in Form der Entsendung von Schweizer Friedenstruppen – nur noch eine 50%-Zustimmung (–6%) und liegt somit signifikant tiefer als im Jahr 2010. Die Nato als sicherheitspolitische Allianz wird konstant skeptisch beurteilt. Eine Annäherung an die Nato begrüßen 36% (–4%) der SchweizerInnen. Nur ein Fünftel der Befragten möchte, dass die Schweiz der Nato beitrifft (21%, ±0%). Trotz dieser allgemeinen Ablehnung sicherheitspolitischer Allianzen glauben 69% der Befragten, dass «die Schweiz ihre heutigen Sicherheitsprobleme nicht mehr alleine lösen kann, sie können nur global gelöst werden.»

Allgemeine und sicherheitspolitische nationale Autonomie:

77% (+5%) der Befragten teilen 2011 die Meinung, die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben. Der Wunsch nach einer autonomen Schweiz ist erstmals nach vier Jahren signifikant gestiegen und erreicht einen neuen Höchstwert in der Erhebungsreihe. Mit 50% (–1%) der Befragten halten es genauso viele Personen wie im Vorjahr für wichtig, sich nur auf die eigene Landesverteidigung zu verlassen.

Kenntnisstand der Auslandseinsätze der Schweizer Armee:

Der Kenntnisstand der Stimmbevölkerung in Bezug auf die Auslandseinsätze der Schweizer Armee ist gering. Von den vier von uns erfragten Einsätzen der Schweizer Armee im Ausland ist der Einsatz der Swisscoy am bekanntesten. 33% der Befragten sind die wesentlichen oder einige Fakten bekannt. Beim Einsatz an der innerkoreanischen Grenze zur Überwachung des Waffenstillstandabkommens zwischen Süd- und Nordkorea geben 14% an, die wesentlichen bzw. einige Fakten zu kennen. Der Einsatz von Schweizer Militärbeobachtern im Nahen Osten ist 13% und derjenige in der Demokratischen Republik Kongo 8% der Bevölkerung bekannt.

Beurteilung des Einsatzes der Swisscoy:

Der Einsatz der Swisscoy wird deutlich stärker positiv als negativ wahrgenommen. 48% halten diesen insgesamt für einen Erfolg, 9% für einen Misserfolg. 22% bewerten den Einsatz weder als Erfolg noch als Misserfolg, 21% enthalten sich einer Beurteilung. Das Engagement der Swisscoy

hat sich nach Meinung der Bevölkerung auf folgende Punkte positiv ausgewirkt: Auf das Ansehen der Schweiz in der westlichen Welt (60%), auf die Sicherheit in der Gesamtregion (61%), auf die Chancen Kosovos, sich zu einem freien und sicheren Land zu entwickeln (53%), auf das militärische Fachwissen der Schweizer Armee (53%), auf das Ansehen der Schweizer Armee bei der Schweizer Bevölkerung (50%) sowie auf die demokratische Mitsprache der Menschen im Kosovo (45%). Gross ist jeweils der Anteil an Befragten, welche die Auswirkung nicht beurteilen können. Diese Antwortkategorie überwiegt tendenziell bei der Beurteilung der Auswirkung auf die Beseitigung der Kampfmittel (37% keine Antwort, 40% positiv) sowie auf den Kampf gegen Drogen- und Menschenhandel in der Gesamtregion (34% keine Antwort, 29% positiv). 35% der Schweizer Bevölkerung vertreten die Ansicht, der Swisscoy-Einsatz im Kosovo zeitige keine Effekte auf die schweizerische Sicherheitslage. Einen geringen positiven Effekt nimmt die Bevölkerung auch auf das Fernhalten von Flüchtlingsströmen wahr (32%).

50% der Bevölkerung halten das aktuelle Truppenkontingent von rund 200 Soldaten im Kosovo für «gerade richtig», 10% fordern eine Vergrösserung und 8% eine Verkleinerung des Kontingents. Jeder Fünfte spricht sich gegen ein weiteres Engagement im Kosovo aus (21%).

Neutralität: Die bereits sehr hohe Zustimmung der letzten Jahre zum Prinzip «Neutralität» nahm im Jahresverlauf nochmals um einen Prozentpunkt zu. 94% der Bevölkerung befürworten im Januar 2011 die Beibehaltung der Neutralität, wobei 70% (+3%) damit «sehr» und 24% (–2%) «eher» einverstanden sind. In den neunziger Jahren wurde die Neutralität zwar ebenfalls mehrheitlich, jedoch mit einer durchschnittlichen Unterstützung von 82% weniger deutlich gutgeheissen. Die Neutralität erfuhr insbesondere zwischen den Jahren 2001 und 2002 einen markanten Zustimmungsanstieg.

Konstant heissen zwei Drittel der Befragten (64%, –1%) die «differenzielle Neutralität» gut, wonach die Schweiz aussenpolitisch Stellung beziehen soll, sich militärischen Interventionen aber enthält. Die «de facto» Aufgabe der Neutralität, nämlich die Forderung, nicht nur bei politischen, sondern auch bei militärischen Konflikten klar Stellung zu beziehen, wird nur von einer Minderheit von 25% (–2%) unterstützt.

Neutralitätsfunktionen: Die Neutralität prädestiniert in den Augen der Bevölkerung die Schweiz in höchstem Masse für die Schlichtung von Konflikten und als internationale Vermittlerin (89%, –4%). Im Mittel ist die Befürwortung dieser Neutralitätsfunktion innert Jahresfrist leicht, aber statistisch signifikant gesunken. Auch

wird die Neutralität seit der Jahrtausendwende zunehmend und grossmehrheitlich als «untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden» wahrgenommen (79%, –2%). Darin manifestiert sich die hohe symbolische Bedeutung der Neutralität für die nationale Identität. An die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität wird im Vergleich zur Solidaritäts- und Identitätsfunktion weniger stark, aber ebenfalls mehrheitlich geglaubt. 61% (+2%) der Befragten sind im Januar 2011 der Meinung, dank der Neutralität werde die Schweiz nicht in internationale Konflikte verwickelt; 55% (+3%) sehen in der «bewaffneten Neutralität» einen Beitrag zur Stabilisierung Europas. Nur eine Minderheit von 28% glaubt, dass «eine Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis uns mehr Sicherheit bringen würde als die Beibehaltung der Neutralität». Im Vergleich zur letztmaligen Erhebung dieser Auffassung im Jahr 1999 ist hierzu die Zustimmung signifikant um 8% gesunken.

Kritische Beurteilung der Neutralität: Die Neutralität erfährt auch im Rahmen einer kritischen Betrachtung ein positives Urteil. So sieht die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung die internationale Handlungsfähigkeit der Schweiz durch das Neutralitätsprinzip nicht tangiert. 35% (–3%) der Befragten nehmen die Neutralität als ein Hindernis für eine europäische Kooperation wahr. Dass «unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten» Neutralität verunmögliche, glaubt ebenfalls lediglich eine Minderheit (29%, –2%). Die Neutralität wird von einer grossen Mehrheit als ein Wert an sich und nicht zwingend als ein Zweckinstrument wahrgenommen. Nur 19% (–1%) der Befragten sind der Meinung, wir sollten die Neutralität aufgeben, wenn sie für die Schweiz keine Vorteile mehr bringe. Einzig die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität wird von ebenso vielen Befragten angezweifelt wie bejaht (je 45%, –4% kritische Beurteilung).

3. Verteidigungspolitik

Notwendigkeit und Bedeutsamkeit der Armee: Insgesamt ist die Zustimmung zur Notwendigkeit der Schweizer Armee im Vergleich zum Vorjahr um fünf Prozentpunkte von 74% auf 79% gestiegen. Diese Zunahme muss allerdings aufgrund der statistischen Verteilung relativiert werden. Im Mittel ist die Akzeptanz konstant geblieben, da die Armee leicht seltener für «unbedingt» (26%, –2%) und häufiger für nur «eher» notwendig (53%, +7%) gehalten wird. Niedriger liegt wie immer der Zustimmungswert bei den 20–29-Jährigen und bei politisch links Eingestellten. Doch es gibt hierbei eine bemerkenswerte Veränderung: Während die Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee bei den politisch links Eingestellten konstant bei 49% (–2%) blieb, ist sie bei den 20–29-Jährigen signifikant auf 69% (+15%) gestiegen.

Unverändert häufig wird die Forderung unterstützt, wonach die Schweiz eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee halten solle (68%, -3%). Erstmals wurde auch die Relevanz der Armee erhoben. So ist es 60% der Bevölkerung wichtig, eine starke Armee zu haben (6 bis 10 auf einer Skala von 1 bis 10, wobei 1 «überhaupt nicht wichtig» und 10 «sehr wichtig» bedeutet; Mittelwert 6,3).

Performance der Armee: Dieses Jahr wurde zum ersten Mal die Zufriedenheit mit der Leistung der Armee gemessen. Auf einer Skala von 1 bis 10, wobei 1 «überhaupt nicht zufrieden» und 10 «sehr zufrieden» bedeutet, erreichte die Schweizer Armee im Schnitt die Bewertung 6. Zufrieden ist die Schweizer Bevölkerung vor allem mit der Katastrophenhilfe der Schweizer Armee: 87% der Befragten glauben, dass die Armee bei Umweltkatastrophen im Inland genügend Hilfe leisten könne. An die Verteidigungsfähigkeit (43%) und an den Schutz vor Terroranschlägen durch die Armee (35%) wird deutlich weniger häufig geglaubt.

Milizarmee versus Berufsarmee: In den siebziger bis Mitte der achtziger Jahre bestand in der Schweiz bezüglich der Wehrform ein breiter Konsens: Für die Sicherstellung der Landesverteidigung wurde die Milizarmee eindeutig der Berufsarmee vorgezogen. Der Anteil der SchweizerInnen, die eine Berufsarmee befürworteten, ist im langfristigen Trend bis 1999 relativ kontinuierlich gestiegen. Seit der Jahrtausendwende halten sich mit kleineren Schwankungen die beiden Lager in etwa die Waage. 2007 bis 2010 lag der Anteil der BefürworterInnen einer Milizarmee wiederum leicht über jenem der BefürworterInnen einer Berufsarmee. Im Januar 2011 werden die beiden Ansichten jedoch wieder ungefähr gleich häufig vertreten. 48% (-2%) der Befragten ziehen für die Sicherstellung der Landesverteidigung eine Milizarmee vor, 43% (-1%) eine Berufsarmee. Die 18–29-Jährigen befürworteten im langjährigen Trend die Berufsarmee stärker als der Rest der Bevölkerung (57%, ±0%).

In Bezug auf das Vertrauen in eine Freiwilligenarmee ist die Bevölkerung ebenfalls gespalten. 51% würden einer Freiwilligenarmee «sehr» oder «eher» vertrauen, 46% würden einer solchen «eher nicht» oder «überhaupt nicht» vertrauen. Das Vertrauen in eine Freiwilligenarmee ist konsequenterweise bei den AnhängerInnen einer Milizarmee signifikant geringer als bei den BefürworterInnen einer Berufsarmee (39% versus 64%).

Positive und negative Aspekte der Wehrpflicht: Bei den Nennungen positiver Seiten der Wehrpflicht überwiegt ein Aspekt klar. Jede bzw. jeder Zweite gibt spontan an, das sie bzw. er den individuellen Nutzen gut an der Wehrpflicht fände (50%).

Dabei denken die Befragten in erster Linie an den Erwerb von Fähigkeiten (48%) und hierbei vor allem an die sozialen Kompetenzen (43%). Zu diesen gehören Eigenschaften wie Selbstständigkeit (10%), Kameradschaft (9%) sowie Disziplin und Ordnung (9%). Weitere positive Punkte, die genannt werden, sind der kollektive Nutzen (14%) und normative Aspekte (8%).

Bei der Frage nach den negativen Aspekten der Wehrpflicht variieren die Antworten stärker: So erwähnen 23% normative Aspekte, wobei 11% den Zwang und 4% die mangelnde Rigorosität bei der Durchsetzung der allgemeinen Wehrpflicht bemängeln. Als negativ an der Wehrpflicht erachten die Befragten ferner ihre Umsetzung (19%) wie beispielsweise die Ineffizienz (6%), die sinnlosen Übungen und der fehlende Auftrag (4%). Kritisiert werden schliesslich die Kosten (15%) und dabei insbesondere die individuellen Kosten (10%), die aufgrund indirekter Kosten und des persönlichen Zeitverlustes (7%) entstehen. Beinahe jede bzw. jeder Achte (12%) bringt bei dieser Frage auch Veränderungswünsche an.

Alternative Dienstmodelle: Von verschiedenen Alternativen zur Männerwehrrpflicht findet einzig die obligatorische Dienstpflicht für Männer bei freier Wahl zwischen Militär und anderen Diensten (Zivildienst, Sozialdienst) mehrheitliche Zustimmung. 70% unterstützen diesen Vorschlag. Im Vergleich zur letztmaligen Erhebung im Jahr 2005 ist hierzu die Zustimmung im Mittel signifikant gesunken (-4%). Die obligatorische Dienstpflicht auch für Frauen wird hingegen genau so häufig befürwortet (52%, +3%) wie abgelehnt (47%). Mit einer Einführung der Wehrpflicht auch für Frauen kann sich nur eine Minderheit einverstanden erklären (25%). Ebenfalls ausser Frage steht die Zulassung von Ausländern zum Militärdienst (23%). 38% der SchweizerInnen und somit signifikant weniger als im Jahr 2010 (-7%) sprechen sich für die Aufhebung der Wehrpflicht aus.

Gesellschaftliche Rolle der Armee: Der in den achtziger Jahren beobachtete gesellschaftliche Bedeutungsverlust des Militärs hat sich nicht fortgesetzt. Vor die Wahl gestellt, die gesellschaftliche Rolle des Militärs als zentral, als notwendiges Übel oder als abschaffungswürdige Institution zu bezeichnen, entscheiden sich 44% (-2%) der BürgerInnen für eine Umschreibung der Armee als «notwendiges Übel». Genau gleich viele glauben aber, dass das Militär eine zentrale Rolle in der Schweiz spiele und bewerten dies positiv (42%, +2%). Für 12% (-1%) der Befragten könnte die Armee abgeschafft werden.

Empfehlung Milizmilitärkarriere: Rund sechs von zehn Befragten würden auch 2011 einem Bekannten auf die Frage, ob er eine militärische Weiterbildung in

Angriff nehmen sollte, eine positive Empfehlung abgeben (57%, +6%), jeder Vierte eine negative (24%, -3%). Seit der Einführung der Armee XXI scheint der Prestigewert einer Militärkarriere wieder zugenommen zu haben. Auffallend ist jedoch, dass knapp ein Fünftel der Befragten zu dieser Vorlage keine Antwort geben wollte oder konnte.

Milizkader: Zwar hat seit 1983 der Prestigewert einer Militärkarriere tendenziell abgenommen, nach 2005 stieg dieser – entgegen der landläufigen Vermutung eines kontinuierlichen Prestigeverlustes – jedoch wieder an. Der bereits im Jahr 2010 beobachtete Prestigegewinn wird durch die diesjährige Erhebung bestätigt. So glauben 69% (-1%, bzw. +7% im Vergleich zu 2005), dass eine militärische Führungserfahrung auch im Zivilen berufliche Vorteile brächte. 62% (-1% bzw. +10% im Vergleich zu 2005) bezeichnen die militärische Beförderung als ehrenvoll. Dies ist ein ähnlich hoher Prozentsatz wie im Jahr 1983. Die Wahrnehmung, dass eine Milizkarriere mit beruflichen Nachteilen verknüpft sei, ist hingegen seit 1998 im Mittel konstant geblieben. Im Jahr 2011 vertreten 38% (-3%) diese Ansicht. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Ablehnung einer Zwangsverpflichtung zum Weitermachen signifikant abgenommen. Während 2010 nur jeder Fünfte die Zwangsverpflichtung befürwortete, wird diese im Januar 2011 von jedem Vierten gutgeheissen (25%, +5%).

Verteidigungsausgaben: Der öffentliche Druck zu Sparmassnahmen im Verteidigungsbereich hat sich – wie bereits im Jahr 2010 anhand einer anderen Fragestellung beobachtet werden konnte – abgeschwächt: Noch nie seit Beginn dieser Erhebungsreihe im Jahr 1986 gaben so viele Befragte wie im Januar 2011 an, die Schweiz gebe «zu wenig» (14%) oder «viel zu wenig» (2%) Geld für die Verteidigung aus. Im Vergleich zur letztmaligen Erhebung im Jahr 2009 hat sich dieser Anteil von 7% auf 16% mehr als verdoppelt. Während die Auffassung, die Ausgaben seien zu hoch, gegenüber 2009 mit 39% (-1%) konstant häufig vertreten wird, halten 2011 deutlich weniger Befragte die Ausgaben für «gerade richtig» (38%, -8%).

Fazit

Dieses Jahr zeigen sich bei den Befragten grosse Differenzen in der Wahrnehmung der nationalen und internationalen Entwicklung. In den letzten zwanzig Jahren waren die SchweizerInnen nie so sicher und optimistisch in Bezug auf die Schweiz und gleichzeitig so pessimistisch betreffend der internationalen Entwicklung. Die wirtschaftspolitische Krise der EU und die boomende Schweizer Wirtschaft dürften diese Wahrnehmung eines nationalen Optimismus bei gleichzeitigem internationalem Pessimismus beeinflusst haben.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Wahrnehmung einer divergierenden Entwicklung der nationalen und internationalen Lage die aussenpolitische Einstellung der Stimmbevölkerung beeinflusst. Dies zeigt sich in den vorliegenden Daten daran, dass auch bezüglich der EU-Skepsis neue Höchstwerte gemessen wurden und gleichzeitig der Wille zu wirtschaftlicher und politischer Autonomie in den letzten 18 Jahren nie so ausgeprägt war wie im Januar 2011. Dieser «Igel-Effekt», der zwar schon seit mehreren Jahren tendenziell beobachtet werden konnte, hat sich dieses Jahr markant akzentuiert.

Auch die überaus hohe Zustimmung zur Neutralität unterliegt diesem Trend. Die Identifikation der «Schweiz» mit der Neutralität ist ungebrochen stark und die Skepsis gegenüber der Umsetzung der Neutralität und bezüglich gewisser Nachteile im langjährigen Vergleich eher gering. Gewisse Dysfunktionalitäten der Neutralität werden in der Bevölkerung trotzdem wahrgenommen, besonders was ihre sicherheitspolitische Schutzwirkung betrifft. Es wird vor allem die Wirksamkeit der bewaffneten Neutralität angezweifelt.

Dieses Bild spiegelt sich auch in der Einstellung zur Armee wieder. Sie wird zwar grossmehrheitlich unterstützt und erfährt dieses Jahr vor allem auch unter den Jugendlichen eine deutlich höhere Zustimmung. Die Bevölkerung glaubt jedoch nur bedingt an die Verteidigungsfähigkeit der Armee. Trotzdem zeigt sie sich insgesamt mit den Leistungen der Armee zufrieden. Dies könnte unter Umständen auf eine fortwährende Ambivalenz zurückzuführen sein: Die Identifikation mit der Armee ist hoch, doch gegenüber ihrem funktionalen Nutzen sind die SchweizerInnen eher skeptisch eingestellt. Auch die Gespaltenheit betreffend der Wehrstruktur muss in diesem Zusammenhang gesehen werden: Das Prinzip der Wehrpflicht wird zwar akzeptiert; die funktionale Begründung ist jedoch für die Legitimation der Wehrpflicht nicht wichtig.

Für weitere Einschätzungen und Schlussfolgerungen der Autorenschaft zu den diesjährigen Daten verweisen wir auf die Fazits in den jeweiligen Kapiteln.

Résumé de l'étude «sécurité 2011»

Buts et bases de données

Les études annuelles «Sicherheit» menées par l'*Académie militaire à l'ETH de Zurich* en collaboration avec le *Center for Security Studies, ETH Zürich* permettent d'établir les tendances de l'opinion suisse en matière de politique étrangère, de politique de sécurité et de politique de défense. Elles se basent sur des sondages annuels représentatifs de la population suisse ayant le droit de vote.

Outre les questions qui sont toujours posées ou utilisées à intervalles irréguliers, le sondage comprend chaque année des questions portant sur les thèmes actuels de la politique de sécurité. En 2011, une attention particulière a été apportée aux associations liées à la notion de «sécurité». De plus, le sondage portait particulièrement sur le niveau de connaissances concernant les divers engagements de l'Armée suisse à l'étranger, l'efficacité de l'engagement de la Swisscoy au Kosovo, la satisfaction des prestations de l'armée, l'approbation de divers modèles des obligations militaires, ainsi que sur la perception des aspects positifs et négatifs de l'obligation de servir.

Le sondage s'est déroulé du 17 janvier au 4 février. 1209 personnes ont été interrogées par téléphone dans toutes les régions linguistiques par l'institut DEMOSCOPE. A cette période, la Suisse se trouvait en pleine campagne pour la votation sur l'initiative populaire «Pour la protection face à la violence des armes». Celle-ci exigeait le dépôt obligatoire des armes militaires à l'arsenal et la création d'un registre national des armes à feu. Le 13 février 2011, l'initiative populaire fut rejetée (56,3 % de non contre 43,7% de oui, participation au scrutin: 48,8%).

Le pourcentage \pm qui figure entre parenthèses indique la différence par rapport au relevé effectué en janvier 2010. Dans le sondage 2011, l'erreur d'échantillonnage potentielle pour un intervalle de confiance de 95% est de $\pm 3\%$ dans le cas le moins favorable. Cela signifie qu'une valeur mesurée de 50% pour x appartient, avec une probabilité de 95%, à une population-cible, pour laquelle la fréquence de x se situe entre 47% et 53%. Dans ce sondage, la population-cible représente la population suisse ayant le droit de vote.

Courants et tendances

1. Sentiment général de sécurité et confiance dans les institutions

Perception de la sécurité et de la menace: En janvier 2011, la grande majorité des citoyennes et citoyens suisses ont déclaré qu'ils se sentaient en sécurité. Le pourcentage des personnes qui se sentent «très en sécurité» atteint 34% (+5%) en 2011. Le taux des personnes interrogées qui se sentent «plutôt en sécurité» s'élève à 56% (-3%). Après avoir légèrement baissé en 2010, le sentiment de sécurité a de nouveau légèrement augmenté de manière significative. Par rapport aux dernières années, la perception subjective de la sécurité est actuellement très positive. Seulement dans les années 2001/2002 et 2008/2009 autant de citoyennes et citoyens suisses se sont sentis aussi en sécurité qu'en 2011.

Associations liées à la notion de «sécurité»: Les associations avec la notion de «sécurité» sont larges. Ainsi, les uns pensent aux risques possibles ou aux objets qui pourraient être menacés, d'autres – mais nettement moins – associent la sécurité aux institutions, technologies ou aux mesures personnelles contribuant à la sécurité individuelle. Un troisième groupe de personnes interrogées lie la sécurité au sentiment «de se sentir en sécurité», et au sentiment relatif à la qualité de vie.

La sécurité physique, soit ce qui protège l'individu des dangers menaçant sa vie et sa santé, est la plus souvent mentionnée par toutes les catégories des sondés. Ainsi, une personne sur deux pense à la protection contre la criminalité (49% des personnes interrogées). 13% des sondés associent la sécurité à la sécurité économique et/ou à la sécurité politique et sociétale. Parmi les institutions, la police est en tête du classement. 14% des personnes interrogées lient spontanément la notion de sécurité à la police, 3% la lie à l'armée. Pour 9% la sécurité signifie avoir le sentiment d'être en sécurité et sans souci.

Confiance dans l'avenir de la Suisse: Après avoir subi une baisse dans les années 2009 et 2010 l'optimisme a fortement augmenté en Suisse cette année. En janvier 2011, la grande majorité (84%, +15%) de la population suisse ayant le droit de vote évalue l'avenir de la Suisse en général très positivement. Toutefois, le taux des personnes se montrant «plutôt» optimistes quant à l'avenir de la Suisse prévaut (77%). Seuls 7% se déclarent «très optimistes». Comparé aux années précédentes, l'optimisme ainsi que le sentiment de sécurité atteignent en Suisse le plus haut niveau enregistré depuis le début de notre série de sondages. Seulement dans les années

2001/2002 et 2007/2008 autant de citoyennes et citoyens suisses se sont montrés presque aussi optimistes qu'en 2011.

Situation politique mondiale: Contrairement à l'évaluation de l'avenir de la Suisse, l'opinion relative à la situation politique mondiale est plus sombre. Comme l'année précédente, la perception de l'évolution de la situation politique mondiale s'est de nouveau détériorée cette année. En 2011, ce changement est particulièrement important. Un peu plus d'une personne interrogée sur deux (54%, +11%) est d'avis que la situation politique mondiale sera plus sombre et plus tendue ces cinq prochaines années. Seuls 7% (-1%) des citoyennes et citoyens suisses pensent que la situation politique mondiale se détendra. 37% (-11%) des sondés ne s'attendent à aucun changement.

Perception de la menace militaire: La menace militaire de la Suisse est considérée actuellement comme très faible. Sur une échelle de 1 à 10, 1 signifiant «pas du tout de menace militaire» et 10 «très grande menace militaire», la perception de la menace militaire actuelle atteint une valeur moyenne de 2.6. 61% des personnes interrogées déclarent qu'actuellement il n'y a pas du tout de menace militaire (1 sur l'échelle) ou presque pas de menace (2 sur l'échelle) pour la Suisse.

Mesures visant au maintien de la sûreté intérieure: Trois sondés sur quatre déclarent qu'il est important pour notre sécurité de combattre l'extrémisme de droite plus fortement que jusqu'à présent (75%). L'exigence de «combattre plus fortement l'extrémisme de gauche» est nettement moins prononcée (63%). Alors qu'en 2008 la volonté de «combattre l'extrémisme de gauche» était exigée avec autant de vigueur qu'en janvier 2011, la pression pour combattre plus fortement l'extrémisme de droite a légèrement diminué, mais de manière statistiquement significative (-3%). Pour lutter contre le terrorisme, une majorité de la population est prête à accepter des restrictions de liberté (71%). En comparaison avec 2008, cette approbation a augmenté de 10%, soit une augmentation nette dépassant même le niveau de 2003, lors de la première évaluation de cette dimension après les actes terroristes du 11 septembre 2001.

Confiance dans les autorités et les institutions: Depuis quinze ans, les sept autorités et institutions régulièrement évaluées jouissent d'une confiance mesurée à élevée. La police occupe la tête du classement. Elle est suivie de la justice et cette année également de l'économie suisse. L'Armée et le Conseil fédéral obtiennent des valeurs moyennes. Le Parlement, auquel on octroie une confiance légèrement plus

basse, se trouve à l'avant-dernier rang du classement. En ce qui concerne les partis politiques, en queue du classement, la confiance et le scepticisme s'équilibrent.

Pour la deuxième fois de suite, l'économie gagne en confiance. Une perte de confiance est constatée pour le Parlement, les partis politiques et en particulier les tribunaux. Alors que la confiance accordée au Parlement a de nouveau nettement baissé, le taux de confiance octroyé au Conseil fédéral, qui avait baissé en 2010, reste stable. Cependant, la confiance accordée à ces deux institutions politiques est nettement en dessous de la moyenne enregistrée ces années précédentes, ce qui est également le cas pour la confiance dans l'armée.

2. Politique extérieure et politique de sécurité

Coopération internationale sans lien institutionnel susceptible de restreindre la souveraineté: Une majorité des personnes interrogées soutient un engagement «solidaire» plus actif de la Suisse sur le plan international. 66% (-3%) de la population suisse souhaitent que la Suisse s'implique davantage dans la médiation lors de conflits et 57% (-4%) sont favorables à une augmentation de l'aide au développement. L'approbation relative à une augmentation de l'aide au développement a légèrement baissé cette année, toutefois de manière significative.

Relation avec l'UE, adhésion à l'UE: L'attitude des citoyennes et citoyens suisses à l'égard de leur relation avec l'Europe s'est nettement accentuée cette année. Le scepticisme envers l'UE a augmenté de manière significative. Après une phase stable entre 2004 et 2010, l'approbation d'un rapprochement politique avec l'UE et de l'adhésion à l'UE ont baissé de plus de 10%. En 2011, un rapprochement politique avec l'UE n'est envisageable que par 37% (-13%) des personnes interrogées. Seuls 19% (-12%) désirent que la Suisse adhère à l'UE. Ces valeurs à l'égard de la collaboration avec l'UE sont les plus basses enregistrées depuis le début des relevés en 1989 et en 1993. Par contre, l'idée pragmatique d'un rapprochement économique avec l'UE continue de jouir d'une acceptation majoritaire. 77% (+5%) des citoyennes et citoyens suisses sont d'avis que «la Suisse ne devrait pas adhérer à l'UE, mais renforcer sa collaboration économique avec l'UE.»

Participation au sein de l'ONU: Les demandes relatives à un engagement actif pour les affaires de l'ONU (57%, -5%) et à l'obtention d'un siège au Conseil de sécurité de l'ONU (62%, -2%) sont aussi fortement approuvées en 2011. A l'exception d'une approbation plus basse en 2006, dans l'ensemble, l'attitude des

citoyennes et citoyens suisses à l'égard de l'ONU est restée inchangée depuis l'adhésion à l'ONU en 2002.

Volonté d'ouverture face à des alliances et des troupes de maintien de la paix:

Parmi les formes possibles de coopération internationale proposées dans le sondage, la coopération en matière de politique de sécurité est la moins soutenue. Une tendance montre qu'elle est plutôt refusée. Cette année, même l'engagement militaire dans le cadre de l'ONU, avec l'envoi de troupes suisses pour le maintien de la paix, ne recueille que 50% d'approbation (-6%), ce qui est significativement moins qu'en 2010. L'OTAN en tant qu'alliance de la politique de sécurité est évaluée avec un constant scepticisme. 36% (-4%) des personnes interrogées saluent un rapprochement avec l'OTAN. Seul un cinquième des sondés désire que la Suisse adhère à l'OTAN (21%, ±0%). Malgré ce refus général d'alliances en matière de politique de sécurité, 69% estiment que «la Suisse ne peut pas résoudre seule les problèmes de sécurité actuels. Ils ne peuvent être résolus que globalement.»

Autonomie nationale en général et en matière de politique de sécurité:

En 2011, 77% (+5%) des personnes interrogées sont d'avis que la Suisse devrait rester si possible indépendante sur le plan économique et politique. Pour la première fois depuis quatre ans, le désir que la Suisse demeure autonome a augmenté significativement. Il atteint la valeur la plus élevée enregistrée depuis le début des relevés. Comme l'an dernier, 50% (-1%) des personnes interrogées estiment qu'il est important que la Suisse ne compte que sur sa propre défense nationale.

Niveau de connaissances des engagements de l'Armée suisse à l'étranger:

Le niveau de connaissances de la population suisse en ce qui concerne les engagements de l'Armée suisse à l'étranger est bas. Des quatre engagements de l'Armée suisse sur lesquels portait le sondage, l'engagement de la Swisscoy est celui qui est le plus connu. 33% des personnes interrogées en connaissent les faits principaux ou quelques faits. 14% déclarent connaître les faits principaux ou quelques faits concernant l'engagement militaire à la frontière intérieure de la Corée pour surveiller le cessez-le-feu entre la Corée du Nord et la Corée du Sud. 13% des personnes sondées connaissent l'engagement d'observateurs militaires suisses au Proche-Orient et 8% l'engagement en République démocratique du Congo.

Évaluation de l'engagement de la Swisscoy: L'engagement de la Swisscoy est perçu nettement plus positivement que négativement. 48% estiment que cet engagement est un succès, 9% pensent que c'est un échec, 22% que c'est ni un succès,

ni un échec, 21% ne se prononcent pas. La population suisse est d'avis que l'engagement de la Swisscoy a eu des répercussions positives sur les points suivants: sur le prestige de la Suisse dans le monde occidental (60%), sur la sécurité dans toute la région (61%), sur les chances pour le Kosovo de devenir un pays libre et sûr (53%), sur les connaissances militaires spécialisées de l'Armée suisse (53%), sur le prestige de l'Armée suisse auprès de la population suisse (50%) et sur la démocratisation du Kosovo (45%). Le pourcentage des personnes interrogées qui déclarent ne pas pouvoir évaluer les conséquences de cet engagement est élevé. Cette tendance prédomine dans la catégorie de réponses relatives à l'évaluation des conséquences sur la suppression des moyens de combat (37% pas de réponse, 40% de réponses positives) et sur la lutte contre le trafic de drogues et d'êtres humains dans toute la région (34% pas de réponse, 29% de réponses positives). L'efficacité de l'engagement de la Swisscoy sur la situation de sécurité en Suisse est reconnue par 35% des personnes interrogées. Un effet positif sur l'endigement du flux de réfugiés n'est perçu que par 32%.

50% de la population suisse considèrent que la taille actuelle du contingent au Kosovo, soit environ 200 soldats, est «juste», 10% désirent une augmentation de la taille du contingent et 8% une diminution. Une personne sondée sur cinq se prononce contre la poursuite de l'engagement au Kosovo (21%).

Neutralité: L'approbation du principe de la «neutralité» déjà très élevée ces dernières années a encore augmenté de un pour cent cette année. En janvier 2011, 94% de la population se déclarent en faveur du maintien de la neutralité, soit 70% (+3%) qui se montrent «très» et 24% (-2%) «plutôt» d'accord avec le maintien de la neutralité. Dans les années 90, la neutralité était déjà approuvée par une majorité des sondés. Toutefois, le taux d'approbation était en moyenne de 82%, ce qui était significativement inférieur à cette année. La cote de popularité de la neutralité a connu une hausse importante particulièrement dans les années 2001 et 2002.

Deux tiers des personnes interrogées (64%, -1%) sont favorables à la «neutralité différenciée». Cela signifie que la Suisse doit prendre position en politique extérieure, mais s'abstenir de participer à des interventions militaires. L'abandon «de facto» de la neutralité, qui consiste à prendre clairement position dans les conflits politiques et militaires est approuvé seulement par une minorité de 25% (-2%).

Fonctions de la neutralité: Aux yeux de la population, la neutralité prédestine la Suisse à servir de médiatrice dans les conflits et à offrir ses bons offices sur le plan international (89%, -4%). En moyenne, l'approbation de cette fonction de la neutralité a légèrement baissé cette année, ce qui a toutefois une valeur statisti-

quement significative. Depuis le tournant du siècle, la neutralité est considérée par une majorité grandissante comme étant «indissociablement liée à notre conception de l'Etat» (79%, -2%). Cet aspect met en évidence l'importante valeur symbolique de la neutralité pour l'identité nationale. En comparaison avec la fonction de la neutralité se référant à la solidarité et celle relative à l'identité, la fonction de la neutralité en matière de politique de sécurité est moins bien cotée, mais elle est majoritairement approuvée. En janvier 2011, 61% (+2%) des personnes interrogées sont d'avis que, grâce à la neutralité, la Suisse ne sera pas entraînée dans des conflits internationaux, 55% (+3%) estiment que la «neutralité armée» contribue à la stabilisation de l'Europe. Seule une minorité de 28% pense qu'«une affiliation à une alliance de défense européenne nous apporterait davantage de sécurité que le maintien de la neutralité». Comparé au dernier relevé de cette dimension en 1999, son approbation a subi cette année une baisse significative de 8%.

Évaluation critique de la neutralité: Les relevés concernant l'évaluation critique de la neutralité sont également positifs. En effet, une majorité de la population suisse estime que la neutralité n'empêche pas d'agir sur le plan international. 35% (-3%) des personnes interrogées considèrent que la neutralité est un obstacle à une coopération européenne. Seule une minorité également (29%, -2%) pense que «nos liens politiques et économiques étroits avec d'autres États» nous empêchent d'être neutre. Une grande majorité perçoit la neutralité en tant que valeur et pas nécessairement en tant qu'instrument. 19% (-1%) seulement sont d'avis que nous devrions renoncer à la neutralité si elle n'apporte plus d'avantages à la Suisse. Un nombre égal de sondés remet en question ou approuve la crédibilité de la neutralité armée (45%, -4% pour chacune des évaluations critiques).

3. Politique de défense

Nécessité et importance de l'armée: Dans l'ensemble, le taux d'approbation relatif à la nécessité de l'Armée suisse a augmenté de 74% à 79%, soit une hausse de 5% par rapport à l'année précédente. Cependant, cette hausse doit être relativisée en raison de la distribution statistique. En moyenne, l'acceptation est restée constante, car l'armée est un peu plus rarement considérée comme «absolument nécessaire» (26%, -2%) et un peu plus souvent comme «plutôt nécessaire» (53%, +7%). Comme toujours, ce taux est plus bas chez les personnes âgées de 20 à 29 ans et chez ceux qui se situent politiquement à gauche. Pourtant, un changement significatif est constaté. Alors que le taux d'approbation concernant la nécessité de l'armée est resté

constant chez ceux qui se positionnent politiquement à gauche, soit 49% (-2%), il a augmenté de manière significative chez les jeunes de 20 à 29 ans, soit 69% (+15%).

Le souhait d'avoir une armée bien équipée et bien instruite recueille un taux inchangé (68%, -3%). Pour 60% de la population suisse il est important d'avoir une armée forte (de 6 à 10 sur une échelle allant de 1 à 10, 1 étant «pas du tout important», 10 «très important»; valeur moyenne 6.3).

Performance de l'armée: Pour la première fois cette année, la satisfaction de la performance fournie par l'armée a été évaluée. L'Armée suisse a atteint l'évaluation 6 sur une échelle allant de 1 à 10, 1 signifiant «pas du tout satisfait» et 10 «très satisfait». La population suisse est avant tout satisfaite des prestations fournies par l'armée en cas de catastrophes. 87% des personnes interrogées estiment que l'armée peut fournir une aide suffisante en cas de catastrophes naturelles en Suisse. Par contre, les sondés croient nettement moins en la capacité de défense de l'armée (43%) et de protection contre les attaques terroristes (35%).

Armée de milice versus armée professionnelle: Dans les années 70 et jusqu'au milieu des années 80, un consensus concernant la forme de l'armée était largement répandu en Suisse: l'armée de milice était clairement préférée à l'armée professionnelle pour assurer la défense nationale. Jusqu'en 1999, une tendance à long terme montre que la proportion de citoyennes et citoyens suisses partisans d'une armée professionnelle a augmenté de manière relativement constante. Depuis l'an 2000, les deux camps sont à peu près équilibrés avec de petites fluctuations. Entre 2007 et 2010, les partisans d'une armée de milice pour la défense nationale étaient plus nombreux que les partisans d'une armée professionnelle. En janvier 2011, les deux camps sont de nouveau représentés à peu près dans la même proportion. 48% (-2%) des sondés préfèrent une armée de milice pour remplir la mission de défense nationale, 43% (-1%) préfèrent une armée professionnelle. Une tendance à long terme montre que les personnes âgées de 18 à 29 ans sont plus favorables à une armée professionnelle que le reste de la population (57%, ±0%).

En ce qui concerne la confiance accordée à une armée de volontaires, les avis sont partagés. 51% auraient «entièrement» ou «plutôt» confiance dans une armée de volontaires, 46% n'auraient «plutôt pas» ou «pas du tout» confiance. Il en découle que la confiance octroyée à une armée de volontaires par les partisans d'une armée de milice est significativement inférieure à celle accordée par les partisans d'une armée de professionnels (39% versus 64%).

Aspects positifs et négatifs des obligations militaires: Un aspect positif des obligations militaires se détache nettement des autres. Une personne interrogée sur deux estime spontanément que les obligations militaires apportent des avantages personnels (50%). Les sondés pensent avant tout à l'acquisition de capacités (48%), particulièrement aux compétences sociales (43%), telles que l'indépendance (10%), la camaraderie (9%), la discipline et l'ordre (9%) et autres. De plus, des aspects positifs, tels que des avantages collectifs (14%) et des aspects normatifs (8%) sont mentionnés.

Lorsque les personnes questionnées doivent se prononcer sur les aspects négatifs des obligations militaires, les réponses varient fortement. 23% mentionnent des aspects normatifs, tels que la contrainte (11%) et l'assouplissement des obligations militaires (4%). Parmi les autres aspects négatifs, ils mentionnent l'image de l'armée (19%), en particulier l'inefficience (6%), les exercices insensés, l'absence de missions (4%) et autres. De plus, les coûts sont critiqués (15%), avant tout les coûts individuels (10%), générés par les coûts indirects et la perte de temps personnelle (7%). Près d'une personne interrogée sur huit (12%) formule des désirs de changement.

Obligations militaires, divers modèles: Parmi les divers modèles de servir s'offrant aux hommes, seule l'obligation générale de servir pour les hommes avec libre choix entre le service militaire et les autres formes de service (service civil, service social) recueille une majorité. 70% soutiennent cette proposition. En comparaison avec le dernier relevé effectué en 2005, le taux d'approbation a significativement baissé en moyenne (-4%). Par contre, l'introduction de l'obligation de servir à la communauté également pour les femmes est autant approuvée (52%, +3%) que refusée (47%). Seule une minorité est favorable à l'introduction d'obligations militaires pour les femmes (25%). Il n'est également pas question d'introduire des obligations militaires pour les étrangers (23%). 38% des citoyennes et citoyens suisses se déclarent en faveur de l'abolition de l'obligation de servir, ce qui est significativement moins qu'en 2010 (-7%).

Rôle sociétal de l'armée: La perte du rôle central de l'armée dans la société observée dans les années 80 ne s'est pas poursuivie. Lorsque les personnes interrogées doivent choisir si l'armée joue un rôle central dans la société, si elle est un mal nécessaire ou si elle pourrait être supprimée, 44% (-2%) des citoyennes et citoyens suisses estiment que l'armée est un «mal nécessaire». Mais autant de personnes sondées sont d'avis que l'armée joue un rôle central en Suisse, ce qu'ils évaluent positivement (42%, +2%). Pour 12% (-1%) des personnes interrogées, l'armée pourrait être supprimée.

Recommander de faire une carrière militaire: En 2011, environ six sondés sur dix recommanderaient à une connaissance de faire un service d'avancement (57%, -6%), un sur quatre donnerait une réponse négative (24%, -3%). Le prestige sociétal d'une carrière militaire semble avoir regagné de l'importance depuis l'introduction de l'Armée XXI. Toutefois, on constate qu'un cinquième des personnes interrogées ne voulait ou ne pouvait pas répondre à cette question.

Cadres de milice: Une tendance à long terme montre que depuis 1983 le prestige des cadres de milice a diminué. Mais, contrairement à ce qui est couramment supposé, cette perte de prestige ne se poursuit pas, car une hausse est enregistrée après 2005. Le gain de prestige observé déjà en 2010 se confirme dans les relevés de cette année. Ainsi, 69% (-1%, et +7% comparé à 2005), estiment que l'expérience militaire en matière de conduite présente des avantages pour la vie professionnelle civile. 62% (-1% et +10% en comparaison avec 2005) considèrent un avancement militaire comme un honneur. Ce taux est presque le même qu'en 1983. Par contre, depuis 1998, la perception qu'une carrière militaire peut présenter des désavantages sur le marché du travail est restée en moyenne constante, soit 38% (-3%) en 2011. En comparaison avec l'année précédente, le refus de l'obligation de grader a significativement diminué. Alors qu'en 2010 seule une personne interrogée sur cinq approuvait l'obligation de grader, en janvier 2011 une personne sur quatre y est favorable (25%, +5%).

Dépenses de l'armée: La pression exercée sur les dépenses pour la défense nationale s'est affaiblie, ce qui se manifestait déjà en 2010 dans le relevé d'une autre question. Depuis le début de cette série de relevés en 1986, le taux de personnes interrogées qui estiment que la Suisse dépense «trop peu» (14%) ou «beaucoup trop peu» (2%) pour la défense n'a jamais été aussi élevé. Par rapport au dernier relevé effectué en 2009, ce taux a plus que doublé. Il a passé de 7% à 16%. Alors que 39% (-1%) considéraient en 2009 que les dépenses de l'armée étaient trop élevées, soit un taux constant, en 2011 nettement moins de personnes interrogées sont d'avis que les dépenses sont «raisonnables» (38%, -8%).

Bilan

Cette année, les relevés de l'enquête montrent que les opinions divergent fortement en ce qui concerne la perception de l'évolution de la situation nationale et internationale. Depuis le début de la série des relevés, il y a environ vingt ans, les citoyennes et citoyens suisses ne se sont jamais sentis aussi en sécurité et ne se sont jamais déclarés si optimistes quant à l'avenir de la Suisse. Par contre, autant de personnes interrogées estiment que l'évolution de la situation internationale sera plus sombre. La crise politique et économique au sein de l'UE ainsi que le boom économique en Suisse semblent avoir influencé cette perception.

Il est permis de supposer que cette perception d'une évolution divergente de la situation nationale et internationale se répercute sur l'évaluation de la politique extérieure. En effet, les données révèlent que l'euroscepticisme atteint une nouvelle valeur record, et que depuis 18 ans la volonté d'autonomie économique et politique n'a jamais été aussi forte qu'en janvier 2011. En effet, ce «réflexe du hérisson», déjà observé depuis longtemps, s'est significativement accentué cette année.

Cette tendance se référant à la Suisse en tant que nation se retrouve également dans l'approbation très élevée de la neutralité. L'identification de la «Suisse» avec la neutralité reste forte. En comparaison avec les années précédentes, le scepticisme envers l'application du principe de la neutralité et les désavantages qui en découlent est plutôt faible. Toutefois, certaines dysfonctionnalités de la neutralité sont perçues par la population, en particulier en ce qui concerne sa fonction de protection en matière de politique de sécurité. De plus, l'efficacité de la neutralité armée est particulièrement mise en doute.

Cette image se reflète également dans l'attitude envers l'armée. Une grande majorité la soutient et cette année elle jouit également chez les jeunes d'une approbation majoritaire significative. Pourtant, les citoyennes et citoyens suisses ne croient que partiellement en la capacité de défense de l'armée. Malgré tout, la population suisse est généralement satisfaite des prestations de l'armée. Cette attitude pourrait découler d'une ambivalence constante. Bien que l'identification avec l'armée soit élevée, les citoyennes et citoyens suisses sont plutôt sceptiques quant à son utilité fonctionnelle. Dans ce contexte, soulignons que les avis sont également partagés en ce qui concerne la forme de l'armée: le principe des obligations militaires est accepté, mais la justification fonctionnelle de la légitimité des obligations militaires n'est pas primordiale.

A la fin de chaque chapitre vous trouverez des évaluations et conclusions supplémentaires concernant les relevés effectués cette année.

Riassunto del sondaggio «Sicurezza 2011»

Obiettivi e dati

Lo studio «Sicurezza», condotto ogni anno dall'*Accademia militare presso il Politecnico federale di Zurigo* in collaborazione con il *Center for Security Studies, ETHZ*, rileva le tendenze dell'opinione pubblica nell'ambito della politica estera, della politica della sicurezza e della difesa in Svizzera. Lo studio si fonda su sondaggi annuali rappresentativi della popolazione svizzera avente diritto di voto.

In aggiunta ad un ventaglio di domande generali riferite a temi ricorrenti, il sondaggio integra ogni anno degli argomenti specifici e attuali in materia di politica di sicurezza. Nel 2011 è stata dedicata particolare attenzione alle associazioni accostate al concetto di «sicurezza», al grado di notorietà dei vari impieghi internazionali dell'Esercito svizzero, alla valutazione dell'efficacia della missione Swisscoy in Kosovo, alla soddisfazione nei confronti dell'attività svolta dall'esercito, all'approvazione di modelli di servizio alternativi e alla percezione degli aspetti positivi e negativi dell'obbligo militare.

La raccolta dei dati è stata eseguita dall'istituto di ricerche di mercato DEMOSCOPE tra il 17 gennaio e il 4 febbraio 2011 e ha coinvolto 1209 persone contattate telefonicamente in tutte le regioni linguistiche della Svizzera. In questo periodo la Svizzera si trovava in piena campagna per la votazione sull'iniziativa popolare «Per la protezione dalla violenza perpetrata con le armi». Questa esigeva il deposito delle armi d'ordinanza in arsenale e la creazione di un registro centrale delle armi. Il 13 febbraio 2011 l'iniziativa popolare fu bocciata (respinto con il 56,3% dei voti contrari con una partecipazione di 48,8%).

Le percentuali \pm , riportate tra parentesi, indicano la differenza rispetto al rilevamento effettuato nel gennaio 2010. Nel sondaggio 2011, l'errore di campionamento potenziale per un intervallo di fiducia del 95% ammonta a $\pm 3\%$ nel caso meno favorevole. Ciò significa che un valore x misurato del 50% rientra, con una probabilità del 95%, in una popolazione-obiettivo la cui frequenza di x si situa tra il 47% e il 53%. In questo sondaggio, la popolazione-obiettivo rappresenta i cittadini svizzeri aventi diritto di voto.

Tendenze

1. Sensazione generale di sicurezza e fiducia nelle istituzioni

Sensazione di sicurezza e di minaccia: nel 2011 la grande maggioranza dei cittadini svizzeri ha dichiarato di avere un sentimento generale di sicurezza. La percentuale delle persone che nel 2011 si sentono «molto» sicure è del 34% (+5%). Le persone intervistate che si sentono «piuttosto» sicure rappresentano il 56% (-3%). Dopo il lieve calo del 2010, quest'anno la sensazione di sicurezza ha registrato una ripresa leggera, ma significativa. Rispetto al passato la percezione soggettiva della sicurezza ha attualmente raggiunto livelli record. Soltanto negli anni 2001/2002 e 2008/2009, infatti, si erano registrati tanti cittadini svizzeri soddisfatti quanti nel 2011.

Associazioni al concetto di «sicurezza»: Le associazioni al concetto di «sicurezza» sono molteplici. Alcuni pensano a possibili pericoli o a cose che potrebbero essere minacciate, altri – tuttavia in numero nettamente inferiore – associano la sicurezza alle istituzioni, alle tecnologie o a provvedimenti individuali che contribuiscono alla sicurezza personale. Un terzo gruppo di persone intervistate accomuna la sicurezza a una sensazione, come il «sentirsi sicuri», ma anche alla qualità di vita.

In tutte le categorie la sicurezza fisica, quindi la protezione dell'integrità fisica e della vita, è quella maggiormente indicata. Un intervistato su due pensa alla protezione dalla criminalità (49%). Il 13% delle persone intervistate associa la sicurezza alla sicurezza economica e/o alla sicurezza politica e sociale. Fra le istituzioni si distingue la polizia. Il 14% delle persone intervistate collega spontaneamente la sicurezza alla polizia, il 3% all'esercito. Infine, per il 9% dei partecipanti al sondaggio sicurezza significa potersi sentire sicuri e tranquilli.

Fiducia per il futuro della Svizzera: dopo il calo del 2009 e 2010, quest'anno si è assistito a una forte ripresa dell'ottimismo a livello nazionale. Nel mese di gennaio del 2011, la grande maggioranza (84%, +15%) della popolazione svizzera avente diritto di voto giudica il futuro del Paese, nel suo complesso, in maniera estremamente positiva, benché prevalga la visione più moderata di coloro che si ritengono «abbastanza» ottimisti (77%). Soltanto il 7%, invece, dice di essere «molto» ottimista. Come si è visto per la sensazione di sicurezza, nel confronto di lungo periodo l'ottimismo a livello nazionale si attesta a livelli record rispetto alle edizioni passate del sondaggio. Soltanto negli anni 2001/2002 e 2007/2008, infatti, si era registrato un pari numero di cittadini svizzeri all'incirca ottimisti quanto quelli del 2011.

Situazione politica mondiale: a differenza dell'opinione circa il futuro della Svizzera, dall'analisi della situazione geopolitica mondiale emerge un quadro più cupo. Come l'anno passato, la percezione della popolazione circa l'andamento della situazione politica internazionale è nuovamente peggiorata nell'arco dei 12 mesi. Nel 2011 tale variazione è particolarmente significativa. Coloro che ritengono che la situazione politica mondiale si farà più cupa e tesa nei prossimi cinque anni hanno già superato il 50% (54%, +11%). Soltanto il 7% (-1%) dei cittadini svizzeri ritiene che vi sarà una distensione nei rapporti politici internazionali, mentre il 37% (-11%) non prevede variazioni di sorta.

Percezione della minaccia militare: attualmente si ritiene che la Svizzera sia poco minacciata dal punto di vista militare. Su una scala da 1 a 10, con 1 indicante «nessuna minaccia militare» e 10 «minaccia militare estrema», la percezione della minaccia militare odierna si attesta a un valore medio di 2.6. Interrogati su tale argomento, il 61% degli intervistati ha dichiarato che al momento non vi è alcuna (livello 1) o pressoché alcuna (livello 2) minaccia militare nei confronti della Svizzera.

Misure per la sicurezza interna: tre intervistati su quattro ritengono che, per la nostra sicurezza, sia importante combattere l'estremismo di destra in maniera più incisiva rispetto al passato (75%). Meno sentita, invece, è la necessità di intensificare la lotta all'estremismo di sinistra, indicata dal 63% degli intervistati. Mentre nel 2008 la lotta all'estremismo di sinistra era invocata dalla medesima percentuale di persone di quella registrata a gennaio 2011, la pressione volta a rafforzare l'opposizione all'estremismo di destra è calata leggermente, ma in maniera statisticamente significativa (-3%). Per quanto concerne la lotta al terrorismo, la maggioranza della popolazione è disposta ad accettare eventuali limitazioni alla libertà personale (71%). In tal caso, il grado di consenso è aumentato di ben il 10% rispetto al 2008 e si attesta ora percentualmente al di sopra del valore del 2003, quando per la prima volta si rilevò tale atteggiamento a seguito degli attacchi terroristici dell'11 settembre 2001.

Fiducia nelle autorità e nelle istituzioni: da 15 anni le sette autorità e istituzioni regolarmente valutate nel sondaggio hanno ottenuto un grado di fiducia da medio a elevato da parte dei cittadini svizzeri. Ancora una volta è la polizia a guidare la classifica, seguita dai tribunali e quest'anno anche dall'economia svizzera. L'esercito e il Consiglio federale si piazzano invece a metà della graduatoria. Il penultimo posto spetta al Parlamento, con un livello di fiducia leggermente inferiore all'anno passato. Per quanto riguarda i partiti politici e i media – che si trovano in coda alla graduatoria – la fiducia e lo scetticismo si equilibrano a vicenda.

Rispetto all'anno scorso e per la seconda volta consecutiva, i cittadini svizzeri guardano all'economia con maggiore fiducia. Si osserva un maggiore scetticismo, invece, nei confronti del Parlamento, dei partiti politici e soprattutto dei tribunali. Mentre la fiducia nel Parlamento ha nuovamente subito un tracollo, quella nel Consiglio federale – già calata nel 2010 – si è mantenuta stabile. Le due istituzioni politiche godono tuttavia di una fiducia nettamente inferiore alla media di lungo periodo. Lo stesso dicasi per la fiducia nell'esercito.

2. Politica estera e di sicurezza

Cooperazione internazionale senza vincoli istituzionali che comporterebbero una diminuzione della sovranità nazionale: viene invocato a maggioranza un impegno più attivo della Svizzera nelle azioni di solidarietà a livello internazionale. Il 66% (-3%) della popolazione ritiene che la Svizzera debba intensificare il proprio ruolo di mediatore nei conflitti, mentre il 57% (-4%) esorta un aumento degli aiuti allo sviluppo. Quest'ultimo dato ha subito una flessione lieve, ma significativa nel corso degli ultimi dodici mesi.

Rapporti con l'UE, adesione all'UE: l'atteggiamento dei cittadini svizzeri nei confronti di come il Paese debba strutturare i propri rapporti con l'Europa si è nettamente accentuato nel corso dell'ultimo anno. Lo scetticismo nei confronti dell'UE è aumentato vertiginosamente. Dopo una fase stabile tra il 2004 e il 2010, il consenso nei confronti sia di un avvicinamento politico all'Unione Europea sia di un'adesione all'UE è calato di oltre 10 punti percentuali. Nel 2011 un avvicinamento politico all'UE è ritenuto pensabile soltanto dal 37% (-13%) degli intervistati. Per quanto concerne l'adesione all'Unione Europea, tale percentuale scende al 19% (-12%). Si tratta dei valori di consenso più bassi mai registrati dall'inizio dei rilevamenti nel 1989 o dal 1993 relativamente alla collaborazione con l'UE. Continua a essere caldeggiata a maggioranza, invece, la visione pragmatica di un avvicinamento solo economico all'Unione Europea. Il 77% (+5%) dei cittadini svizzeri, infatti, è dell'opinione che «la Svizzera non debba entrare nell'UE bensì rafforzare la collaborazione a livello economico».

Partecipazione in seno all'ONU: nel 2011 si conferma il favore dei cittadini svizzeri a una partecipazione attiva del Paese alle attività delle Nazioni Unite (57%, -5%) e all'ottenimento di un seggio nel Consiglio di Sicurezza dell'ONU (62%, -2%). Nel complesso, l'atteggiamento della popolazione nei confronti dell'ONU è rima-

sto costante dal 2002, anno dell'ingresso nelle Nazioni Unite, ad eccezione di un significativo calo dei consensi nel 2006.

Volontà di apertura nei confronti di alleanze in materia di politica della sicurezza e contingenti di pace: tra le possibili forme di cooperazione internazionale, quella in materia di politica della sicurezza riceve ogni anno i punteggi più bassi, tanto da essere tendenzialmente respinta. Quest'anno, anche l'impegno militare in seno all'ONU, sotto forma di invio di contingenti di pace svizzeri, raccoglie soltanto il 50% dei consensi (-6%), molti meno rispetto al 2010. La Nato, come alleanza in materia di politica della sicurezza, viene costantemente giudicata con scetticismo. Un avvicinamento alla Nato è auspicato dal 36% (-4%) dei cittadini svizzeri. Solo un quinto degli intervistati, infatti, vorrebbe che la Svizzera entrasse a far parte della Nato (21%, ±0%). Nonostante questo rifiuto generale delle alleanze in materia di politica della sicurezza, il 69% degli intervistati ritiene che «la Svizzera non possa più risolvere da sola gli attuali problemi di sicurezza, ma che questi ultimi possano essere affrontati soltanto in un'ottica internazionale».

Autonomia nazionale in generale e rispetto alla politica di sicurezza: nel 2011 il 77% (+5%) degli intervistati ritiene che la Svizzera debba conservare il più possibile la propria indipendenza economica e politica. Il desiderio di una Svizzera autonoma è cresciuto notevolmente per la prima volta dopo quattro anni, raggiungendo un nuovo record dall'inizio dei rilevamenti. Il 50% (-1%) degli intervistati – dato invariato rispetto all'anno precedente – pensa che la Svizzera debba limitarsi soltanto alla propria difesa nazionale.

Grado di conoscenza degli impieghi all'estero dell'Esercito svizzero: la popolazione è scarsamente a conoscenza degli impieghi all'estero. Delle quattro missioni all'estero citate nelle domande, la Swisscoy è la più conosciuta. Il 33% degli intervistati conosce soltanto alcuni fatti o i dati più significativi. Per quanto concerne la missione al confine tra le due Coree per monitorare il rispetto dell'armistizio tra la Corea del Nord e la Corea del Sud, il 14% dichiara di conoscere i fatti salienti o soltanto alcuni di essi. L'impiego di osservatori militari svizzeri in Medio Oriente è noto al 13%, quello nella Repubblica Democratica del Congo all'8% della popolazione.

Valutazione della missione Swisscoy: l'impiego della Swisscoy viene percepito molto più positivamente che negativamente. Il 48% degli intervistati la ritiene nel complesso un successo, il 9% un insuccesso, il 22% né un successo né un insuccesso

e il 21% si astiene da qualunque valutazione. Secondo la popolazione, l'impegno della Swisscoy ha avuto un impatto positivo sui seguenti punti: sulla considerazione della Svizzera all'interno del mondo occidentale (60%), sulla sicurezza nell'intera regione (61%), sulle possibilità del Kosovo di diventare una nazione libera e sicura (53%), sulla perizia militare dell'Esercito svizzero (53%), sul prestigio dell'Esercito svizzero agli occhi della cittadinanza elvetica (50%) e sulla partecipazione democratica della popolazione kosovara (45%). Sono tanti, tuttavia, coloro che non sono stati in grado di valutare l'impatto. Questo tipo di risposta prevale tendenzialmente quando si tratta di valutare le ripercussioni sull'abolizione delle armi (37% nessuna risposta, 40% risposta positiva) e sulla lotta al traffico di droga e di persone nell'intera regione (34% nessuna risposta, 29% risposta positiva). Alla domanda relativa all'effetto della missione Swisscoy sulla sicurezza in Svizzera, prevale la risposta, indicata dal 35% degli intervistati, secondo la quale non vi siano ripercussioni. Un lieve effetto positivo è stato percepito dalla popolazione anche sulla possibilità di tenere lontani i flussi di profughi (32%).

Il 50% dei cittadini ritiene che il contingente di truppe attualmente in Kosovo, pari a circa 200 soldati, sia «adeguato», mentre il 10% ne auspica l'aumento e l'8% la riduzione. Un intervistato su cinque è contrario a un ulteriore impegno in Kosovo (21%).

Neutralità: il consenso già molto elevato degli ultimi anni nei confronti del principio di «neutralità» ha conquistato un ulteriore punto percentuale nel corso dell'anno. Nel mese di gennaio del 2011 il 94% della popolazione si è dichiarata favorevole al mantenimento della neutralità, di cui il 70% «molto» e il 24% (-2%) «abbastanza» favorevole. A metà/fine degli anni novanta, la neutralità trovava il consenso della maggioranza della popolazione, ma con una percentuale media inferiore, pari all'82%. È stato soprattutto nel biennio 2001-2002 che la neutralità ha registrato un significativo aumento di consensi.

I due terzi degli intervistati (64%, -1%) continuano ad approvare il concetto di «neutralità differenziata», in base alla quale la Svizzera può prendere posizione in materia di politica estera, ma si astiene da qualsiasi intervento militare. L'abbandono «de facto» della neutralità, che consiste nel prendere apertamente posizione non solo nei confronti dei conflitti politici, ma anche di quelli militari, è approvato soltanto da una minoranza del 25% (-2%).

Funzioni della neutralità: secondo la popolazione la Svizzera è predestinata, in virtù della sua neutralità, a svolgere un ruolo principalmente nella mediazione dei conflitti e offre i suoi buoni uffici sul piano internazionale (89%, -4%). Nella media, il

tasso di approvazione è diminuito in misura lieve, ma statisticamente significativa nel corso dell'anno. Dall'inizio del nuovo millennio, la neutralità viene percepita dalla maggioranza della popolazione come un elemento sempre più «legato indissolubilmente alla nostra idea di Stato» (79%, -2%). In questo senso, emerge la grande importanza simbolica della neutralità per l'identità nazionale. La funzione della neutralità a livello di politica della sicurezza è meno radicata in confronto alla funzione di solidarietà e d'identità, ma viene comunque riconosciuta dalla maggioranza della popolazione. A gennaio 2011 il 61% (+2%) degli intervistati ritiene che, grazie alla neutralità, la Svizzera non sarà coinvolta in conflitti internazionali, mentre il 55% (+3%) vede nella «neutralità armata» un contributo alla stabilizzazione dell'Europa. Soltanto una minoranza del 28%, invece, pensa che «l'appartenenza ad un'alleanza difensiva europea ci darebbe più sicurezza rispetto al mantenimento della neutralità». Rispetto all'ultimo rilevamento di tale aspetto nel 1999, il grado di consenso è diminuito in maniera significativa dell'8%.

Valutazione critica della neutralità: anche in un'ottica critica la neutralità viene valutata positivamente. La maggioranza della popolazione svizzera, infatti, pensa che non sia un ostacolo alla libertà d'azione sul piano internazionale. Il 35% (+3%) degli intervistati, invece, considera la neutralità come un ostacolo a una cooperazione a livello europeo. Soltanto una minoranza (29%, -2%), inoltre, ritiene che «il nostro stretto coinvolgimento politico ed economico con altri Stati» impedisca la neutralità. Quest'ultima viene percepita dalla grande maggioranza degli intervistati come un valore e non necessariamente come uno strumento. Soltanto il 19% (-1%) ritiene che dovremmo rinunciare alla neutralità, se questa non dovesse più arrecare vantaggi alla Svizzera. Per quanto concerne la credibilità della neutralità armata, essa è l'unico parametro a registrare la medesima percentuale di persone che la affermano e la mettono in discussione (45% ciascuno, -4% valutazione critica).

3. Politica di difesa

Necessità e importanza dell'esercito: rispetto all'anno scorso il tasso d'approvazione concernente la necessità dell'Esercito svizzero è aumentato di cinque punti percentuali, dal 74% al 79%. Tale incremento, tuttavia, dev'essere relativizzato in base alla ripartizione statistica. Nella media il grado di accettazione è rimasto costante, dal momento che è leggermente diminuita la percentuale di coloro che considerano l'esercito «assolutamente» (26%, -2%) necessario, mentre è salita quella di coloro che lo giudicano «abbastanza» (53%, +7%) necessario. Come sempre il tasso di consenso è inferiore nella fascia d'età compresa tra i 20 e i 29 anni e tra coloro che

si dichiarano politicamente orientati verso sinistra. Il sondaggio, tuttavia, evidenzia una variazione degna di nota. Mentre i sostenitori della sinistra che approvano la necessità dell'esercito rimangono costanti al 49% (-2%), i giovani che propugnano tale idea sono aumentati in maniera significativa, raggiungendo il 69% (+15%). Rimane invariata, invece, la percentuale di coloro che invocano il mantenimento di un Esercito svizzero ben equipaggiato e qualificato (68%, -3%). Per il 60% della popolazione è importante poter contare su un esercito forte (valori 6 a 10 su una scala da 1 a 10, con 1 indicante «assolutamente non importante» e 10 «molto importante»; valore medio: 6.3).

Performance dell'esercito: quest'anno è stata misurata per la prima volta la soddisfazione nei confronti dell'attività svolta dall'esercito. Su una scala da 1 a 10, con 1 indicante «assolutamente non soddisfatto» e 10 «molto soddisfatto», l'Esercito svizzero ha ottenuto un punteggio medio di 6. La popolazione svizzera si dichiara soddisfatta soprattutto dell'aiuto in caso di catastrofe prestato dalle forze armate elvetiche. L'87% degli intervistati ritiene che, in caso di catastrofi ambientali, l'esercito sia in grado di garantire sufficienti soccorsi all'interno del Paese. Per quanto concerne invece la capacità di difesa (43%) e la tutela da parte dell'esercito dagli attacchi terroristici (35%), i numeri sono calati drasticamente.

Esercito di milizia ed esercito di professionisti: negli anni Settanta e fino alla metà degli anni Ottanta, il servizio militare obbligatorio godeva di un ampio consenso: in fatto di difesa nazionale, l'esercito di milizia era chiaramente preferito all'esercito di professionisti. Dal 1999, tuttavia, la percentuale di cittadini favorevoli a un esercito di professionisti è cresciuta in maniera relativamente costante. A partire dall'anno 2000, invece, i due fronti si sono pressoché equilibrati, con lievi oscillazioni a favore dell'una o dell'altra opinione. Dal 2007 al 2010, la percentuale dei cittadini favorevoli a un esercito di milizia per la difesa nazionale è tornata a superare leggermente quella dei sostenitori dell'esercito di professionisti. A gennaio 2011, tuttavia, i due punti di vista risultano all'incirca a pari merito: quando si tratta di garantire la difesa nazionale, il 48% (-2%) degli intervistati predilige un esercito di milizia e il 43% (-1%) uno di professionisti. Nell'arco degli anni, i giovani di età compresa tra i 18 e i 29 anni tendono a sostenere maggiormente l'esercito di professionisti rispetto al resto della popolazione (57%, ±0%).

I cittadini appaiono divisi anche per quanto concerne la fiducia nei confronti di un esercito di volontari. Se il 51% si fiderebbe «molto» o «abbastanza» di un esercito di volontari, il 46% si dichiara «non molto» o «assolutamente non» fiducioso nei suoi confronti. Tale livello di fiducia è conseguentemente di gran lunga inferiore tra

i sostenitori di un esercito di milizia che tra i fautori di un esercito di professionisti (39% rispetto al 64%).

Aspetti positivi e aspetti negativi dell'obbligo di prestare servizio militare: tra gli aspetti positivi dell'obbligo di prestare servizio militare c'è n'è uno chiaramente preponderante. Un intervistato su due dichiara spontaneamente che trova positivo il vantaggio individuale dell'obbligo di prestare servizio militare (50%). Le persone intervistate pensano in primo luogo all'acquisizione di capacità (48%) e in particolare alle competenze sociali (43%), cui appartengono qualità quali l'indipendenza (10%), il cameratismo (9%), la disciplina e l'ordine (9%) e altre qualità simili. Altri aspetti positivi menzionati sono il vantaggio collettivo (14%) e gli aspetti normativi (8%).

Alla domanda «secondo lei cosa c'è di negativo nell'obbligo di prestare servizio militare?» le risposte variano sensibilmente. Il 23% delle persone intervistate menziona gli aspetti normativi, di cui l'11% critica l'obbligo e il 4% l'attenuazione della concretizzazione dell'obbligo militare generale. Le persone intervistate valutano come aspetto negativo dell'obbligo di prestare servizio militare anche la concretizzazione e l'immagine dell'esercito (19%), ad esempio l'inefficienza (6%), gli esercizi senza senso, il compito mancante (4%) e altri aspetti simili. Inoltre, vengono criticati i costi (15%), soprattutto quelli individuali (10%) generati in seguito ai costi indiretti e al dispendio personale di tempo (7%). Quasi un intervistatore su otto (12%) a questa domanda auspica anche dei cambiamenti.

Modelli di servizio alternativi: tra le varie alternative all'obbligo militare per gli uomini, soltanto l'obbligo di prestare servizio militare per gli uomini con possibilità di scelta tra il servizio militare e altri servizi (servizio civile, servizio sociale) riscuote un consenso a maggioranza, con il 70% di favorevoli. Rispetto all'ultimo rilevamento di tale aspetto nel 2005, il grado di consenso è diminuito in media in maniera significativa (-4%). Per quanto concerne l'obbligo di servizio anche per le donne, invece, le percentuali statistiche di coloro che lo sostengono (52%, +3%) e coloro lo respingono (47%) si equivalgono. Soltanto una minoranza si dichiara d'accordo con l'introduzione della leva obbligatoria anche per le donne (25%). Un altro parametro fuori discussione è l'ammissione degli stranieri al servizio militare (23%). Il 38% dei cittadini svizzeri, quindi molti meno rispetto al 2010 (-7%), è favorevole all'abolizione dell'obbligo militare.

Ruolo sociale dell'esercito: la perdita d'importanza del ruolo sociale dell'esercito, osservata negli anni Ottanta, non ha trovato continuità. Quando si tratta di definire

se, dal punto di vista sociale, l'esercito sia centrale, un male necessario o un'istituzione da abolire, il 44% (-2%) dei cittadini opta per la definizione di «male necessario». Tale percentuale, tuttavia, equivale a quella di coloro che ritengono che l'esercito rivesta un ruolo centrale in Svizzera e che lo giudicano positivamente (42%, +2%). Per il 12% (-1%) degli intervistati, invece, l'esercito potrebbe essere abolito.

Raccomandazione relativa a una carriera nell'esercito di milizia: anche nel 2011 circa sei intervistati su dieci consiglierebbero a un conoscente di continuare la carriera militare (57%, -6%), mentre uno su quattro no (24%, -3%). Dall'introduzione di Esercito XXI pare che il prestigio delle forze armate sia nuovamente cresciuto. Va notato, comunque, che quasi un quinto degli intervistati non ha voluto o potuto rispondere a questa domanda.

Quadri dell'esercito: sebbene dal 1983 il prestigio dei quadri dell'esercito sia tendenzialmente diminuito, dal 2005 si è nuovamente registrato un miglioramento, contrariamente all'idea popolare di un continuo calo di prestigio. Il sondaggio di quest'anno, infatti, conferma l'incremento di prestigio già osservato nel 2010, tanto che il 69% (-1%, +7% rispetto al 2005) ritiene che l'esperienza di condotta militare arrechi vantaggi professionali anche in ambito civile. Il 62% (-1% o +10% rispetto al 2005) considera l'avanzamento militare come un onore. Tale percentuale è pressoché identica a quella registrata nel 1983. Dal 1998, invece, è rimasta mediamente costante l'idea che una carriera nella milizia sia legata a svantaggi di natura professionale, opinione condivisa nel 2011 dal 38% (-3%) degli intervistati. Rispetto all'anno precedente, il rifiuto dell'obbligo di avanzamento nell'esercito è calato in misura significativa: se nel 2010 soltanto uno su cinque era favorevole all'obbligo di avanzamento, a gennaio 2011 si è saliti a uno su quattro (25%, +5%).

Spese per la difesa: come si era già potuto osservare nel 2010 attraverso un'altra domanda, la pressione sulle spese per la difesa nazionale si è attenuata. Mai prima d'ora, dall'inizio dei rilevamenti nel 1986, si era registrata una percentuale così elevata di intervistati che ritengono che la Svizzera spenda «troppo poco» (14%) o «davvero troppo poco» (2%) per la difesa come nel mese di gennaio del 2011. Rispetto all'ultimo sondaggio del 2009, tale percentuale è più che raddoppiata, salendo dal 7% al 16%. Al suo interno, coloro che auspicano una riduzione delle spese per la difesa rappresentano ora una minoranza rispetto a coloro che considerano le spese adeguate o insufficienti. Mentre l'idea che le spese siano troppo elevate si è mantenuta costante rispetto al 2009, a quota 39% (-1%), nel 2011 sono molti meno coloro che considerano le spese «adeguate» (38%, -8%).

Punto della situazione

Quest'anno emergono opinioni spiccatamente differenziate per quanto concerne la percezione degli sviluppi nazionali e internazionali. Dall'inizio di questa serie di rilevamenti circa vent'anni fa, i cittadini svizzeri non si sono mai dichiarati tanto sicuri e ottimisti in relazione alla Svizzera e nel contempo mai espresso in maniera così pessimistica riguardo agli sviluppi internazionali come nell'ultimo rilevamento. La crisi di politica economica dell'UE e il boom economico della Svizzera possono aver influito su questa percezione.

Si può presupporre che questa percezione si ripercuota sull'atteggiamento della popolazione votante nei confronti della politica estera. Ciò si evidenzia nei dati disponibili dai quali emerge che sono stati raggiunti valori massimi per quanto riguarda lo scetticismo nei confronti dell'UE e nel contempo che negli ultimi 18 anni la volontà di autonomia politica ed economica non era mai stata così marcata come nel gennaio 2011. Questo «effetto di chiusura a riccio», la cui tendenza in fondo era già stata osservata da diversi anni, si è notevolmente accentuato nell'anno in corso.

Tale tendenza si manifesta anche nel consenso estremamente elevato per la neutralità. L'identificazione della «Svizzera» con la neutralità continua ad essere forte e lo scetticismo per quanto riguarda l'attuazione della stessa neutralità come pure determinati svantaggi in un confronto con gli anni precedenti è piuttosto scarso. Ciononostante certe disfunzioni della neutralità vengono percepite dalla popolazione, soprattutto per quanto concerne la sua azione protettiva sul piano della politica di sicurezza. A tale proposito, viene messa in dubbio soprattutto l'efficacia della neutralità armata.

Questo quadro della situazione si riflette anche nell'atteggiamento nei confronti dell'esercito. L'esercito viene sostenuto dalla stragrande maggioranza della popolazione e quest'anno registra un chiaro consenso anche dalla maggior parte dei giovani. La popolazione crede tuttavia solo in modo limitato alla capacità di difesa dell'esercito. Ciononostante si dichiarano complessivamente soddisfatti delle prestazioni dell'esercito. Ciò potrebbe eventualmente essere ricondotto ad una continua ambivalenza: l'identificazione con l'esercito in fin dei conti è elevata, tuttavia gli Svizzeri hanno un atteggiamento piuttosto scettico nei confronti della sua utilità funzionale. A tale proposito, occorre considerare anche la spaccatura per quanto concerne la struttura del servizio militare. Il principio dell'obbligo militare è sì accettato, ma la motivazione funzionale per la legittimazione di tale obbligo non risulta tuttavia evidente.

Per ulteriori valutazioni e conclusioni degli autori sui dati di quest'anno vi rimandiamo ai punti della situazione dei singoli capitoli.

Summary of the survey “Security 2011”

Goals and Database

The annual “Security Survey”, conducted jointly by the *Military Academy at ETH Zurich (Swiss Federal Institute of Technology Zurich)* and the *Center for Security Studies of ETH Zurich*, serves to determine trends in Swiss public opinion-making of Swiss foreign, defense and security policies. It is based on annual representative surveys of the Swiss electorate.

Apart from a set of questions often included in the survey in irregular intervals, there are always questions about current issues of security policy. In 2011, special attention was paid to the following topics: Associations with the term “security”, awareness levels of various international deployments of the Swiss Armed Forces, assessment of the effectiveness of the Swisscoy deployment in Kosovo, satisfaction with the performance of the armed forces, approval rates of alternative service models and perception of positive and negative aspects of conscription.

This year’s survey was carried out by means of telephone interviews between the 17th of January and the 4th of February 2011 with a representative sample of 1,209 people from all language regions. The survey was carried out by DemoSCOPE. The survey period coincided with the campaign for the popular initiative “for the protection against armed violence”, which demanded two things: Firstly, that service weapons be deposited in the arsenal, and secondly, that an all-Swiss weapon registry be created. The popular initiative was rejected on February 13, 2011 with 56.3% against and 43.7% in support of the initiative (turnout 48.8%).

The figures in brackets indicate the difference to the 2010 survey in percentage points. In this year’s survey, the maximum sampling error is $\pm 3\%$ with a 95% degree of certainty. In other words, there is a probability of 95 % that a measured value of 50% for x lies between 47% and 53% and is representative of the total Swiss electorate.

Trends and Tendencies

1. General Sense of Security and Trust In Institutions

Sense of security and perception of threat: In January 2011, the vast majority of the Swiss population feels secure with 34% (+5%) feeling “very” secure and 56% (–3%) feeling “quite” secure. In 2010, the level of perceived security had slightly decreased, this year it experienced a slight but significant increase. Compared to the previous years, the current level of perceived personal security is very high. Only the surveys of 2001/2002 and 2008/2009 featured equal levels of perceived security.

Associations with the term “security”: The term “security” conjures up a broad range of associations. Thus, some respondents associate the term with potential threats or things that could be in danger. A considerably smaller group of respondents associate security with institutions, technologies or precautionary measures, all of which improve personal safety. A third group of respondents associates security with “feeling safe” on the one hand, and with a sense of quality of life on the other. Across all categories, physical safety, i.e. the protection of life and limb, was mentioned most frequently. In this context, every other respondent thinks of protection against crime (49% of respondents). 13% of respondents associate security with economic security and/or political and social security. Among the institutions, the police stand out: 14% of respondents spontaneously associate security with the police, whereas 3% think of the armed forces. Finally, 9% of respondents said for them, security means feeling safe and being unconcerned.

Confidence in Switzerland’s future: After a decline in the levels of optimism in 2009 and 2010, this year witnessed a remarkable increase in optimism. As of January 2011, the vast majority (84%, +15%) of the Swiss electorate evaluate the country’s future positively. However, 77% have a “rather” optimistic view of the future while only 7% say they are “very” optimistic. This year, the level of optimism regarding Switzerland’s future has reached the highest value ever recorded in our security survey. Only the years 2001/2002 and 2007/2008 reached comparable levels of optimism.

Global political situation: When asked about the global political situation, the Swiss draw a very bleak picture, which stands in stark contrast to their assessment of Switzerland’s future. The trend towards a more pessimistic assessment of the global political situation, already visible in the previous survey, is even more accentuated

in 2011. Today, more than half of the respondents (54%, +11%) expect the global political situation to become bleaker and more tense in the next five years. Only 7% (-1%) of the Swiss believe that the global political situation will normalize in the next five years. 37% (-11%) of the respondents do not expect any changes.

Perceived military threat: The perceived military threat to Switzerland is currently at a very low level. On a scale from 1 to 10, where 1 means “no military threat at all” and 10 means “very severe military threat”, the perceived military threat currently stands at 2.6 on average. 61% of respondents believe that Switzerland is not exposed to a military threat at all (level 1) or to almost no military threat (level 2).

Measures to secure homeland security: Three out of four respondents believe that it is pivotal for our security to intensify the fight against right-wing extremism (75%). In contrast, a considerably lower number of respondents (63%) believe that the fight against left-wing extremism has to be intensified. In January 2011, the demands to fight left-wing extremism were just as high as in 2008, while the demands to combat right-wing extremism experienced a minor but still statistically significant decline of 3%. In the fight against terrorism, a majority of the population is willing to accept limitations to personal freedom if needed (71%). Compared to 2008, this percentage has increased considerably by 10% and is now even higher than it was in 2003, when this item was first included in the survey as a result of 9/11.

Trust in public authorities and institutions: The seven public authorities and institutions regularly included in the security survey have consistently achieved medium to high levels of trust over the past fifteen years. The police maintains its top position, followed by the courts and – for the first time in a security survey – by the Swiss economy. The armed forces and the Federal Council are ranked in the middle, followed by the Swiss Parliament in fourth place. In the case of political parties and the media, trust and distrust are balanced out.

For the second time in a row, an increasing number of Swiss have trust in their economy. Parliament, political parties and especially the courts reached lower levels of trust this year. Whereas confidence levels in Parliament again dropped significantly, confidence in the Federal Council remained stable after a decline in 2010. However, both political institutions receive trust levels below the long-term average. The same holds for the armed forces.

2. Foreign and Security Policy

International cooperation without institutional commitments compromising sovereignty: A majority supports a more active “solidary” international engagement of Switzerland. 66% (−3%) of the population demand that Switzerland increasingly mediate in conflicts, and 57% (−4%) want Switzerland to increase its foreign aid. The approval rates of an increase in foreign aid have experienced a slight but significant decrease compared to last year.

Relations with the EU, joining the EU: The Swiss population’s view of how Switzerland should relate to Europe has significantly accentuated over the course of last year. The Swiss have an increasingly sceptical attitude towards the EU. The number of people wishing for closer political relations with the EU or a bid for EU membership has decreased by 10 percentage points after a previous phase of stability between 2004 and 2010. In 2011, 37% (−13%) of respondents support a rapprochement with the EU. A mere 19% (−12%) are in favour of an EU membership. These are the lowest approval rates of a cooperation with the EU since the beginning of the survey in 1989 and 1993 respectively. The pragmatic view of a solely economic rapprochement with the EU is still approved of by a majority. 77% (+5%) of the Swiss agree with the statement that “Switzerland should not join the EU but intensify the economic cooperation instead”.

Participation in the UN: In 2001, demands to actively participate in the UN (57%, −5%) as well as to bid for a seat in the UN Security Council (62%, −2%) remain very popular. With the exception of significantly low approval rates in 2006, the population’s attitude towards the UN has remained stable since Switzerland joined the organisation in 2002.

Willingness to participate in security political alliances and peacekeeping forces: Of all the possible forms of international cooperation polled, security political cooperation not only traditionally receives the lowest approval rates, but it also tends to be rejected. This year, even the military engagements within the UN framework – Swiss peacekeepers abroad – draw significantly less support than they did last year with an approval rate of 50% (−6%). NATO as a security political alliance is still assessed critically. 36% (−4%) of the Swiss endorse the possibility of a closer cooperation with NATO, while only a fifth of the population wants Switzerland to join NATO (21%, ±0%). Despite the rejection of security political alliances, 69% of respondents agree with the statement that “Switzerland’s current security issues cannot be resolved in isolation, but must be addressed globally”.

National autonomy in general and in matters of security policy: 77% (+5%) of respondents agree that Switzerland should remain as economically and politically independent as possible. For the first time in four years, the desire for national autonomy witnessed a significant increase and has even reached an unprecedented record high, never before seen in a security survey. Like last year, 50% (-1%) of respondents think that Switzerland should solely rely on its national defense.

Level of awareness of deployments of Swiss troops abroad: The population's awareness levels of deployments of Swiss troops abroad is limited. Of the four international deployments of Swiss troops that were polled, the Swisscoy mission is best known. 33% of respondents know at least some facts about this deployment. As regards the Swiss deployment at the border between North and South Korea, overseeing the armistice between these two countries, 14% say they know at least some facts about this mission. 13% of the population are familiar with the deployment of Swiss military observers in the Middle East and 8% know about the deployment in the Democratic Republic of the Congo.

Assessment of the Swisscoy deployment: The Swisscoy deployment is clearly more often seen in a positive than in a negative light. 48% rate it as an overall success, 9% consider it a failure and 22% think it was neither a success nor a failure. 21% suspended judgement. In the eyes of the population, the Swisscoy deployment had positive effects on the following: Switzerland's reputation in the West (60%), the region's overall security (61%), Kosovo's chance to become a free and secure nation (53%), the military expertise of the Swiss Armed Forces (53%), the armed forces' reputation in Switzerland (50%) and last but not least, giving the people in Kosovo a stronger say in matters of democracy (45%). A large proportion of respondents were unable to evaluate the effects of the Swisscoy mission. In particular, many respondents could not assess the deployment's impact on demilitarization (37% no answer, 40% positive) or on the fight against drug and human trafficking in that region (34% no answer, 29% positive). Asked about the effects of the Swisscoy deployment on Switzerland's security, a majority of respondents (35%) said that it had no effect. On the other hand, 32% of respondents believe that the deployment had a minor positive effect on reducing migration.

50% of the population consider the current contingent of 200 troops to be "just right", 10% support an increase and 8% are in favour of downsizing the contingent. Every fifth respondent is against a further commitment in Kosovo (21%).

Neutrality: The very high levels of support for the principle of “neutrality” witnessed a further increase by one percentage point over last year. As of January 2011, 94% of the Swiss supported maintaining neutrality, whereby 70% (+3%) “very much” and 24% (−2%) “rather” agree with this principle. During the 1990s, neutrality was also approved of by a majority, with an average approval rate of 82%. In other words, approval rates were considerably lower than they are today. Especially in the years 2001 and 2002 approval rates of neutrality increased considerably.

A constant two-thirds majority (64%, −1%) endorses the principle of “differential neutrality”, according to which Switzerland takes a stand in matters of foreign policy but refrains from participating in military interventions. Abandoning neutrality “de facto”, i.e. taking sides not only in political but also in military conflicts, is only supported by a minority of 25% (−2%).

Functions of neutrality: In the eyes of the electorate, neutrality clearly predetermines Switzerland for a role in conflict resolution and as an international mediator (89%, −4%). On average, support for this function of neutrality has slightly but statistically significantly declined since last year. Furthermore, since the turn of the millennium, a growing majority believes that neutrality is “inseparable from the Swiss concept of the state” (79%, −2%). This is a clear sign of the crucial role the symbolic understanding of neutrality plays in shaping national identity. The security political function of neutrality is approved of by a majority of respondents, albeit less so than the solidarity and identity functions. In January 2011, 61% (+2%) of respondents said that neutrality prevented Switzerland from being involved in international conflicts. 55% (+3%) think that the concept of “armed neutrality” contributes to European stability. Only a minority of 28% believes that “being a member of a European defense alliance would make Switzerland more secure than simple adherence to neutrality”. This number significantly decreased by 8% since this item was last polled in 1999.

Critical assessment of neutrality: Even those respondents who are critical of neutrality view it in favorable terms. Thus, a majority does not think that neutrality restricts Switzerland’s international manoeuvrability. 35% (−3%) consider neutrality to be an obstacle to cooperation with Europe. Moreover, only a minority believes that “our close political and economic involvement with other states” renders neutrality impossible (29%, −2%). The vast majority regards neutrality as a value by itself and not necessarily as a means to an end. A mere 19% (−1%) of respondents are willing to give up neutrality if it no longer serves Switzerland. Only the cred-

ibility of armed neutrality has an equal number of proponents and opponents (45% each, -4% critical assessment).

3. Defense Policy

Necessity and relevance of the armed forces: This year, 79% of respondents think that the armed forces are necessary, an increase of 5% over last year. However, this increase must be put into perspective by taking the statistical distribution into account. The number of respondents who consider the armed forces to be “absolutely necessary” (26%, -2%) slightly decreased in favour of those who think that the armed forces are “rather necessary” (53%, +7%). In other words, the average level of approval remained stable. As usual, the approval rates were lower for the 20 to 29-year-olds as well as people on the political left. However, a considerable change has taken place here. While the perceived necessity of the armed forces remained stable among leftists (49%, -2%), levels sharply increased among 20 to 29-year-old (69%, +15%).

A consistently large share of respondents (68%, -3%) want Switzerland to have well-equipped and skilled armed forces. 60% of the population think it is important to have powerful armed forces (6 to 10 on a scale from 1-10, where 1 means “not important at all” and 10 means “very important”, average 6.3).

Performance of the armed forces: For the first time, this year’s survey measured respondents’ satisfaction with the performance of the armed forces. On a scale from 1 to 10, where 1 means “not satisfied at all” and 10 means “very satisfied”, the Swiss Armed Forces score 6 on average. The Swiss are especially satisfied with the disaster response services provided by the Swiss Armed Forces. 87% of the population believe that the armed forces can provide sufficient help in case of an environmental disaster in Switzerland. A significantly smaller number of people believe in the defense capability (43%) of the armed forces and even less in their ability to provide protection from terrorist attacks (35%).

Militia vs. professional army: From the 1970s to the mid-1980s, there was a broad consensus on the type of armed forces Switzerland should have. Namely a clear preference for a militia-type force over an all-volunteer force. Until 1999 there was a long term trend of increasing support for an all-volunteer force. Since the turn of the millennium, both viewpoints have been almost equally popular (barring minor fluctuations). From 2007 to 2010, the supporters of the militia slightly outnumbered those favouring an all-volunteer force. As of January 2011, both views

are almost equally popular again. 48% (-2%) prefer a militia for national defense, 43% (-1%) support an all-volunteer force. The age group of 18 to 29 years has a tendency to be more supportive of an all-volunteer force (57%, ±0%) compared to the rest of the population.

The opinions also differ regarding the trustworthiness of an all-volunteer force. 51% of respondents say they would “very much” or “rather” trust an all-volunteer force, 46% say they would “rather not” or “not at all” trust such a force. Understandably, proponents of militia type armed forces have far less confidence in an all-volunteer force than those favouring the latter (39% versus 64%).

Positive and negative aspects of conscription: Asked about the positive characteristics of conscription, respondents clearly emphasized one aspect: Half of the respondents stated that they regarded personal benefits as a positive aspect of conscription (50%). According to them, the militia offers participants a chance to acquire skills (48%), particularly social skills (43%). These include qualities such as independence (10%), companionship (9%), order and discipline (9%) and the like. Furthermore, other benefits such as collective benefits (14%) and normative aspects (8%) were mentioned.

Asked about the perceived negative aspects of conscription, the answers are more varied. 23% mention normative aspects, whereof 11% criticize the compulsory nature of conscription and 4% criticize that the principle of general conscription is no longer strictly executed. Further negative aspects mentioned concern the way the armed forces work or their perceived image (19%), such as inefficiencies (6%), pointless exercises and the lack of a mandate (4%). Moreover, 15% criticize the high costs, especially personal costs (10%) resulting from indirect costs and personal loss of time (7%). 12% of respondents have ideas for change.

Alternative service models: Choosing from a series of alternatives to conscription, the only idea endorsed by a majority is a mandatory general service for men with a free choice between the armed forces and other forms of service (civilian service, social service). 70% are in favor of this alternative, a significant decrease (-4%) compared to 2005, when this item was last polled. A general mandatory service for women is equally supported (52%, +3%) and rejected (47%). Only a minority supports the introduction of conscription for women (25%). The admission of foreigners to military service is also out of the question (23%). The abolition of conscription is supported by 38% of the Swiss, a considerably lower number than in 2010 (-7%).

Social relevance of the armed forces: The 1980s witnessed a perceived loss of relevance of the armed forces. Yet this trend did not persist. Asked to qualify the role of the armed forces either as central, as a necessary evil or as an institution that should be abolished, 44% (−2%) choose to call it a “necessary evil”. At the same time, just as many believe that the military plays a central role for Switzerland, which respondents think is a positive one (42%, +2%). 12% (−1%) of respondents think that the armed forces should be abolished.

Recommendation of a military career: As in the previous year, roughly six out of ten respondents would recommend a friend to continue his military career after basic training (57%, −6%). Four out of ten respondents would not recommend doing so (24%, −3%). Since the creation of the Armed Forces XXI, a military career seems to have regained some of its prestige. It should also be pointed out that roughly every fifth respondent could not answer this question.

Militia cadre: In the long term, the prestige of militia cadre positions has tended to decline since 1983. However, this downward trend has reversed since 2005 and – contrary to expectations – the prestige of such positions is rising again. The higher prestige levels reported in 2010 have been confirmed by this year’s study. 69% of respondents (−1%, +7% compared to 2005) believe that military leadership experience is advantageous for a civilian professional career. A majority of 62% considers a military promotion to be an honor (−1% or +10% compared to 2005), which is almost the level of 1983. However, the proportion of respondents who believe that a militia career leads to disadvantages in one’s professional life has on average remained stable since 1998. In 2011, 38% (−3%) shared this view. Compared to the previous year, the idea of a forced promotion of soldiers was met with less resistance. While in 2010 only every fifth respondent supported this idea, in January 2011 a fourth did so (25%, +5%).

Defense expenditures: The defense budget has been under less social pressure recently, which is in line with the findings of last year’s survey. Never before since the introduction of this survey in 1986 did so many respondents think that Switzerland spends “too little” (14%) or “far too little” (2%) money on defense as in January 2011. Compared to 2009, when this matter was last polled, the proportion of respondents sharing this view has more than doubled from 7% to 16%. While the group of those who consider the expenditures to be too high remained stable since 2009 (39%, −1%), significantly fewer people think that the amount of money spent on defense is “just about right” (38%, −8%).

Conclusion

There are pronounced differences in how the national and international developments are perceived this year. Never before since the inception of this survey series some 20 years ago, have the Swiss been so optimistic of their country's future, yet have so many been so pessimistic about international developments. The economic and political crisis of the EU and the booming Swiss economy may have influenced the simultaneous appearance of national optimism coupled with international pessimism.

It is to be expected that these diverging perceptions of the national and international situation have an effect on the electorate's view on foreign policy. Indeed, skepticism towards the EU is at an all-time high, while the will for economic and political autonomy has never been so pronounced in the past 18 years as it was this January. Although a tendency towards a "hedgehog effect" has been observed for a few years, it has markedly accentuated this year.

The trend, whereby the Swiss increasingly lay their focus on Switzerland, is clearly mirrored in the unusually high levels of support for neutrality. "Switzerland" continues to identify strongly with neutrality, and skepticism regarding both the implementation of neutrality as well as some of its negative effects are usually considered to be minor in scale. Nevertheless, the population still perceives certain dysfunctions of neutrality, in particular regarding its protective effect in matters of security policy. In doing so, the electorate questions the effectiveness of armed neutrality in particular.

This view is also reflected in the attitudes towards the armed forces. Although a majority supports it – notable supporters this year are the adolescents – the population questions the armed forces' defense capability. Nevertheless, the Swiss are generally satisfied with the performance of their armed forces. This might be due to a continuous ambivalence: The Swiss identify with the armed forces, yet are skeptical of their functional gains. In this regard, the fact that the population is divided on the question of defense structure needs to be taken into account: The principle of conscription is accepted, yet the functional justification of its legitimacy is not predominant.

For further evaluations of this year's data and conclusions by the authors, please see the summary at the end of each chapter.

1. Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2010

Wie sich bereits in früheren Jahren gezeigt hat, kann das Interesse der SchweizerInnen an sicherheitspolitischen Themen – das Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, die internationale Kooperationsbereitschaft sowie die Neutralitätsauffassungen – kurzfristigen Schwankungen unterliegen, die von tagesaktuellen Ereignissen im In- und Ausland geprägt sind. Der Analyse wichtiger Meinungstrends auf Befragungsbasis wird deshalb eine Chronologie meinungsbildender Ereignisse des Jahres 2010 vorangestellt. Die Auswahl der Ereignisse ist naturgemäss selektiv und auf die Wahrnehmung in der öffentlichen Debatte ausgerichtet. Die Angaben beruhen auf der Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik, welche das *Center for Security Studies*, ETH Zürich als Teil der Homepage zur Schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik auf dem Internet unterhält (<http://www.ssn.ethz.ch/>).

1.1 Globale Machtverschiebungen – Krisen im Mittleren Osten und in Südwestasien – Homegrown Terrorismus

Die Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf die Handlungsfähigkeit der USA und der europäischen Staaten traten im Laufe des Jahres 2010 deutlich zutage. Die EU war zu stark mit sich selbst beschäftigt, um international wirksam zu sein. Im Vordergrund standen die mit der massiven Schuldenkrise in Irland und Griechenland verbundenen inneren Herausforderungen der EU. Auch in den USA machten sich die innenpolitischen Folgen der hohen Schuldenlasten und des geringen Wirtschaftswachstums bemerkbar. Im November eroberten die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurück (03.11.2010). Parallel dazu beschleunigten sich die wirtschaftlichen Machtverschiebungen vom Westen zu den aufstrebenden asiatischen Märkten. Mitte August überholte China Japan als weltweit zweitgrösste Volkswirtschaft. Die chinesische Flotte machte sich mit Hafenbesuchen im Persischen Golf das erste Mal auch militärisch im Nahen Osten bemerkbar. Dies verdeutlichte die zunehmende Abhängigkeit Chinas von den Erdölvorkommen im Nahen Osten.

In sicherheitspolitischer Hinsicht dominierten die Krisen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Südwestasien auch in diesem Berichtszeitraum (Januar bis Dezember 2010) die Agenda der internationalen Politik. Während der Sommer-

monate stiegen die Befürchtungen, dass es zwischen Israel und Iran zu einer militärischen Konfrontation kommen könnte. Mehrere arabische Regierungen schienen einen israelischen Militärschlag gegen den Iran insgeheim zu begrüßen, wie sich aus auf WikiLeaks veröffentlichten Dokumenten entnehmen liess. Die USA bemühten sich intensiv, die drohende militärische Konfrontation abzuwenden. Die Stationierung von Patriot-Batterien im Persischen Golf und massive Waffenverkäufe an Saudi-Arabien und andere Staaten auf der arabischen Halbinsel können in diesem Zusammenhang gesehen werden. Gegen Ende September wurde bekannt, dass der Computerwurm Stuxnet gezielt iranische Computersysteme angegriffen und das iranische Nuklearprogramm um eine nur schwer abschätzbare Zeitspanne zurückgeworfen hatte.

Im Irak konnten die Stabilisierungserfolge wie bereits im Jahr zuvor weiter konsolidiert werden. Mit dem Abzug der letzten US-Kampfbrigade erklärte Präsident Obama den amerikanischen Kampfeinsatz im Irak für beendet (31.08.2010). Es blieben allerdings weiterhin 50'000 Mann als «Ausbildner» im Land. Die Parlamentswahlen im März 2010 wurden international als Erfolg gewertet. Allerdings zeigten die Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung einmal mehr, wie fragil die politischen Institutionen im Irak blieben, wobei sich ein zunehmender Einfluss des Irans und der Türkei in dessen Innenpolitik bemerkbar machte.

Im Gegensatz zur schrittweisen Stabilisierung des Iraks verschlechterte sich die Sicherheitslage in Afghanistan und in Teilen Pakistans zunehmend. Während die Nato in Afghanistan nach einem mittelfristigen Abzug aus einer zunehmend ausweglos erscheinenden Situation suchte, intensivierten die USA in Pakistan die Drohnenangriffe gegen die Führung der Al Kaida. Zwar schränkten die Drohnenangriffe die Bewegungsfreiheit und die operativen Fähigkeiten der Al Kaida-Führung empfindlich ein. Gleichzeitig nahm die Kritik am Vorgehen der CIA in Pakistan zu, was sich wiederum in einem generell angespannten Verhältnis beider Staaten niederschlug.

Gegen Ende des Jahres machten sich die ersten Anzeichen der monumentalen Umbrüche im Nahen und Mittleren Osten bemerkbar. Die Selbstverbrennung des Strassenhändlers Mohammed Buazisis löste die Revolte in Tunesien aus (17.12.2010), die im neuen Jahr zuerst den Machthaber Ben Ali aus Tunesien verdrängte (15.01.2010) und dann auf andere arabische Länder übergriff. Offen blieb Ende des Jahres, ob sich die beginnenden Revolten zu eigentlichen Revolutionen im Sinne tiefgreifender gesellschaftlicher und politischer Transformationen weiterentwickeln würden.

Auch im Jahr 2010 konzentrierte sich die überwiegende Mehrheit der Terroranschläge auf Länder in Südwestasien und im Mittleren Osten. In Europa wurde

das terroristische Bedrohungsbild von Personen geprägt, die weitgehend autonom handeln, jedoch in Kontakt mit etablierten Terrororganisationen stehen und teilweise von diesen trainiert wurden. Dass das Risiko des Terrorismus auch im Westen bestehen bleibt, bestätigten eine Reihe von «Homegrown»-Attentaten in New York (Times Square Bomber), London (Anschlagsversuch auf einen Parlamentarier) und Stockholm (versuchter Selbstmordanschlag).

1.2 Aussenpolitik: Zukunft des EU-Bilateralismus – Ende der Libyenkrise – Beteiligung an Sanktionen – Rekordjahr der Katastrophenhilfe

Wie schon im vorhergehenden Jahr waren die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU von den Herausforderungen im Rahmen der Umsetzung des Schengen-Abkommens sowie der Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit geprägt. Gleichzeitig gewann die Grundsatzfrage wieder an Bedeutung, wie die Schweiz ihre Beziehungen zur EU ausgestalten will. Die Schlussfolgerungen des Rats der EU zum Verhältnis zur Schweiz machten gegen Ende des Jahres (14.12.2010) deutlich, dass der Druck der EU zur Weiterentwicklung des bilateralen Wegs in Richtung eines EWR-ähnlichen Assoziierungsmodells zunimmt.

Am 1. Januar 2010 trat das Bundesgesetz über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden des Bundes und denjenigen der Schengen-Staaten in Kraft. Das Gesetz regelt den Austausch und die Bearbeitung von Personendaten bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit im Schengen-Raum und vereinfacht und beschleunigt die Verfolgung von Straftaten über die Landesgrenzen hinaus. Parallel zum Wegfall systematischer Personenkontrollen innerhalb des Schengen-Raums verstärkten die Mitgliedstaaten die Kontrollen an den Aussengrenzen. In diesem Kontext verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zum Aussengrenzenfonds (24.02.2010). Mit diesem Solidaritätsfonds für Schengen-Staaten mit ausgedehnten Land- und Seegrenzen soll die Effizienz der Kontrollen und damit der Schutz der Aussengrenzen verbessert sowie die illegale Einreise erschwert werden. Gegen Ende des Jahres wurden Staatsangehörige aus Albanien sowie Bosnien und Herzegowina bei der Einreise in den Schengen-Raum von der Visumpflicht befreit.

Trotz der positiven Bilanz der Personenfreizügigkeit für die Schweiz schnürte der Bundesrat ebenfalls bereits Anfang des Jahres ein Massnahmenpaket gegen missbräuchliche Sozialleistungsbezüge und Aufenthalte sowie gegen drohendes Lohndumping (24.02.2010). Zur Jahresmitte verzichtete der Bundesrat dann aber auf die Anrufung der Schutzklausel gegenüber Staatsangehörigen aus den alten EU-

Staaten (26.05.2010), da sich der Arbeitsmarkt entspannt hatte. Vom Juni 2009 bis Ende April 2010 gingen die erteilten Kurzaufenthalts- und Aufenthaltsbewilligungen um 9,4% bzw. 21,4% zurück. Nur kurze Zeit später bewilligte der Bundesrat die bilateralen Rahmenabkommen mit Rumänien und Bulgarien (23.06.2010), mit denen die Schweiz einen Beitrag zum Abbau wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten leistet. Mit der Unterzeichnung des Abkommens konnte die Umsetzung des Erweiterungsbeitrags an die beiden neusten EU-Mitglieder beginnen (07.09.2010).

Eine breit angelegte Umfrage des Integrationsbüros des Bundes hatte Anfang des Jahres ergeben, dass die Umsetzung der bilateralen Abkommen aus Schweizer Sicht gut funktionierte (01.02.2010). Mitte des Jahres verdichteten sich allerdings die Anzeichen, dass die bilateralen Verträge immer mehr in den Sog der dynamischen Rechtsentwicklung der EU geraten würden und die EU deshalb neue Lösungsansätze für institutionelle Fragen anstrebte. Anlässlich eines Besuchs der Bundespräsidentin Doris Leuthard in Brüssel drängte die EU auf die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, welche die Modalitäten zur Anpassung der bilateralen Verträge an die Weiterentwicklung des relevanten EU-Rechts, die Auslegung der Vertragsinhalte und die Frage der Streitbeilegung aufnehmen sollte (15.07.2010).

In einer darauf folgenden Europaklausur entschied der Bundesrat, das Verhältnis zur EU weiterhin auf der Grundlage von bilateralen sektoriellen Abkommen zu gestalten (18.08.2010). In seinem Europabericht bestätigte der Bundesrat, dass er den bilateralen Weg weiterhin als das am besten geeignete Instrument zur Wahrung der schweizerischen Interessen hält (19.09.2010). Gleichwohl thematisierte er die wachsenden Herausforderungen des Bilateralismus ausführlich und zeigte sich grundsätzlich zur Übernahme des relevanten EU-Rechts bereit. Seit diesem Zeitpunkt werden die Fragen einer institutionellen Reform und beschleunigter Verfahren in der Arbeitsgruppe mit der EU bearbeitet.

Bereits im Jahr 2009 war die Libyenkrise eskaliert. Libyen hatte zwei Schweizer Bürger als Geiseln genommen, um im Konflikt mit Muammar al-Gaddafi von der Schweiz Genugtuung zu erhalten. Die Antwort des Bundesrates war innenpolitisch unkoordiniert und aussenpolitisch ratlos ausgefallen. Anfang des neuen Jahres verschob Libyen die geplanten Gerichtsverhandlungen gegen die zwei Schweizer Geiseln mehrere Male (03.01.2010 bis 17.01.2010) und versuchte den Druck mit pseudojuristischen Massnahmen ausserhalb des rechtsstaatlichen Rahmens hoch zu halten. Die Ausgangslage für das schweizerische Krisenmanagement verbesserte sich erst, als die Schweiz eine Europäisierung des Problems anstrebte. Unter Ausnutzung der Visa-Regelung des Schengen-Raums verhängte die Schweiz für 180 LibyerInnen ein Einreiseverbot in die Schengen-Zone. Als Reaktion darauf sperrte Libyen alle Visa für EU-BürgerInnen aus der Schengen-Zone (15.02.2010). Gleichzeitig rief

Gaddafi anlässlich des schweizerischen Minarettverbots zum Heiligen Krieg gegen die Schweiz auf (25.02.2010).

In Folge eines Ultimatums der libyschen Regierung stellte sich Max Göldi den libyschen Behörden und trat eine viermonatige Haftstrafe an. Die zweite Geisel, Rachid Hamdani, wurde freigesprochen und konnte in die Schweiz zurückkehren. Im Rahmen der von der EU initiierten Mediation signalisierte die Schweiz die grundsätzliche Bereitschaft, das Ein- und Durchreiseverbot in und durch die Schweiz für libysche Staatsangehörige aufzuheben, wenn Libyen seine Einreiseperrre für BürgerInnen aus dem Schengen-Raum aufheben würde (24.03.2010). Während der Visa-Streit auf diesem Wege beigelegt wurde, zeichnete sich für den inhaftierten Max Göldi vorerst noch keine Lösung ab (28.03.2010). Erst zwei Monate später erfolgte diese, nachdem die Aussenministerin einen Aktionsplan mit Libyen unterzeichnet hatte. Am 14. Juni 2010 kehrte Max Göldi in die Schweiz zurück. Dafür war die Entschuldigung für die Publikation der Polizeifotos von Muammar al-Gaddafi genauso unverzichtbar wie eine damit verbundene Kompensationszahlung von 1,5 Millionen Schweizer Franken (16.06.2010).

Ohne die EU hätte die Schweiz die Libyenkrise kaum lösen können. Die Beilegung der Krise war von anhaltenden innenpolitischen Querelen begleitet. Dabei ging es um geheime Pläne einzelner Bundesräte zur Befreiung der Geiseln, die in den Medien publik wurden (21.06.2010). Das Vorgehen der Magistraten wurde Ende des Jahres von der GPK des Ständerates kritisiert, als diese ihren Bericht zur Libyen-Affäre publizierte (03.12.2010). Die Bundesräte hätten mit der Planung von Befreiungsaktionen für die zwei Schweizer Geiseln ihre Kompetenzen klar überschritten.

Die Schweiz beteiligte sich aktiv an verschiedenen internationalen Sanktionen oder unterstützte deren Aufhebung. Im Februar beschloss der Bundesrat Zwangsmassnahmen gegenüber Eritrea und folgte damit dem Uno-Sicherheitsrat, der die Lieferung, den Verkauf, die Aus- und die Durchfuhr von Rüstungsgütern nach Eritrea verbot (03.02.2010). Nur wenige Tage später hob der Bundesrat das Rüstungsembargo gegenüber Liberia auf, nachdem der Uno-Sicherheitsrat dem Land Fortschritte im Sicherheitsbereich attestiert hatte (17.02.2010). Wiederum nur wenig später verschärfte der Bundesrat die Sanktionen gegenüber Guinea. Er folgte dabei der EU, welche die Regierung Guineas dazu bewegen wollte, demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse herbeizuführen (24.02.2010). Im Sommer verhängte der Bundesrat neue Zwangsmassnahmen gegenüber dem Iran. Der Uno-Sicherheitsrat hatte die zusätzlichen Sanktionen beschlossen, da der Iran die Forderungen der Uno zur Aussetzung seines Nuklearprogrammes nicht erfüllt hatte (18.08.2010).

Am Ende des Jahres folgte der Bundesrat dem Uno-Sicherheitsrat und hob die seit 13 Jahren bestehenden Sanktionen gegen Sierra Leone auf (03.11.2010).

Das vergangene Jahr geht als Rekordjahr in die Geschichte der Schweizer Katastrophenhilfe ein. Diverse Naturkatastrophen forderten die internationale Gemeinschaft heraus. Nach dem verheerenden Erdbeben vom 12. Januar unterstützte die Schweiz Haiti bei der unmittelbaren Krisenbewältigung (21.01.2010), beim Wiederaufbau (24.03.2010) sowie beim Kampf gegen die Cholera (22.11.2010). Auch Chile wurde nach einem schweren Erdbeben unterstützt (02.03.2010). Mitte des Jahres leistete die Schweiz Soforthilfe für die überfluteten Gebiete in Pakistan (05.08.2010) und stellte längerfristige Hilfsmassnahmen für die Bewältigung der Flutkatastrophe zur Verfügung (23.08.2010). Russland wiederum wurde im Kampf gegen die sich ausbreitenden Waldbrände unterstützt (10.08.2010). Auch Ungarn wurde bei der Bekämpfung von Hochwasser (08.06.2010) sowie bei der Bewältigung einer Giftschlammkatastrophe geholfen (14.2010.2010).

1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Sicherheitsbericht und Armeebericht – Zunahme der Zivildienstgesuche – Verschiebung Tiger-Teilersatz

Auch in diesem Berichtszeitraum rissen die politischen Grundsatzdebatten über die zukünftige Ausrichtung der Schweizer Armee nicht ab. Im April schickte der Bundesrat den Entwurf eines neuen Sicherheitspolitischen Berichts in eine Anhörung (15.04.2010). Der Sicherheitspolitische Bericht 2010 analysierte das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz und plädierte für eine Weiterführung der bisherigen Strategie mit kleinen Kurskorrekturen. Aufgrund der mehrheitlich negativen Reaktionen seitens Parteien, sicherheitspolitischen Organisationen und ExpertInnen überarbeitete der Bundesrat den Bericht. Er verabschiedete die definitive Version des Berichts im Juni und legte darin die Leitlinien für die schweizerische Sicherheitspolitik der nächsten Jahre fest (24.06.2010). Die kritischen Diskussionen und Kommentare in der Öffentlichkeit machten deutlich, dass ein sicherheits- und militärpolitischer Konsens nach wie vor nicht gefunden wurde.

Mit dem Armeebericht 2010 legte der Bundesrat in der zweiten Jahreshälfte die Grundlage für die politische Diskussion zur Ausgestaltung und Ausrichtung der Schweizer Armee. Das im Armeebericht 2010 skizzierte Grundmodell sah eine Reduktion des Bestandes auf 80'000 Armeeingehörige und eine Begrenzung des Ausgabenplafonds auf 4.4 Milliarden Schweizer Franken vor (01.2010.2010). Andere denkbare Armeemodelle wie eine Freiwilligenarmee oder eine reine Wehrpflichtarmee sollten gemäss Bundesrat nicht weiter verfolgt werden. Die sicherheitspolitische

Kommission des Ständerats zeigte sich unzufrieden mit dem Armeebericht 2010 und verlangte die Ausarbeitung von Planungsvarianten für Armeebestände von 60'000, 80'000, 100'000 und 120'000 Angehörigen. Das VBS erhielt den Auftrag, aufzuzeigen, wie viel welche Variante kosten würde und welches Sicherheitsniveau damit erreicht werden könnte (19.11.2010).

Viel zu reden gab in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung der Zahl der Zivildienstgesuche. Die Einführung des Tatbeweises am 1. April 2009 hatte zu einem starken Anstieg der Zahl der Gesuche zum Zivildienst und zu einer entsprechenden Zunahme der Aufgebote, geleisteten Dienstage und Vollzugsaufgaben geführt. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats zeigte sich besorgt, dass diese Entwicklung die Armeebestände und die allgemeine Wehrpflicht gefährden würde und beauftragte den Bundesrat, die Missstände zu beheben (26.01.20). Das durch den Bundesrat beauftragte EVD kam Mitte des Jahres zum Schluss, dass die Bundesverfassung den Tatbeweis zulasse und die Zahl der Gesuche die Armeebestände mittelfristig nicht gefährde. In der Folge hielt der Bundesrat an der Tatbeweislösung fest (23.06.2010).

In der zweiten Jahreshälfte erarbeitete das VBS eine Massnahmenliste, die einer weiteren Zunahme der Zivildienst-Gesuche entgegen wirken sollte (10.12.2010). Auf der Basis dieser Vorschläge stimmte der Bundesrat einer Revision der Zivildienstverordnung zu, die verschiedene Massnahmen zur Attraktivitätsverminderung des Zivildienstes beinhaltet. Die Massnahmen sollten Anfang Februar 2011 in Kraft treten und eine Reduktion der Anzahl Gesuchsteller bewirken (10.12.2010).

Die Diskussionen um Auslandseinsätze der Schweizer Armee verliefen im Vergleich zu früheren Jahren eher ruhig. Im März bat die Uno die Schweiz, zwei unbewaffnete Militärbeobachter für die Uno-Mission im Sudan zur Verfügung zu stellen. In der Folge stimmte der Bundesrat dem Antrag des VBS zu und hiess die Entsendung von bis zu vier Militärbeobachtern in die Uno-Mission im Sudan gut (28.04.2010). Bereits zwei Monate früher hatte die im Kosovo stationierte Swisscoy ihr Aufgabenspektrum erweitert. Aufgrund der verbesserten Sicherheitslage wurde der infanteristische Teil der Swisscoy zugunsten eines Ausbaus der Verbindungs- und Überwachungsteams stark reduziert (02.02.2010). Der Bundesrat beschloss, das Mandat der Swisscoy in der multinationalen KFOR bis zum 31. Dezember 2014 zu verlängern. Dabei würde die Möglichkeit bestehen, den bewilligten Maximalbestand von 220 Personen kurzfristig um eine Einsatzreserve von 80 Personen aufzustocken (17.11.2010). Die Verlängerung muss vom Parlament bewilligt werden.

Im Bereich der Rüstungspolitik verabschiedete der Bundesrat das Rüstungsprogramm 2010 in Höhe von 529 Millionen Franken für die Logistikausstattung für den Leichten Transport- und Schulungshelikopter, eine neue Fahrzeuggeneration und das

Jetpiloten-Ausbildungssystem PC-21 (17.02.2010). Im Rahmen einer Zusatzbotschaft beschloss er auf Antrag der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates die Beschaffung von 70 weiteren Geschützten Mannschaftstransportfahrzeugen in der Höhe von 122 Millionen Franken (20.06.2010). Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats hatte den Bundesrat bereits im März beauftragt, den Entscheid über den Tiger-Teilersatz zusammen mit dem Sicherheitspolitischen Bericht 2010 zu fällen, um der Verunsicherung in der Öffentlichkeit entgegen zu wirken (23.03.2010). Im August bekräftigte der Bundesrat zwar seinen Grundsatzentscheid für eine Beschaffung eines Teilersatzes für die 54 veralteten Tiger F-5 Kampffjets. Aufgrund der allgemeinen Finanzlage des Bundes beschloss er jedoch gleichzeitig, den Zeitpunkt der Beschaffung bis spätestens 2015 zu verschieben (25.08.2010).

1.4 Innere Sicherheit: Start NDB – Ausschaffungsinitiative – Armeeeinsätze

Die Ausgestaltung der sicherheitspolitischen Krisenorganisation auf der Stufe des Bundes war im Sicherheitspolitischen Bericht 2010 kein grosses Thema. Dieser hatte sich auf die Koordination der sicherheitspolitischen Anstrengungen zwischen Bund und Kantonen konzentriert. Die nur marginale Berücksichtigung der Bundesebene im Sicherheitspolitischen Bericht 2010 reflektierte die Tatsache, dass die Neuordnung der Rechtsgrundlagen für den neuen Nachrichtendienst Anfang 2011 in Kraft trat. Mit dem Bundesgesetz über die Zuständigkeiten im Bereich des zivilen Nachrichtendienstes wurden der Dienst für Analyse und Prävention (DAP) und der Strategische Nachrichtendienst (SND) im neu geschaffenen Bundesamt zum Nachrichtendienst des Bundes (NDB) vereinigt (01.01.2010).

Mitte des Jahres veröffentlichte der NDB seinen ersten Jahresbericht «Sicherheit Schweiz». Der Bericht enthielt eine umfassende Bedrohungsbeurteilung und thematisierte die Tätigkeitsfelder zur Wahrung der Inneren Sicherheit (07.07.2010). Bereits etwas früher hatte das Bundesamt für Polizei (fedpol) seinen Jahresbericht 2009 veröffentlicht. Als Herausforderungen nannte das fedpol die Bekämpfung der Schwerstkriminalität (Organisierte Kriminalität, Menschenhandel, *Cybercrime*), die mehrheitlich transnational aufträte und deshalb auch grenzüberschreitend bekämpft werden müsse (25.06.2010).

Im Bereich der Gesetzgebung riss das Tauziehen um die Revision des Bundesgesetzes über die Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit weiterhin nicht ab. Der Bundesrat verabschiedete die überarbeitete Botschaft zu einer Teilrevision des Bundesgesetzes zur Wahrung der Inneren Sicherheit (BWIS). In der überarbeiteten Botschaft wurde auf die besonderen Mittel der Informationsbeschaffung ver-

zichtet, die in den Eidgenössischen Räten abgelehnt worden waren (27.2010.2010). Im kommenden Jahr wird die Zusammenführung der gesetzlichen Grundlagen in einem neuen Rahmengesetz für die Nachrichtendienste weiter zu reden geben.

Als Reaktion auf das Ergebnis der Minarett-Initiative intensivierte der Bundesrat den interreligiösen Dialog. Bereits im Februar empfing Bundesrätin Widmer-Schlumpf eine Delegation des Schweizerischen Rates der Religionen zu einem Gespräch (15.02.2010). Nur wenige Tage später fanden Gespräche mit Vertretern von islamischen Organisationen statt (23.02.2010). Der Dialog mit den islamischen Organisationen wurde Mitte des Jahres fortgesetzt, wobei der Islamische Zentralrat von den Gesprächen ausgeschlossen blieb (19.05.2010).

Mitte des Jahres wurde die Abstimmungsdebatte über die Ausschaffungsinitiative und den entsprechenden Gegentwurf lanciert. Die Initiative wollte AusländerInnen, die wegen bestimmter Delikte verurteilt wurden oder missbräuchlich Sozialleistungen bezogen, zwingend und unabhängig von der Schwere der Tat das Aufenthaltsrecht entziehen. Der durch Bundesrat und Parlament unterstützte Gegentwurf umfasste nur schwere Straftaten (10.06.2010). Die Abstimmungsdebatte wurde von der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus als populistisch bezeichnet (08.11.2010). Im November nahmen Volk und Stände die Volksinitiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer» an (28.11.2010). In der Folge setzte Bundesrätin Sommaruga, die neue Vorsteherin des EJPD, eine Arbeitsgruppe für die Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmungen über die Ausschaffung ausländischer Krimineller ein. Die Arbeitsgruppe soll bis Mitte 2011 darlegen, wie die neuen Verfassungsbestimmungen auf Gesetzesstufe umgesetzt werden können (10.12.2010).

Die Armee leistete auch in diesem Berichtszeitraum grosse Unterstützungsbeiträge an die zivilen Behörden. Beim *World Economic Forum* (WEF) 2010 in Davos standen 4000 Angehörige der Armee in einem Assistenzdienst-Einsatz. Der Einsatz verlief reibungslos und ohne gravierende Zwischenfälle (18.01-01.02.2010). Im März beantragte der Bundesrat den Einsatz von maximal 6500 Angehörigen der Armee zur Unterstützung der zivilen Behörden im Rahmen der Durchführung des 13. Frankophonengipfels in den Kantonen Waadt und Genf (05.03.2010). Rund 5000 Armeeinghörige gewährleisteten die Sicherheit des Gipfels im Rahmen eines Sicherungs- und Unterstützungseinsatzes (15.2010-25.2010.2010). Auch dieser Einsatz verlief erfolgreich und reibungslos.

2 Untersuchungsdesign

Seit 1990 führen die Dozentur für Militärsoziologie der *Militärakademie an der ETH Zürich* und das *Center for Security Studies* der *ETH Zürich* in regelmässigen Abständen die bevölkerungsrepräsentativen Befragungen «Sicherheit» zur Wahrnehmung von Themen der nationalen Sicherheit im weitesten Sinne durch.

Ziel dieser Erhebungen ist die Ermittlung von Trends und Tendenzen in Bezug auf:

- das allgemeine Sicherheits- und Bedrohungsempfinden,
- das Vertrauen in Institutionen und Behörden,
- den Grad an aussen- und sicherheitspolitischer Kooperationsbereitschaft,
- die Neutralität allgemein und verschiedene Auffassungen von Neutralität,
- die Einstellung zur militärischen Landesverteidigung.

Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen gestellten Fragen werden jährlich auch solche zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. 2011 sind dies:

- Assoziationen zum Begriff «Sicherheit»,
- Bekanntheitsgrad verschiedener internationaler Einsätze der Schweizer Armee,
- Beurteilung der Effektivität des Einsatzes der Swisscoy im Rahmen der internationalen friedensunterstützenden Mission Kosovo Force (KFOR),
- Zufriedenheit mit der Leistung der Armee und Glaube an den Schutz bei Gefahren und Bedrohungen,
- Zustimmung zur obligatorischen Dienstpflicht für Männer wie Frauen, zur Einführung der Wehrpflicht für Frauen und zur Zulassung von Ausländern zum Militärdienst,
- Wahrnehmung positiver und negativer Aspekte der Wehrpflicht.

3 Datenbasis

Die Daten 2011 beruhen auf einer Repräsentativbefragung von 1209 Schweizer StimmbürgerInnen aus allen drei Landesteilen. Die Interviews wurden vom 17. Januar bis 4. Februar 2011 vom Befragungsinstitut DemoSCOPE durchgeführt (*Computer Assisted Telephone Interview (CATI)*).

Die Stichprobenauswahl erfolgte nach der «Random-Quota»-Methode (Alter, Geschlecht, Region). Die Resultate sind ungewichtet. Die nach dem AAPOR-Standard berechnete Ausschöpfungsquote beträgt 18%¹; die Befragungen dauerten im Schnitt 30 Minuten.

Tabelle 3.1 zeigt die Verteilung der Interviews nach Geschlecht, Alter und Region. Insgesamt wurden zum Beispiel 578 Männer befragt. Dies entspricht 48% der Stichprobe. Als Vergleich wird in der letzten Tabellenspalte auch die Bevölkerungsstatistik des Bundesamtes für Statistik ausgewiesen.² Die beiden Verteilungen stimmen aufgrund des gewählten Stichprobenverfahrens überein.

Tabelle 3.1

Quotenplan 2011: Schweizer Stimmbevölkerung

Merkmal	Anzahl absolut	Anzahl in %	BFS Ende 2009 in %
Region			
D-CH	873	72	73
F-CH	284	24	23
I-CH	52	4	4
Geschlecht			
Männer	578	48	47
Frauen	631	52	53
Alter			
18–29 Jahre	209	17	17
30–59 Jahre	623	52	51
60+ Jahre	377	31	32
Total	1209	100	100

- 1 Die Stichprobentheorie basiert auf einer absoluten Ausschöpfungsquote. Bei Studien mit einer Rücklaufquote von weniger als 100% muss mit Verzerrungen gerechnet werden, und zwar besonders dann, wenn sich die Antwortenden von den Nicht-Antwortenden systematisch unterscheiden. Eine hohe Ausschöpfungsquote minimiert zwar das Risiko von Verzerrungen, ein Zusammenhang zwischen Rücklaufquote und Ausmass von Verzerrungen ist jedoch nicht per se gegeben. Groves (2006) nimmt an, dass die Verzerrungen innerhalb einer Studie grösser sind als zwischen Studien mit unterschiedlicher Rücklaufquote. Anzunehmen ist, dass im Falle dieser Studie die Teilnahme an der Umfrage unter anderem vom generellen Interesse an Sicherheitspolitik und von der Einstellung gegenüber dem Auftraggeber (Bund) abhängt und dass das Risiko von Verzerrungen bei Fragen, die direkt mit diesen Einstellungen in Zusammenhang stehen, am höchsten ist.
- 2 Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP).

Die Häufigkeitsverteilungen der Antworten auf die gestellten Fragen sind in Anhang III aufgeführt. Der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% beträgt im ungünstigsten Fall $\pm 3\%$. Wo nicht anders erwähnt, sind sämtliche angegebenen Zusammenhangsgrößen mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5% signifikant ($\alpha=5\%$). Zusätzliche Informationen zur Methodik und zu den verwendeten Einstellungstypologien finden sich in Anhang I bzw. in Anhang II. Die \pm -Prozentwerte geben Veränderungen im Vergleich zur letzten Erhebung vom Januar 2010 an.

Da nebst der Analyse der einzelnen Aspekte der öffentlichen Meinung zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch die unterschiedliche Zustimmung nach soziodemographischen Merkmalen interessiert, wird hier zusätzlich zum Alter, Geschlecht und zur regionalen Zugehörigkeit (siehe Tabelle 3.1) auch die Zusammensetzung der Stichprobe nach Bildung und politischer Einstellung beschrieben.

Tabelle 3.2

Bildungsgrad und politische Einstellung der Befragten 1999 bis 2011

Jahr	Bildung			Politische Einstellung			MIWE	SD
	tief	mittel	hoch	links	Mitte	rechts		
1999	19%	60%	22%	27%	41%	32%	5.13	1.71
2000	17%	61%	22%	32%	36%	32%	5.02	2.04
2001	13%	61%	26%	30%	38%	32%	5.05	1.77
2002	17%	59%	25%	28%	41%	31%	5.12	1.88
2003	19%	62%	20%	24%	51%	25%	5.04	1.59
2004	9%	61%	30%	30%	36%	34%	5.19	1.73
2005	11%	58%	31%	31%	36%	33%	5.14	2.08
2006	17%	58%	25%	32%	42%	26%	4.89	1.58
2007	19%	57%	25%	26%	37%	38%	5.26	1.84
2008	14%	55%	31%	30%	39%	31%	5.10	1.76
2009	14%	52%	35%	30%	37%	33%	5.13	1.85
2010	13%	53%	34%	27%	35%	39%	5.30	1.79
2011	13%	57%	30%	22%	41%	37%	5.44	1.74
Durchschnitt	15%	58%	27%	28%	39%	33%	5.14	1.81

Tabelle 3.2 weist die Verteilung nach Bildungsgrad und nach politischer Selbstbeurteilung für die Jahre 1999 bis 2011 aus. Befragte, die nur die obligatorische Schule abgeschlossen haben, werden in der Kategorie eines «tiefen» Bildungsgrades zusammengefasst, jene, die eine Berufsausbildung absolviert oder das Gymnasium

besucht haben,³ in der mittleren Kategorie. Ein «hohes» Bildungsniveau haben Befragte mit einem höheren Bildungsabschluss.⁴

Wer auf einer Skala politischer Selbsteinstufung von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts» einen Wert zwischen 0 und 4 angibt, wird in dieser Studie als politisch links orientiert bezeichnet. Zur Mitte werden jene gezählt, die sich mit einem Wert von 5 einstufen, und zur politischen Rechten jene mit einem Wert zwischen 6 und 10. Die Prozentzahlen in Tabelle 3.2 beziehen sich auf die Anzahl Fälle mit einer gültigen Antwort.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zusammensetzung nach Bildungsgrad konstant geblieben. 13% der Befragten haben einen tiefen, 57% einen mittleren und 30% einen hohen Bildungsstand. Der Anteil an politisch links Orientierten unter den Befragten ist dieses Jahr geringer als im Vorjahr, jener der politischen Mitte grösser. 2011 zählen sich 41% der Befragten zur politischen Mitte. 22% geben an, sie seien politisch links und 37%, sie seien politisch rechts orientiert.

Tabelle 3.3 listet alle Datenerhebungen zur aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Jahre 1976 bis 2011 auf, auf die in diesem Bericht Bezug genommen wird. Ausgewiesen werden nebst dem Publikationstitel und Erscheinungsjahr die Anzahl befragter StimmbürgerInnen (N), der genaue Erhebungszeitraum (falls vorhanden) und das mit der Feldarbeit beauftragte Befragungsinstitut.

Tabelle 3.3

Wichtigste Datenerhebungen 1976 bis 2011

Jahr	Publikation	N	Erhebungszeitraum	Institut
1976	Meyer (1976): Werte und Wertordnungen in der schweizerischen Bevölkerung	1872	1976	Isopublic
1983	Haltiner & Anker (1986): Der Bürger und seine Verteidigung (NFP 11)	1786	Juni – Oktober 1983	gfs
1986	Riklin & Frei (1986): Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»	666	1986	gfs
1988	Riklin & Laggner (1988): Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»	676	1988	gfs
1989/90	Haltiner & Gut (1990): Nachbefragung zur Initiative «Schweiz ohne Armee».	1061	Dezember 1989	Isopublic
1990	Riklin & Hafen (1990): Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»	686	1990	gfs
1990/91	Buri et al. (1991): Sicherheit 1991	1005	17.11.1990 – 28.02.1991	Explora

3 Sekundarstufe II gemäss Klassifikation der schweizerischen Bildungsstatistik.

4 Tertiärstufe gemäss der Klassifikation der schweizerischen Bildungsstatistik.

1992	Haltiner & Bertossa (1993): Stand der Sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung	1003	16.11.1992 – 08.12.1992	Demoscope
1993	Haltiner & Spillmann (1994): Öffnung oder Isolation der Schweiz?	1003	April – Juni 1993	Isopublic
1994	Haltiner (1994): Sicherheit 1994. Unveröffentlichter Bericht	827	1994	Isopublic
1995	Haltiner (1995): Sicherheit 1995	795	21.02. – 21.03.1995	IHA
1995	Haltiner et al. (1996): Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität.	801	Mai – Juli 1995	Isopublic
1996	Haltiner (1996): Sicherheit 1996	821	22.02. – 16.04.1996	Isopublic
1997	Haltiner et al. (1997): Sicherheit 1997	1014	24.02. – 11.03.1997	Demoscope
1998	Haltiner (1998): Sicherheit 1998	1000	24.02. – 15.03.1998	Isopublic
1999–1	Haltiner et al. (1999): Sicherheit 1999	1201	Januar – Februar 1999	IPSO
1999–2	Haltiner et al. (1999): Sicherheit 1999	1009	August 1999	Demoscope
2000	Haltiner et al. (2000): Sicherheit 2000	1202	Januar – Februar 2000	Demoscope
2001	Haltiner et al. (2001): Sicherheit 2001	1235	Januar – Februar 2001	Isopublic
2002	Haltiner et al. (2002): Sicherheit 2002	1201	Februar 2002	Demoscope
2003–1	Haltiner et al. (2003): Sicherheit 2003	1202	11.01. – 05.02.2003	GfS, Bern
2003–2	Haltiner et al. (2003): Sicherheit 2003	1002	07.04. – 14.04.2003	Demoscope
2004–1	Haltiner et al. (2004): Sicherheit 2004	1200	07.01. – 09.02.2004	Isopublic
2004–2	Haltiner et al. (2004): Sicherheit 2004	803	22.03. – 28.03.2004	Demoscope
2005	Haltiner et al. (2005): Sicherheit 2005	1200	17.01. – 04.02.2005	Demoscope
2006–1	Haltiner et al. (2006): Sicherheit 2006	1200	16.01. – 06.02.2005	LINK
2006–2	Haltiner et al. (2007): Sicherheit 2007	826	23.10. – 01.11.2006	Isopublic
2007	Haltiner et al. (2007): Sicherheit 2007	1200	15.01. – 10.02.2007	Isopublic
2008	Haltiner et al. (2008): Sicherheit 2008	1200	14.01. – 02.02.2008	Demoscope
2009	Szvircev Tresch et al. (2009): Sicherheit 2009	1200	07.01. – 28.01.2009	Isopublic
2010	Szvircev Tresch et al. (2010): Sicherheit 2010	1200	12.01. – 11.02.2010	Isopublic
2011	Szvircev Tresch et al. (2011): Sicherheit 2011	1209	17.01. – 04.02.2011	Demoscope

4 Sicherheitsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt

Das Sicherheitsempfinden wird in dieser Jahresstudie mittels dreier Fragestellungen erhoben. Dabei dient die Frage nach dem allgemeinen, unspezifischen, subjektiven Sicherheitsempfinden jeweils als Einstiegsfrage, gefolgt von der Einschätzung der künftigen Entwicklung der Schweiz (Zukunftsoptimismus) und der Welt (weltpolitische Lage). Dieses Jahr wurde zusätzlich danach gefragt, womit der Begriff «Sicherheit» assoziiert werde. Ferner wurde in der diesjährigen Erhebung die militärische Bedrohungswahrnehmung und die Zustimmung zu ausgewählten Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit erhoben.

4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden

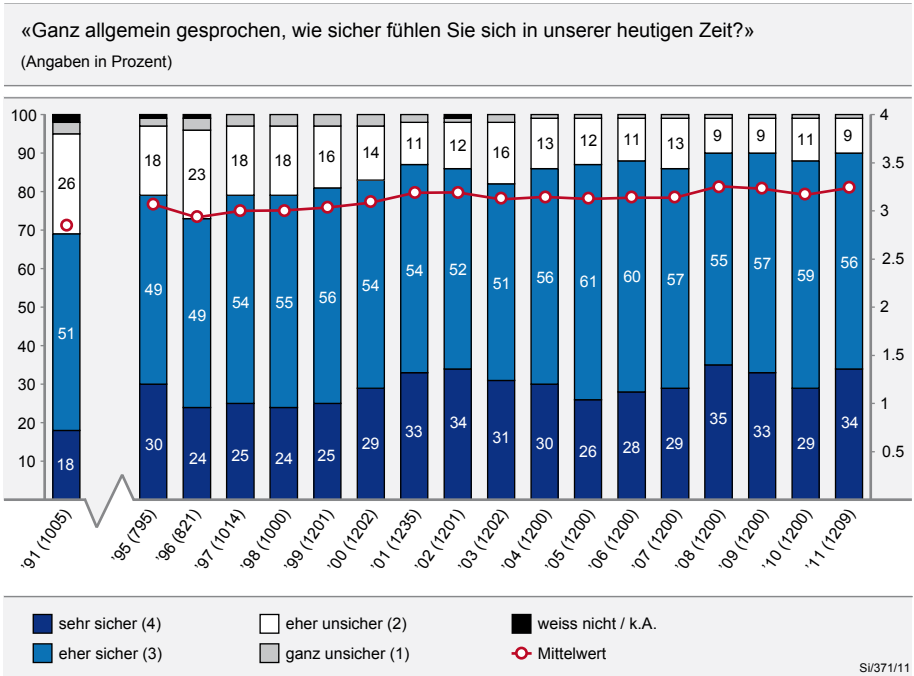
Als allgemeines Sicherheitsempfinden kann die unspezifische Wahrnehmung bezeichnet werden, wonach Befragte das, was ihnen in ihrer aktuellen Lebensumgebung wichtig erscheint, zurzeit als ungefährdet sehen.¹ Die Teilnehmenden der Studie können seit 1991 ihr Sicherheitsgefühl auf vier Stufen mit «sehr sicher», «eher sicher», «eher unsicher» und «ganz unsicher» bezeichnen.

2011 fühlen sich unter den SchweizerInnen 34% (+5%, siehe Abbildung 4.1) «ganz allgemein [...] in der heutigen Zeit» «sehr» sicher. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (56%, -3%) gibt an, sich «eher» sicher zu fühlen. Insgesamt fühlen sich 90% (+2%) der Befragten sicher. Weitere 9% (-2%) stufen sich als «eher» unsicher und 1% (±0%) als «sehr» unsicher ein.

Nachdem im Jahr 2010 – wahrscheinlich aufgrund der Finanzkrise 2008/2009 – das Sicherheitsempfinden im Mittel leicht gesunken war, fühlen sich dieses Jahr wiederum signifikant mehr Personen sicher. Insbesondere der Anteil an «sehr» Sicherem hat sich vergrössert. Damit ist die Wahrnehmung der allgemeinen Sicherheit im Januar 2011 besonders ausgeprägt. In der zwanzigjährigen Erhebungsreihe fühlten sich die Befragten im Mittel nur in den Jahren 2001/2002 und 2008/2009 genau so sicher wie dieses Jahr.

1 Ein Vergleich der Wichtigkeit und Gefährdung verschiedener Sicherheitsaspekte findet sich bei Haltiner et al. (2004, 71–75).

Abbildung 4.1
Allgemeines Sicherheitsgefühl



4.1.1 Demographische Unterschiede in der Wahrnehmung der allgemeinen Sicherheit

Die Wahrnehmung der allgemeinen Sicherheit hängt nicht nur von objektiven Gefahren und Risiken ab. Die Wahrnehmung von Sicherheit ist sozial konstruiert und variiert je nach Lebensumständen, die unter anderem durch Bildung, Geschlecht, Alter und Einkommen bestimmt werden. Wie Bennett (2005, 228) zeigen konnte, ist Sicherheit nicht nur eine Empfindung, sondern ein Wert für sich. Diesem Wert wird je nach Wertemuster eine unterschiedliche Bedeutung zugemessen. Das heisst, dass Sicherheit als ein Aspekt des Handelns unter vielen je nach Wertemuster unterschiedlich stark handlungsorientierend sein kann. Unterschiedliche Wertemuster widerspiegeln sich unter anderem in der politischen Einstellung.

Wie in den Vorjahren äussern Frauen im Durchschnitt ein etwas geringeres Sicherheitsgefühl als Männer.² Auch die Altersgruppe der ab 60-Jährigen bekundet wiederum ein leicht tieferes Sicherheitsniveau als die 18–29- bzw. 30–59-jährigen

2 Die Beschreibung dieser und der folgenden Mittelwertunterschiede basieren auf bivariaten Analysen.

SchweizerInnen. Unsicherer fühlen sich im Vergleich zu den sehr gut Ausgebildeten die Befragten der mittleren und tieferen Bildungsschicht. Deutliche Unterschiede zeigen sich auch weiterhin nach politischer Selbstorientierung. Befragte der politischen Mitte und rechts davon fühlen sich unsicherer als die politisch links Orientierten. Dass sich die politisch rechts Orientierten im Schnitt leicht unsicherer fühlen, lässt sich – wie bereits erwähnt – wahrscheinlich mit einem stärkeren Sicherheitsbedürfnis dieser Gruppe erklären. Wie die Studie von Bennett (2005, 228) zeigte, ist Sicherheit als Wert SchweizerInnen mit einer eher politisch rechten Einstellung wichtiger als Befragten mit einer politisch eher linken Ausrichtung. Seit dem Ende der neunziger Jahre besteht kein regionenspezifischer Unterschied in der Wahrnehmung von Sicherheit. Hingegen fühlten sich 1991 bis 1999 die Befragten der Westschweiz sicherer als jene der Deutschschweiz.

4.2 Assoziationen zum Begriff «Sicherheit»

Dieses Jahr wurde wie bereits in der Erhebung von 1991 und 1999 versucht, die Frage nach dem allgemeinen Sicherheitsgefühl zu validieren. Die Befragten wurden – nachdem sie angegeben hatten, wie sicher bzw. unsicher sie sich fühlten – danach gefragt, woran sie beim Begriff «Sicherheit» spontan denken würden. Bei dieser offenen Fragestellung wurden den Befragten keine Antworten vorgegeben.

Die Assoziationen zum Begriff «Sicherheit» sind weitläufig. Sie lassen sich dennoch in drei übergreifende Kategorien fassen: erstens Sicherheit vor Bedrohungen, zweitens Sicherheit durch Institutionen, Technologien und Strategien und drittens Sicherheit als Gefühlszustand (siehe Tabelle 4.1).

Sicherheit vor Bedrohungen

Sicherheit kann, wie eingangs erwähnt, als jener Zustand umschrieben werden, der besteht, wenn das, was einem wichtig ist, nicht gefährdet oder bedroht ist. Von den Befragten wurden denn auch in erster Linie solche Aspekte genannt.

- Dabei assoziieren die SchweizerInnen Sicherheit primär mit ihrer **physischen Sicherheit**. 57% (siehe Tabelle 4.1) der Befragten nennen spontan einen oder mehrere Aspekte der physischen Sicherheit, allen voran den Schutz vor Kriminalität (49%). Sicherheit bedeutet dabei für 30%, sich im öffentlichen Raum sicher und frei bewegen zu können. 10% erwähnen in diesem Zusammenhang explizit die Bewegungsfreiheit auf der Strasse, weitere 2% die Sicherheit beim Benützen des öffentlichen Verkehrs. Weitere 11% nennen die Sicherheit im

- privaten Raum (keine Einbrüche o.ä.), 14% den Schutz vor Gewalt. 1% der Befragten denkt beim Schutz vor Gewalt explizit an die Jugendgewalt.
- Sicherheit wird ferner von 7% mit Verkehrssicherheit assoziiert. Die Sicherheit vor Aussenbedrohungen wird spontan von 5% erwähnt; je 2% denken dabei an einen Krieg bzw. an Terrorismus. Relativ selten wird die Sicherheit der Familie (2%) oder eine gesicherte Gesundheitsversorgung genannt (1%). Ebenso selten wird spontan an die ökologische Sicherheit (1%)³ oder an die Nahrungssicherheit gedacht (1%).
 - Am zweithäufigsten wird in der Kategorie der Bedrohungen mit 13% die **ökonomische Sicherheit** genannt. 6% aller Befragten assoziieren dabei Sicherheit mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes, 3% mit materieller und finanzieller Sicherheit, 2% mit sozialstaatlichen Leistungen, je weitere 1% mit der volkswirtschaftlichen Stabilität, mit der Alterssicherung und mit der Bildung.
 - Ebenfalls 13% assoziieren Sicherheit mit **politischer und gesellschaftlicher Sicherheit**, d.h. mit politischer Stabilität (6%), mit einem sicheren Umfeld und Netzwerk (3%) und mit allgemeiner Freiheit bzw. Meinungsfreiheit (3%).
 - Die **Sicherheit moderner Medien** wird insgesamt von 1% der Befragten erwähnt.

Sicherheit durch Institutionen, Technologien und Strategien

Die Befragten assoziieren Sicherheit auch mit Institutionen, Technologien oder Strategien, die dazu führen, dass sie sich sicher fühlen.

- Am häufigsten denken die Befragten dabei an **Sicherheitsinstitutionen** (18%), allen voran an die Polizei (14%). Relativ seltener wird spontan an die Armee (3%), die Justiz (2%), die privaten Sicherheitsanbieter (1%), die Versicherungen (1%), die Feuerwehr (1%) und die Banken (1%) gedacht.
- 5% fühlen sich durch die **Abgrenzung der Schweiz** sicher, wobei hierzu auch jene gezählt werden, die die Immigration als ein Sicherheitsproblem wahrnehmen (3%).
- Weitere 3% denken bei Sicherheit spontan an **Sicherheitstechnologien** wie Sicherheitsgurte, Überwachungskameras, ein gutes Türschloss und ähnliches mehr.
- Zu dieser Oberkategorie können schliesslich auch jene 3% der Befragten dazu gezählt werden, die Sicherheit mit eigenem **Selbstschutz** assoziieren.

3 Am 11. März 2011 wurde Japan von einem schweren Erdbeben erschüttert. Die dadurch ausgelösten Flutwellen beschädigten mehrere Atomkraftwerke in der Präfektur Fukushima. Die Medien sprachen von einem nuklearen Super-GAU; die japanische Atomaufsichtsbehörde ordnete die Nuklearunfälle in Fukushima in Folge auf der internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse (INES, International Nuclear Event Scale) mit der Höchststufe 7 als «katastrophalen Unfall» ein. Diese Katastrophe ereignete sich nach der Durchführung der Interviews.

Sicherheit als Gefühlszustand

Eine dritte Gruppe von Befragten denkt beim Begriff Sicherheit an einen bestimmten Gefühlszustand oder an einen Status.

- Sicherheit bedeutet für 9% der Befragten jener Zustand, wenn man sich sicher und unbesorgt fühlt (**Sicherheitsgefühl**). Zu dieser Gruppe wurden auch jene 2% zugeordnet, die sich aufgrund ihrer ruhigen, sicheren Wohnlage sicher fühlen.
- Für ein anderes Prozent der Befragten bedeutet Sicherheit hingegen **Lebensqualität**.
- Sicherheit wird schliesslich von 1% mit **Selbstsicherheit** assoziiert.

Tabelle 4.1

Assoziationen zum Begriff «Sicherheit» 2011

SICHERHEIT VOR BEDROHUNGEN	Anzahl Nennungen	% der Fälle
Physische Sicherheit	1047	57%
Schutz vor Kriminalität	800	49%
im öffentlichen Raum	374	30%
im privaten Raum	130	11%
Schutz vor Gewalt	167	14%
Verkehrssicherheit	80	7%
Sicherheit vor Aussenbedrohungen	59	5%
Sicherheit der Familie	20	2%
gesicherte Gesundheitsversorgung	15	1%
Sicherheit vor Naturgefahren	14	1%
Ökonomische Sicherheit	191	13%
Jobsicherheit (Arbeitslosigkeit)	71	6%
finanzielle Sicherheit	38	3%
soziale Sicherheit, Sozialstaat	21	2%
volkswirtschaftliche Stabilität	12	1%
Politische und gesellschaftliche Sicherheit	177	13%
politische Stabilität	66	6%
sicheres Umfeld und Netzwerk	40	3%
Freiheit	38	3%
Sicherheit moderner Medien	12	1%

SICHERHEIT DURCH INSTITUTIONEN, TECHNOLOGIEN UND STRATEGIEN

Sicherheitsinstitutionen	301	18%
Polizei	171	14%
Armee	38	3%
Justiz	21	2%
Sicherheit durch Abgrenzung	62	5%
Immigration als Sicherheitsproblem	30	3%
Sicherheitstechnologien	36	3%
Selbstschutz	36	3%

SICHERHEIT ALS GEFÜHLSZUSTAND

Sicherheitsgefühl	112	9%
Lebensqualität	16	1%
Selbstsicherheit	8	1%
Nicht codierbar	64	5%
Keine Angabe	8	1%
Weiss nicht	117	10%
TOTAL NENNUNGEN	2187	

Es lassen sich gewisse Muster nach soziodemographischen Merkmalen beobachten. So assoziieren Frauen Sicherheit leicht häufiger mit Schutz vor Kriminalität als Männer, vor allem im öffentlichen und privaten Raum. Männer erwähnen hingegen leicht häufiger die ökonomische Sicherheit, hierbei vor allem die Sicherheit des Arbeitsplatzes sowie die politische Stabilität.

Ältere Befragte sorgen sich ebenfalls etwas häufiger als die 18–29-Jährigen um den Schutz vor Kriminalität. Für die ab 60-Jährigen scheint insbesondere die Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum eine vordringliche Thematik zu sein. Hingegen assoziieren sie Sicherheit seltener mit ökonomischer Sicherheit. Die 30–59-Jährigen erwähnen die Arbeitsplatzsicherheit leicht häufiger als die anderen Befragten. Bei den jüngsten SchweizerInnen fällt auf, dass sie Sicherheit häufiger mit der Polizei in Verbindung bringen als ihre MitbürgerInnen. Unter Umständen halten auch sie die Kriminalität im öffentlichen Raum für ein Sicherheitsproblem, fokussieren dabei jedoch stärker auf Sicherheitsinstitutionen als die älteren Befragten.

Befragte mit einem tiefen oder mittleren Bildungsabschluss nennen keine der Kategorien häufiger als die anderen Kategorien. SchweizerInnen mit einem sehr hohen Bildungsabschluss, die sich insgesamt sicherer fühlen als die anderen, den-

ken bei Sicherheit spontan häufiger an die Sicherheit des Arbeitsplatzes und an die finanzielle Sicherheit.

Befragte mit politisch linker Selbstbekundung, die sich im Schnitt ebenfalls sicherer fühlen als jene, die sich an der politischen Mitte oder rechts davon orientieren, assoziieren Sicherheit leicht häufiger mit Kriminalität als der Durchschnitt. Besonders selten wird der Schutz vor Kriminalität von den politisch rechts Orientierten erwähnt. Diese nennen hingegen leicht häufiger die Sicherheit durch Abgrenzung der Schweiz.

Kriminalität, insbesondere im öffentlichen Raum und Schutz vor Gewalt, wird ferner auch von den WestschweizerInnen leicht häufiger genannt als von den Befragten der deutschen und italienischen Schweiz. Befragte aus der Westschweiz erwähnen hingegen etwas seltener die ökonomische Sicherheit oder Sicherheitsinstitutionen.

Unsichere Befragte können häufiger als die Sichereren nicht angeben, woran sie beim Begriff Sicherheit denken. Ihr Unsicherheitsempfinden scheint eher ein diffuses Gefühl der Unsicherheit zu sein. Bei den sich sicher Fühlenden fällt auf, dass diese bei Sicherheit häufiger spontan an die Polizei und an die ökonomische Sicherheit denken als die unsicheren Befragten.

Ein direkter Vergleich mit den Auszählungen der freien Assoziationen im Jahr 1991 und 1999 ist aus methodischen Gründen nicht zulässig. Einerseits wurden die Nennungen durch andere ForscherInnen den möglichen Kategorien zugewiesen, andererseits wurde dieses Jahr mit einer neuen Kategorienliste gearbeitet. Trotzdem fallen zwischen den Erhebungen von 1991, 1999 und 2011 gewisse Ähnlichkeiten auf. So wurde auch im Jahr 1999 Sicherheit am häufigsten mit dem Schutz vor Kriminalität assoziiert (siehe Tabelle 4.2). 1991 assoziierte man hingegen Sicherheit am häufigsten mit der Verkehrssicherheit. Diese rangierte jedoch bereits im Jahr 1999 an achter Stelle der meistgenannten Kategorien. 1999 wurden die finanzielle und materielle Sicherheit sowie die Sicherheit des Arbeitsplatzes weit häufiger genannt als dies im Januar 2011 der Fall ist. Etwa gleich häufig wie aktuell wurde auch im Jahr 1999 beim Begriff Sicherheit an die Polizei gedacht.

Tabelle 4.2

Assoziationen zum Begriff «Sicherheit» 1991 und 1999

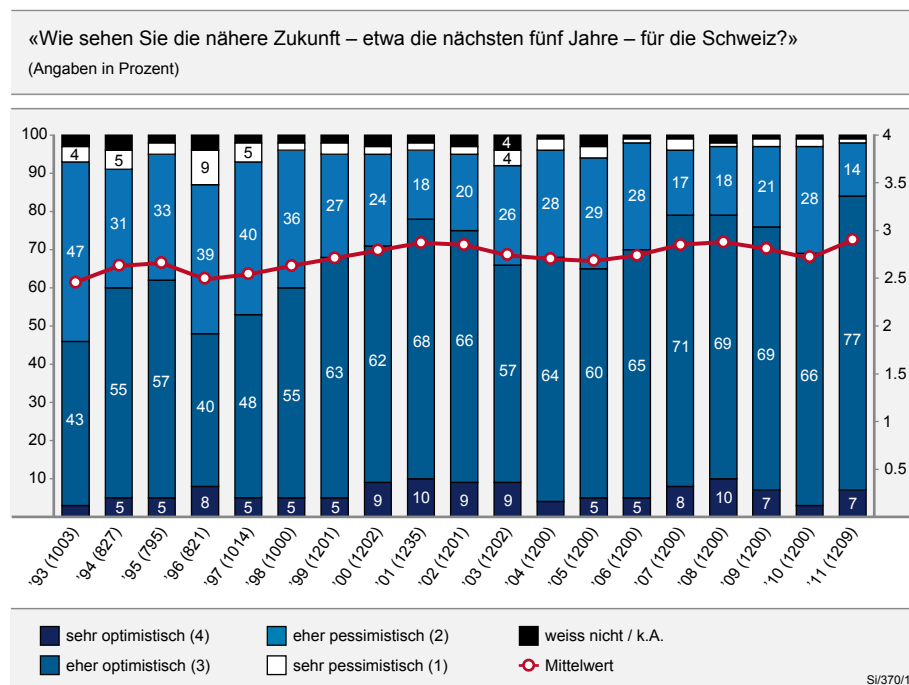
1991		1999	
Assoziation	Häufigkeit	Assoziation	Häufigkeit
1. Verkehrs-, Strassen-sicherheit	22% (224)	1. Kriminalität in der Schweiz	32% (389)
2. Finanzielle, materielle Sicherheit	21% (215)	2. Finanzielle, materielle Sicherheit	19% (227)
3. Soziale Sicherheit, Alterssicherung/AHV	20% (197)	3. Polizei, innere Sicherheit	17% (198)
4. Geborgenheit, Familie, Zuhause	15% (155)	4. Arbeitsplatzsicherheit	16% (194)
5. Frieden, kein Krieg	14% (145)	5. Geborgenheit, Familie, Zuhause	13% (161)
6. Polizei	14% (141)	6. Soziale Sicherheit, Alterssicherung	13% (150)
7. Persönliche Sicherheit, Schutz vor Verbrechen	14% (136)	7. Gewalt im Allgemeinen	10% (125)
8. Arbeitsplatzsicherheit	13% (133)	8. Verkehr, Strassensicherheit	9% (112)
9. Armee	13% (131)	9. Politische Stabilität	9% (102)
10. Gesundheit	9% (88)	10. Frieden, kein Krieg	6% (71)
11. Schutz, keine Bedrohung	7% (74)	11. «Überfremdung», Ausländer	5% (60)
12. Umweltschutz	7% (72)	12. Armee	4% (53)
13. Helm, Sicherheitsgurte	7% (72)	13. Freiheit, Demokratie	4% (52)
14. Haus, Wohnung, Dach	7% (70)	14. Umweltschutz	4% (44)

4.3 Zukunftseinschätzung der Schweiz

Acht von zehn SchweizerInnen beurteilen 2011 die Zukunft des Landes optimistisch (84%; siehe Abbildung 4.2). Dabei ist nur ein geringer Anteil von 7% «sehr» optimistisch. Die meisten geben an, «eher» optimistisch zu sein (77%). Während die Zukunftszuversicht zwei Mal in Folge gesunken war, steigt sie dieses Jahr auffallend um 15 Prozentpunkte an. Der Zukunftsoptimismus ist dieses Jahr damit ausgesprochen verbreitet. Seit 1993 gaben sich nur gerade in den Jahren 2001/2002 sowie 2007/2008 ebenso viele SchweizerInnen derart optimistisch.

Abbildung 4.2

Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz



Das allgemeine Sicherheitsempfinden und die Wahrnehmung der nationalen Entwicklung korrelieren ($r=0.23$). Wer sich sicher fühlt, gibt sich tendenziell auch für die Schweiz optimistisch und umgekehrt. Dies erklärt unter anderem auch die Gleichläufigkeit der beiden Kurven. So fühlten sich in den neunziger Jahren nicht nur weniger SchweizerInnen sicher als im neuen Jahrtausend, sondern auch der Optimismus war weniger verbreitet.⁴

In den letzten beiden Jahren waren Männer wie Frauen, gut Gebildete wie weniger gut Gebildete, Befragte der deutschen und der lateinischen Schweiz, Junge und Alte, politisch links und politisch rechts Orientierte gleich optimistisch. Dieses Jahr zeigen sich jedoch erneut Differenzen je nach Lebensumständen. Wie bereits in dieser Studienreihe mehrfach festgestellt, sind vor allem die sehr gut Ausgebildeten im Schnitt optimistischer. Dieses Jahr kann zudem beobachtet werden, dass auch Männer leicht optimistischer sind als Frauen. Alter und politische Selbstbeurteilung wirken sich weiterhin nicht auf den Zukunftsoptimismus aus. Ebenso bleiben die bis 1997 beobachteten Differenzen zwischen den Sprachregionen auch

4 Für einen detaillierten Beschrieb der Kurvenverläufe siehe Szvircsev Tresch et al. (2010,78–80).

dieses Jahr aus. WestschweizerInnen geben sich genau so optimistisch wie die DeutschschweizerInnen.

4.4 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage

Nur eine verschwindend kleine Minderheit von 7% (siehe Abbildung 4.3) der SchweizerInnen glaubt, dass sich die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren entspannen wird. Der Rest der Bevölkerung meint entweder, dass sich die Welt in fünf Jahren «düsterer und gespannter» präsentieren wird (54%) oder erwartet keine Veränderungen (37%). Bereits im Januar 2010 gaben sich die SchweizerInnen in Anbetracht der weltpolitischen Lage weniger hoffnungsvoll als im Jahr 2009. Dieses Jahr hat die Sichtweise einer düsteren Entwicklung jedoch markant um elf Prozentpunkte zugenommen, während gleichzeitig die Einschätzung einer stabilen Entwicklung um ebenso viele Prozentpunkte gesunken ist. Ein so starker Anstieg einer düsteren Zukunftswahrnehmung innerhalb eines Jahres konnte in der Erhebungsreihe noch nie beobachtet werden. Hingegen wurde eine derart düstere Wahrnehmung der weltpolitischen Entwicklung schon mehrmals gemessen. Ebenso pessimistisch in Bezug auf die weltpolitische Entwicklung war die Schweizer Bevölkerung in den Jahren 1992/1993, in den Jahren 1997 bis 1999 sowie 2003 und 2006. Damals prognostizierte gut jede bzw. jeder Zweite eine düstere Entwicklung der weltpolitischen Lage.

Ob die Umbrüche in Nordafrika zu dieser düsteren Einschätzung beigetragen haben oder nicht, lässt sich nicht nachweisen. Die «Jasmin-Revolution» in Tunesien fand vor der Befragung statt. Der Beginn der Proteste in Ägypten (25. Januar 2011) fiel in den Erhebungszeitraum. Die Wahrnehmung der Befragten, die vor dem 25. Januar befragt wurden, war jedoch genau so düster wie jene der nachträglich befragten Personen.

Die Sicherheitswahrnehmung und der nationale Optimismus korrelieren mit der Einschätzung der weltpolitischen Lage. Wer an eine düstere Entwicklung der weltpolitischen Lage glaubt, der fühlt sich tendenziell unsicherer und gibt sich pessimistischer ($\rho=0.16$ bzw. $\rho=0.19$). Dieses Jahr verläuft die Kurve der Einschätzung der weltpolitischen Entwicklung gegenläufig zu den beiden anderen Kurven. Obwohl dieses Jahr mehr Befragte als im Vorjahr die weltpolitische Entwicklung düster wahrnehmen, fühlen sich mehr SchweizerInnen sicher und optimistisch für die Zukunft der Schweiz.

Im Gegensatz zum allgemeinen Sicherheitsempfinden, welches mit soziodemographischem Hintergrund deutlich variiert, fällt die Einschätzung der geopolitischen

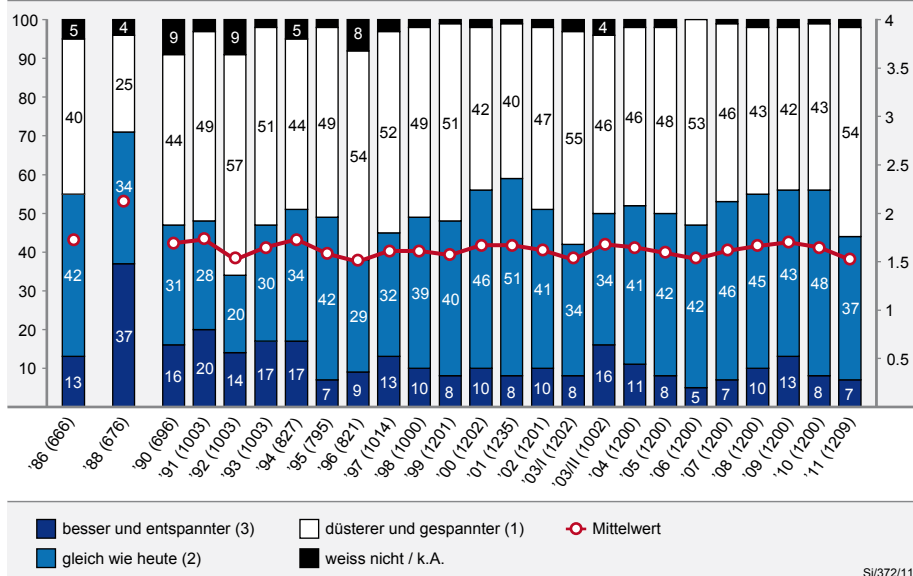
Lage über alle soziodemographischen Merkmalsgruppen hinweg ähnlich düster aus. Einzig die politisch links Orientierten geben sich tendenziell weniger besorgt.

Abbildung 4.3

Einschätzung der weltpolitischen Lage

«Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?»

(Angaben in Prozent)



SI/372/11

4.5 Wahrnehmung militärischer Bedrohung der Schweiz

Die Mehrheit der SchweizerInnen hält die militärische Bedrohung der Schweiz für sehr gering oder nicht vorhanden. Auf einer Bedrohungsskala von 1 bis 10, wobei 1 «überhaupt keine militärische Bedrohung» und 10 «sehr grosse militärische Bedrohung» bedeuten, geben 41% der Befragten an, dass überhaupt keine militärische Bedrohung für die Schweiz bestehe (1 auf der Skala von 1–10) oder dass diese sehr gering sei (33%, Werte 2 und 3). Eine mittlere Bedrohung (Werte 4–6) nehmen 19%, eine grosse bis sehr grosse Bedrohung (Werte 7–10) 6% der Befragten wahr. Ein Vergleich über die Zeit fehlt, da diese Frage noch nie gestellt wurde. Eine ähnliche Fragestellung findet sich aber in der Erhebung aus dem Jahre 1983. Damals

wurde nach der militärischen und politischen Bedrohung der Schweiz gefragt. Zu diesem Zeitpunkt hielten 4% der Bevölkerung die politische und militärische Bedrohung der Schweiz für «sehr gross», 22% für «eher gross», 57% für «eher gering» und 13% nahmen «keine Bedrohung» der Schweiz wahr.

Gibt es Bevölkerungsgruppierungen, welche sich militärisch bedrohter fühlen als andere? Es zeigt sich, dass auch die militärische Bedrohungswahrnehmung besonders mit der politischen Selbstbekundung variiert. Unter den Befragten der politischen Linken findet eine Mehrheit von 53%, dass zur Zeit überhaupt keine militärische Bedrohung für die Schweiz bestehe, während unter den Befragten der politischen Mitte 39% und unter jenen der politischen Rechten 35% diese Einschätzung teilen. Auch Befragte der höheren Bildungsschicht und Männer fühlen sich tendenziell weniger bedroht als ihre Mitbürgerinnen.

Je unsicherer sich eine Person fühlt, desto eher nimmt sie zudem auch eine militärische Bedrohung der Schweiz wahr ($\rho=0.21$, $r=0.2$). Auch wer glaubt, dass sich die Entwicklung der weltpolitischen Lage verschlechtern wird, hält die militärische Bedrohung der Schweiz für grösser. Der Zusammenhang ist jedoch gering ($\rho=0.1$).

4.6 Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit

Der Staat ergreift für die Wahrung der Inneren Sicherheit Massnahmen. Dieses Jahr wurde – wie seit 2003 schon mehrmals – die Zustimmung zu drei ausgewählten Sicherheitsmassnahmen erhoben. Konkret handelt es sich um eine stärkere Bekämpfung des Rechts- und des Linksextremismus sowie um die Legitimation der Einschränkungen von persönlichen Freiheiten zu Gunsten der allgemeinen Sicherheit vor Terrorismus. Die Zustimmung zu diesen Massnahmen gibt nicht nur die Befürwortung dieser Massnahmen wieder, sondern spiegelt auch Einstellung zur inneren Ordnung wider. Zudem dienen diese Fragen auch als Indikator für die Bedrohungswahrnehmung der Inneren Sicherheit.

Es zeigt sich, dass die Mehrheit der SchweizerInnen alle drei Massnahmen unterstützt. Die Intensivierung der Bekämpfung des Rechtsextremismus findet die stärkste Unterstützung in der Bevölkerung (75%, siehe Tabelle 4.3), gefolgt von der allgemeinen Terrorismusbekämpfung unter Inkaufnahme persönlicher Freiheitseinschränkungen (71%) und derjenigen des Linksextremismus (63%). Nebst der allgemeinen Zustimmung ist auch die Zustimmungstärke aufschlussreich. So sind mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus 33%, mit derjenigen des Linksextremismus 24% und mit der allgemeinen Bekämpfung des Terrorismus unter Inkaufnahme persönlicher Einschränkungen 32% der Befragten «sehr» einverstanden. Es kann

somit festgehalten werden, dass die Befragten der Bekämpfung des politischen Extremismus und des Terrorismus weiterhin eine hohe Bedeutung zumessen. Die Bedeutung der Terrorismusbekämpfung zeigt sich darin, dass die Mehrheit der Bevölkerung hierzu Freiheitseinschränkungen in Kauf nehmen würde. In Bezug auf die Frage der Legitimation von Einschränkungen persönlicher Freiheiten im Kampf gegen Terrorismus bekunden die SchweizerInnen scheinbar keine Mühe.⁵

Tabelle 4.3

Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit

«Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass... («sehr» und «eher» einverstanden in Prozent)							
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2011
wir den Rechtsextremismus stärker als bisher bekämpfen.»	73	79	-	85	-	78	75
wir den Linksextremismus stärker als bisher bekämpfen.»	60	54	-	64	-	62	63
wir den Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen, auch wenn dabei unsere persönliche Freiheit eingeschränkt werden muss.»	66	59	51	64	63	61	71

Wie hat sich die Zustimmung zu diesen drei Sicherheitsmassnahmen über die Zeit entwickelt? Die Bekämpfung des Terrorismus unter Inkaufnahme persönlicher Einschränkungen wurde 2003 – also gut eineinhalb Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 – von besonders vielen SchweizerInnen gutgeheissen (66%). Danach fand diese Forderung nie mehr eine so deutliche Unterstützung. Dieses Jahr liegt die Befürwortung der Terrorismusbekämpfung prozentual jedoch höher als im Jahr 2003. Im Mittel, das heisst, wenn auch der Zustimmungswert («sehr» und «eher») berücksichtigt wird, ist die Zustimmung jedoch aktuell so hoch wie im Januar 2003. Im Vergleich zur letztmaligen Erhebung dieser Einstellungsfrage im Jahr 2008 ist der Anteil der BefürworterInnen der Terrorismusbekämpfung über alle Bevölkerungsgruppen hinweg signifikant um zehn Prozentpunkte gestiegen. Bei den Befragten mit einer politisch linken Orientierung, die die Terrorismusbe-

5 Inwieweit die Befragten bereit sind, im Rahmen der Bekämpfung des Terrorismus Einschränkungen der eigenen Freiheitsrechte zu akzeptieren und woran sie dabei konkret denken, kann mit dieser Fragestellung nicht eruiert werden. Die Sicherheitsstudie 2008 zeigte jedoch, dass mit zunehmender Einschränkung der Privatsphäre die Zustimmung zu solchen Massnahmen abnimmt. So stimmte in der Erhebung vom Januar 2008 die Mehrheit der Befragten in abnehmender Reihenfolge folgenden Massnahmen zu: Sammlung von Daten verdächtiger Personen (79%), Videoüberwachung wichtiger Plätze (68%), zusätzliche Gepäckkontrollen (67%), Lockerung des Bankgeheimnisses (60%), vorsorgliche Verhaftung Verdächtiger (56%), Sammlung biometrischer Daten (53%), Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden (51%). Nur eine Minderheit unterstützte hingegen Telefonüberwachungen (28%) (vgl. Haltiner et al. 2008, 106–107).

kämpfung sonst tendenziell ablehnten, fällt jedoch auf, dass diese Forderung dieses Jahr auch unter ihnen eine mehrheitliche Unterstützung findet. Nur im Jahr 2003 war dies sonst noch der Fall.

Im Vergleich zu 2008 ist der Anteil derer, die eine stärkere Bekämpfung des Rechtsextremismus fordern, leicht aber signifikant um drei Prozentpunkte gesunken. Die Zustimmung zur Bekämpfung des Linksextremismus ist konstant geblieben.

Die Einstellung zu den drei Massnahmen variiert besonders mit der politischen Einstellung. So sprechen sich Befragte mit einer politisch linken Selbstbeurteilung eher für die Bekämpfung des Rechtsextremismus aus als ihre MitbürgerInnen. Die Bekämpfung des Linksextremismus wie auch jene des Terrorismus im Allgemeinen befürworten hingegen Befragte mit politisch rechter Einstellung stärker, während sich eine Mehrheit der politisch links Eingestellten gegen eine Intensivierung der Bekämpfung des Linksextremismus ausspricht. Die Zustimmung zu allen drei Massnahmen steigt zudem mit dem Alter, wobei auch die 18–29-Jährigen alle Massnahmen mehrheitlich gutheissen. Die Bekämpfung des Linksextremismus ist ferner in der Deutschschweiz eher ein Anliegen als in der Westschweiz.

Das allgemeine Sicherheitsempfinden und die Zustimmung zu den drei Massnahmen korrelieren kaum. Einzig die allgemeine Bekämpfung des Terrorismus unter Inkaufnahme persönlicher Einschränkungen wird von den sich unsicher Fühlenden leicht stärker befürwortet. Dies ist auch dann der Fall, wenn die Zustimmung nach politischer Selbstbeurteilung und soziodemographischen Merkmalsunterschieden kontrolliert wird.

Fazit: Die Sicherheitswahrnehmung hat sich im Vergleich zum Vorjahr auf verschiedenen Ebenen deutlich verändert. Das allgemeine Sicherheitsgefühl ist zwar nur leicht gestiegen, der Zukunftsoptimismus der SchweizerInnen jedoch markant. Ebenso deutlich hat sich die Wahrnehmung der weltpolitischen Entwicklung verdüstert. Die Wahrnehmung einer sicheren Schweiz in einer unsicheren Welt hat sich dabei akzentuiert. In der langjährigen Erhebungsreihe fühlte man sich noch nie sicherer und optimistischer und noch nie wurde die Welt düsterer wahrgenommen als im Januar 2011. Dieses nationale Sicherheitsempfinden bei gleichzeitiger weltpolitischer Unsicherheitswahrnehmung dürfte sich auch in der aussenpolitischen Einstellung widerspiegeln (siehe dazu Kapitel 6).

Obwohl sich die Schweizer Bevölkerung sehr sicher fühlt, erachtet sie persönliche Freiheitseinschränkungen im Kampf gegen den Terrorismus als legitim. Daraus kann geschlossen werden, dass der Sicherheit ein hoher Wert beigemessen wird.

Dabei assoziiert die Bevölkerung Sicherheit im Jahre 2011 in erster Linie mit der Sicherheit von Leib und Leben und hierbei insbesondere mit der Sicherheit vor Kriminalität. Dies liegt unter anderem auch daran, dass andere Sicherheitsbereiche im Moment nicht als gefährdet wahrgenommen werden. So wird denn auch die militärische Bedrohung der Schweiz für sehr gering gehalten.

5 Vertrauen in ausgewählte Institutionen und in die Politik im Allgemeinen

In diesem Kapitel wird zuerst auf das allgemeine Vertrauen der Schweizer Stimmbevölkerung in die staatlichen Institutionen eingegangen. Anschliessend wird im Speziellen das Verhältnis zwischen Vertrauen und Sicherheit analysiert.

5.1 Institutionen-Vertrauensindex

Seit 1995 wird das Vertrauen in ausgewählte Institutionen erhoben. Es handelt sich bei diesen um wichtige Behörden (Bundesrat, eidgenössisches Parlament, Gerichte, Polizei und Armee), um die Schweizer Wirtschaft, die Medien sowie die politischen Parteien. Die Befragten bekunden ihr Vertrauensmass auf einer Skala von 1 «überhaupt kein Vertrauen» bis 10 «volles Vertrauen». Über die Bewertungen und Trends gibt Tabelle 5.1 summarisch Auskunft.

Den erfassten Behörden und Institutionen wird regelmässig mittleres bis hohes Vertrauen entgegengebracht. An der Spitze liegt über die Zeit stets das Rechtswesen (Polizei und Justiz); Bundesrat, Parlament, Armee und die Schweizer Wirtschaft erreichen mittlere Werte. Die politischen Parteien und die Medien stehen jeweils an letzter Stelle der Vertrauensskala. Besonders geringes Vertrauen in ihre Behörden und Institutionen sprachen die SchweizerInnen 1997 und 1998 aus, ausgeprägt stark vertraut wurde 2001, 2007 und 2008. 2011 liegt das allgemeine Vertrauen im langjährigen Mittel (siehe Tabelle 5.1).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Vertrauen in Institutionen bei vier der acht erfragten Institutionen signifikant verändert. Während nur die Wirtschaft 2011 einen signifikanten Vertrauensgewinn verbuchen konnte (6.6, +0.2), mussten vor allem die Gerichte (6.6, -0.3), das Parlament (5.7, -0.2) und die politischen Parteien (4.9, -0.2) Vertrauenseinbussen hinnehmen. Kurzfristige Vertrauenseinbussen gehen in der Regel auf Unzufriedenheit mit der Leistung dieser Institution zurück. Längerfristige Vertrauenseinbussen können hingegen als Legitimationsverlust gedeutet werden. Die Gründe für den starken Vertrauensverlust in die Gerichte wurden nicht erfragt. Es kann aber angenommen werden, dass die mediale Kritik an Gerichtsurteilen – gewisse seien zu milde, andere hingegen zu streng – zu einer Verunsicherung der Bevölkerung gegenüber der Justiz geführt hat. Das Vertrauen ins Parlament ist innerhalb der letzten zwei Jahre kontinuierlich gesunken und ist auf einem so tiefen Stand wie seit 1998 nicht mehr. Der massive Vertrauensverlust

in das Parlament ist eventuell im Kontext einer intensivierten Debatte um die Zukunft des politischen Konkordanzsystems zu betrachten.

Wie bereits in den Vorjahren führt auch 2011 die Polizei die Vertrauensrangliste an (7.1, -0.1). Die Schweizer Wirtschaft hat einen Rang dazu gewonnen und besetzt dieses Jahr zusammen mit den Gerichten den zweiten Rang (je 6.6). Die Armee geniesst in der Bevölkerung im Mehrjahresvergleich weiterhin ein unterdurchschnittliches Vertrauen (6.0, -0.1), konnte sich aber in den letzten zwei Jahren im Meinungsbild der Bevölkerung wieder stabilisieren. Kritik an der Armee gab es im Verlauf des vergangenen Jahres ausreichend. So wurde der Sicherheitspolitische Bericht 2010 wie auch der Armeebericht 2010 in der Öffentlichkeit kontrovers aufgenommen und auch die Finanzlage der Armee weckte Besorgnis. Die mediale Kritik scheint sich aber im Bewusstsein der Bevölkerung nicht festgesetzt zu haben. Während die Medien als «Schlusslicht» dieselbe Vertrauenszustimmung erhalten wie letztes Jahr (4.9), platzieren sich die politischen Parteien mit 4.9 (-0.2) nun ebenfalls auf dem hintersten Rang. Es scheint, dass sich in der Schweiz ein Vertrauensverlust gegenüber der Politik abzeichnet.

Tabelle 5.1

Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen 1995 bis 2011

Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10 (1 = «kein Vertrauen», 10 = «volles Vertrauen» nach Vertrauensmass sortiert)

	'95	'97	'98	'99	'00	'01	'02	'03	'04	'05	'06	'07	'08	'09	'10	'11	SD	Diff. 10/11	Ø 95-11	
Polizei	6.9	6.5	6.5	6.7	6.8	7.0	7.1	7.1	7.2	7.1	7.2	7.3	7.2	6.9	7.2	7.1	1.9	-0.1	7.0	
Gerichte allgemein	-	-	6.3	-	6.4	6.7	6.6	6.7	6.9	6.7	6.8	7.0	7.0	6.7	6.9	6.6	2.1	-0.3*	6.7	
Schweizer Wirtschaft	-	5.6	5.7	6.3	6.1	6.8	6.1	5.7	6.0	6.0	6.1	6.7	6.7	6.2	6.4	6.6	1.9	+0.2*	6.2	
Armee	6.2	6.1	6.2	6.1	6.3	6.4	6.4	6.6	6.3	6.3	6.8	6.6	6.5	5.9	6.1	6.0	2.4	-0.1	6.3	
Bundesrat	6.0	5.5	5.8	6.5	6.3	6.9	6.5	6.4	6.4	6.3	6.0	6.3	6.5	6.5	5.9	5.9	2.1	-	6.2	
Eidg. Parlament	5.4	5.2	5.4	5.9	5.8	6.3	6.2	6.1	6.1	6.0	5.8	6.1	6.3	6.2	5.9	5.7	2.0	-0.2*	5.9	
Politische Parteien	4.8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.1	5.2	4.9	5.1	4.9	1.9	-0.2*	5.0
Medien	-	4.8	4.8	4.8	4.7	5.0	4.9	5.0	4.9	4.9	4.5	5.0	4.9	4.6	4.9	4.9	2.0	-	4.9	
Mittleres Vertrauen#	6.1	5.6	5.8	6.0	6.0	6.4	6.2	6.2	6.3	6.2	6.2	6.5	6.4	6.2	6.2	6.1	1.4	-0.1	6.2	

* signifikanter Unterschied, t-test, 0,5% Irrtumswahrscheinlichkeit, SD=Standardabweichung

ohne Medienvertrauen

Das Variationsmuster im Vertrauen in die Institutionen nach Geschlecht, Landesregion, Alter, politischer Einstellung und Bildungsgrad entspricht 2011 in etwa dem langjährigen Trend. Doch es lassen sich grössere Unterschiede gegenüber den

Vorjahren beim eidgenössischen Parlament und bei der Polizei feststellen. Während über die Zeit beim Parlament keine Vertrauensunterschiede vorherrschten, bewerten im Jahre 2011 Personen aus der Deutschschweiz das Legislativorgan überdurchschnittlich kritischer, höher Gebildete hingegen positiver als ihre MitbürgerInnen (siehe Tabelle 5.2). Demgegenüber sind beim Vertrauen in die Polizei die üblichen Unterschiede zwischen den politischen Lagern und den Generationen nicht mehr vorhanden. Je höher die Befragten gebildet sind, umso eher vertrauen sie den politischen Instanzen wie dem Bundesrat, dem Parlament und den Gerichten. Demgegenüber misstrauen sie aber eher der Armee. Gerade umgekehrt zeigen sich die Vertrauenswerte bei Personen, die sich politisch rechts einstufen. Diese bringen insbesondere der Armee – aber auch der Schweizer Wirtschaft und den politischen Parteien – mehr Vertrauen entgegen. Konträr dazu ist ihr Vertrauen in den Bundesrat und in die Gerichte unterdurchschnittlich tief.

Tabelle 5.2

Korrelationen zwischen Vertrauen in öffentliche Institutionen und individuellen Merkmalen 1997 bis 2011 (politische Parteien ab 2007)

	1997–2010					2011				
	Weiblich	Deutschschweiz	Je älter	Je höher gebildet	Je politisch rechter eingestellt	Weiblich	Deutschschweiz	Je älter	Je höher gebildet	Je politisch rechter eingestellt
	CC	CC	γ	γ	γ	CC	CC	γ	γ	γ
Bundesrat				+					+	--
Eidg. Parlament							-		+	
Gerichte allgemein			-	++		-			+	-
Polizei			+		+					
Armee			++	-	+++			+	-	++
Medien										
Schweizer Wirtschaft	-				++	-				+
Politische Parteien	+	+	-		+			-		+

- + schwache, positive Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.1–0.2
- ++ mässig schwache, positive Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.2–0.3
- +++ mittlere positive Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.3–0.4
- schwache, negative Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.1–0.2
- mässig schwache, negative Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.2–0.3

5.2 Verhältnis zwischen Vertrauen und Sicherheit

Vertrauen ist in hoch arbeitsteilig organisierten Gesellschaften eine wichtige, sicherheitsstiftende Verhaltensweise. In dem Masse, in dem Abläufe und das Funktionieren lebenswichtiger komplexer Systeme von den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern immer weniger oder nicht (mehr) durchschaut werden können, hilft Vertrauen, Komplexität zu reduzieren (vgl. Luhmann 1968). Vertrauen manifestiert sich im Gefühl, dass «Personen oder Instanzen die Dinge schon richtig machen». Wie eng sind nun das Vertrauen in Institutionen und Gefühle der Sicherheit bzw. der Zuversicht miteinander verknüpft?

In Tabelle 5.3 sind die Koeffizienten von signifikanten Zusammenhängen zwischen der allgemeinen Sicherheit bzw. dem Zukunftsoptimismus in die Schweiz und dem Vertrauen in die abgefragten Institutionen dargestellt. Ein positiver Wert bedeutet, dass sich die Befragten umso eher sicher fühlen bzw. optimistisch sind, je stärker sie einer Institution vertrauen. Die Korrelationsmasse zeigen bis auf einen Fall bei allen Institutionen positive Zusammenhänge im Jahr 2011. Besonders Leute, welche dem Bundesrat, dem Parlament, den Gerichten und der Polizei vertrauen, fühlen sich eher sicher. Das allgemeine Sicherheitsgefühl scheint demzufolge stark mit dem Vertrauen in staatlich-politische Institutionen verbunden zu sein. Dieses Grundvertrauen in staatliche Institutionen steht ebenfalls in positivem Zusammenhang mit der Zukunftszuversicht der Schweiz. Neben den genannten Institutionen geben aber vor allem das Vertrauen in die Wirtschaft und in geringerem Masse auch in die politischen Parteien den Ausschlag, die Entwicklung der Schweiz optimistischer einzuschätzen.

Tabelle 5.3

Korrelationen zwischen Vertrauen in öffentliche Institutionen und Sicherheitsgefühl bzw. Optimismus, 2010 und 2011

	Allgemeines Sicherheitsgefühl		Zukunftsoptimismus bezüglich Schweiz	
	2010	2011	2010	2011
Bundesrat	0.28	0.25	0.30	0.37
Eidgenössisches Parlament	0.19	0.25	0.27	0.38
Gerichte allgemein	0.26	0.30	0.30	0.32
Polizei	0.14	0.25	0.20	0.24
Armee	-	-	0.20	0.21
Medien	0.11	0.16	0.17	0.24
Schweizer Wirtschaft	-	0.17	0.21	0.44
Politische Parteien	0.11	0.14	0.25	0.36

Im Gegensatz zu den bivariaten Korrelationskoeffizienten zwischen den Vertrauensmassen und dem Sicherheitsgefühl zeigt eine Regressionsanalyse unter Kontrolle der soziodemographischen Eigenschaften nur noch signifikante Effekte zwischen dem Sicherheitsgefühl und dem Vertrauen in den Bundesrat und in die Polizei. Daraus kann geschlossen werden, dass die signifikanten bivariaten Korrelationskoeffizienten aus Tabelle 5.3 eher einen allgemeinen Zusammenhang zwischen Vertrauen und Sicherheit ausdrücken und weniger mit den abgefragten Institutionen zu tun haben.

Fazit: Die Schweizer Wirtschaft hat als einzige Institution an Vertrauen gegenüber dem Vorjahr gewonnen. Dieses ist deutlich höher als im langjährigen Vergleich. Einen statistisch signifikanten Vertrauensverlust mussten die politischen Parteien, das eidgenössische Parlament und insbesondere die Gerichte hinnehmen. Der Vertrauensverlust in die Gerichte könnte aus den öffentlich schwer nachvollziehbaren Gerichtsurteilen resultieren. Ein zunehmendes Unverständnis über die Verhältnismässigkeit von Urteilen wird bekundet. Diese wurden – zumindest in der Presse – oft als zu milde dargestellt, wie beispielsweise die Diskussion um die «Raser-Urteile» von Schönenwerd zeigt (vgl. Hagenbüchle 2010). Auch die Zweckmässigkeit von bedingten Geldstrafen wurde in der Öffentlichkeit heftig diskutiert. Ferner könnte hierbei auch die im Nachgang zur Verwahrungsinitiative als zu milde beurteilte Gesetzesanwendung eine Rolle gespielt haben. Schliesslich scheint mit der intensivierten Debatte über das zukünftige Schweizer Politsystem – Konkordanz vs. Konkurrenzprinzip – ein genereller Vertrauensverlust in politische Institutionen einherzugehen. Das Vertrauen in Institutionen steht grundsätzlich in einem positiven Zusammenhang mit dem allgemeinen Sicherheitsgefühl und mit dem Zukunftsoptimismus für die Schweiz.

6 Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen

Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? – Dieses Kapitel beschäftigt sich mit der Kooperationsbereitschaft der SchweizerInnen in Bezug auf verschiedene aussen- und sicherheitspolitische Optionen. So werden die Einstellungen der SchweizerInnen zur EU, ihre Bereitschaft zu internationalen Kooperationen, das gewünschte Engagement innerhalb der Uno, die Öffnungsbereitschaft gegenüber sicherheitspolitischen Allianzen und das allgemeine Bestreben nach nationaler Autonomie erfragt. Anschliessend werden diese verschiedenen Aspekte der Kooperationsbereitschaft nach soziodemographischen Merkmalen wie politische Einstellung, regionale Zugehörigkeit und Bildungsniveau betrachtet. Abschliessend wird eine Typologie zur aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft der SchweizerInnen vorgestellt und deren Trend von 1993 bis heute aufgezeichnet.

6.1 Eine skalenartige Fragebatterie als Grundlage

Die aussenpolitische Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung lässt sich mit einer Einzelfrage nicht angemessen beurteilen. Dieser Tatsache wird im Rahmen der Befragungsreihe «Sicherheit» Rechnung getragen, indem die Kooperationsbereitschaft über einen Index, d.h. eine Zusammenstellung mehrerer Indikatoren, erfasst wird (vgl. Haltiner & Spillmann 1994). Diesem Index – bestehend aus insgesamt 17 Variablen – liegt die Überlegung zugrunde, dass sich eine maximale Öffnungsbereitschaft bzw. ein stark ausgeprägter Autonomiewunsch als Extreme eines Kontinuums verstehen lassen. Innerhalb dieses Kontinuums sind demnach auch mildere Ausprägungsformen sowohl der Autonomie als auch der Öffnung denkbar. Maximal Öffnungsbereite zeichnen sich dadurch aus, dass sie Beitritte zu supra- bzw. internationalen Institutionen wie der EU und der Nato befürworten und sich eine Schweiz wünschen, die sich innerhalb der Uno stark engagiert. Eine abgemilderte Form der Öffnungsbereitschaft liesse sich dadurch charakterisieren, dass man etwa der Uno durchaus sehr wohlwollend gegenüber steht, hingegen von einer EU-, geschweige denn einer Nato-Mitgliedschaft nichts wissen will. Als «Autonomismus» kann jene Haltung definiert werden, die jeglicher Art von internationaler Kooperation kritisch gegenüber steht und generell danach strebt, die politische Souveränität der Schweiz zu maximieren.

6.2 Die 17 Indikatoren der Öffnungsbereitschaft bzw. der Autonomie im Trend

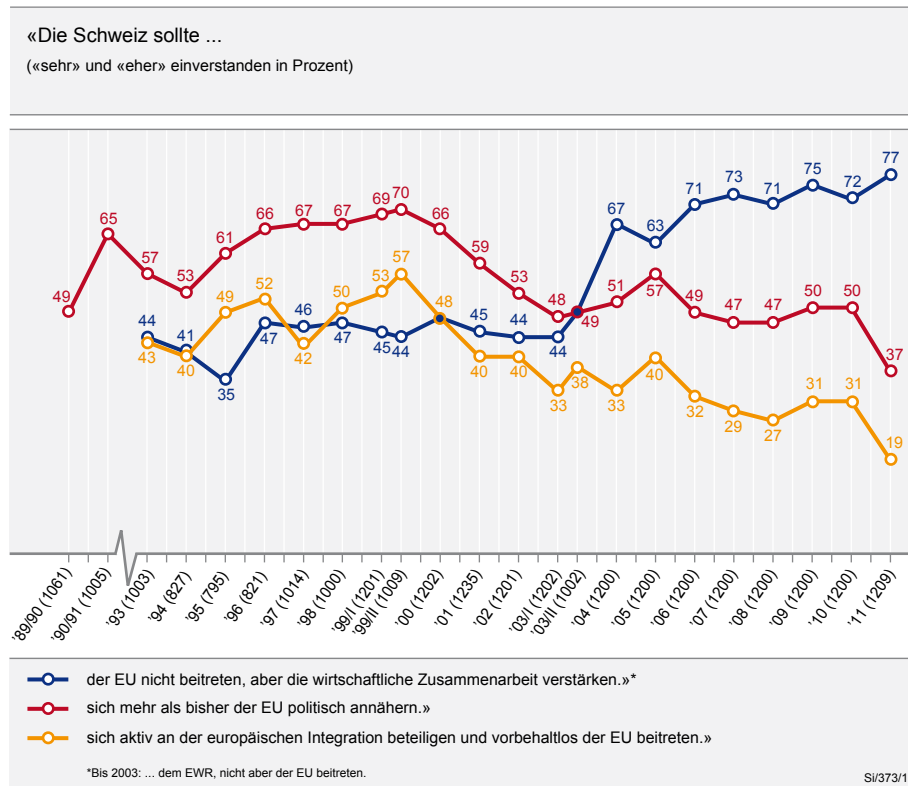
Die 17 Indikatoren sind gegliedert nach der

- Bereitschaft zur internationalen Kooperation durch institutionelle Annäherung oder Beitritt zur EU (siehe Abbildung 6.1),
- Bereitschaft zur Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindungen an inter- bzw. supranationale Institutionen (siehe Abbildung 6.2),
- Bereitschaft zu einem verstärkten Engagement innerhalb der Uno (siehe Abbildung 6.3),
- Bereitschaft zur Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Allianzen wie der Nato (siehe Abbildung 6.4),
- Betonung verschiedener Grade nationaler Autonomie (siehe Abbildung 6.5) und
- Einstellung zur Beibehaltung verschiedener Grade der Neutralität (siehe Abbildung 7.1, Kapitel 7.1).

6.3 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bindung oder Annäherung an die Europäische Union

Die Einstellung der Schweizer Bevölkerung zur Europapolitik verschlechtert sich im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr massiv: Sowohl die politische Annäherung an die EU (37%, -13%) als auch ein Beitritt zu diesem Staatenverbund (19%, -12%) erleiden einen drastischen Akzeptanzverlust von über zehn Prozentpunkten. Die Zustimmung zu einer (rein) wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU nimmt hingegen im Vergleich zum Vorjahr signifikant zu und erreicht einen Höchstwert seit Messbeginn im Jahr 1993 (77%, +5%; siehe Abbildung 6.1).

Abbildung 6.1
Europäische Integration



Die Schere zwischen wirtschaftlicher und politischer Annäherung an die EU öffnet sich im Jahr 2011 weiter. Es wird deutlich, dass sich die Schweizer Bevölkerung auf dem eingeschlagenen, bilateralen Weg fortbewegen möchte. Die Aufrechterhaltung sich lohnender wirtschaftlicher Aussenbeziehungen mit der EU, ohne eine politische Anbindung an dieselbe, genießt die Zustimmung einer breiten Mehrheit.

Die deutliche Veränderung der Werte im Vergleich zum Vorjahr ist mit grosser Wahrscheinlichkeit auf die zum Befragungszeitpunkt herrschende Finanzkrise der EU zurückzuführen und wurde möglicherweise durch eine Rückbesinnung auf schweizerische und konservative Werte verstärkt (vgl. Furger & Mijuk 2011). Ob dieser Trend anhält oder bloss situationsabhängiger Ausdruck der gegenwärtigen Lage in Europa ist, kann zu diesem Zeitpunkt nicht gesagt werden. Schliesslich zeigen die Zahlen der letzten Jahre, dass die Einstellung zur schweizerischen Europapolitik Schwankungen unterworfen ist: Nachdem in den Jahren 1996, 1998

sowie 1999 eine Mehrheit der Befragten einem Beitritt zustimmte, sank der Anteil der BefürworterInnen während der letzten Dekade deutlich. Auch unterstützte die Schweizer Bevölkerung in den neunziger Jahren mehrheitlich eine politische Annäherung an Europa. Gegenüber einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit war aber über die Hälfte der Befragten skeptisch eingestellt. Ab 2003 änderte sich die Einstellung zur Europapolitik jedoch massiv: Die Meinung der Befragten kehrte sich um und die wirtschaftliche wurde der politischen Annäherung vorgezogen.

6.4 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung

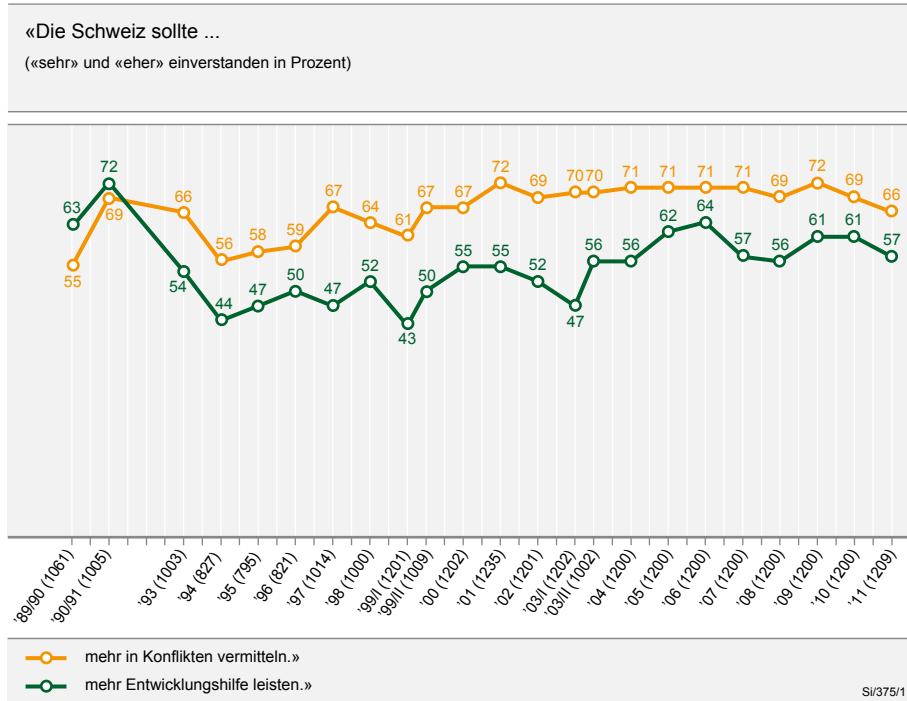
Die beiden erfassten Formen internationaler Kooperation ohne institutionelle Bindung und ohne Souveränitätsminderung erlangen wie in den Vorjahren auch im Jahr 2011 die mehrheitliche Zustimmung der Stimmbevölkerung. Im Vergleich zu 2010 verlieren aber sowohl die vermehrte Vermittlung in Konflikten als auch die Leistung zusätzlicher Entwicklungshilfe an Akzeptanz.

So setzt sich bei der Frage, ob die Schweiz vermehrt in Konflikten vermitteln soll, die sich letztjährig bereits abzeichnende Abwärtstendenz fort (66%, -3%; siehe Abbildung 6.2). Die Zahl der BefürworterInnen einer Schweiz als Vermittlerin in Konflikten liegt zwar immer noch bei einer Zweidrittelmehrheit und unterscheidet sich nicht massgeblich vom Wert im Jahr 2010. Dennoch ist dies die tiefste Zustimmungsrates seit 1999.

Die Akzeptanz zusätzlicher Entwicklungshilfe als aussenpolitisches Instrument schwankt über die Jahre stark und liegt 2011 bei 57% (-4%). Dies ist eine deutliche Verminderung gegenüber dem Vorjahr, liegt aber immer noch im Mittel der letzten zehn Jahre.

Abbildung 6.2

Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft ohne institutionelle Bindungen («weiche» Kooperation)



6.5 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Erhöhtes Engagement in der Uno

Nach einer hart umkämpften Abstimmung wurde am 3. März 2002 die Volksinitiative für den Uno-Beitritt der Schweiz mit 55% Ja-Stimmen angenommen. Die Einstellung gegenüber der Uno hat sich seit dem Beitritt nur unwesentlich verändert und bleibt positiv. Nachdem die Schweizer Bevölkerung insbesondere 2006 der Uno gegenüber relativ kritisch eingestellt war, hat sich die Zustimmung zur internationalen Kooperation im Rahmen der Uno bis 2010 erhöht.

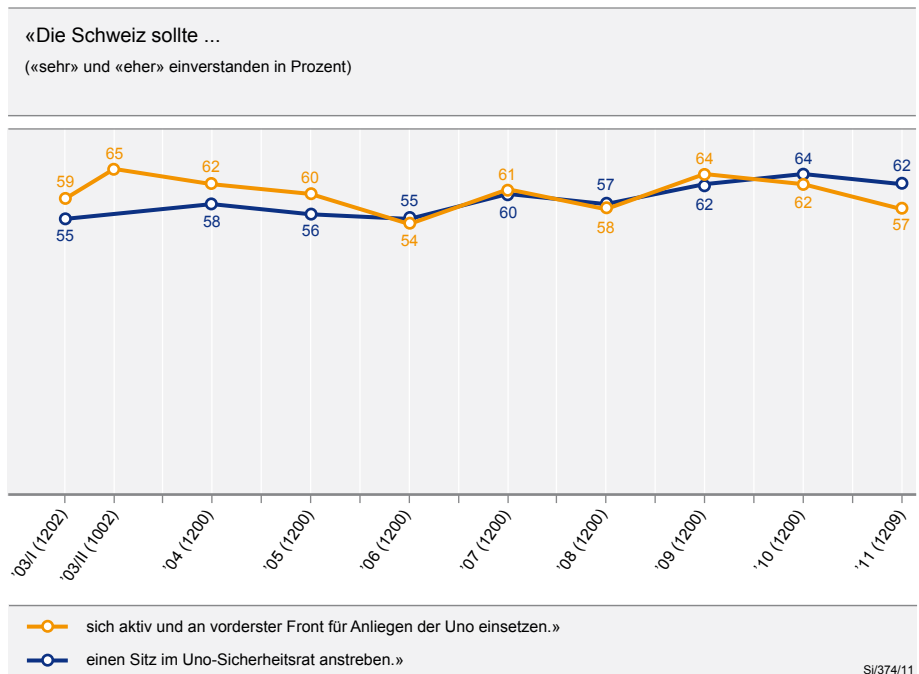
Im Jahr 2011 liegt die Zustimmung zur Aussage, dass sich die Schweiz aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen soll, bei 57% (–5%; siehe Abbildung 6.3) und damit erstmals seit drei Jahren unter der 60%-Marke.

Für Bemühungen um einen Sitz der Schweiz im Uno-Sicherheitsrat spricht sich eine Mehrheit von 62% (–2%) aus. Diese Zustimmung erweist sich als über die

Jahre hinweg relativ konstant, ist aber im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Der Verlust mag insofern erstaunen, als sich im Herbst 2010 die beiden ausserpolitischen Kommissionen von Stände- und Nationalrat sowie am 12. Januar 2011 der Bundesrat für eine Kandidatur der Schweiz um eine Vertretung im Sicherheitsrat der Uno ausgesprochen haben und die mediale Berichterstattung hierzu grundsätzlich positiv konnotiert war.

Abbildung 6.3

Einstellungen zur Uno

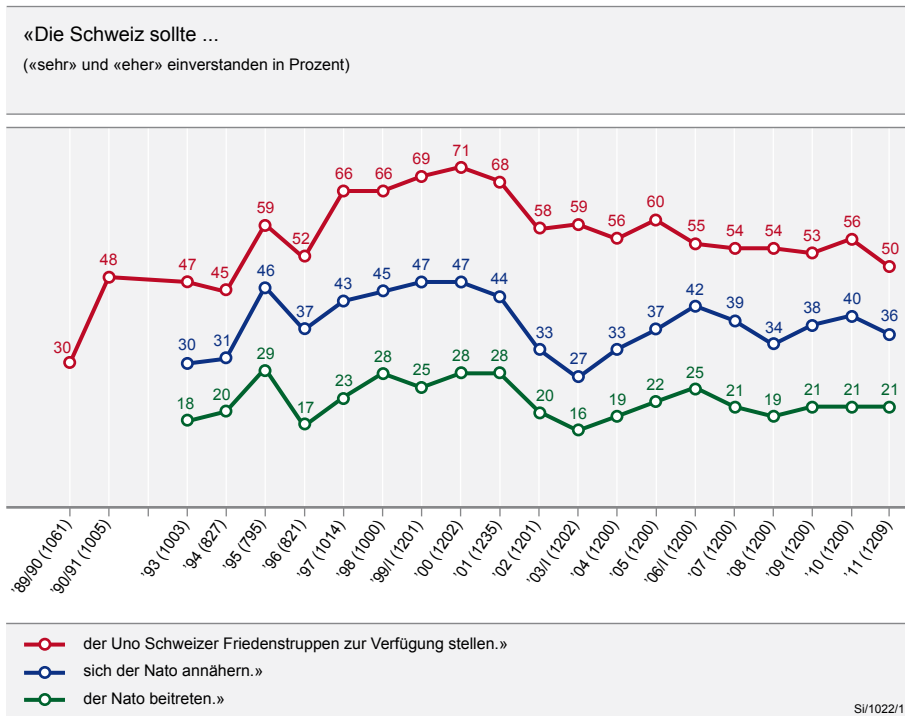


6.6 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen

Obwohl sich eine klare Mehrheit der SchweizerInnen (69%, Ersterhebung und daher kein Vorjahresvergleich möglich) einig ist, dass heutige Sicherheitsprobleme nicht mehr auf nationaler Ebene, sondern nur noch im globalen Rahmen gelöst werden können, geniesst keine der drei erfragten Möglichkeiten zu sicherheitspolitischen Kooperationen die Zustimmung einer breiten Bevölkerung.

Abbildung 6.4

Einstellungen zu sicherheitspolitischen Allianzen



Die bis anhin stets (zumindest knapp) positiv bewerteten Uno-Einsätze von Schweizer Friedenstruppen erreichen im Jahr 2011 erstmals nur eine 50%-Zustimmung (–6%; siehe Abbildung 6.4) und verzeichnen somit einen signifikanten Verlust im Vergleich zum Vorjahr. Letztmals wurde bei dieser Frage 1994 ein tieferer Wert (45%) gemessen, als die Uno-Mission in Somalia zunehmend unter Druck geriet und auch im Jugoslawienkonflikt die Bemühungen der Uno zur Friedensstiftung nicht von Erfolg beschieden waren.

Ähnlich kritisch wie in den Vorjahren beurteilen die Befragten die Vorgaben, mehr Sicherheit durch Kooperation mit der Nato zu erlangen. Ein Nato-Beitritt (21%, ±0%) oder eine Annäherung an die Nato (36%, –4%) kommen weiterhin nur für eine Minderheit in Frage. Die Zustimmung zu einem Beitritt zur Sicherheitsallianz bleibt nach wie vor auf tiefem Niveau konstant. Auch bei der Frage, ob sich die Schweiz der Nato annähern soll, stellt sich erstmals seit drei Jahren wieder eine Abwärtstendenz ein. Eine sicherheitspolitische Kooperation mit der Nato bleibt also weiterhin keine Option für die Schweizer Stimmbevölkerung.

Über die gesamte Messreihe sind die drei Verläufe der Einstellungen zu sicherheitspolitischen Kooperationen ähnlich: Die Reihenfolge ihrer Akzeptanz bleibt über die Jahre gleich. Die Abbildung 6.4 zeigt klar, dass die Zustimmung in der Bevölkerung mit der Intensität der Kooperation zusammenhängt: je intensiver und verpflichtender die Kooperation, desto stärker die Ablehnung. Beispielsweise ist die Zustimmung zur Bereitstellung von Uno-Truppen höher als zu einem Nato-Beitritt. Dass in den Jahren 1998 bis 2001 sowie im Zeitraum von 2004 bis 2006 die Möglichkeit einer Kooperation positiver beurteilt wurde, kann daran liegen, dass sowohl der Krieg in Ex-Jugoslawien als auch die gemeinsame Terrorismusbekämpfung der Nato-Länder damals den Eindruck verstärkten, dass Sicherheit in Europa nur noch durch Kooperation zu erreichen sei.

6.7 Betonung nationaler Autonomie

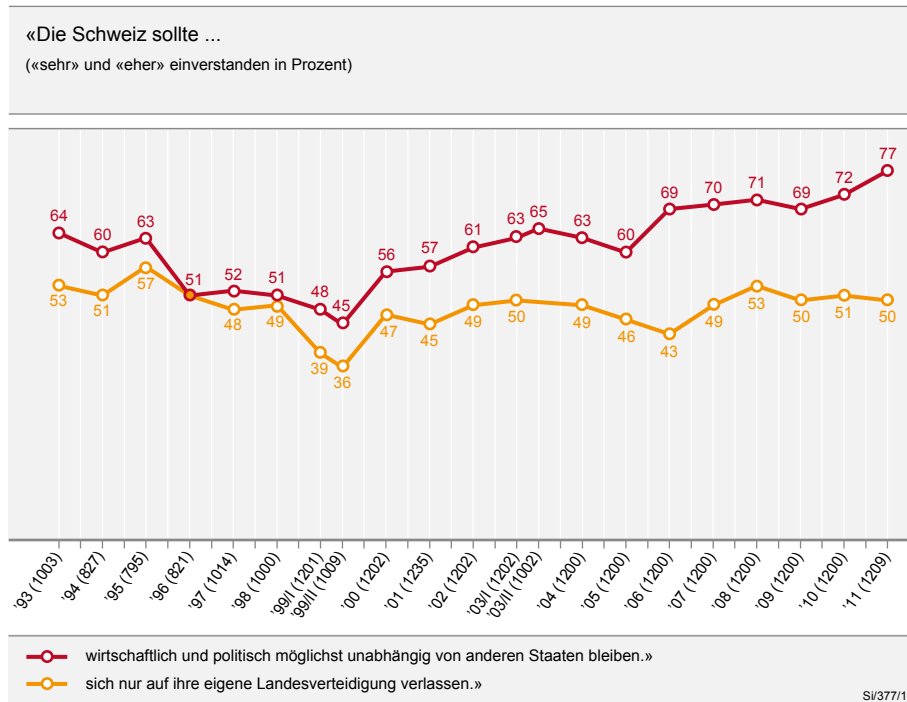
Die Einstellung der Bevölkerung zur nationalen Autonomie wird anhand dreier Facetten gemessen: wirtschaftliche, politische und militärische Autonomie. Seit Messbeginn 1993 erhält die Politik der wirtschaftlichen und politischen Autonomie stets eine tendenziell höhere Zustimmungsrates als die militärische Autonomie.

Die Zustimmung zur Aussage «Die Schweiz soll wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben» ist in den letzten zehn Jahren leicht und ab 2006 deutlich gestiegen. Nachdem seit 2006 etwa 70% der SchweizerInnen das Bestreben nach wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit befürworteten, stieg der Zuspruch in diesem Jahr markant an und liegt nun bei 77% (+5%; siehe Abbildung 6.5). Der Wunsch nach wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit ist in diesem Jahr so hoch wie noch nie seit Messbeginn.

Konstant geblieben ist die Einstellung der Schweizer Stimmbevölkerung zur Frage, ob sich die Schweiz nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen soll: Seit dem Jahr 2000 liegt die Zustimmung zu diesem Vorschlag zwischen 43% und 53%. 2011 beruft sich die Hälfte der Befragten (50%, -1%) auf eine militärische Autonomie.

Abbildung 6.5

Indikatoren zur Betonung nationaler Autonomie



Die Skepsis gegenüber einem strikten Verlass auf die eigene Landesverteidigung könnte als Hinweis dafür gedeutet werden, dass auch der Aspekt der Machbarkeit einer eigenständigen Verteidigung das Antwortverhalten bei der Beurteilung der militärischen Autonomie beeinflusst (vgl. Abschnitt 9.4).

6.8 Politische Einstellung, soziodemographische Merkmale und Öffnung versus Autonomie

Die politische Selbsteinstufung der SchweizerInnen auf einer Links-Mitte-Rechts-Skala ist diejenige Variable, welche die Spannbreite in der Einstellung bezüglich Öffnung versus Autonomie am besten zu erklären vermag. Grundsätzlich sprechen sich politisch eher rechts eingestellte Personen deutlich und sich politisch in der Mitte positionierende Befragte moderat weniger häufig für eine internationale Kooperation aus und betonen die nationale Autonomie stärker als ihre politisch links orientierten MitbürgerInnen. Werden die drei Lager etwas detaillierter ana-

lysiert, so kann bezüglich deren europapolitischer Haltung festgestellt werden, dass zwar unisono einen EU-Beitritt ablehnen, dies aber von links über die Mitte nach rechts mit zunehmender Deutlichkeit. Einer politischen Annäherung hingegen stimmt eine Zweidrittelmehrheit der Linken zu; bei den sich in der politischen Mitte ansiedelnden Befragten teilen diese Meinung noch rund 40%. Nur ein Viertel der politisch eher rechts eingestellten Personen kann sich eine weitere politische Annäherung an die EU vorstellen. Eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU wird von StimmbürgerInnen, die sich der Rechten oder der Mitte zurechnen, sehr deutlich befürwortet; im Unterschied zu politisch eher links eingestellten Personen, die eine wirtschaftliche Annäherung nur moderat unterstützen.

Die beiden erfragten Massnahmen im Rahmen einer internationalen Kooperation ohne institutionelle Bindung geniessen in allen politischen Lagern Zustimmung. Es zeigt sich allerdings, dass sich politisch links einstufoende SchweizerInnen in Bezug auf die Vermittlung in Konflikten und zusätzliche Entwicklungshilfe öfönungsbereiter geben als sich der politischen Mitte oder rechts zurechnende Personen. Letztgenannte sind gegenüber der Vorgabe, mehr Entwicklungshilfe zu leisten, nochmals deutlich skeptischer als die politische Mitte.

Ein erhöhtes Engagement in der Uno wird sowohl von der politischen Linken wie auch von der Mitte unterstützt, jedoch wiederum in unterschiedlich starkem Ausmass. Die politische Rechte unterscheidet sich signifikant von dieser klaren Zustimmung. Nur rund jeder zweite sich rechts ansiedelnde Befragte kann sich vorstellen, dass sich die Schweiz aktiv und an vorderster Front für die Uno einsetzt. Die Kandidatur um einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat wird von allen drei politischen Lagern unterstützt – von einer Dreiviertelmehrheit bei den politisch links orientierten Befragten bis hin zu einer eher knappen Mehrheit bei sich rechts einstufoenden Personen. Eine Mehrheit aller Befragten ist – unabhängig von ihrer politischen Orientierung – der Meinung, dass globale und keine nationalen Lösungen für sicherheitspolitische Probleme gefunden werden müssen – jedoch erneut mit unterschiedlich starker Zustimmung. Gegenüber sicherheitspolitischen Allianzen sind allerdings alle drei Lager kritisch eingestellt: Von links bis rechts orientierte Befragte lehnen eine Annäherung an die Nato bzw. den Beitritt zur Sicherheitsallianz ab. Dennoch finden sich bei den politisch links eingestellten BürgerInnen deutlich häufiger BefürworterInnen dieser beiden Vorgaben. Bei der Frage, ob sich Schweizer SoldatInnen im Rahmen von Uno-Friedensmissionen beteiligen sollen, verhält sich das Meinungsbild gleich; dies jedoch mit dem Unterschied, dass sich hier bei den links orientierten Personen gar eine Mehrheit findet.

Beim Autonomiebestreben zeichnet sich ab, dass sich das rechte und das mittlere Lager deutlich häufiger wünschen, die Schweiz solle wirtschaftlich und politisch

möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben. Ferner können sich diese BürgerInnen auch besser vorstellen, dass sich die Schweiz sicherheitspolitisch nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlässt – worin wiederum ein klar zunehmendes Autonomiestreben von links über die Mitte nach rechts zu beobachten ist.

Die Landesregion ist ein weiteres Merkmal, nach welchem sich signifikante Unterschiede in vielen Aspekten der Öffnungsbereitschaft erkennen lassen. Die italienische und deutsche Schweiz sind allgemein eher öfFnungskritischer als die welsche Schweiz. Konkret heisst dies, dass StimmbürgerInnen in der italienischsprachigen Schweiz und in der Deutschschweiz mit einer politischen Annäherung an die EU (25% bzw. 34%) oder gar einem EU-Beitritt (12% bzw. 16%) deutlich weniger einverstanden sind als die BewohnerInnen der französischen Schweiz (EU-Annäherung: 50%; EU-Beitritt: 31%). Aktivitäten im internationalen Rahmen ohne institutionelle Bindung finden in allen Teilen der Schweiz eine Mehrheit, obwohl die DeutschschweizerInnen gegenüber den vorgeschlagenen Massnahmen signifikant weniger positiv eingestellt sind als die beiden lateinischsprachigen Landesteile. Schweizer Truppen im Dienste der Uno werden im Tessin mit einer Mehrheit von 63% deutlich gutgeheissen; die Romands stimmen der Vorgabe etwas verhaltener zu (54%) und die Meinung der BewohnerInnen der Deutschschweiz ist in dieser Frage gespalten (47%). Militärische Engagements und Kooperationen mit der Nato finden in der italienischsprachigen Schweiz am wenigsten Zustimmung, sind aber auch in der Deutschschweiz signifikant unpopulärer als in der Westschweiz; eine mehrheitliche Zustimmung ergibt sich aber auch hier nicht. Ebenfalls unterscheiden sich die Sprachregionen in ihrer Einstellung dahingehend, ob sich die Schweiz nur auf ihre Landesverteidigung verlassen sollte: Die französischsprachige Schweiz spricht sich knapp mehrheitlich dagegen, die Deutschschweiz knapp dafür aus; die TessinerInnen stimmen dieser Aussage mit einer Dreiviertelmehrheit zu. Hinsichtlich einer höheren Unterstützung für das Anstreben eines Sitzes im Uno-Sicherheitsrat und einen vermehrten Einsatz für die Anliegen der Uno finden sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den drei Sprachregionen – diese zwei Vorgaben werden überall befürwortet. Überdies zeigen sich auch keine bedeutenden Abweichungen zwischen den Landesteilen in der Zustimmung zum wirtschaftlichen Weg mit der EU auf bilateraler Basis, in der Einstellung, dass heutige Sicherheitsprobleme globaler Lösungen bedürfen sowie bei der Zustimmung zur Aussage, dass die Schweiz bestrebt sein sollte, wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten zu bleiben.

Auch je nach Bildungsabschluss lassen sich Unterschiede in der Öffnungsbereitschaft bzw. im Autonomiebestreben erkennen. So werden von befragten Personen mit einem mittleren oder tiefen Bildungsabschluss eine politische Annäherung oder gar ein Beitritt zur EU signifikant weniger oft gutgeheissen als von Befragten mit höherem Bildungsstand. In Bezug auf die beiden aussenpolitischen Instrumente ohne institutionelle Bindung – nämlich eine vermehrte Vermittlung in Konflikten und verstärkte Entwicklungshilfe – unterscheiden sich alle drei Bildungsgruppen deutlich voneinander; wobei sich zeigt, dass mit steigender Bildung auch die Akzeptanz dieser beiden Aktivitäten zunimmt. Ähnlich verhält es sich bei der Frage eines grösseren Engagements für die Anliegen der Vereinten Nationen oder der Kandidatur um einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat. Bei beiden Anliegen unterscheiden sich Personen mit tiefem und mittlerem Bildungsniveau aber nicht merklich voneinander. Die Zustimmung zur Entsendung von Schweizer SoldatInnen in Uno-Friedensmissionen nimmt mit steigender Bildung ebenfalls zu, wobei sich Personen mit mittlerer und hoher Bildung bei dieser Thematik nicht unterscheiden. Eine institutionelle Annäherung oder Bindung an die Nato wird über alle Bildungsniveaus hinweg verworfen; von SchweizerInnen mit eher tiefer Bildung aber deutlich stärker. Auch wird von diesen BürgerInnen die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit der Schweiz signifikant wichtiger bewertet als von den übrigen Befragten. Gleich verhält es sich bei der Unterstützung der Vorgabe, sich ausschliesslich auf die Landesverteidigung zu verlassen. Es lässt sich konstatieren, dass eine zunehmende Öffnungsbereitschaft mit steigendem Bildungsniveau deutlich erkennbar ist.

Nach Geschlecht und Alter sind zwar Unterschiede in der Meinung zu aussenpolitischen Optionen der Schweiz festzustellen; diese verschwinden aber mehrheitlich, wenn eine gemeinsame Analyse aller soziodemographischen Variablen durchgeführt wird. Deshalb ist für diese Merkmale kein einheitliches Bild auszumachen. Für weitere, spezifische Unterschiede nach demographischen Merkmalen bezüglich Öffnung versus Autonomie sei an dieser Stelle auf die Häufigkeitstabellen in Anhang III verwiesen.

6.9 Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993 bis 2011

Die aussenpolitische Öffnungsbereitschaft der SchweizerInnen wird mit insgesamt 17 Fragen ermittelt. Neun besonders stark differenzierende Fragen werden

seit mehreren Jahren dazu verwendet, eine Kooperationstypologie¹ zu bilden. Aus ihr lassen sich drei charakteristische Haltungen gegenüber der aussenpolitischen Öffnung der Schweiz ableiten (siehe Abbildung 6.6):

- **«Harte Öffnungswillige» (22% der Antwortenden):** Als solche können Personen bezeichnet werden, die eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz selbst unter Inkaufnahme gewisser Souveränitätseinbussen befürworten. Sie sind nicht nur für einen EU-Beitritt der Schweiz, sondern unterstützen auch mehrheitlich eine Nato-Annäherung. Ein Nato-Beitritt ist unter den «harten Öffnungswilligen» nur für eine – relativ grosse – Minderheit denkbar. Die Schweizer Neutralität als sicherheitspolitisches Instrument halten sie für ein Auslaufmodell, wollen aber trotzdem an ihr festhalten. Zudem verlangen sie ein verstärktes Schweizer Engagement zugunsten der Uno.
- **«Autonomisten» (36% der Antwortenden):** Diese nehmen eine diametral entgegengesetzte Haltung gegenüber den «harten Öffnungswilligen» ein. Sie lehnen nicht nur den EU- und den Nato-Beitritt ab, sondern sprechen sich auch für eine nur aufs Notwendigste begrenzte Kooperation mit diesen Institutionen aus. Jede Souveränitätsminderung wird abgelehnt. Dem bilateralen Weg mit der EU wird seit 2004 zugestimmt. Nach dem gegen ihren Willen erfolgten Beitritt zur Uno sind sie gegen ein verstärktes Engagement innerhalb der Weltorganisation und gegen die Bestrebungen der Schweiz, einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat zu erlangen. Neutralität bedeutet für sie nebst Selbstverständnis vor allem Schutz.
- **«Weiche Öffnungswillige» (42% der Antwortenden):** Sie sind zwischen den beiden eben geschilderten Kooperationstypen anzusiedeln. Einer aussenpolitischen Kooperation stehen sie grundsätzlich positiv gegenüber, insbesondere was die Uno betrifft. Einen EU- oder gar einen Nato-Beitritt lehnen sie allerdings ab. Es kann ebenfalls gefolgert werden, dass sich die «weichen Öffnungswilligen» eine maximale internationale Kooperation der Schweiz bei minimaler Souveränitätseinbusse wünschen. Sie sind es auch, welche die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne politische Annäherung am stärksten befürworten. In Neutralitätsfragen teilen sie tendenziell die Meinung der «Autonomisten».

1 Die Typologie wurde anhand der Clustermethode gebildet (vgl. Anhang I und II). 18% der Befragten lassen sich keinem der drei Kooperationstypen zuordnen. Die Prozentangaben zu den drei Kooperationsstypen beziehen sich deshalb nur auf 984 Personen anstatt auf 1209 Personen.

Nach den bisherigen Ausführungen zu Öffnung vs. Autonomie überrascht es nicht, dass sich auch bei der Zuordnung zu den unterschiedlichen Kooperationsstypen im Jahr 2011 verglichen zum Vorjahr Veränderungen abzeichnen. So können aktuell 36% (+4%; siehe Abbildung 6.6) den «Autonomisten» zugerechnet werden. 42% ($\pm 0\%$) entsprechen dem Typus der «weichen» Form der internationalen Kooperation und 22% (-4%) zu den «harten Öffnungswilligen».

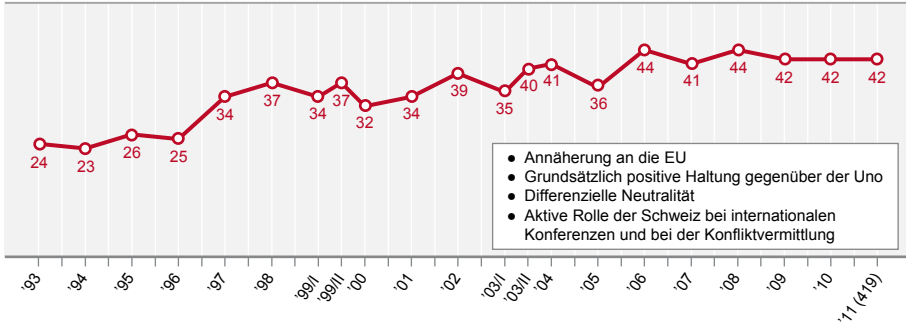
Bei der Verteilung nach Typen lässt sich ein langfristiger Trend beobachten:

- Der Anteil der «harten Öffnungswilligen» ist über die letzten 15 Jahre anteilmäßig von einem runden Drittel auf ein knappes Viertel geschrumpft; Tendenz weiterhin sinkend.
- Die «Autonomisten» erlebten ihren Höhenflug unmittelbar nach der Diskussion um den EWR-Beitritt der Schweiz in den frühen neunziger Jahren. Seit dem «Taucher» auf 26% im Jahr 1999 halten sie sich stabil bei rund einem Drittel der Stimmbürgerschaft, wobei sich ein erneuter Aufwärtstrend abzeichnet.
- Seit Beginn der Messung im Jahr 1993 ist der Anteil jener, welche ein Mehr an internationaler Kooperation ohne Souveränitätsminderung billigt, d.h. der Anteil der so genannten «weichen Öffnungswilligen», im Trend gestiegen. Seit 2006 macht diese Gruppe einen Anteil von etwas mehr als 40% der Befragten aus. Die Strategie einer vorsichtigen und behutsamen Öffnung entspricht dem bilateralen Weg der Schweiz zu Europa. Das Gutheissen der «weichen» Öffnungsstrategie steht zugleich für eine defensive Aussenpolitik, die sich stets der Tradition der Neutralität des Landes bewusst ist.

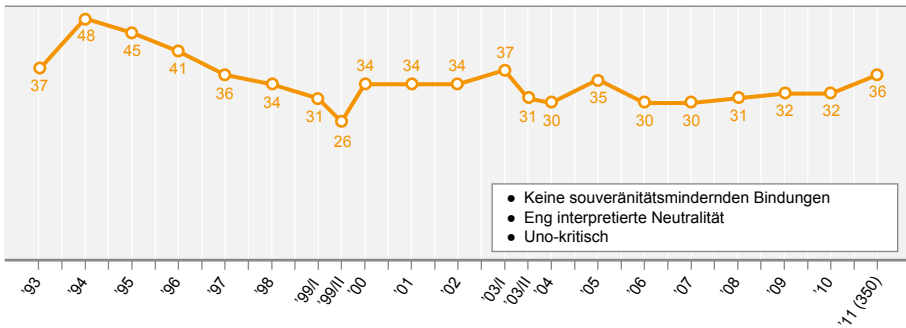
Abbildung 6.6

Die Kooperationstypen und ihre anteilmässige Veränderung 1993 bis 2011 (Angaben in Prozent)

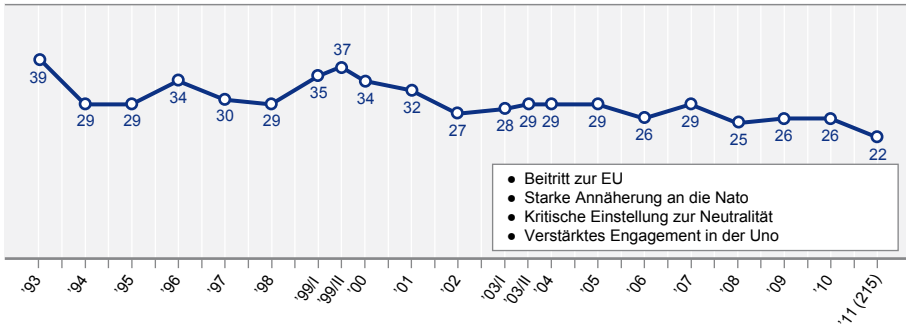
«Weiche Öffnungsbereitschaft»



«Autonomismus»



«Harte Öffnungsbereitschaft»



SI/395/11

Die Zuordnung zu einem Kooperationstypus variiert am stärksten mit der politischen Selbsteinschätzung ($\gamma=0.40$) und dem Bildungsgrad ($\gamma=-.30$), aber auch mit der regionalen Herkunft ($CC=0.16$). «Autonomisten» sind überdurchschnittlich

häufig bei den politisch rechts Orientierten, bei Personen mit tendenziell eher tieferem Bildungsgrad und in der Deutschschweiz zu finden. «Harte Öffnungswillige» hingegen sind über dem Mittel politisch links orientierte SchweizerInnen aus der höheren Bildungsschicht und Befragte aus der französischsprachigen Schweiz. Die politische Mitte mit mittlerem Bildungsniveau und BürgerInnen aus der italienischen Schweiz stellen überdurchschnittlich viele «weiche Öffnungswillige».

Während das Alter früher eine gewisse Rolle für die Zuordnung zu den Kooperationsstypen spielte, ist dieses Merkmal inzwischen nahezu bedeutungslos geworden. Auch dem Geschlecht kommt kein entscheidender Einfluss zu.

Fazit: Zusammenfassend lässt sich zur Öffnungsbereitschaft bzw. zum Autonomiebestreben der Schweizer Bevölkerung im Jahr 2011 feststellen, dass sich eine grosse Skepsis gegenüber einer Annäherung bzw. einem Beitritt zur EU breit macht. Dieses Misstrauen geht einher mit einer vehementen Forderung nach wirtschaftlicher und politischer Selbstständigkeit der Schweiz. Der deutliche Akzeptanzverlust der EU – begleitet von einem klar zunehmenden Bestreben nach nationaler Autonomie – kann sowohl als Ausdruck der gegenwärtigen europäischen Finanzkrise wie auch eines generell stattfindenden politischen Rechtsrutsches in der Schweiz gedeutet werden. Dies führt zur Rückbesinnung auf altbewährte Maximen des Erfolgsmodells Schweiz.

Die Zustimmung zur Uno zeigt sich stabil. Schliesslich findet auch die Befürwortung einer internationalen Kooperation ohne souveränitätsmindernde, institutionelle Bindung weiterhin eine breite Abstützung in der Stimmbevölkerung unseres Landes, auch wenn sie im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken ist.

7 Die Neutralität

Der Neutralität als eines der Kernelemente der Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz gilt jeweils besonderes Interesse in der Studie «Sicherheit». Dabei wird sowohl die allgemeine Zustimmung zur Neutralität und zu verschiedenen Ausgestaltungsformen derselben als auch die Haltung zu den verschiedenen Funktionen der Neutralität erhoben. Abschliessend wird danach gefragt, ob die Neutralität heute noch umgesetzt werden kann und ob sie als Wert an sich wahrgenommen wird.

7.1. Allgemeine Zustimmung zur Neutralität und zu den Ausgestaltungsformen der Neutralität

Das Prinzip Neutralität bleibt für die SchweizerInnen unantastbar. Die Bevölkerung befürwortet die Schweizer Neutralität auf einem noch höheren Niveau als in den letzten drei Jahren. 2011 möchten 94% der Befragten an der Neutralität festhalten (+1%; siehe Abbildung 7.1). Die Bedeutung der Neutralität zeigt sich auch in der Zustimmungstärke, denn die grosse Mehrheit ist mit der Forderung der Beibehaltung der Neutralität «sehr» einverstanden (70%, +3%) und nur eine Minderheit von 24% (-2%) ist mit der Beibehaltung der Neutralität nur «eher» einverstanden.

Die Befürwortung der differenziellen Neutralität, wie sie die Schweiz seit 1990 durch die Beteiligung an Uno-Wirtschaftssanktionen praktiziert, wird anhand der Aussage «Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben» ermittelt. Die Zustimmung zur differenziellen Neutralität liegt mit 64% (-1%) deutlich tiefer als zum allgemeinen Prinzip Neutralität und ist gegenüber dem letzten Jahr im Mittel konstant geblieben.

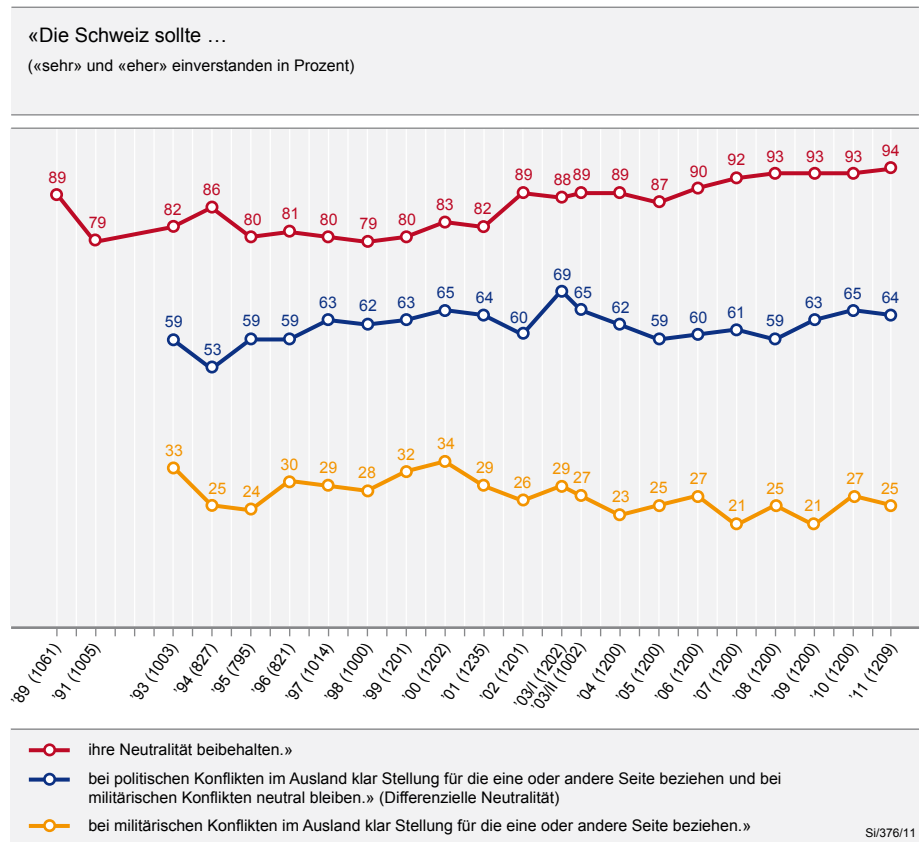
Eine de-facto-Aufhebung der Neutralität – d.h. die Auffassung, wonach die Schweiz auch in militärischen Konflikten klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen sollte – wird von 25% (-2%) der Bevölkerung befürwortet.

Die Beibehaltung der Neutralität wird über alle Altersgruppen und Bildungsniveaus, von allen Befragten jeglicher politischen Richtung, von Frauen wie Männern und in allen drei Sprachregionen gutgeheissen. Der Zustimmungswert variiert besonders ausgeprägt mit der politischen Selbsteinstufung (links: 86% (+1%), Mitte: 95% (±0%), rechts: 98% (+2%)). Die Unterschiede scheinen sich aber im Zeitverlauf tendenziell zu nivellieren. So ist bei den politisch links Eingestellten die Zustimmung zur Neutralität

im Verlauf der Jahre gestiegen (1996: 61%; 2011: 86%; mit einem sprunghaften Anstieg im Jahr 2002). Auch die Differenzen zwischen den Regionen, den Altersgruppen und den Bildungsschichten haben seit 2002 stark abgenommen.

Abbildung 7.1

Verschiedene Einstellungen zur Neutralität



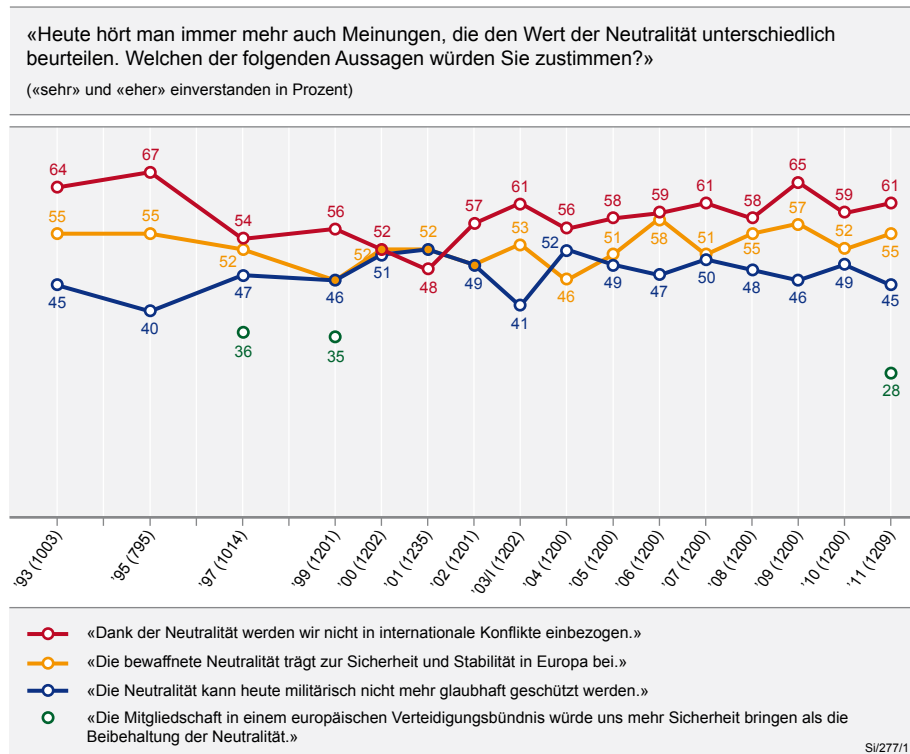
Die Einstellung zur differenziellen Neutralität unterscheidet sich nicht nach politischer Einstellung sondern nach Bildungsgrad: Befragte mit tieferem Bildungsniveau stimmen dieser Sichtweise deutlicher zu als jene aus der oberen Bildungsschicht. Die Befürwortung der differenziellen Neutralität nimmt ferner mit dem Alter zu. In einer ordinalen Regressionsanalyse (vgl. Anhang I), welche alle Unterschiede nach soziodemographischen Merkmalen gleichzeitig analysiert, bleiben alle genannten Differenzen signifikant.

Die de-facto-Aufgabe der Neutralität wird je nach politischer Einstellung unterschiedlich stark unterstützt. Befragte der politischen Mitte und links davon befürworten diese Forderung etwas stärker als Befragte mit selbstbekundeter politisch rechter Einstellung.

7.2 Neutralitätsfunktionen

Die schweizerische Neutralität diene stets verschiedenen Zielen. StaatsrechtlerInnen sprechen daher von Neutralitätsfunktionen. Das Interesse der vorliegenden Studienreihe gilt seit 1993 der Wahrnehmung dreier ausgewählter Funktionen der Neutralität in der Bevölkerung: der Solidaritäts-, der Identitäts- und der sicherheitspolitischen Funktion (siehe Abbildung 7.2 und 7.3).¹ Bei der Formulierung der Fragen wurde darauf geachtet, dass eine entsprechende Fachterminologie unter den zu Befragenden nicht vorausgesetzt werden muss.

Abbildung 7.2
Sicherheitspolitische Funktion



1 Für eine ausführlichere Beschreibung der Funktionen vgl. Haltiner et al. (1993).

Die Neutralität gilt in der klassischen Diskussion primär als ein sicherheitspolitisches Instrument. Die Überzeugung, dass die Neutralität heute noch vor Konflikten schützt, wird mit 61% Zustimmung von einer Mehrheit geteilt (+2%; siehe Abbildung 7.2). Beinahe ebenso viele vertreten die Auffassung, dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitrage (55%, +3%). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Einstellung diesbezüglich nicht verändert.

Als eines der wichtigen Merkmale der schweizerischen Neutralität gilt, dass diese bewaffnet ist. Das bedeutet, dass die Schweiz in der Lage sein muss, ihre Neutralität selbst militärisch verteidigen zu können. Beinahe jeder zweite Schweizer bzw. jede zweite Schweizerin hegt Zweifel an der Erfüllung dieser Forderung: 45% (-4%) denken, dass die Neutralität «heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden» könne. Ebenso viele sind mit dieser Äusserung nicht einverstanden (45%, +1%). Mit 10% ist der Anteil derjenigen, die darauf keine Antwort geben mögen oder können, relativ hoch. Die Einstellung hierzu ist innert Jahresfrist ebenfalls stabil geblieben.

Dieses Jahr wurde die Haltung zur Schutzwirkung eines militärischen Bündnisses, deren Zustimmung letztmals im Jahr 1999 erhoben wurde, wieder in die Studie aufgenommen. 28% der Befragten sind der Meinung, «die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung der Neutralität». Wiederum vermögen 10% keine Antwort auf diese Frage zu geben. Im Vergleich zu 1999 ist die Haltung der SchweizerInnen diesbezüglich ausgeprägter geworden: An der Schutzwirkung eines sicherheitspolitischen Bündnisses wird stärker gezweifelt als noch 1999.² Insgesamt wird die Neutralität als sicherheitspolitisches Instrument einem europäischen Sicherheitsbündnis deutlich vorgezogen. Doch wie stehen jene Befragten, die nicht an die Schutzwirkung der Neutralität glauben und jene, die die heutigen Sicherheitsprobleme als ein globales Phänomen betrachten (vgl. Kapitel 6.6), zu dieser Forderung? Selbst unter jenen, die nicht an die sicherheitspolitische Schutzwirkung der Neutralität glauben, hält nur eine Minderheit die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis sicherheitspolitisch für wirkungsvoller als die Neutralität (35%). Wer glaubt, dass die heutigen Sicherheitsprobleme nur noch global gelöst werden können, glaubt signifikant seltener – aber immer noch mehrheitlich (57%) – an die Schutzfunktion der Neutralität und spricht sich signifikant häufiger – aber auch nicht mehrheitlich – für ein sicherheitspolitisches Bündnis in Europa aus (33%).

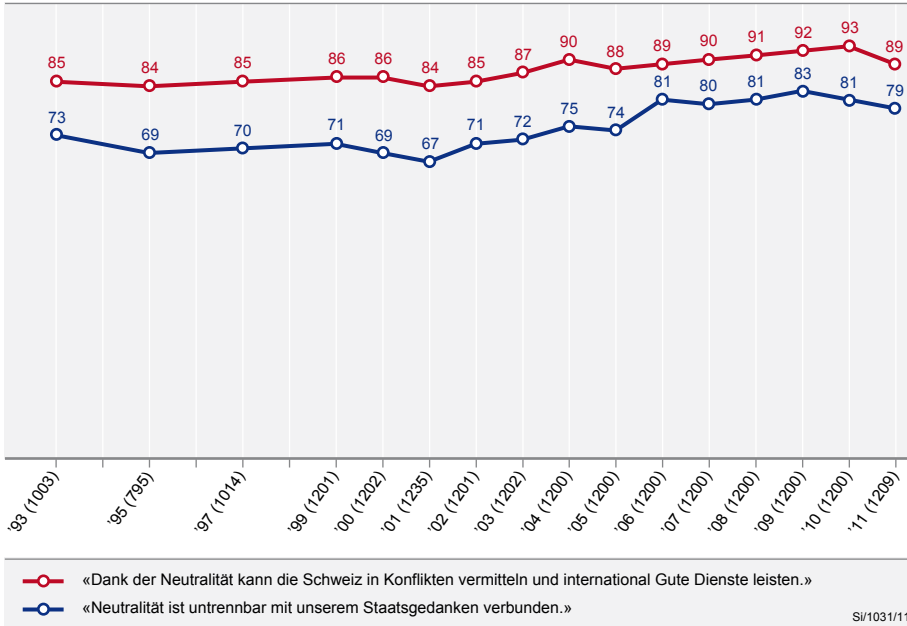
2 Dies entspricht dem Trend einer abnehmenden Skepsis gegenüber der sicherheitspolitischen Schutzwirkung der Neutralität (vgl. Abschnitt 7.2.1).

Abbildung 7.3

Solidaritäts- und Identitätsfunktion

«Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent)



Eine weitere Dimension der Neutralität ist ihre Solidaritätskomponente. Neutralität wird in der Schweiz auch als Basis für eine erfolgreiche Friedensförderungs politik verstanden. Die Meinung, die Schweiz könne dank ihrer Neutralität «in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten», ist in der Schweizer Bevölkerung weit stärker verankert als der Glaube an ihre Schutzwirkung. Neun von zehn SchweizerInnen teilen diese Auffassung (89%, -4%; siehe Abbildung 7.3). Auch der Identitätsfunktion, die besagt, dass Neutralität untrennbarer Bestandteil unseres Staatsgedankens sei, wird mit 79% (-2%) klar zugestimmt. Im Jahresverlauf ist die Gutheissung der Solidaritätsfunktion signifikant zurückgegangen, während jene der Identitätsfunktion konstant geblieben ist.

7.2.1 Neutralitätsfunktionen im Trend von 1993 bis 2011

Die Solidaritäts- und Identitätsfunktionen werden nicht nur stärker gutgeheissen als die sicherheitspolitische Dimension, die Wahrnehmung der Schutzwirkung der Neutralität verläuft im langfristigen Trend auch anders als jene der anderen beiden Neutralitätsaspekte. Die Zustimmung zur Solidaritäts- und Identitätsfunktion folgt seit 1993 einem sehr ähnlichen Trend wie die Entwicklung der Befürwortung der allgemeinen Neutralität. Die Unterstützung beider Aspekte war in den neunziger Jahren stabil, aber tendenziell weniger verbreitet als im neuen Jahrtausend. Am wenigsten Befürwortung erfuhren die Solidaritäts- und die Identitätsfunktionen 2001. Wahrscheinlich stimmte man unter anderem im Zusammenhang und im Nachgang zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 diesen beiden Funktionen im Jahr 2002 und den darauf folgenden Jahren stärker zu. Die Zustimmung der Identitätsfunktion stieg nach 2001 bis 2010 um 14 Prozentpunkte an, jene zur Solidaritätsfunktion um neun Prozentpunkte. Besonders hoch war die Akzeptanz beider Funktionen in den letzten drei Jahren (2008/2009/2010). Aktuell ist die Zustimmung zur Solidaritätsfunktion gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen, sie liegt aber nach wie vor im langjährigen Mittel. Die Zustimmung zur Identitätsfunktion bleibt hingegen stabil und überdurchschnittlich hoch.

Die sicherheitspolitische Funktion verlor in den Augen der Bevölkerung zwischen 1995 bis zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA stetig an Glaubwürdigkeit. Diese Tendenz erfuhr nach den Anschlägen ebenfalls eine klar erkennbare Wende. Wahrscheinlich verfliegen die früheren Zweifel mit der aktuellen Bedrohungswahrnehmung und machten erneut dem Glauben an «Schutz durch Neutralität» Platz. Der langjährige Trend in dieser Erhebungsreihe zeigt, dass, wenn sich die Bedrohungswahrnehmung intensiviert, in der Regel auch die Befürwortung der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität steigt. Diese Vermutung wird wie bereits in den letzten beiden Jahren auch durch die diesjährigen Zahlen nicht mehr eindeutig bestätigt. Zwar ist die Zustimmung zu den beiden Indikatoren der sicherheitspolitischen Funktion prozentual leicht gestiegen – wie aufgrund einer düsteren Wahrnehmung der weltpolitischen Entwicklung und nach der abnehmenden Unterstützung der sicherheitspolitischen Funktion im Januar 2010 zu erwarten gewesen ist. Der Anstieg ist jedoch nicht signifikant. Der Glaube an die Schutzwirkung der Neutralität und die Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage korrelieren zudem nicht.

7.2.2 Differenzen im Zustimmungsgrad nach soziodemographischen Merkmalen

Allgemein sind politisch links Stehende den Neutralitätsfunktionen skeptischer eingestellt als jene der politischen Mitte und rechts davon.³ Allerdings kann im Zeitverlauf eine Annäherung der politischen Lager beobachtet werden, da die Zustimmung zu den Funktionen bei den politisch links Eingestellten überdurchschnittlich zugenommen hat. Politisch links Stehende assoziieren die Neutralität aber nach wie vor unterdurchschnittlich häufig mit der Schweiz (Identitätsfunktion) (72%). Befragte der politischen Linken sind auch der sicherheitspolitischen Funktion und der stabilisierenden Wirkung der Neutralität gegenüber kritischer eingestellt (52% bzw. 41% Zustimmung) als jene der Mitte (58% bzw. 54%) und rechts davon (70% bzw. 65%). Während Befragte mit einer politisch linken Orientierung bis 2005 mehrheitlich nicht an die Schutzfunktion der Neutralität glaubten, so sind es mittlerweile jeweils knapp über 50%, die dies tun. Dieser tendenzielle Meinungsumschwung kann auch bei der Frage nach dem Schutz durch ein europäisches Verteidigungsbündnis festgestellt werden. Im Jahr 1999 hielt unter den politisch links Orientierten beinahe jede bzw. jeder Zweite die Schutzwirkung durch ein europäisches Verteidigungsbündnis grösser als die Beibehaltung der Neutralität. Im Jahr 2011 teilen jedoch nur noch 38% der Befragten des politisch linken Lagers diese Meinung. Im Zustimmungsgrad zur Solidaritätsfunktion zeigen sich seit dem hohen Zustimmungsschub unter den politisch links Eingestellten in Bezug auf die Solidaritätsfunktion im Jahr 2003⁴ keine Unterschiede mehr nach politischer Selbstbekundung.

Das Alter hat auf den allgemeinen Zustimmungsgrad zur Neutralität keinen Einfluss. Die Funktionen der Neutralität werden aber mit steigendem Alter tendenziell eher befürwortet. Insbesondere die Überzeugung einer stabilisierenden Wirkung der Neutralität wird von den ab 60-Jährigen (60%) stärker geteilt als von den Jüngeren. Ebenso glauben die älteren Befragten eher an die Schutzwirkung der Neutralität (63%). Die Identitätsfunktion wird von den 18–29-Jährigen (75%) seltener befürwortet als von den ab 30-Jährigen und die Zustimmung zur Solida-

3 Für die Zustimmungsunterschiede wurden jeweils eine OLS und eine logistische Regression (vgl. Anhang I) mit den unabhängigen Variablen Geschlecht, Bildungsgrad, politische Einstellung und regionale Herkunft berechnet. Ausgewiesen werden hier nur die Unterschiede, die sowohl in der OLS wie auch in der logistischen Regression signifikant sind.

4 Der Anstieg in der Zustimmung zur Solidaritätsfunktion bei den Befragten mit politisch linker Einstellung kann wohl nicht mit der Neutralitätspolitik von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey in Verbindung gebracht werden, denn diese wurde erst kurz vor der Befragung im Januar 2003 in den Bundesrat gewählt (04.12.2002).

ritätsfunktion nimmt mit steigendem Alter ebenfalls zu. Insgesamt haben die Differenzen in den Altersgruppen über die Zeit leicht abgenommen.

Regionale Unterschiede können kaum beobachtet werden. Einzig die sicherheitspolitische Funktion wird in der Deutschschweiz (62%) und der italienischen Schweiz (71%) stärker unterstrichen als in der Westschweiz (58%). Die Zustimmung der WestschweizerInnen liegt hierzu erstmals seit Erhebungsbeginn deutlich über der 50%-Marke.

In Bezug auf die sicherheitspolitische Funktion zeigen sich auch Differenzen in den Bildungsschichten. Befragte mit einem hohen Bildungsabschluss glauben unterdurchschnittlich häufig daran, dass wir dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen werden (55%) oder dass diese stabilisierend wirke (46%).

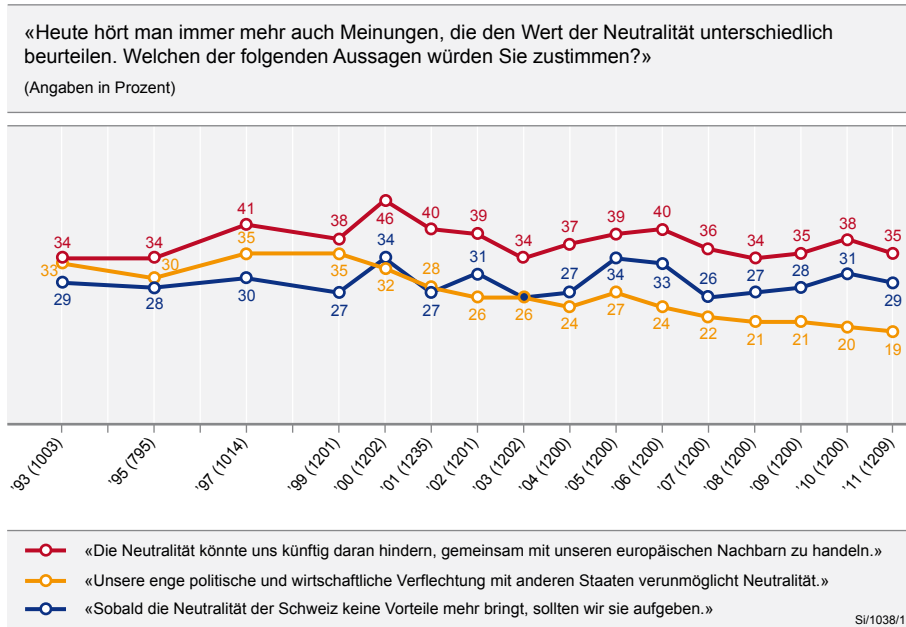
Multivariate Regressionsanalysen mit allen soziodemographischen Merkmalsvariablen zeigen, dass die Zustimmung mit der politischen Einstellung am stärksten variiert. Ferner fällt der fehlende Konsens in Bezug auf die Neutralität als sicherheitspolitisches Instrument auf. Besonders deutlich zeigen sich dabei die Meinungsunterschiede bei der stabilisierenden Wirkung der Neutralität: Während diese Überzeugung von den meisten geteilt wird, findet diese Aussage in der höheren Bildungsschicht (46%) und bei Befragten der politischen Linken (41%) keine mehrheitliche Zustimmung.

7.3 Neutralität und internationale Verflechtung, Neutralität als finaler Wert

Zusätzlich zu den Neutralitätsfunktionen wird in dieser Studienreihe erhoben, ob die Neutralität mit der heutigen internationalen Verflechtung noch umgesetzt werden kann und ob ihr die Bevölkerung einen finalen Charakter, d.h. einen Wert an sich, zuschreibt.

Abbildung 7.4

Neutralität und internationale Verflechtung, Neutralität als finaler Wert



Allgemein kann eine zunehmende internationale Verflechtung beobachtet werden. Diese Verflechtungen der Aussen- und Wirtschaftspolitik der Schweiz könnte jedoch zu einem Hindernis für die Umsetzung der Neutralität werden.⁵ Dass «unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten» Neutralität verunmögliche, glaubt lediglich eine Minderheit (29%, -2%; siehe Abbildung 7.4). Neutralität könnte jedoch umgekehrt auch zu einem Hindernis werden, wenn es angesichts der zunehmenden Globalisierung darum geht, künftig international kooperativ zu handeln. Die Neutralität wird ebenfalls nur von einer Minderheit mit negativen Folgen, konkret mit der Beschneidung der aussenpolitischen Handlungsfähigkeit, in Verbindung gebracht (35%, -3%). Bei beiden Einstellungsvariablen zeigen sich keine Differenzen zum Vorjahr.

Für die Mehrheit ist somit die Neutralität mit der heutigen globalisierten Welt vereinbar. Dennoch bleibt festzuhalten, dass trotz der hohen Zustimmung von 94% zur Neutralität, 29% nicht an die Umsetzung und Glaubwürdigkeit dieses Prinzips glauben. Diese kognitive Dissonanz findet sich darin wieder, dass ein Teil

5 Der Neutralität wird auch eine wirtschaftspolitische Funktion zugesprochen. Die Neutralität erlaubt es der Schweiz, mit allen Staaten wirtschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten.

der Bevölkerung «Ja» zu einem Prinzip sagt, dessen Durchführbarkeit gleichzeitig bezweifelt wird und von dem in Zukunft eher negative Auswirkungen erwartet werden (vgl. Abschnitt 7.4, Neutralitätstypologie: «Dissonante»).

Ob die Neutralität lediglich als Instrument der Aussenpolitik wahrgenommen wird oder ob man ihr in der Bevölkerung einen finalen Charakter zuschreibt, wird durch die Aussage «Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben» erfragt. Diese Forderung erreicht mit 19% Zustimmung (-1%; siehe Abbildung 7.4) nochmals den letztjährigen Tiefpunkt der Datenerhebung. Die Schweizer Bevölkerung interpretiert die Staatsmaxime somit überwiegend und in zunehmendem Masse final. Darin manifestiert sich ebenfalls die bereits festgestellte hohe Zustimmung zur Identitätsdimension der Neutralität: Selbst wenn die Neutralität keinen Schutz mehr bieten würde und eine aktive Solidaritätspolitik auch ohne Neutralitätsbekundung möglich ist, will die Mehrheit der SchweizerInnen an der Neutralität festhalten.

7.4 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie

Wie im Falle der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft lassen sich mit Hilfe einer Typenbildung (Clusteranalyse, vgl. Anhang I) die verschiedenen Auffassungen von Neutralität besser differenzieren und im Trendverlauf analysieren (siehe Abbildung B in Anhang II). Eine befriedigende Lösung zur Erklärung der Varianz bildet eine Vier-Cluster-Variante. Ihr lassen sich von 1209 Befragten 971 eindeutig zuordnen.⁶

Die vier Typen können wie folgt charakterisiert werden:

- **«Neutralitätsdissonante» (33% der Befragten, die einem Typus zugeordnet werden konnten):** Personen dieses Auffassungstyps befürworten die Neutralitätsfunktionen, sie stimmen aber auch fast allen kritischen Neutralitätsaspekten mehrheitlich zu (siehe Abbildung B in Anhang II). Ihr Antwortverhalten scheint auf den ersten Blick widersprüchlich.

Besonders hohe Zustimmung erhalten die Solidaritätsfunktion und die Identitätsfunktion. Dass die Neutralität eine positive Wirkung auf die europäische Sicherheit und Stabilität ausübe und die Schweiz vor internationalen Konflikten verschone, wird von einer Mehrheit bejaht. Personen dieses Typs stimmen jedoch auch den negativen Vorgaben zu, nämlich die Neutra-

6 238 Befragte lassen sich keinem Neutralitätstypus zuordnen.

lität könne militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden, sie könne die Schweiz vom gemeinsamen Handeln mit den europäischen Nachbarn abhalten und verunmögliche die internationale Zusammenarbeit.

Trotzdem: «Neutralitätsdissonante» würden nicht auf die Neutralität verzichten, auch wenn klar feststünde, dass diese der Schweiz keine Vorteile mehr brächte. In dieser Widersprüchlichkeit manifestiert sich ein erhebliches Mass an Verunsicherung betreffend Neutralitätsfragen. Personen dieser Auffassungsrichtung sehen die sich verstärkenden Hindernisse für die schweizerische Neutralität, möchten aber subjektiv und emotional trotzdem an ihr festhalten. Entweder sind sie sich der Widersprüchlichkeit ihrer Haltung bewusst und nehmen ihre kognitive Dissonanz wahr, oder sie realisieren ihre gegensätzliche Einstellung gar nicht, sind tendenziell apolitisch und haben sich noch kaum eingehend mit Fragen der Neutralität auseinandergesetzt. Anteilsmässig macht die Gruppe der «Neutralitätsdissonanten» im Zeitraum von 1993 bis 2011 zwischen 20% und 33% aus (siehe Abbildung 7.5). Mit 33% (+5%) liegt der Anteil in diesem Jahr deutlicher höher als im letzten Jahr.

- **«Neutralitätspragmatiker» (30%):** Befragte, die sich diesem Typus zuordnen lassen, glauben an eine internationale Solidaritätsfunktion der schweizerischen Neutralität und stimmen der Identitätsfunktion klar zu (siehe Abbildung B in Anhang II). Eine sicherheitspolitische Schutzwirkung können sie hingegen nicht erkennen. Sie sind nicht der Ansicht, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität vor Konflikten verschont bleibe und dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen könne. Diese Meinung teilen sie mit den «Neutralitätskritikern». Ob die Neutralität heute militärisch noch glaubhaft geschützt werden könne, ist für sie unklar. Die «Neutralitätspragmatiker» betrachten anders als die «Neutralitätskritiker» die Neutralität nicht nur nutzenorientiert. So würden sie diese ganz klar nicht aufgeben, selbst wenn sie der Schweiz keinen Nutzen mehr bringt. Zudem glauben sie nicht, dass die Neutralität die Schweiz am gemeinsamen Handeln mit ihren europäischen Nachbarn hindern könne. Ebenso wenig teilen sie die Meinung, die internationale Verflechtung der Schweiz verunmögliche die Neutralität.

Die «Neutralitätspragmatiker» bewegen sich im Beobachtungszeitraum von 1993 bis 2011 zwischen 20% und 33%. 2011 können 30% ($\pm 0\%$) der Befragten zu ihnen gezählt werden.

- **«Neutralitätstraditionalisten» (21%):** Befragte, die eine traditionalistische Neutralitätsauffassung haben, beurteilen die Neutralität konträr zu den «Neutralitätskritikern». Sie stimmen den positiven Neutralitätsfunktionen überaus

deutlich zu und lehnen ganz klar jegliche kritische Aussagen ab (siehe Abbildung B in Anhang II). Vor allem die Solidaritäts- und die Identitätsfunktionen werden als sehr bedeutend bewertet. Der Glaube an die der Neutralität zu verdankenden Gelegenheiten für Gute Dienste im internationalen Umfeld ist ungebrochen. «Traditionalisten» lehnen die Vorgabe, wonach die schweizerische Neutralität ein Hindernis für gemeinsames Handeln mit anderen europäischen Staaten darstellen könnte, klar ab. Eine rein instrumentelle Betrachtung der Neutralität weisen sie deutlich zurück, d.h. auch wenn die Neutralität aus ihrem Blickwinkel keine Vorteile mehr bringen sollte, würden sie diese nicht aufgeben. Der Neutralität wird eine hohe symbolische Wirkung zugeschrieben und sie wird normativ zum Selbstzweck erhoben. Sie ist aus der Sicht der «Neutralitätstraditionalisten» eng mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden. Im Zeitverlauf von 1993 bis 2011 schwankt der Anteil der «Neutralitätstraditionalisten» zwischen 21% und 48%. Seit 2007 liegt der Wert auf einem Tiefpunkt (21%, -2%).

- **«Neutralitätskritiker» (16%):** Personen dieses Meinungstyps glauben nur an die Solidaritätsfunktion, und dies nicht sehr ausgeprägt. Die Identitätsfunktion wie auch die sicherheitspolitische Funktion lehnen sie deutlich ab (vgl. Abbildung B in Anhang II).

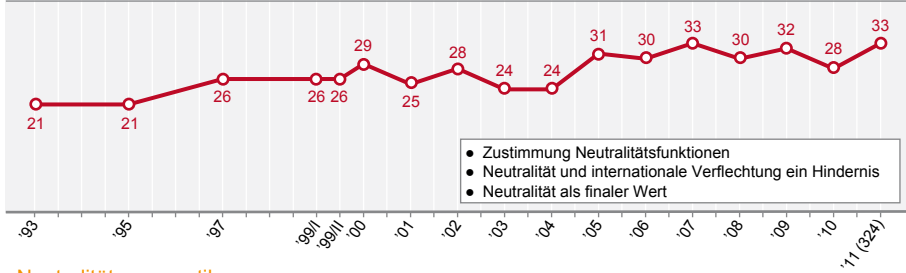
Den negativen Neutralitätsaspekten stimmen sie zu: Sie bezweifeln die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität, die ihrer Meinung nach nicht zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen kann. Zudem glauben sie nicht, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität vor Konflikten verschont bleibt. Eine nützlichkeitsorientierte Bewertung der Neutralität billigen sie knapp, d.h. die Maxime soll dann aufgegeben werden, wenn sie keine Vorteile mehr bringt. Sie meinen – wenn auch nur knapp mehrheitlich – dass unsere enge internationale Verflechtung Neutralität verunmögliche.

«Neutralitätskritiker» halten die schweizerische Neutralität offensichtlich für ein national-egoistisches Konzept, das die Schweiz daran hindere, ihre internationale Mitverantwortung wahrzunehmen. Es lässt sich folgern, dass aus ihrer Sicht die Neutralität den heutigen politischen Gegebenheiten, insbesondere der internationalen Verflechtung der Schweiz und den sich daraus ergebenden Forderungen nach kooperativem Handeln, nicht mehr entspricht. Der Typus «Neutralitätskritiker» bewegt sich anteilmässig im Beobachtungszeitraum 1993 bis 2011 zwischen 11% und 19%. 2011 beträgt sein Anteil an den Neutralitätstypen 16% (-3%) aller typologisierten Befragten.

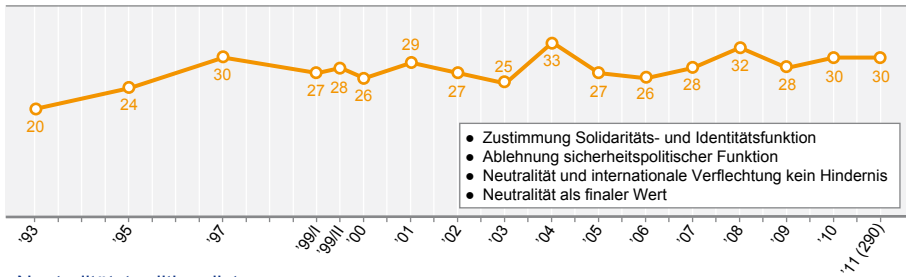
Abbildung 7.5

Die Neutralitätstypen und ihre anteilmässigen Veränderungen von 1993 bis 2011 (in Prozent)

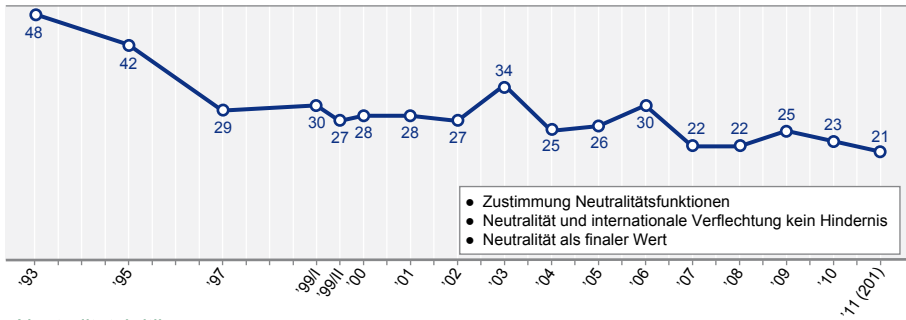
«Neutralitätsdissonante»



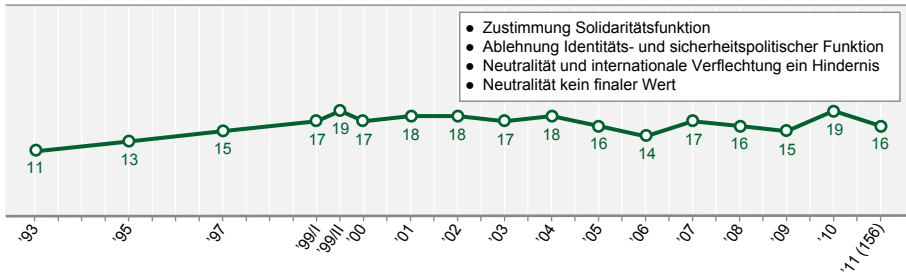
«Neutralitätspragmatiker»



«Neutralitätstraditionalisten»



«Neutralitätskritiker»



Die Verteilung der Neutralitätstypen hat sich innert Jahresfrist nicht verändert. Zusammen mit den «Neutralitätspragmatikern» bilden die «Neutralitätsdissonanten», die zu einer widersprüchlichen Neutralitätsauffassung neigen, die grösste Gruppe. Der Anteil des letztgenannten Typus stieg im Zeitverlauf an: Anfang der neunziger Jahre konnte gut jeder Fünfte und 1997 bis 2004 jeder Vierte diesem Typus zugeordnet werden. Seit 2005 ist schon jeder Dritte gegenüber der Neutralität dissonant eingestellt.

Der Anteil an «Neutralitätspragmatikern» folgt ebenfalls einem leichten Aufwärtstrend. Dieser Meinungstypus betrachtet die Neutralität eher unter nüchternen Kosten-Nutzen-Aspekten und zweifelt insbesondere die sicherheitspolitische Schutzwirkung der Neutralität an.

Das «traditionalistische» Neutralitätsverständnis, das in erster Linie die positiven Funktionen der Neutralität betont, folgt langfristig einer sinkenden Tendenz. Der anteilmässig kleinste Typus – und dies schon über Jahre hinweg – wird von den «Neutralitätskritikern» gestellt.

7.4.1 Die Neutralitätsauffassungen nach soziodemographischen Merkmalen

Während politisch links Eingestellte häufiger als der Schnitt dem Typus der «Neutralitätskritiker» (32%) nahe stehen, teilen die politisch rechts Orientierten überdurchschnittlich oft eine traditionalistische Auffassung von Neutralität (31%). Befragte der politischen Mitte können keinem der vier Neutralitätstypen eindeutig zugeordnet werden.

Personen mit einem höheren Bildungsabschluss können überdurchschnittlich häufig dem Typus der «Neutralitätskritiker» (22%) und seltener den «Neutralitätsdissonanten» (26%) zugeordnet werden. Anders als in den Jahren zuvor finden sich im letzteren Typus dieses Jahr nicht überdurchschnittlich viele Befragte mit tieferem Bildungsabschluss.

Bei den 18–29-Jährigen lässt sich eine Verschiebung feststellen. Gehörten diese bis anhin im Schnitt leicht häufiger zu den «Neutralitätskritikern», so finden sich dieses Jahr überdurchschnittlich viele Jugendliche bei den «Neutralitätsdissonanten» (40%). Die ab 60-Jährigen teilen im Schnitt häufiger die Auffassung der «Neutralitätstraditionalisten» (25%) und ebenfalls der «Neutralitätsdissonanten» (39%).

WestschweizerInnen lassen sich seltener den «Neutralitätstraditionalisten» (14%) und häufiger den «Neutralitätskritikern» (22%) zuordnen. Befragte der Deutschschweiz und der italienischen Schweiz lassen sich keinem spezifischen Typus zuweisen.

Die Neutralitätspolitik der Schweiz erklärt sich unter anderem durch ihr Bestreben nach Autonomie. Demnach dürften sich die drei Meinungstypen der internationalen Kooperation – die «**Autonomisten**», die «**weichen**» und «**harten Öffnungsorientierten**» – in ihrer Einstellung zur Neutralität stark unterscheiden. «Stark Öffnungsorientierte» fassen die Neutralität überdurchschnittlich selten traditionell auf (6%). Sie betrachten die Neutralität im Schnitt kritischer (36%). Während sich unter den «Autonomisten» in den Vorjahren deutlich mehr «Traditionalisten» fanden, lassen sie sich wie die «weichen Öffnungsorientierten» dieses Jahr keinem Neutralitätstypus eindeutig zuordnen.

Fazit: Die Neutralität genießt in der Schweiz eine ungebrochen hohe Zustimmung, die auf hohem Niveau sogar noch steigt. Seit 2002 kann deshalb von einer Art «Renaissance der Neutralität» gesprochen werden. Dies zeigt sich auch in einer über die Zeit steigenden Gutheissung der Neutralitätsfunktionen. Insbesondere der Gedanke, dass die Neutralität untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden sei, ist seit 1993 markant stärker geworden. Die Überzeugung, dass die Neutralität einen solidarischen Gedanken in sich birgt, vermag aber nach wie vor mehr SchweizerInnen zu vereinen; selbst wenn diesbezüglich und ähnlich wie bei der weichen Kooperationsbereitschaft (vgl. Kapitel 6) die Zustimmung leicht zurückgegangen ist.

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Neutralität findet kaum statt. So zweifeln nur wenige an der Vereinbarkeit der Neutralität mit der aussen- und wirtschaftspolitischen Verflechtung der Schweiz. Auch wird die Neutralität nicht als ein Hindernis für ein kooperatives Handeln in Europa wahrgenommen. Diese eher unkritische Haltung gegenüber dem Prinzip Neutralität dürfte unter Umständen an ihrem identitätsstiftenden Charakter und an der aktuell hohen Landeszuversicht liegen.

Bei der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität zeichnet sich ein dissonantes Bild ab. An die Schutzwirkung der Neutralität wird zwar leicht mehrheitlich geglaubt, an der militärischen Verteidigung der Neutralität zweifelt jedoch jede bzw. jeder Zweite. Trotzdem beurteilen die SchweizerInnen die Schutzwirkung der Neutralität immer noch als deutlich höher als jene eines europäischen Verteidigungsbündnisses. Bei der Haltung zur Schutzwirkung können zudem auch die grössten Meinungsdifferenzen in der Bevölkerung beobachtet werden. Vor allem WestschweizerInnen und politisch links Orientierte zeigen sich in Bezug auf diese Schutzwirkung skeptisch. Ihre Skepsis hat jedoch über die Zeit deutlich abgenommen. Erstmals liegt der Glaube an die Schutzwirkung bei den WestschweizerInnen und bei den politisch links Orientierten über der 50%-Marke.

8 Auslandeinsätze der Schweizer Armee

Anfangs 2011 leisten rund 280 Angehörige der Schweizer Armee im Rahmen von militärischen Kontingenten oder als Einzelpersonen einen freiwilligen friedensfördernden Auslandeinsatz. So beteiligen sie sich im Rahmen der Neutral Nations Supervisory Commission (NNSC) an der Überwachung des Waffenstillstandes zwischen den beiden Korea; sie leisten Militärbeobachtereinsätze im Nahen Osten, in der Demokratischen Republik Kongo, in Burundi oder im Sudan; sie engagieren sich im Rahmen der Swisscoy an der Kosovo-Friedensmission KFOR. Ferner beteiligen sich Schweizer Offiziere und Unteroffiziere an der Mission EUFOR ALTHEA in Bosnien-Herzegowina; und im Bereich der humanitären Minenräumung kommen schliesslich Spezialisten in Laos, Nepal sowie im Grenzgebiet zwischen Somaliland und Puntland zum Einsatz.

Dieses Kapitel geht im ersten Teil der Frage nach, inwiefern die Schweizer Bevölkerung über spezifische Auslandeinsätze ihrer Armee im Bilde ist. In den nachfolgenden Abschnitten wird das öffentliche Meinungsbild zum personenstärksten Engagement – dem Einsatz im Kosovo – ausführlicher analysiert: Wie erfolgreich wird dieser Einsatz von den SchweizerInnen eingeschätzt? Welche Auswirkungen werden ihm zugeschrieben und würde die Stimmbevölkerung die Truppengrösse verändern oder so belassen?

Diese erstmalige Erhebung eines breiteren Spektrums an Einstellungsfragen zu Auslandeinsätzen der Schweizer Armee lehnt an eine Bevölkerungsbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI) zum sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland an. Im Jahr 2009 wurde in dieser Studie die Bekanntheit ausgewählter Einsätze der Bundeswehr im Ausland, deren vermutete Auswirkungen sowie die Gesamtbilanz aus Sicht der Deutschen zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan erfasst (Bulmahn 2010).

8.1 Bekanntheit ausgewählter Auslandeinsätze

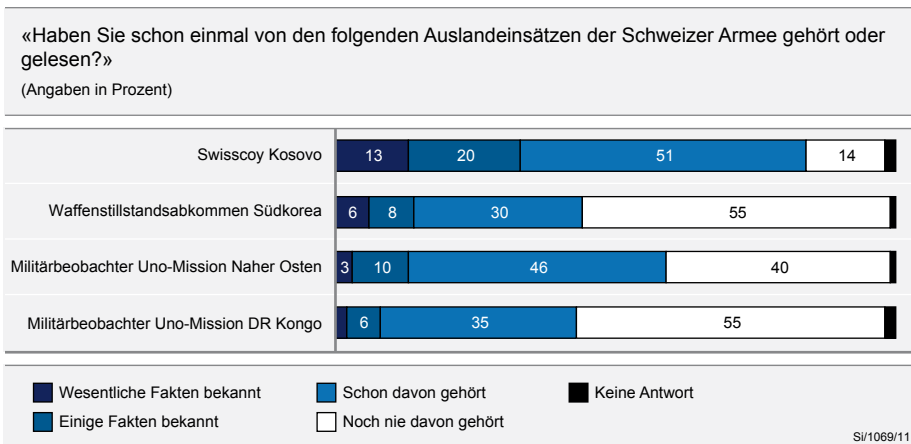
Der Wissensstand der Befragten wurde in Bezug auf vier ausgewählte Auslandeinsätze der Schweizer Armee ermittelt: (1) der Beteiligung der Swisscoy an der internationalen Mission im Kosovo, (2) dem Einsatz von Schweizer Armeeinghörigen, die den Waffenstillstand zwischen Nord- und Südkorea überwachen, sowie

der Entsendung von Schweizer Militärbeobachtern in die Uno-Missionen (3) im Nahen Osten und (4) in der Demokratischen Republik Kongo.

Abbildung 8.1. illustriert den Wissensstand der befragten Personen, der von «noch nie davon gehört» bis hin zu «wesentliche Fakten bekannt» reicht. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass nur eine sehr geringe Zahl der Schweizer Bevölkerung ein profundes Wissen über die Auslandseinsätze der Armee vorweisen kann. Maximal 13% der Befragten geben an, über die wesentlichen Fakten ausgewählter spezifischer Einsätze informiert zu sein. Mehr als die Hälfte hat von den Einsätzen in Korea und in der Demokratischen Republik Kongo noch nie gehört.

Abbildung 8.1

Bekanntheit von ausgewählten Auslandseinsätzen der Schweizer Armee



Der Swisscoy-Einsatz im Kosovo scheint der Bekannteste zu sein – ein Antwortverhalten, das angesichts der Grösse und Dauer des Einsatzes sowie der diesbezüglichen medialen Berichterstattung nicht erstaunt: 13% der Interviewten sind die wesentlichen Fakten bekannt, 20% kennen einige Fakten, 51% haben schon von diesem Engagement gehört und nur 14% geben an, dass sie über diesen Einsatz auf dem Balkan nicht Bescheid wüssten.

Mit 13% bzw. 14% der Befragten, die angeben, dass ihnen wesentliche oder einige Fakten zu der Entsendung von Militärbeobachtern in den Nahen Osten bzw. zur Schweizer Beteiligung an der Waffenstillstandsüberwachung in Korea bekannt sind, ist der Wissensstand zu diesen beiden Auslandseinsätzen deutlich geringer. 40% der SchweizerInnen antworten, dass sie noch nie vom Militärbeobachtereinsatz im Nahen Osten gehört hätten und über 55% wissen nicht, dass Schweizer Armeeangehörige zur Überwachung des Waffenstillstandes in Korea stationiert sind.

Besonders schlecht informiert sind die StimmbürgerInnen über die Schweizer Uno-Militärbeobachtermission in der Demokratischen Republik Kongo: Über die Hälfte der Befragten (55%) gibt an, noch nie davon gehört zu haben, und nur 8% kennen wesentliche oder mindestens einige Fakten.

Diese Resultate zeugen offensichtlich von einem erheblichen Informationsdefizit in Bezug auf die Auslandeinsätze der Schweizer Armee: Die Mehrheit der Bevölkerung weiss nach eigenem Bekunden nichts Konkretes über diese Engagements oder hat noch nie von diesen Missionen gehört. Nur sehr wenige BürgerInnen gaben an, dass ihnen zumindest wesentliche Fakten darüber bekannt seien.

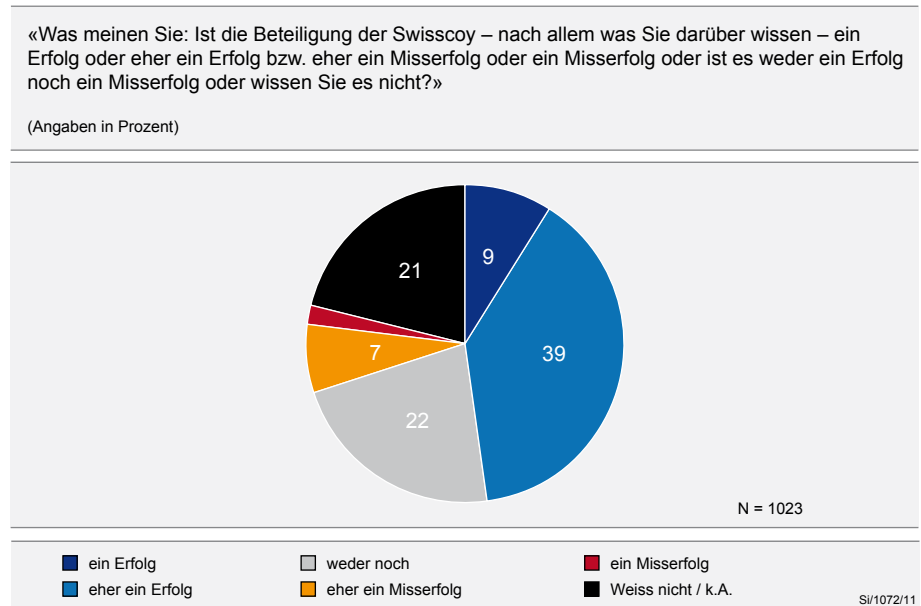
8.2 Bewertung des Swisscoy-Einsatzes

Zum grössten und in der Öffentlichkeit bekanntesten Auslandeinsatz der Schweizer Armee – der Swisscoy im Kosovo – wurden die Befragten um eine Bewertung des Engagements gebeten und aufgefordert, anzugeben, ob sie die Beteiligung der Swisscoy an der Kosovo-Friedensmission als Erfolg oder Misserfolg wahrnehmen. Zu dieser Stellungnahme wurden nur jene Personen aufgefordert, die mindestens wussten, dass Schweizer Soldaten im Kosovo stationiert sind. Dies verringert die Stichprobengrösse um 189 Fälle auf 1020 Befragte. Somit unterscheidet sich die Stichprobe der «Kosovo-Kenner» von der Gesamtstichprobe darin, dass darin Personen übervertreten sind, die der politischen Linken zuzuordnen sind, in der Deutschschweiz wohnen, männlich sind, deren Alter mehr als 30 Jahre beträgt und die über einen hohen Bildungsabschluss verfügen.

Die Bilanz des KFOR-Einsatzes der Schweizer Armee fällt positiv aus: 48% der Bevölkerung, die über das Engagement der Swisscoy im Bilde sind, bewerten diesen Einsatz deutlich oder eher als Erfolg, 9% eher oder klar als Misserfolg und 22% entscheiden sich für die Antwortkategorie «weder noch» (siehe Abbildung 8.2). Allerdings scheint auch bei dieser Frage der Informationsstand für 21% der Befragten nicht ausreichend zu sein: Sie geben an, den Erfolg bzw. Misserfolg nicht beurteilen zu können.

Abbildung 8.2

Bilanz des Swisscoy-Einsatzes

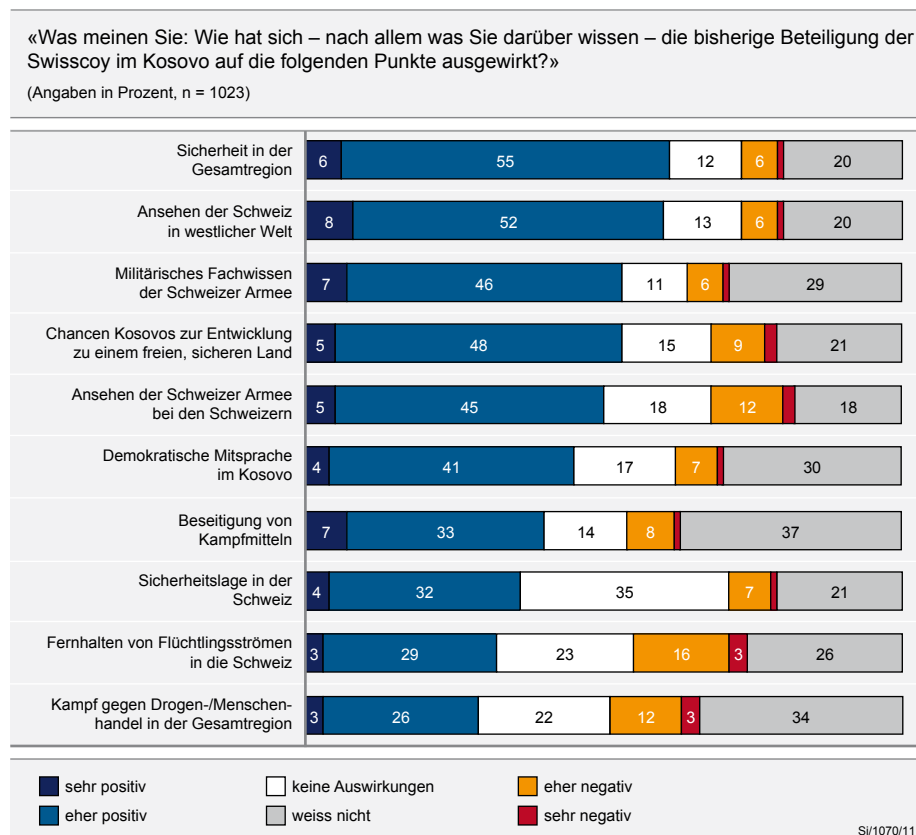


Unter den Befragten, welche den Swisscoy-Einsatz im Kosovo «eher als Erfolg» oder «als Erfolg» wahrnehmen, befinden sich überdurchschnittlich häufig BewohnerInnen der Deutschschweiz, Befragte männlichen Geschlechts, Personen mit politisch linker Orientierung und solche, die über ein mittleres oder hohes Bildungsniveau verfügen.

Ebenfalls wurden die Schweizer StimmbürgerInnen gefragt, welche Auswirkungen die bisherige schweizerische Beteiligung an der KFOR auf verschiedene Sicherheitsaspekte und Lebensbereiche im Kosovo, in der Gesamtregion oder in der Schweiz sowie auf das gesellschaftliche Ansehen der Schweiz und der Schweizer Armee habe.

Abbildung 8.3

Auswirkungen des Swisscoy-Einsatzes im Kosovo



Auffallend häufig wird von den Befragten die Antwortmöglichkeit «weiss nicht» gewählt: Je nach Frage variiert der Anteil der Personen, die diese Kategorie wählen, zwischen 18% und 37% (siehe Abbildung 8.3). Dies scheint erneut ein Zeichen dafür zu sein, dass sich die Schweizer Bevölkerung ungenügend über die Auslandeinsätze der Armee informiert fühlt und sich deshalb kein klares Urteil bilden kann. Berücksichtigt man nur die gültigen Prozente¹, so findet eine Mehrheit, dass der Swisscoy-Einsatz im Kosovo bislang «sehr» oder «eher» positive Folgen hatte für:

1 Unter gültigen Prozenten wird jener Anteil an Befragten verstanden, der bezüglich der interessierenden Variablen gültige Antwortkategorien gewählt hat – d.h. in den vorliegenden Fällen entweder «sehr positive Auswirkungen», «eher positive Auswirkungen», «keine Auswirkungen», «eher negative Auswirkungen» oder «sehr negative Auswirkungen».

die Sicherheit in der Gesamtregion, das Ansehen der Schweiz in der westlichen Welt, das militärische Fachwissen der Schweizer Armee, die Chancen Kosovos, sich zu einem freien und sicheren Land zu entwickeln, das Ansehen der Armee bei der Schweizer Bevölkerung, die demokratische Mitsprache der Menschen im Kosovo und die Beseitigung von Kampfmitteln. Kritischer werden die Effekte auf die Sicherheitslage in der Schweiz betrachtet – bei dieser Frage halten sich jene, die positive Auswirkungen erkennen und jene, die keine Auswirkungen wahrnehmen, in etwa die Waage. Die Auswirkungen auf den Kampf gegen den Drogen- und Menschenhandel sowie das Fernhalten von Flüchtlingsströmen aus dem Kosovo in die Schweiz werden ablehnender beurteilt: eine Mehrzahl der BürgerInnen sieht hier eher keine oder negative Folgen.

8.3 Umfang des Swisscoy-Einsatzes

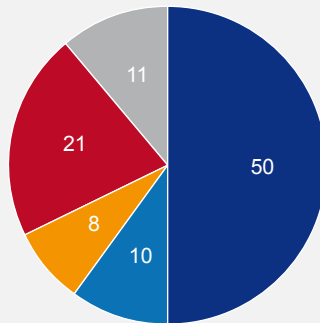
Wie bereits erwähnt, bildet der Swisscoy-Einsatz im Kosovo in quantitativer Hinsicht das umfassendste Auslandengagement der Schweizer Armee. Seit 1999 beteiligt sich die Schweiz mit rund 200 zum Selbstschutz bewaffneten freiwilligen Soldaten an der Kosovo-Friedensmission. In diesem Abschnitt interessiert, ob die SchweizerInnen den Truppenumfang für angemessen halten, diesen erhöhen oder verkleinern oder die Entsendung von Soldaten in den Kosovo gar einstellen würden. Wiederum wird nur die Meinung derjenigen Befragten dargestellt, die angeben, zumindest schon von diesem Einsatz gehört zu haben. Die Resultate knüpfen an die Antworten des Vorjahres an: Die Hälfte der Befragten hält den Umfang dieses schweizerischen Engagements zur Friedensförderung für gerade richtig.² 10% sprechen sich für eine Erhöhung und 8% für eine Verkleinerung des Truppenkontingents aus. Rund zwei von zehn SchweizerInnen weisen die Friedensförderung durch die Schweizer Armee ganz zurück und finden, es sollten keine Soldaten mehr in den Kosovo geschickt werden (21%). Weitere 11% wissen keine Antwort zu dieser Vorlage (siehe Abbildung 8.4).

2 Obwohl sich die Zahlen aus dem Jahr 2010 auf alle Befragten beziehen – unabhängig von deren Wissensstand zum Kosovo-Einsatz –, ist das Meinungsbild in etwa gleich wie 2011. Im Jahr 2010 fielen die Einstellungen zum Truppenumfang des Swisscoy-Einsatzes folgendermassen aus: 52% stimmten einer Beibehaltung der Kontingentsgrösse von rund 200 Soldaten zu, 7% unterstützten eine umfangmässige Erhöhung, 9% wünschten eine umfangmässige Verkleinerung und 28% plädierten für eine Einstellung des Einsatzes.

Abbildung 8.4

Umfang des Swisscoy-Einsatzes

«Zur Zeit sind etwa 200 Schweizer Soldaten im Kosovo stationiert. Halten Sie diese Anzahl für ... »
(Angaben in Prozent)



N = 1023

■ gerade richtig
■ mehr Soldaten

■ weniger Soldaten
■ gar keine Soldaten

■ Weiss nicht / k.A.

SI/1066/11

Fazit: Das Auslandengagement der Schweizer Armee ist in der Bevölkerung wenig bekannt: Nur eine Minderheit gibt an, über die wesentlichen Fakten ausgewählter Einsätze informiert zu sein. Die Beteiligung der Swisscoy an der Kosovo-Friedensmission ist der bekannteste Einsatz der Armee. Diese Stationierung von freiwilligen Schweizer Soldaten wird von der Bevölkerung positiv wahrgenommen und von knapp der Hälfte der Befragten als Erfolg bewertet. Die Auswirkungen der bisherigen schweizerischen Beteiligung an der KFOR auf verschiedene Sicherheitsaspekte und Lebensbereiche im Kosovo, in der Gesamtregion oder in der Schweiz sowie auf das gesellschaftliche Ansehen der Schweiz und der Schweizer Armee werden grösstenteils eher positiv beurteilt. Bei einigen Vorgaben – insbesondere bei den Auswirkungen auf die Sicherheitslage in der Schweiz, im Kampf gegen den Drogen- und Menschenhandel in der Gesamtregion und auf das Fernhalten kosovarischer Flüchtlingsströme in die Schweiz – scheint aber Skepsis vorhanden zu sein. Den Truppenumfang von rund 200 Schweizer Armeemitgliedern im Kosovo findet jede/r zweite Befragte für gerade richtig; ein Fünftel würde die Entsendung absetzen und 10% bzw. 8% fordern eine Aufstockung bzw. Reduktion des Kontingents. Bei sämtlichen Fragen sticht der vergleichsweise grosse Anteil an Enthaltungen ins Auge (18–37%), was auf ein beträchtliches öffentliches Informationsdefizit im Hinblick auf den Einsatz von Schweizer Soldaten im Ausland schliessen lässt. Dies

kann als Aufruf dahingehend verstanden werden, der Schweizer Bevölkerung Sinn und Zweck des militärischen Auslandengagements deutlicher zu kommunizieren, um die friedensfördernden Sicherungseinsätze der Armee als zentraler Bestandteil der schweizerischen Aussen- und Verteidigungspolitik wieder vermehrt ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

9 Die Armee als Spiegelbild der Gesellschaft

Die militärpolitische Einstellung wird in dieser Studie jeweils anhand von mehreren Dimensionen erfasst: (1) nach der Wahrnehmung der Notwendigkeit der Armee, (2) nach der gewünschten Ausbildung und Ausrüstung der Armee, (3) nach dem gesellschaftlichen Stellenwert der Armee, (4) nach der Wehrstruktur (vgl. Kapitel 10), (5) nach dem Vertrauen in die Armee (vgl. auch Kapitel 5) und (6) nach der Zustimmung zu den Verteidigungsausgaben (vgl. Kapitel 12). Dieses Jahr wurde auch die Meinung der Bevölkerung zur Leistung der Armee und die der Armee zugewiesene Relevanz erhoben.

9.1 Notwendigkeit der Armee

Ein wichtiges Merkmal zur Umschreibung des Verhältnisses der Gesellschaft zur Armee ist die generelle Legitimation des staatlichen Gewaltinstruments durch die Zivilbevölkerung. Die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee dient als Indikator für die Akzeptanz und die Legitimation der schweizerischen Landesverteidigung. Sie wurde zwischen 1983 und 1990 in unregelmässigen, seit 1990 schliesslich in regelmässigen Abständen gestellt.

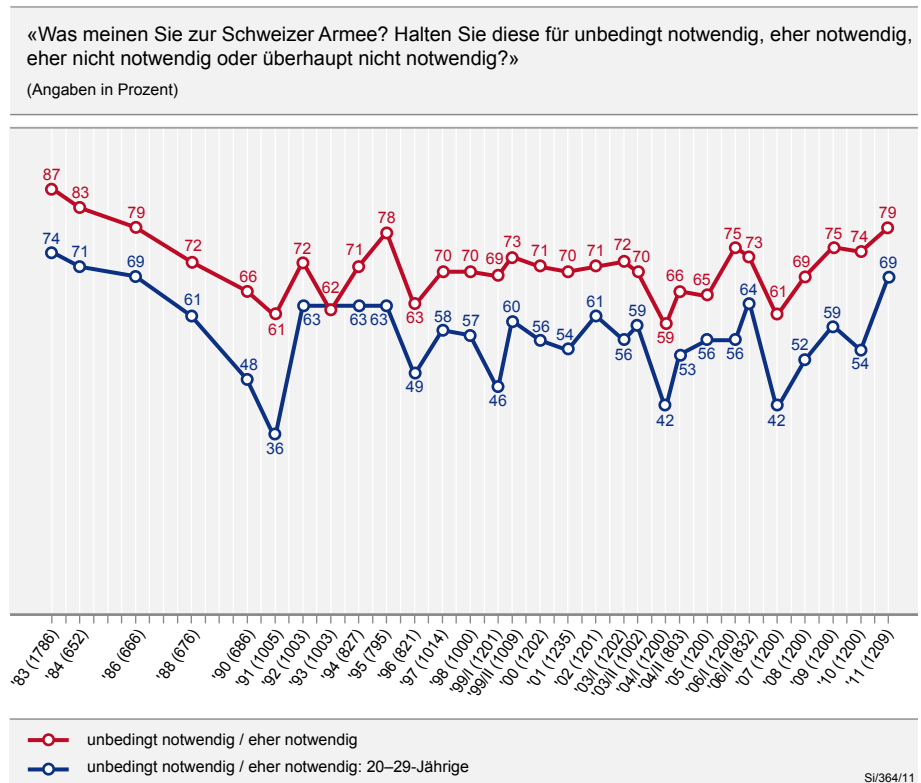
Die Armee ist in der Schweiz positiv verankert: 79% (+5%, siehe Abbildung 9.1) der SchweizerInnen halten die Armee für «unbedingt» (27%) oder «eher» notwendig (53%).¹ Jeder fünfte Befragte stellt die Legitimation der Armee jedoch in Frage: 14% halten sie für «eher» und 6% für «überhaupt» nicht notwendig. Die Zustimmung zur Notwendigkeit der Schweizer Armee ist im Vergleich zum Vorjahr gesamthaft gesehen signifikant gestiegen. Wenn jedoch die Ausprägung der Zustimmung

1 2009 wurde innerhalb dieser Studienreihe die Notwendigkeitsfrage validiert, indem nachgefragt wurde, weshalb die Befragten die Armee für notwendig oder für nicht notwendig hielten. Die Analyse der offenen Antworten zeigte, dass die Armee vor allem durch die Gewährleistung der Sicherheit im Innern (44% der ArmeebefürworterInnen) und gegen aussen (34%) legitimiert wird. Dabei denken die SchweizerInnen in erster Linie spontan an die Katastrophenhilfe (30%) bzw. an die Landesverteidigung (21%). Eine weitere grosse Gruppe der Befragten vermag ihre Meinung zur Armeenotwendigkeit nur sehr allgemein zu begründen, indem sie angeben, die Armee sei allgemein für die Sicherheit und wegen Bedrohungen notwendig (22%). Häufig wird die Notwendigkeit auch als eine Selbstverständlichkeit hingenommen (20%) oder als eine Vorkehrung gesehen (13%). Die Notwendigkeit der Armee wird höchst selten spontan mit den nicht traditionellen Aufgaben der Terrorismusbekämpfung (3%) oder der Friedenseinsätze (4%) erklärt. Befragte, die im Jahr 2009 die Armee nicht für notwendig hielten, begründeten ihre Meinung mit Zweifeln an der Effektivität (38%), mit ihrer Unzufriedenheit mit der aktuellen Armee (32%) und mit fehlenden, geringen oder neuen Bedrohungsformen (30%). Nur jede/r fünfte ArmeegegnerIn sprach sich allgemein gegen Armeen aus (19%) (Szvircsev Tresch et al. 2009, 139–143).

berücksichtigt wird, so zeigt sich, dass die Zustimmung zur Notwendigkeit über dem Mittel konstant geblieben ist. Dies liegt an der Verschiebung im Zustimmungsverhältnis innerhalb der ArmeebefürworterInnen, da 2011 leicht weniger Befragte die Armee für «unbedingt» (-2%) und leicht mehr nur für «eher» (+7%) notwendig halten.

Abbildung 9.1

Notwendigkeit der Schweizer Armee



9.1.1. Trendverlauf der Notwendigkeit der Armee

Die Analyse der langjährigen Erhebung (siehe Abbildung 9.1) zeigt, dass sich die Meinung, die Armee sei notwendig, seit der ersten Erhebung 1983 nur graduell verringert hat, aber deutlich volatiler geworden ist. Weiter fällt auf, dass die Zustimmungskurve zur Armee nicht nach einem klaren Trend verläuft. Die Zustimmung nahm in den achtziger Jahren kontinuierlich ab, erreichte im Jahr 1991 einen Tief-

punkt, stieg danach jedoch rasch wieder an, ohne jedoch das Niveau zu Beginn der achtziger Jahre zu erreichen.

Die Veränderungen über die Zeit im Meinungsbild zur Armeenotwendigkeit können auf unterschiedliche Faktoren zurückgeführt werden. So dürften der Wertewandel und die abnehmende militärische Bedrohung den Rückgang der Armeekzeptanz in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre beeinflusst haben. In diesem Sinne lässt sich auch die mit 61% Zustimmung tiefste je gemessene Akzeptanzrate im Jahr 1991 unter anderem mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Höhepunkt der politischen Bewegung der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) erklären. Ebenso tief war sie auch im Jahr 2004. Mit dem Beginn der Kriege im ehemaligen Jugoslawien konnte eine gewisse Entspannung im Verhältnis der Gesellschaft zur Armee beobachtet werden, die sich in einer wiederum höheren Akzeptanz der Armee widerspiegelte. Dieses entspanntere Verhältnis hält nach wie vor an.

Der Zusammenhang zwischen Bedrohungswahrnehmung und der Notwendigkeit der Armee lässt sich in dieser Erhebungsreihe statistisch belegen. Als Indikator für die Wahrnehmung der Bedrohungslage dient die Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage (vgl. Kapitel 4.3). Dabei kann auf individueller Ebene festgestellt werden, dass, wer eine düstere Entwicklung der weltpolitischen Lage prognostiziert, auch eher die Armee für notwendig hält. Dies erklärt auch, weshalb in Jahren, in denen die weltpolitische Lage besonders düster wahrgenommen wird, die Armee tendenziell wieder stärker akzeptiert wird. Da die Zustimmung zur Armeekzeptanz jedoch auch von anderen Faktoren beeinflusst wird und der Zusammenhang statistisch gering ist ($\rho = 0.08$), verlaufen die beiden Kurven nicht immer parallel.

Zu solchen weiteren Faktoren können auch militärpolitische Ereignisse (Abstimmungen, Einsätze, Pannen, u.ä.) gezählt werden, welche die Meinung zur Armeekzeptanz kurzzeitig positiv oder negativ beeinflussen können. Positiv auf die Akzeptanz der Armee wirkte sich vermutlich der Einsatz der Armee sowohl bei den Unwetterkatastrophen im August 2005 als auch an der EURO 08 im Jahr 2008 aus. So hielten im Januar 2006 bzw. 2009 wiederum deutlich mehr Befragte die Armee für notwendig. Hingegen sank die Akzeptanz der Armee im Januar 2004 wahrscheinlich durch die Schwierigkeiten in der Personalplanung bei der Einführung der Armeeform XXI.

9.1.2. Wahrnehmung der Notwendigkeit der Armee nach soziodemographischen Merkmalen und aussenpolitischer Einstellung

Nebst der allgemeinen Akzeptanzrate ist für die Umschreibung des Verhältnisses der Gesellschaft zur Armee auch von Interesse, ob diese über alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen akzeptiert wird oder ob sie in gewissen Bevölkerungsschichten weniger unterstützt oder gar abgelehnt wird.

Wie sich zeigt, entbehrt die Armee unter den politisch links Eingestellten überdurchschnittlich an Legitimation (49%). Befragte der politischen Mitte und mit einer selbstbekundeten politisch rechten Einstellung halten die Armee hingegen grossmehrheitlich für notwendig (je 88%).

Weiter finden sich häufig auch unter den 20–29-jährigen SchweizerInnen überdurchschnittlich viele, welche die Notwendigkeit der Armee bezweifeln. Dieses Jahr ist dieser Anteil mit 28% jedoch gering. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Legitimation der Armee in dieser Altersgruppe markant und signifikant um 16% auf 69% zugenommen und liegt somit so hoch wie zu Beginn der achtziger Jahre (siehe Abbildung 9.1). Ein ebenso hoher Anteil an ArmeebefürworterInnen unter den 20–29-Jährigen wurde ferner auch in den Jahren 1992 bis 1995 sowie 2002 und 2006 gemessen. Dieser markante Anstieg bei dieser Altersgruppe lässt sich unter Umständen mit dem Rechtsrutsch in dieser Gruppe erklären: Niemals zuvor gaben so viele Zwanzigjährige an, sie seien politisch rechts orientiert.² Diese Altersgruppe hält aber die Armee auch im Jahr 2011 nach wie vor für deutlich weniger notwendig als die 30–59-Jährigen bzw. die ab 60-Jährigen.

An die Notwendigkeit der Armee wird ferner je nach Bildungsgrad unterschiedlich stark geglaubt, auch wenn diese in allen Bildungsschichten erkannt wird. Die Armee erfährt zudem jeweils in der Deutschschweiz eine leicht höhere Legitimation als in der Westschweiz. Der Zustimmungsunterschied ist dieses Jahr jedoch zu gering, um statistisch signifikant zu sein.

Weiter ist von Interesse, ob die Haltung zur Aussenpolitik und die Einstellung zur Notwendigkeit der Armee zusammenhängen. Dabei zeigt sich, dass je nach Neutralitätsauffassung (vgl. Kapitel 7.4) die Notwendigkeit der Armee graduell

2 Im Januar 2011 geben 47% der Zwanzigjährigen an, sie seien politisch rechts orientiert (Werte 6 bis 10 auf einer Skala von 0 = «ganz links» bis 10 = «ganz rechts»), ein Jahr davor waren es noch 38%. In beiden Jahren lag der Anteil über dem langjährigen Schnitt seit 1992 von 30%. Der durchschnittliche Anteil an politisch links Orientierten liegt für diesen Zeitraum mit 35% höher (Werte 0–4). Die 20–29-Jährigen orientierten sich seit Beginn dieser Messreihe tendenziell eher politisch links. So lag der Mittelwert dieser Altersgruppe jeweils leicht unter 5. 1999, 2003, 2004 sowie 2010 lag der Mittelwert über 5, jedoch nie so deutlich darüber wie im Januar 2011 (5.52, langjähriger Schnitt: 4.90).

unterschiedlich eingeschätzt wird. «Neutralitätskritiker» und «Neutralitätspragmatiker» – also jene, die nicht an die Schutzwirkung der Neutralität glauben – halten die Armee zwar mehrheitlich, jedoch weniger deutlich für notwendig als die «Neutralitätsdissonanten» und die «Neutralitätstraditionalisten».

Dass die Akzeptanzrate der 20–29-Jährigen generell geringer ausfällt, liegt vermutlich weniger an einem grundlegenden sozialen Wandel, sondern daran, dass diese Altersgruppe gegenüber dem Militärischen allgemein kritischer eingestellt ist. Denn die Unterschiede in den Altersgruppen bezüglich Armeekzeptanz bleiben seit 1983 mit kleineren Schwankungen unverändert. Es darf somit angenommen werden, dass diese Differenzen in den Altersgruppen besonders auf einen Alters- und weniger auf einen Kohorten- oder Periodeneffekt³ zurückzuführen sind. In Tabelle 9.1 werden die Akzeptanzraten nach Geburtskohorten für ausgewählte Jahre ausgewiesen. Bei der Auswahl der Jahre war entscheidend, dass diese um rund zehn Jahre auseinander liegen und dass die Akzeptanzrate im Vergleich konstant blieb. Dabei fiel die Wahl auf die Jahre 1983, 1992, 2002 und 2010. Über alle Bevölkerungsgruppen hinweg war die gesamthafte Zustimmung zur Armee im Jahr 1983 besonders hoch; 1992, 2002 sowie 2010 lag sie jedoch gleich hoch. Zusätzlich weist die Tabelle auch die aktuelle Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee dieser Kohorten aus.

Wenn nun die Akzeptanzrate der Befragten mit Jahrgang 1971 bis 1980 über die Zeit verfolgt wird, so zeigt sich, dass diese mit zunehmendem Alter dieser Gruppe steigt. 2002, d.h. als die Befragten dieser Kohorte 22 bis 31 Jahre alt waren, lag die Akzeptanzrate in dieser Altersgruppe bei 58%. 2010 war die Akzeptanzrate hingegen mit 68% signifikant höher, während die Akzeptanz über alle Bevölkerungsgruppen hinweg konstant blieb. Dieses Bild wiederholt sich über die verschiedenen Altersgruppen hinweg.

3 Von einem Kohorteneffekt wird gesprochen, wenn die Differenz im Meinungsbild zwischen jüngeren und älteren Befragten auf die Unterschiede im Geburtszeitpunkt zurückgeführt wird. Dabei wird davon ausgegangen, dass der Geburtszeitpunkt und die darauf folgenden Jahre wichtig für die Sozialisation und die Werthaltung sind. Von einem Alterseffekt wird gesprochen, wenn die Differenz im Meinungsbild zwischen den Altersgruppen auf einen Effekt des Alterns zurückgeführt wird. Weiter wird auch nach einem Periodeneffekt unterschieden. Dabei handelt es sich um Ereignisse, die alle Altersgruppen betreffen und artikulieren.

Tabelle 9.1

Armeeakzeptanz nach Kohorten in ausgewählten Jahren (Angaben in Prozent)

geboren im Jahr/Akzeptanz im Jahr	1983	1992	2002	2010	2011
1871-1910	97	86			
1911-1920 (20-jährig in 30er/40er Jahre)	96	88	83		
1921-1930 (20-jährig in 40er/50er Jahre)	95	81	88	94	92
1931-1940 (20-jährig in 50er/60er Jahre)	95	82	82	91	90
1941-1950 (20-jährig in 60er/70er Jahre)	86	73	75	84	82
1951-1960 (20-jährig in 70er/80er Jahre)	75	64	69	75	77
1961-1970 (20-jährig in 80er/90er Jahre)		61	65	68	81
1971-1980 (20-jährig in 90er/2010er Jahre)			58	68	75
1981-1990 (20-jährig im neuen Jahrtausend)				54	69
Alle	87	72	71	74	79

Ein Kohorteneffekt kann trotzdem nicht von der Hand gewiesen werden: Ältere Befragte dürften wahrscheinlich aufgrund der während ihrer Jugend gemachten Erfahrungen (Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg) stärker an die Notwendigkeit der Armee glauben. Ebenso sind Befragte, die in den achtziger Jahren Jugendliche waren und wahrscheinlich durch das Ende des Kalten Krieges und durch die GSoA-Bewegung geprägt wurden, auch heute noch eher armeekritisch eingestellt. Aus der Tabelle kann ferner auch ein Periodeneffekt entnommen werden, war nach 1983 bei keiner Kohorte der Glaube an die Notwendigkeit so ausgeprägt wie im Jahr 1983.

9.2 Ausrüstung und Ausbildung

Während die Frage nach der Notwendigkeit die allgemeine Legitimation der Armee misst, gibt die Frage zur Ausrüstung und Ausbildung der Armee Auskunft über die funktionale Relevanz, die der Armee beigemessen wird. Sie misst inwieweit man die Einsatzbereitschaft der Armee für dringlich hält.

Die Mehrheit der Befragten (68%, -3%; siehe Abbildung 9.2) spricht sich für eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee aus. Dabei unterstützen 31% diese Forderung «sehr» und 37% «eher». Der Mehrjahresvergleich zeigt, dass auch das

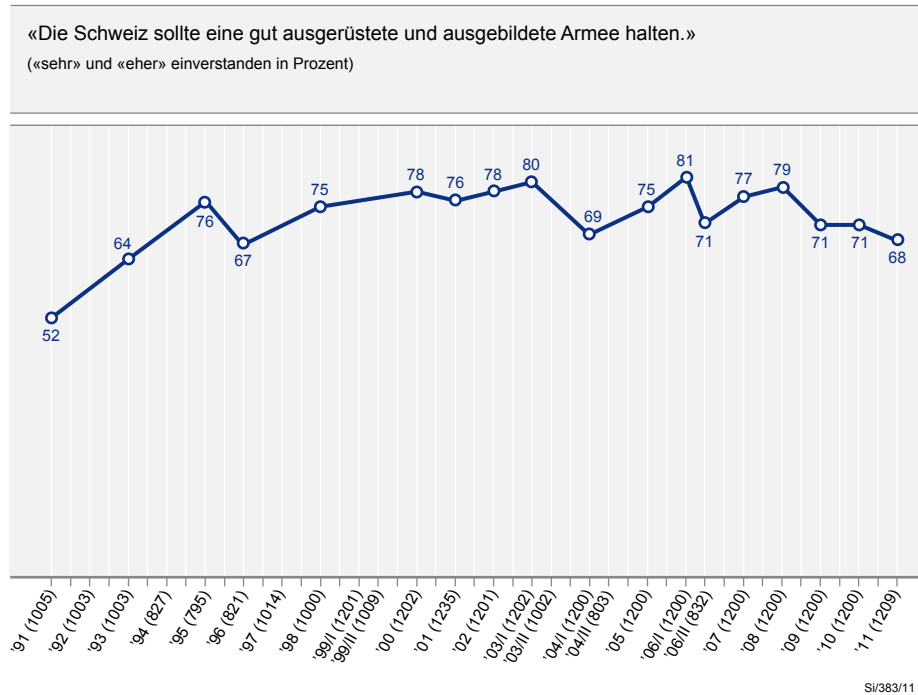
Bedürfnis nach einer gut ausgebildeten und ausgerüsteten Armee nach dem Ende des Kalten Krieges weniger ausgeprägt war (1991: 52%). Mitte der neunziger Jahre bis 2003 wurde diese Ansicht mit Werten zwischen 75% und 80% hingegen wiederum häufiger geäussert. Seit 2009 wird sie wieder etwas seltener vertreten. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Einstellung diesbezüglich konstant geblieben.

Die Befragten halten die Armee in der Schweiz somit nicht nur für grossmehrheitlich notwendig, sondern auch für funktional relevant: Die Schweiz sollte über eine Armee verfügen und diese solle gut ausgerüstet und ausgebildet sein. Trotzdem wünschen sich nicht all jene, die die Armee für notwendig halten, eine einsatzbereite Armee ($r=0.58$). Für 20% der ArmeebefürworterInnen bzw. 16% aller Befragten folgt aus der Notwendigkeit der Armee nicht, dass die Armee auch gut ausgerüstet und ausgebildet sein sollte. Unter jenen Befragten, welche die Armee nicht für notwendig halten, finden sich ebenfalls 22% (bzw. 4% vom Total der Bevölkerung), die trotz fehlender Notwendigkeit an einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee festhalten möchten.

Wie haben sich die Zustimmung zu einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee und die Armeekzeptanz über die Zeit im Vergleich entwickelt? 1991, zum ersten Erhebungszeitpunkt beider Dimensionen wurde die Auffassung, die Armee sei notwendig, häufiger vertreten als die Meinung, die Schweiz sollte über eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee verfügen (siehe Abbildung 9.1). Danach verhielt es sich bis anhin immer umgekehrt: Die Forderung nach einer gut ausgerüsteten Armee wurde höher eingestuft als die Notwendigkeit der Armee. Im Januar 2011 verhält es sich erstmals wieder anders. Der Ruf nach einer modern ausgerüsteten Armee hat im Vergleich zur Notwendigkeit eingebüsst.

Abbildung 9.2

Ausrüstung und Ausbildung der Schweizer Armee



9.3 Relevanz der Armee

Dieses Jahr wurde die Wichtigkeit bzw. die Relevanz der Armee ebenfalls mit einer Frage erhoben. Dabei geben die SchweizerInnen auf einer Skala von 1 «überhaupt nicht wichtig» bis 10 «sehr wichtig» im Schnitt mit 6.3 an, es sei wichtig, dass die Schweiz eine starke Armee habe. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht somit die Relevanz der Armee als gegeben. Die Einstellung zur Relevanz, zur Notwendigkeit der Armee sowie zum Ausbildungs- und Ausrüstungsstand korrelieren hoch. Wer eine Notwendigkeit der Armee erkennt, der hält auch eine starke Armee umso wichtiger ($r=0.68$). Je eher eine starke Armee als wichtig bezeichnet wird, desto eher wird auch eine gut ausgebildete und ausgerüstete Armee gefordert ($r=0.68$).

9.4 Gesellschaftliche Rolle der Armee

Die Relevanz, die der Armee beigemessen wird, kann auch über ihren gesellschaftlichen Stellenwert gemessen werden. Die Identifikation mit der Landesverteidigung und die Bewertung des Militärischen in der Schweiz werden seit 1976 in unregelmässigen Abständen anhand einer Frage mit drei Antwortvorgaben, wie sie in Abbildung 9.3 aufgeführt sind, erhoben.

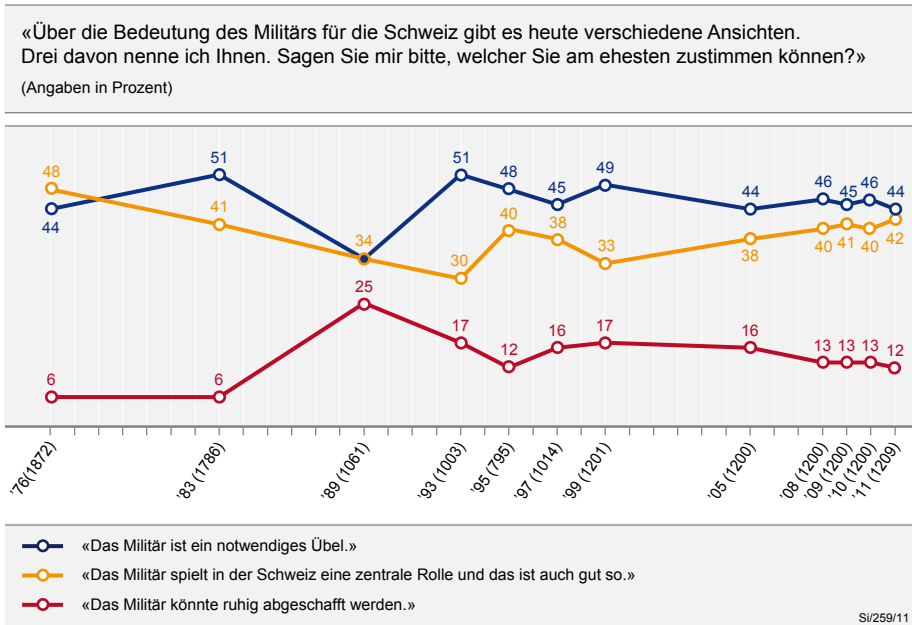
2011 halten 44% (−2%) die Armee für ein notwendiges Übel. Gleich gross ist der Anteil jener, die der Armee in der Schweiz eine zentrale Rolle zusprechen und dies für gut halten (42%, +2%). Eine Minderheit von 12% (−1%) sieht in der Armee weder ein notwendiges Übel noch eine gesellschaftliche Bezugsgrösse und möchte diese gerne abgeschafft wissen. Die Konstanz in der Einstellung über die letzten vier Jahre (2008 bis 2011) zeugt von einer nach wie vor hohen gesellschaftlichen Relevanz der Armee für vier von zehn Schweizer StimmbürgerInnen.

Wie der Erhebungsreihe zu entnehmen ist, hat sich die soziale Einbettung der Armee in die schweizerische Gesellschaft im Vergleich zum ersten Messpunkt 1976 statistisch signifikant verändert. Der leichte Zentralitätsverlust gegenüber den siebziger Jahren zeigt sich daran, dass in der Erhebungsreihe nie mehr so viele Befragte das Militär als gesellschaftlich bedeutend ansahen wie 1976. Die Auffassung einer gesellschaftlichen Relevanz der Armee für die Schweiz wird im Jahr 2011 jedoch nur graduell seltener vertreten als im Jahr 1976. Waren es 1976 48%, so sind dies im Januar 2011 mit 42% nur 6% weniger. Ein weiteres Indiz für den Zentralitätsverlust des Militärs ist die steigende Zustimmung zur Armeeabschaffung, die zwar seit 1989 kontinuierlich geschrumpft ist und seit 2008 auf einem Niveau von zirka 13% stagniert. Sie liegt aber deutlich höher als in den siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre, als sich nur gerade 6% für die Abschaffung der Armee aussprachen.

Es lässt sich weiter festhalten, dass ähnlich wie die Notwendigkeit und die Dringlichkeit eines guten Ausrüstungs- und Ausbildungsstandes auch die gesellschaftliche Bedeutung der Armee Ende der achtziger Jahre für besonders gering gehalten wurde. Das Militär geriet zu diesem Zeitpunkt auch als nationales Identifikationssymbol stark unter Druck. So hielten im Jahr 1989 nur 34% der Bevölkerung die Armee als eine gesellschaftlich zentrale Institution und 25% sprachen sich für die Abschaffung der Armee aus. Das Ende der achtziger bzw. der Anfang der neunziger Jahre kann somit insgesamt als Tiefpunkt im zivil-militärischen Verhältnis der Schweiz bezeichnet werden. Seit Mitte der neunziger Jahre erlebt die Armee tendenziell eine Renaissance. Dies zeigt sich neuerdings auch daran, dass die Auffassung, die Armee sei ein notwendiges Übel, in der diesjährigen Erhebung nicht mehr die am

häufigsten vertretene Sichtweise ist. Ebenso viele Befragte geben im Januar 2011 an, dass sie die Armee als eine gesellschaftlich zentrale Institution wahrnehmen.

Abbildung 9.3
Die gesellschaftliche Rolle der Armee



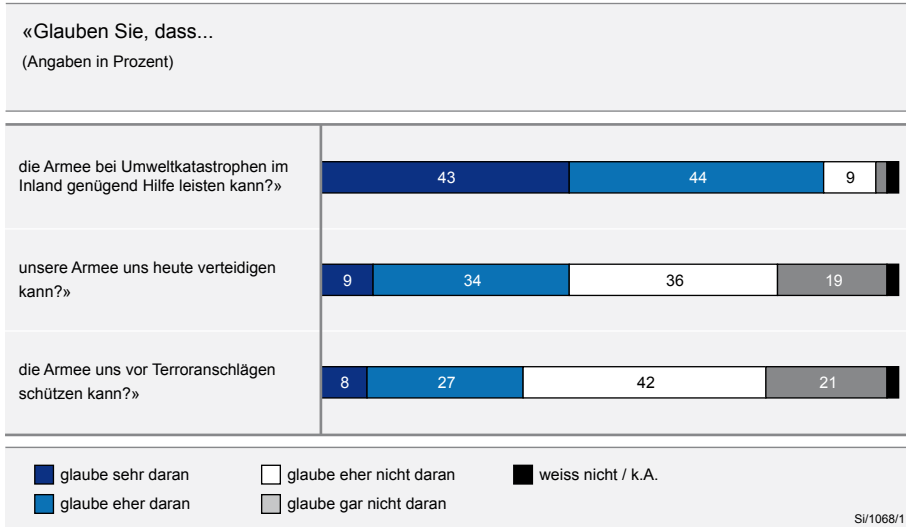
9.5 Performance

Für ein umfassendes Verständnis des Verhältnisses der Gesellschaft zur Armee gehört auch die Frage der Zufriedenheit mit der Armee. Insgesamt sind die SchweizerInnen mit der Leistung der Schweizer Armee zufrieden. Auf einer Skala von 1 «überhaupt nicht zufrieden» bis 10 «sehr zufrieden» geben die Befragten der Armee im Schnitt eine Bewertung von 6.0 für ihre Leistungen.

Fragt man anschliessend nach der Wirksamkeit, bzw. – da die Armee ihre Wirksamkeit in gewissen Aufgabenbereichen bislang nicht unter Beweis stellen musste,– nach der Glaubwürdigkeit ihrer Wirksamkeit, so zeichnen sich markante Unterschiede ab. Während 87% der Befragten glauben, dass die Armee bei Umweltkatastrophen im Inland genügend Hilfe leisten könne, so trifft dies im Falle der

Landesverteidigung nur für 43% zu (siehe Abbildung 9.4). Noch weniger SchweizerInnen glauben, dass die Armee uns vor Terroranschlägen schützen könne (35%).

Abbildung 9.4
Performance der Armee



Auffallend gering ist bei der Beurteilung der Wirksamkeit der Landesverteidigung und beim Schutz vor Terroranschlägen der Anteil derjenigen, die «sehr» daran glauben (9% bzw. 8%). Mit 19% bzw. 21% wird hingegen vergleichsweise häufig angegeben, man «glaube gar nicht» an eine wirksame Erfüllung dieser Aufgaben.

Da die Meinung zur Wirksamkeit der Leistung der Armee auf diese Art und Weise erstmals erhoben wurde, fehlen direkte Vergleichszahlen über die Zeit. Trotzdem darf davon ausgegangen werden, dass die Verteidigungsfähigkeit im Jahr 1983 weniger stark angezweifelt wurde. Damals gaben 66% der Befragten an, sie würden nicht und 29% sie würden an den Verteidigungsanstrengungen eines Kleinstaates zweifeln.⁴

Hängt die Gesamtbeurteilung der Leistung der Armee vor allem mit der Zufriedenheit der Hilfeleistung bei Katastrophenfällen im Inland, mit der Glaubwürdigkeit der Verteidigungsfähigkeit oder mit dem Glauben an den Schutz der Armee bei

4 Die genaue Formulierung der Aussage lautete: «Ich zweifle am Sinn unserer Verteidigungsanstrengungen, denn was kann ein Kleinstaat heutzutage in einem Krieg schon ausrichten?»

Terroranschlägen zusammen? Gemäss einer Regressionsanalyse zur Gesamtzufriedenheit mit den Leistungen der Armee zeigt sich folgendes Bild: Die Beurteilung der Gesamtperformance der Armee fällt insbesondere um so besser aus, je eher an die Verteidigungsfähigkeit geglaubt wird. Die Glaubwürdigkeit der Terrorismusbekämpfung und der Katastrophenhilfe wirkt sich auf die Gesamtzufriedenheit mit der Leistung der Armee weniger stark aus. Darin spiegelt sich die Bedeutsamkeit der Aufgabe der Landesverteidigung wider.

Während die Wirksamkeit der Leistungserfüllung im Landesverteidigungsfall und bei einem Terroranschlag je nach Alter, politischer Einstellung und Bildungsgrad unterschiedlich beurteilt werden, ist man sich in Bezug auf eine effiziente Hilfe im Katastrophenfall im Inland über alle Bevölkerungsgruppen hinweg einig. Einzig die politisch links Orientierten glauben leicht, aber signifikant weniger an genügende Hilfeleistung der Armee im Katastrophenfall (84%).

Da die Beurteilung der Leistungen der Armee für Aussenstehende schwierig sein kann, stellt sich letztlich auch die Frage, ob Männer, die Militärdienst leisten oder leisteten, die Performance anders bewerten als ihre Mitbürger, die keinen Dienst leiste(te)n. Männer, die Angehörige der Armee sind oder waren, beurteilen – berücksichtigt man auch sämtliche andere soziodemographischen Merkmalen wie Alter, politische Selbstbekundung, regionale Herkunft und Bildungsstand – die Gesamtleistung der Armee weder besser noch schlechter als Männer, die die Armee nur von aussen kennen.

9.6 Gesamtbild nach soziodemographischen Variablen

Die Einstellung zum Militär wird massgeblich von der politischen Grundeinstellung geprägt. So zeigen sich bei allen bisher besprochenen Einstellungsdimensionen zum Militär deutliche und signifikante Unterschiede nach politischer Selbstbekundung (siehe Abbildung 9.5). Dabei unterscheiden sich die politisch links Orientierten grundlegend von ihren MitbürgerInnen, denn sie sind der Armee gegenüber mehrheitlich kritisch eingestellt. Links orientierte Befragte glauben überwiegend nicht an die Notwendigkeit der Armee, sie sprechen sich überwiegend gegen eine gut ausgebildete und ausgerüstete Armee aus, sie halten die Armee tendenziell für unwichtig und vertrauen ihr im Schnitt nicht. Unter ihnen findet sich auch kaum jemand, der die Armee für gesellschaftlich zentral hält (13%), sondern sie halten die Armee tendenziell als ein notwendiges Übel (51%). Gross (34%) ist bei dieser Bevölkerungsgruppe auch der Anteil an AbschaffungsbefürworterInnen. Sie sind zudem mit der Leistung der Armee insgesamt eher unzufrieden, glauben aber an

eine wirksame Hilfeleistung der Armee im Katastrophenfall im Innern. Die militärische Bedrohung der Schweiz halten sie für geringer als ihre MitbürgerInnen.

Befragte mit einer politisch rechten Orientierung und jene, die sich der politischen Mitte zugehörig fühlen, teilen eine ähnliche militärpolitische Einstellung. Sie sind der Armee gegenüber positiv eingestellt. Nur in Bezug auf die Notwendigkeit und Relevanz unterscheiden sich die politisch rechts Orientierten von den sich der politischen Mitte nahe Fühlenden signifikant: Befragte mit einer politisch rechten Einstellung halten die Armee für notwendiger und wichtiger als jene der politischen Mitte.

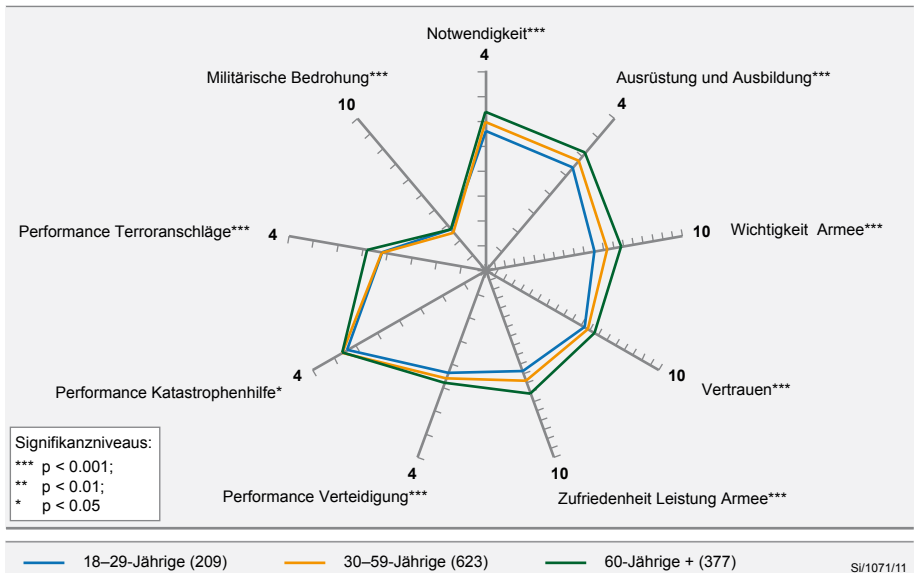
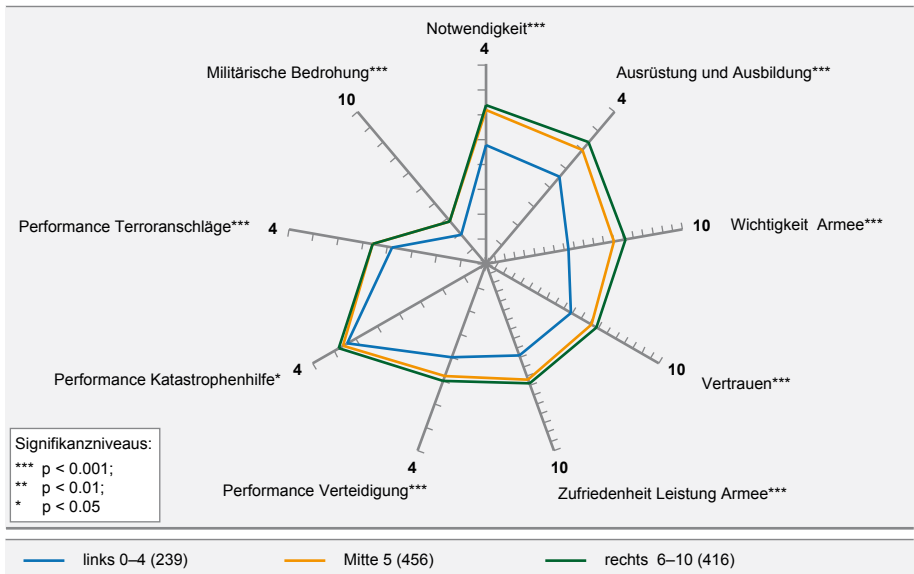
Im Vergleich zur politischen Grundeinstellung spielt das Alter auf die militärpolitische Einstellung eine weitaus geringere Rolle (siehe Abbildung 9.5), obwohl die Einstellung zum Militär bis auf die Beurteilung der Wirksamkeit der Hilfeleistung im Katastrophenfall und auf die Wahrnehmung einer militärischen Bedrohung auch mit dem Alter variiert. Die militärpolitische Einstellung der 18–29-Jährigen unterscheidet sich im Januar 2011 insgesamt aber nur graduell von jener der älteren Befragten. Einzig bei der Haltung zur Wehrpflicht divergieren die Meinungen deutlich auseinander (vgl. Kapitel 10.1).

Dasselbe kann auch in Bezug auf die Bildung beobachtet werden. Hier zeigen sich bei allen erhobenen Dimensionen (ausser bei der Beurteilung der Hilfeleistung im Katastrophenfall) zwar signifikante, aber insgesamt nur geringe Unterschiede. Befragte mit einem hohen Bildungsabschluss sind der Armee gegenüber leicht kritischer eingestellt als ihre MitbürgerInnen.

Die regionale Herkunft und die militärpolitische Einstellung korrelieren dieses Jahr kaum. Auffallend ist jedoch der fortwährende Meinungsunterschied in Bezug auf die gesellschaftliche Rolle der Armee. Während WestschweizerInnen das Militär mehrheitlich als notwendiges Übel wahrnehmen (54%), bezeichnen die DeutschschweizerInnen dieses tendenziell eher als eine gesellschaftlich zentrale Institution (46%). Zudem befürwortet eine Mehrheit der Befragten aus der Westschweiz die Abschaffung der Wehrpflicht, während diese in der Deutschschweiz mehrheitlich abgelehnt wird (vgl. Kapitel 10.1). Männer und Frauen unterscheiden sich in ihrem Verhältnis zur Armee kaum.

Abbildung 9.5

Militärpolitische Einstellung nach politischer Selbstbeurteilung und Alter (Mittelwerte)



SU/1071/11

9.7 Vertrauen und Performance

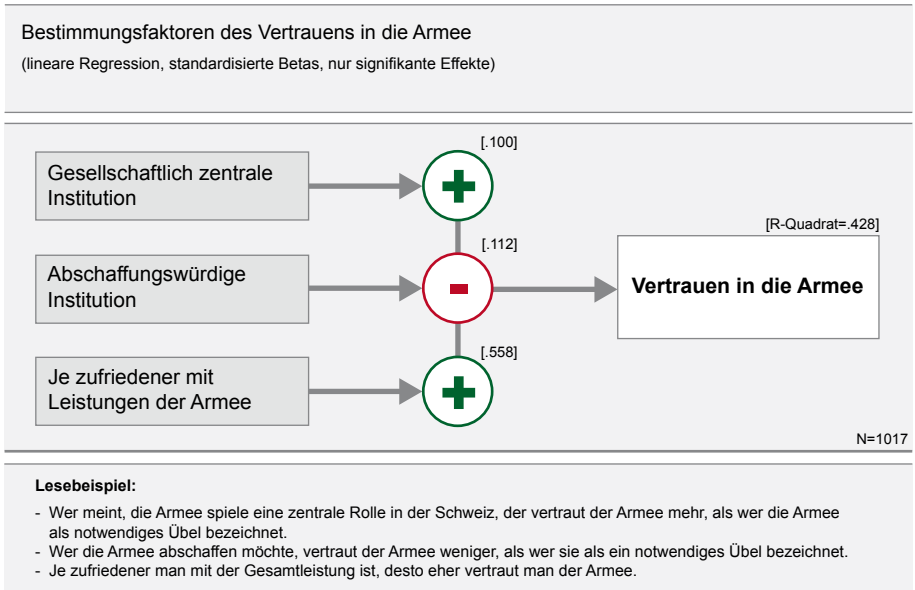
Das Vertrauen in staatliche Institutionen wird von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst. Einerseits wird das Vertrauen von der Legitimation einer Institution geprägt, weshalb es oftmals auch als Indikator für deren Legitimation herangezogen wird. Ob BürgerInnen einer staatlichen Institution vertrauen oder nicht, hängt aber auch massgeblich von ihrem Vertrauen in die Wirksamkeit und von ihrer Zufriedenheit mit den Outputleistungen der Institution ab. Dieser Zusammenhang wird anhand einer Regressionsanalyse (vgl. Anhang I, Abschnitt VI) für das Vertrauen in die Armee dargestellt.

Um diesen Zusammenhang kontrolliert analysieren zu können, wurden in das Regressionsmodell nebst der Einstellung zur Performance der Armee auch noch weitere wichtige Einflussfaktoren aufgenommen. Zu diesen gehört wie erwähnt einerseits das Grundvertrauen in die Armee. Dieses dürfte massgeblich von den der Armee zugewiesenen Attributen bestimmt sein. Das heisst, wer der Armee grundsätzlich positiv gegenüber eingestellt ist, wird dieser mehr vertrauen. Mit zunehmender Ablehnung der Armee dürfte hingegen auch das Misstrauen in die Armee steigen. Wie sich gezeigt hat, variiert die Akzeptanz der Armee hauptsächlich mit der politischen Einstellung, dem Alter aber auch mit dem Bildungsgrad. Wer die Armee zudem als notwendiges Übel, als gesellschaftlich zentral oder gar als abschaffungswürdige Institution hält, wird der Armee auch unterschiedlich stark vertrauen. Deshalb werden diese soziodemographischen Merkmalsvariablen und die Werthaltung zur Armee ebenfalls in die Berechnung aufgenommen. Weiter kann davon ausgegangen werden, dass das Vertrauen in eine Institution steigt, je eher man sich von dieser Institution abhängig fühlt bzw. je eher man deren Leistungen braucht. Demnach dürfte das Vertrauen in die Armee bei Befragten höher sein, die eher an eine militärische Bedrohung der Schweiz glauben.

Abbildung 9.6 gibt die signifikanten Bestimmungsfaktoren des Vertrauens im Regressionsmodell wieder. Wie die Regressionsanalyse zeigt, hängt das Vertrauen in die Armee wie vermutet stark von der Zufriedenheit mit der Leistung der Armee ab, aber auch mit der Grundeinstellung zur Armee. Selbst bei gleicher Beurteilung der Leistung der Armee vertrauen Befragte, die das Militär als eine gesellschaftlich zentrale Institution wahrnehmen, der Armee stärker als jene, die die Armee als notwendiges Übel bezeichnen. Das Vertrauen in die Armee steigt auch mit zunehmender rechter politischer Selbstbekundung und mit dem Alter signifikant (vgl. Kapitel 5). Diese Unterschiede sind im Gesamtmodell jedoch nicht mehr signifikant, da sich diese in der unterschiedlichen Grundeinstellung (zentrale versus abschaffungswürdige Institution) widerspiegeln. Entgegen der Annahme nimmt

das Vertrauen in diesem Regressionsmodell nicht mit einer stärkeren militärischen Bedrohungswahrnehmung zu. Dies liegt unter Umständen an der aktuell allgemein gering eingeschätzten militärischen Bedrohung.

Abbildung 9.6



Es stellt sich wiederum die Frage, ob das Vertrauen in die Armee vor allem mit dem Vertrauen in Glaubwürdigkeit der Landesverteidigung, der Katastrophenhilfe oder der Terrorismusbekämpfung steigt. Hierzu wurde dieselbe Regressionsanalyse nochmals berechnet, die Variable der Gesamtzufriedenheit mit den Leistungen der Armee wurde jedoch durch diese drei Einstellungsfragen ersetzt. Die so berechnete Regressionsanalyse legt nahe, dass auch das Armeevertrauen in erster Linie mit der Glaubwürdigkeit der Verteidigungsfähigkeit steigt. Das Vertrauen in die Wirksamkeit der Hilfeleistung in Katastrophenfällen trägt hingegen nicht zum Gesamtvertrauen in die Armee bei.

Fazit: Das Verhältnis der Gesellschaft zur Armee kann insgesamt als gut bezeichnet werden. Die Armee wird grossmehrheitlich akzeptiert; man vertraut ihr und hält sie für bedeutend. Die Akzeptanz nimmt jedoch insbesondere mit der politischen Orientierung stark ab: Wer zu einer politisch linken Einstellung tendiert, lehnt die Armee tendenziell eher ab.

Die hohe Armeekzeptanz soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Haltung der Gesellschaft zur Armee nicht nur unterstützend ist. So wird die Armee zwar für ziemlich notwendig gehalten. Allerdings nahm die ihr zugewiesene funktionale Bedeutung in den letzten Jahren eher ab. Die Forderung einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee wird heute etwas weniger häufig vertreten. Zudem zeigen sich bei der Dimension «wichtig-unwichtig» die grössten Divergenzen in der militärpolitischen Einstellung der Bevölkerung. Auch sind Zweifel an der Verteidigungsfähigkeit weit verbreitet. Ferner liegt aktuell auch das Vertrauen in die Armee unter dem langjährigen Mittel.

Im Gegensatz zu diesem abnehmenden Trend kann bei der gesellschaftlichen Relevanz eine gegenteilige Tendenz beobachtet werden. Die Auffassung, die Armee sei eine gesellschaftlich zentrale Institution, wird tendenziell wieder häufiger geteilt. Ebenso häufig wird die Armee aber nach wie vor als ein notwendiges Übel bezeichnet.

Insgesamt kann dadurch die Beziehung der Gesellschaft zur Armee als ambivalent bezeichnet werden: Man erkennt die Notwendigkeit einer Armee und will diese allein schon aus affektiven Gründen nicht aufgeben. Welche Bedeutung ihr heute noch zugewiesen werden soll, und welches ihr funktionaler Nutzen ist, bleibt jedoch unklar.

10 Wehrpflicht und alternative Dienstmodelle

Im ersten Teil dieses Kapitels wird die Einstellung der SchweizerInnen zur Milizarmee bzw. zu einer Berufsarmee betrachtet. Dabei interessiert auch deren Meinung zur Wehrpflicht. Im zweiten Teil wird die Akzeptanz für verschiedene alternative Wehrmodelle aufgezeigt.

10.1 Akzeptanz der Wehrstruktur und der Rekrutierungsform

Während die Notwendigkeit der Schweizer Armee für acht von zehn Befragten nach wie vor unbestritten ist, trifft dies für das Wehrmodell nicht zu. In der Frage, wie sich die Armee personell rekrutieren soll, sind sich die SchweizerInnen nicht mehr einig. Im Zentrum steht nicht nur die Frage, wie die Bevölkerung über die Art und Weise der Rekrutierung denkt, also hinsichtlich Wehrpflicht oder Freiwilligkeit, sondern auch, welche Streitkräfteform die nationale Sicherheit sowie weitere Aufträge der Armee in Zukunft besser gewährleisten kann. Hier geht es um die Frage nach Miliz- oder Berufsarmee. Seit 1976 wird in der Erhebung «Sicherheit» diese Einstellung zum Wehrmodell erfragt (siehe Abbildung 10.1).

2011 heissen 38% (-7%, siehe Abbildung 10.2) eine Abschaffung der Wehrpflicht gut. 48% (-2%, siehe Abbildung 10.1) der SchweizerInnen ziehen eine Miliz- einer Berufsarmee vor. Für die Berufsarmee sprechen sich 43% (+1%) aus. Der Anteil der Befragten ohne Meinung ist auch dieses Jahr mit 8% hoch. Vor allem Frauen und Personen aus der französischsprachigen Schweiz (je 14%) äussern zu dieser Frage keine Präferenzen.

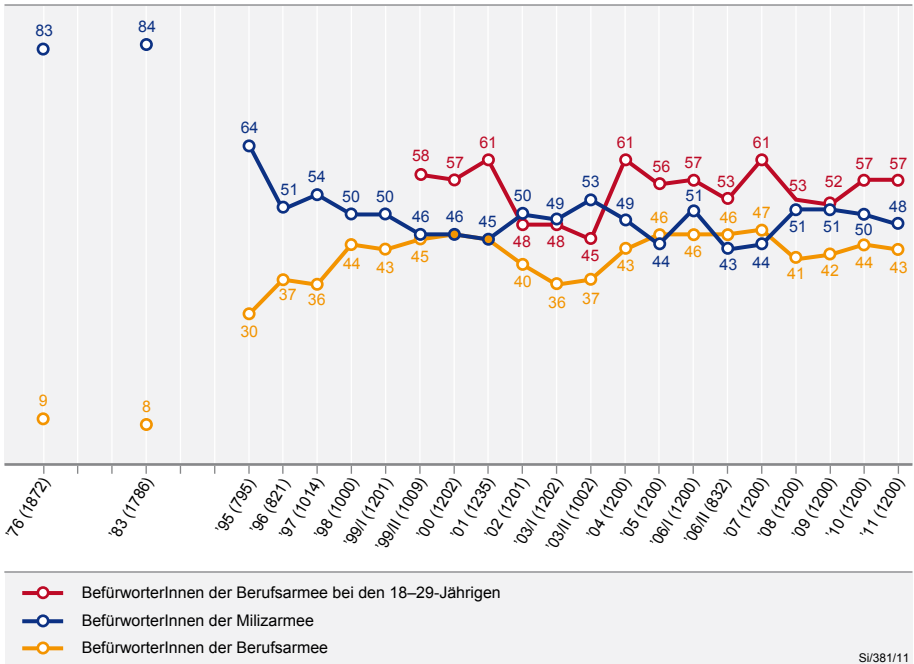
Die Einstellung zur Wehrstruktur hat sich im Jahresverlauf nicht, jene zur Rekrutierungsform hingegen signifikant verändert. Generell lässt sich festhalten, dass die Zustimmung für eine Berufsarmee und für die Abschaffung der Wehrpflicht seit Erhebungsbeginn im Jahr 1976 respektive 1983 bis Ende der neunziger Jahre stetig wuchs, während der Anteil der BefürworterInnen einer Milizarmee kontinuierlich schrumpfte. Seit der Jahrtausendwende halten sich mit kleineren Schwankungen die beiden Lager in der Bevölkerung in etwa die Waage, wobei die Milizarmee meistens leicht stärker favorisiert wird.

Abbildung 10.1

Wehrstruktur: Milizarmee versus Berufsarmee

«Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?»

(Angaben in Prozent)



Vor allem DeutschschweizerInnen (53%), ältere Personen (55%) und Befragte, welche die Armee als notwendig erachten und ihr auch eine Verteidigungsfähigkeit zusprechen, stehen signifikant stärker hinter der Milizarmee. Politisch rechts Eingestellte bekennen sich auch öfters zur Milizarmee (55%), äussern zudem vor allem in der Frage, ob der Militärdienst Freiwilligen überlassen werden sollte, eine klar diametrale Meinung zu sich politisch links einstuftenden Personen (32% versus 63%). Ebenfalls zeigt die Auswertung der Daten, dass ältere Befragte deutlich unterdurchschnittlich für eine freiwillige Dienstleistung plädieren (30%) und auch DeutschschweizerInnen sprechen sich weniger dafür aus (33%). Bei den Fragen nach der Art der Rekrutierungsform (freiwillig versus Zwang) und der Struktur der Armee (Miliz- versus Berufsarmee) lässt sich die Schweizer Stimmbevölkerung in vereinfachter Form in zwei sich diametral unterschiedliche Gruppen einteilen.

Auf der einen Seite stehen die Jungen,¹ die politisch links Eingestellten und Personen aus der Westschweiz, welche das bestehende, auf der Wehrpflicht basierende Milizsystem nicht mehr mehrheitlich unterstützen. Auf der anderen Seite geniesst das heutige Modell bei älteren Personen, bei der politischen Rechten und in der Deutschschweiz nach wie vor mehrheitlich starken Support.

Wie gefestigt ist die Einstellung der SchweizerInnen zur Abschaffung der Wehrpflicht und der Milizarmee? Gehen beide Forderungen Hand in Hand oder lassen sich Varianzen in der Meinungsbildung finden? 38% (-1%) der Befragten stehen klar hinter dem bestehenden System: Sie sind für die Milizarmee und gegen die Aufhebung der Wehrpflicht (siehe Tabelle 10.1). Die gegenteilige Meinung, für eine Berufsarmee und für die Aufhebung der Wehrpflicht, wird von 24% (-3%) vertreten. Bei 11% der SchweizerInnen konnte keine eindeutige Präferenz eruiert werden. Weitere 13% befürworteten die Milizarmee, möchten aber die Wehrpflicht abschaffen, was der in der Öffentlichkeit schon mehrmals diskutierten freiwilligen Miliz entsprechen würde. 15% der Befragten antworteten jedoch nach unserem Verständnis widersprüchlich: Sie ziehen die Berufsarmee der Milizarmee vor, sind aber gegen die Aufhebung der Wehrpflicht. Dieses Antwortverhalten könnte so gedeutet werden, dass diese Personen in der Frage des Rekrutierungssystems indifferent eingestellt sind. Denkbar wäre auch, dass die Befragten die unterschiedlichen Argumente, die für das eine oder andere Wehrsystem sprechen, noch nicht definitiv abgewogen haben und deshalb nicht zu einer klaren Haltung tendieren. Möglich ist ferner, dass nicht alle Befragten die Unterschiede zwischen Miliz- und Berufsarmee kennen.

1 Daraus kann jedoch nicht geschlossen werden, dass die Jungen eher zu einer «Ja, aber ohne mich»-Haltung tendieren als ältere Befragte. Von den 18–29-Jährigen geben 27% an, sie glaubten an die Notwendigkeit der Armee, seien aber für die Abschaffung der Wehrpflicht. Unter den 30–59-Jährigen teilen 23% und unter den ab 60-Jährigen 22% diese Haltung. Die jüngeren Befragten sind jedoch seltener der Auffassung, die Armee sei notwendig und sie seien für die Beibehaltung der Wehrpflicht. WestschweizerInnen vertreten die «Ja, aber ohne mich»-Haltung signifikant häufiger als Personen aus der deutschsprachigen Schweiz (34% respektive 20%).

Tabelle 10.1

Zustimmung zur Wehrstruktur und zur Aufhebung der Wehrpflicht

Index aus den Items «Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?» und «Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst freiwillig machen.»							
	1995	1998	2001	2004	2007	2010	2011
Miliz und gegen Aufhebung Wehrpflicht	53%	39%	37%	38%	35%	39%	38%
Miliz, aber für Aufhebung Wehrpflicht	13%	13%	11%	14%	12%	13%	9%
Berufsarmee, aber gegen Aufhebung Wehrpflicht	10%	17%	14%	14%	17%	15%	18%
Berufsarmee und für Aufhebung Wehrpflicht	18%	26%	29%	26%	28%	27%	24%
Weiss nicht, keine Antwort	6%	5%	9%	8%	8%	6%	11%
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

10.2 Positive und negative Aspekte der Wehrpflicht

Im Anschluss an die Frage der Präferenz bezüglich Wehrsystem – Miliz- oder Berufsarmee – wurden alle Personen gefragt, was sie persönlich gut und was sie persönlich schlecht an der Wehrpflicht fänden. Anhand dieser spontanen Nennungen erstellten zwei ForscherInnen unabhängig voneinander je ein Kategoriensystem, die im nachfolgenden Auswertungsprozess abgeglichen wurden. Dabei entstand ein Kategoriensystem, wie es in den Tabellen 10.2 und 10.3 abgebildet ist.

Bei der Frage zu den positiven Seiten der Wehrpflicht sticht eine Antwort deutlich hervor. Jeder bzw. jede Zweite findet spontan, dass an der Wehrpflicht der individuelle Nutzen gefalle (50%, siehe Tabelle 10.2). Dabei denken die Befragten in erster Linie an das Erwerben von Fähigkeiten (48%) und hierbei vor allem an die sozialen Kompetenzen, die im Militär gelernt werden (43%). Zu diesen gehören Kompetenzen wie Selbstständigkeit (10%), Kameradschaft (9%), Disziplin und Ordnung (9%), gesellschaftliche Verantwortung (5%), Gehorsam (4%), Durchhaltewillen (3%). Die Aneignung von militärischen Fähigkeiten wird auch als positiver Aspekt der Wehrpflicht erwähnt, allerdings nur von 3% der Befragten. Ebenfalls unter die Kategorie des individuellen Nutzens fallen Aspekte wie die in der Militärdienstzeit geknüpften sozialen Kontakte (2%), die Abwechslung zum Alltag oder die «grünen» Ferien (1%) sowie die sportliche Ertüchtigung (1%).

Tabelle 10.2

Positive Aspekte der Wehrpflicht

	Anzahl Nennungen	% der Fälle
Individueller Nutzen	955	50%
Erwerb von Fähigkeiten	873	48%
soziale Kompetenzen	764	43%
Selbstständigkeit	129	10%
Kameradschaft	111	9%
Disziplin/Ordnung	110	9%
gesellschaftliche Verantwortung	57	5%
Unterwerfung/Gehorsam	47	4%
Durchhaltewillen	34	3%
Führungsfähigkeit	14	1%
Respekt	15	1%
Pflichtbewusstsein	7	1%
militärische Fähigkeiten	36	3%
politische Bildung	15	1%
geographische Bildung	13	1%
technische Fähigkeiten	7	1%
soziale Kontakte	28	2%
«grüne» Ferien/Abwechslung zum Alltag	15	1%
sportliche Ertüchtigung	7	1%
Kollektiver Nutzen	181	14%
sozialer Zusammenhalt/Loyalität	85	7%
Schutz der Bevölkerung vor inneren und äusseren Bedrohungen	51	4%
militärischer Nutzen	26	2%
Normative Unterstützung	105	8%
Gerechtigkeit durch Allgemeinheit	58	5%
Verteidigung als kollektive Aufgabe	28	2%
Tradition	7	1%
Nichts	246	20%
Nicht codierbar	104	9%
Ablehnung der Wehrpflicht	44	4%
Weiss nicht	57	5%
Keine Angabe	9	1%
GESAMT	1701	

SchweizerInnen sagen spontan weit seltener, dass ihnen an der Wehrpflicht der kollektive Nutzen gefalle. Jeder bzw. jedem Siebten (14%) fällt dieser Aspekt spontan ein. Dabei denken 7% der Befragten an den sozialen Zusammenhalt und die Bindung zur Nation, die beide durch die Wehrpflicht gefördert würden. Weiteren 4% der Antwortenden fällt in diesem Zusammenhang der Schutz der Bevölkerung vor äusseren und inneren Bedrohungen als besonders positiver Aspekt der Wehr-

pflicht ein. Für 2% spricht der militärische Nutzen (genügend junge Soldaten, gute Auswahlmöglichkeiten, Nutzung von Milizfähigkeiten, u.a.) für die Wehrpflicht.

Jede bzw. jeder Zwölfte (8%) gibt an, dass er bzw. sie den normativen Aspekt der Wehrpflicht persönlich gut fände. So äussern sich 5% der Befragten dahingehend, dass sie den Gerechtigkeitsaspekt bzw. die Tatsache, dass jeder von der Wehrpflicht gleich betroffen ist, positiv finden. Weiteren 2% gefällt, dass die Wehrpflicht eine kollektive bzw. gemeinschaftliche Aufgabe sei.

Rund ein Fünftel der Befragten (20%) kann der Wehrpflicht nichts Positives abgewinnen. 4% geben weiter an, sie seien für die Abschaffung der Armee und 6% geben auf die Frage nach den positiven Aspekten der Wehrpflicht keine Antwort.

Aufgrund der zum Teil sehr geringen Fallzahl pro Antwortkategorie können nicht für alle Argumente Unterschiede nach soziodemographischen Merkmalen ausgewiesen werden. Es zeigen sich generell wenige Differenzen nach Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, politischer Einstellung, regionaler Herkunft und nach Akzeptanz der Armee und der Wehrpflicht. Männer finden leicht häufiger den kollektiven Nutzen und den normativen Aspekt der Wehrpflicht persönlich gut, vor allem den sozialen Zusammenhalt und die Bindung zur Nation respektive den Aspekt der Gerechtigkeit durch die Beteiligung aller. Hierin sind sie den sehr gut gebildeten Befragten ähnlich. Etwas häufiger als die jüngeren Befragten meinen auch die SchweizerInnen ab 60 Jahren, dass ihnen der normative Aspekt der Wehrpflicht gefalle. Positiv finden sie vor allem den Gerechtigkeitsaspekt. WestschweizerInnen und DeutschschweizerInnen unterscheiden sich kaum, ausser, dass erstere häufiger der Wehrpflicht nichts Positives abgewinnen können. Dies gilt auch für die politisch links Orientierten und für die Befragten, die die Armee nicht für notwendig halten. Beiden ist zudem gemeinsam, dass sie seltener das Erwerben sozialer Kompetenzen als einen positiven Aspekt erwähnen. Der normative Aspekt der Wehrpflicht gefällt letztlich auch den BefürworterInnen der Armeenotwendigkeit häufiger als jenen, welche die Armee nicht für notwendig halten. AnhängerInnen der Milizarmee und der Berufsarmee unterscheiden sich insofern, dass letztere häufiger nichts an der Wehrpflicht gut finden und seltener den kollektiven Nutzen – insbesondere den sozialen Zusammenhalt – sowie die normative Legitimation persönlich positiv bewerten.

Bei der Frage nach den negativen Aspekten der Wehrpflicht fällt die Bandbreite der Antworten grösser aus als bei der Frage zu den positiven Aspekten, bei der der individuelle Nutzen klar überwog. Rund 60% der Befragten fällt mindestens ein negativer Aspekt ein. 30% finden nichts Negatives an der Wehrpflicht und 8% antworten mit «weiss nicht» (siehe Tabelle 10.3).

Tabelle 10.3

Negative Aspekte der Wehrpflicht

	Anzahl Nennungen	% der Fälle
Normative Argumente	287	23%
Gerechtigkeitsargumente	181	15%
Zwang	132	11%
nicht wirklich allgemein («Drückeberger»/keine Wehrpflicht für Frauen)	45	4%
Unvereinbarkeit ziviler und militärischer Anforderungen, Werte	57	5%
allgemeine Sinnzweifel an der heutigen Armee	32	3%
Pazifismus, gegen Armee allgemein	15	1%
Heutiger Dienst als Wehrpflichtiger	265	19%
Ineffizienz, Leerläufe	71	6%
sinnlose Regeln und Übungen, sinnlose Aufgaben, fehlender Auftrag	48	4%
Führung	29	2%
amateurhaft/schlechtes, mangelndes Ausbildungsmaterial	26	2%
abnehmender Anspruch an die Soldaten	16	1%
Unfallrisiko	15	1%
Alkohol- und Drogenkonsum	3	0%
Kosten	201	15%
individuelle Kosten	117	10%
zu hohe individuelle direkte Kosten, Einschränkungen	28	2%
zu hohe individuelle indirekte Kosten, Zeitverlust	88	7%
volkswirtschaftliche Kosten	67	5%
zu hohe direkte Kosten	47	4%
zu hohe indirekte Kosten	17	1%
kein individueller Nutzen, nicht den eigenen Fähigkeiten entsprechend eingesetzt	17	1%
Veränderungswünsche	143	12%
freiwillige Dienstleistung (freiwillig)	40	3%
allgemein anderes Modell, auf andere Aufgaben und System gerichtet	34	3%
zu lange Ausbildungszeit	23	2%
gegen WK-System, gegen Unterbrüche	19	2%
höhere zeitliche Flexibilität	12	1%
Alles	11	1%
Nichts	361	30%
Nicht codierbar	38	3%
Weiss nicht	93	8%
Keine Angabe	8	1%
GESAMT	1412	

23% der Antwortenden bemängeln an der Wehrpflicht vor allem die normative Seite. 11% finden dabei den Zwang negativ, 4% hingegen die nicht mangelnde Rigorosität bei der Umsetzung der Wehrpflicht; sei es, weil es zu einfach sei, seine Pflicht nicht zu leisten oder weil Frauen von dieser ausgeschlossen blieben. Für 5% spricht die Unvereinbarkeit ziviler und militärischer Anforderungen und Werte gegen die Wehrpflicht. So fallen unter anderem die Hierarchie und die Autorität im Militär sowie das Erlernen gewisser Verhaltensweisen negativ ins Gewicht. 3% äussern allgemeine Sinnzweifel an der heutigen Armee und 1% an der Armee per se.

Beinahe jede bzw. jeder Fünfte (19%) findet nicht die Wehrpflicht an sich negativ, sondern der heutige Dienst als Wehrpflichtiger. 6% der Befragten finden die Ineffizienz und Leerläufe, 4% die sinnlosen Regeln, Übungen sowie der fehlende Auftrag, je 2% die Führung sowie die amateurhafte Ausbildung und je 1% den abnehmenden Anspruch an die Soldaten und das Unfallrisiko persönlich schlecht an der Wehrpflicht.

Kritisiert werden ferner die Kosten (15%), vor allem die individuellen Kosten (10%), die aufgrund direkter (2%) sowie aufgrund indirekter Kosten und des persönlichen Zeitverlustes (7%) entstehen. Für 5% sind zudem die volkswirtschaftlichen Kosten ein negativer Aspekt der Wehrpflicht. Ein weiteres Prozent findet es schlecht, dass die Angehörigen der Armee nicht entsprechend ihrer Fähigkeiten eingesetzt würden.

Jede bzw. jeder Achte (12%) bringt bei dieser Frage Veränderungswünsche an. So sprechen sich 3% der Befragten für die Einführung eines freiwilligen Militärdienstes aus. Weitere 3% sind der Meinung, das Wehrpflichtmodell sei nicht mehr zeitgemäss und die Schweiz brauche heute ein anderes Dienstpflichtmodell. Die lange Ausbildungszeit und das WK-System, bei welchem die Dienstleistenden mehrmals aus dem Zivilleben herausgerissen werden, beurteilen je 2% negativ. Letztlich wünscht sich 1% mehr zeitliche Flexibilität.

Im Vergleich zu den jüngsten Befragten sehen die ab 60-Jährigen weniger Mängel am Wehrpflichtsystem. Die 18–29-Jährigen kritisieren häufiger als ihre MitbürgerInnen die individuellen Kosten und den Zwangscharakter der Wehrpflicht. Männer und Frauen unterscheiden sich in ihrem Antwortverhalten zu dieser Frage nicht. SchweizerInnen der höheren Bildungsschicht hinterfragen insbesondere den heutigen Dienst als Wehrpflichtiger. Befragte mit einem tieferen Bildungsniveau haben häufiger nichts an der Wehrpflicht auszusetzen und erwähnen seltener, dass sie den normativen Aspekt der Wehrpflicht schlecht fänden. Während mehr WestschweizerInnen die individuellen Kosten negativ beurteilen, finden DeutschschweizerInnen leicht häufiger den heutigen Dienst als Wehrpflichtiger schlecht. Befragte der politischen Linken meinen seltener, sie fänden nichts Schlechtes an

der Wehrpflicht. Sie beurteilen die heutige Schweizer Armee und die Armee an sich öfters negativ als ihre MitbürgerInnen. Solche, die die Armeenotwendigkeit erkennen und solche, die diese ablehnen, unterscheiden sich fast in allen Aspekten. Der heutige Dienst als Wehrpflichtiger wird von ersteren häufiger bemängelt. Die BefürworterInnen haben öfters nichts an der Wehrpflicht auszusetzen und stören sich seltener an den volkswirtschaftlichen Kosten. Sie hegen zudem eher allgemeine Sinnzweifel an der Schweizer Armee und an Streitkräften allgemein. Ein ähnliches Bild zeichnet sich auch zwischen den BefürworterInnen einer Berufsarmee und den AnhängerInnen der Milizarmee ab. Ersteren missfallen stärker der Zwang und die volkswirtschaftlichen Kosten. Sie zweifeln auch eher am Sinn der heutigen Schweizer Armee und stören sich mehr an der Unvereinbarkeit der militärischen mit der zivilen Welt.

10.3 Alternative Dienstmodelle

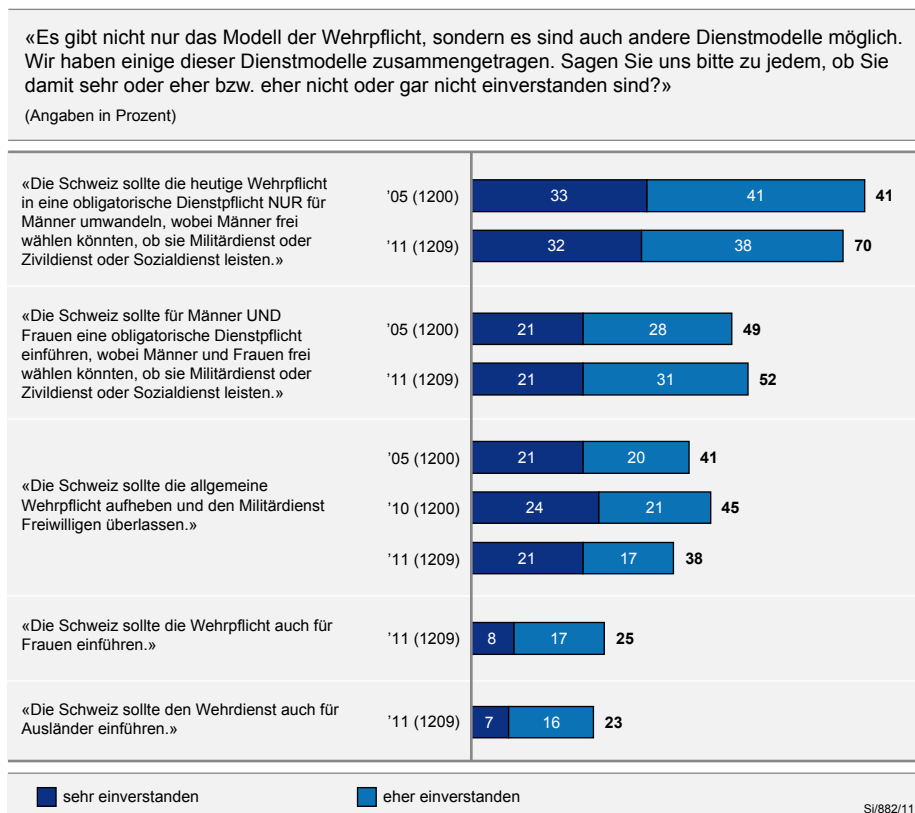
Mit der Präsentation des Sicherheitspolitischen Berichtes 2010 und des Armeebereiches 2010 hat sich die öffentliche Debatte zur Zukunft der Schweizer Armee und des damit verbundenen Wehrmodells wieder akzentuiert. Parteien, ParlamentarierInnen, politische Gruppierungen und die Medien skizzierten im Verlaufe des Jahres 2010 neue Vorstellungen und Vorschläge. Die von der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) am 6. Juli 2010 gestartete Unterschriftensammlung zu ihrer Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» zeigt dies exemplarisch. In der Folge wurden in der Öffentlichkeit alternative Formen der Dienstleistung zur Wehrpflicht vertieft diskutiert.

Wehrpflichtarmeen verlieren im gesamteuropäischen Rahmen zunehmend an Bedeutung. Durch die Verkleinerung der Bestände aufgrund eines gesunkenen militärischen Personalbedarfs kann die Wehrgerechtigkeit unterhöhlt werden, was in einigen Staaten zu einem Grund für die schwindende Akzeptanz der allgemeinen Männerdienstpflicht wurde. Seit dem Ende des Kalten Krieges haben die meisten europäischen Staaten im Zuge der Transformation der Streitkräfte die Wehrpflicht ausgesetzt (vgl. Szvircsev Tresch 2005; Werkner 2006). Jüngste Beispiele dafür sind Schweden (Wehrpflicht ausgesetzt auf den 1. Juli 2010), Serbien (auf Beginn 2011) und Deutschland, das auf Mitte 2011 ebenfalls zu einem Freiwilligenheer übergehen wird. Andere Alternativen zur Wehrpflicht als die Freiwilligenarmee wurde in den europäischen Staaten – wenn überhaupt – nur rudimentär diskutiert und schnell beiseitegelegt. In der Schweiz gehen bei einigen politischen Parteien und Gruppierungen die Bestrebungen in eine andere Richtung. Beispielsweise wird darüber diskutiert, die heute auf den militärischen Dienst beschränkten Verpflichtungen auf

eine allgemeine Dienstpflicht auszudehnen. Junge Männer könnten dann – teilweise unter Beibehaltung des Armeeprimats – zwischen Militär-, Zivil- oder Sozialdienst wählen (vgl. Haltiner & Szvircsev Tresch 2005, Haltiner, Wenger & Würmli 2007).

Wie steht nun die Schweizer Bevölkerung zu fünf von uns vorgegebenen alternativen Modellen? Das Meinungsbild zu einer gänzlich auf Freiwilligkeit basierenden Armee wurde schon im Abschnitt 10.1. aufgezeigt. Befassen wir uns nun mit den Modellen «Wehrpflicht auch für Frauen», «Militärdienst auch für Ausländer», «Allgemeine Dienstpflicht nur für Männer» und «Allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen».

Abbildung 10.2
Zustimmung zu verschiedenen Dienstleistungsmodellen



Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht auch für Frauen

Eine Erweiterung der Wehrpflicht auch auf die weibliche Bevölkerung wird deutlich abgelehnt. Nur 25% sprechen sich dafür aus (siehe Abbildung 10.2 sowie Tabelle 10.4). Interessanterweise würden vor allem ältere Personen ein solches Modell signifikant mehr unterstützen (30%), wohingegen sich die jüngste Generation damit gar nicht anfreunden könnte (20%). Ein Unterschied lässt sich auch bei der politischen Einstellung festmachen: Die sich politisch links positionierenden Befragten sind «gar nicht» einverstanden mit einer Frauenwehrpflicht (eben so wenig sind sie mit der Wehrpflicht für Männer einverstanden). Hingegen sind jene, die für die Beibehaltung der Wehrpflicht sind, auch eher für die Frauenwehrpflicht.

Militärdienstleistung auch für die ausländische Wohnbevölkerung auf freiwilliger Basis

Noch weniger Support erhält die Idee, dass auch Ausländer – auf freiwilliger Basis – Militärdienst leisten könnten (23%). Diesem Vorschlag stehen nur Frauen überdurchschnittlich positiv gegenüber (27%), währenddessen die älteren SchweizerInnen (20%) und die politische Rechte (19%) unterdurchschnittliche Befürwortung zeigen.

Umwandlung der heutigen Wehrpflicht in eine obligatorische Dienstpflicht nur für Männer, wobei sie frei wählen könnten, ob sie Militärdienst, Zivildienst oder Sozialdienst leisten wollen

Seit 2005 wird im Rahmen dieser Studie die Einstellung der BürgerInnen zur allgemeinen Dienstpflicht für Männer erhoben. 70% (-4% gegenüber 2005) der befragten SchweizerInnen finden die Idee der allgemeinen Dienstpflicht für Männer «sehr» oder «eher» gut. Die bereits früher konstatierte hohe Befürwortung für die Idee der Ausweitung der Männerwehrpflicht in eine Männerdienstpflicht bestätigt sich auch 2011. Die Idee findet überdurchschnittlich Anklang bei Frauen (78%), wird aber unterdurchschnittlich gutgeheissen in der Deutschschweiz (66%), bei Personen, die sich selbst politisch rechts positionieren (64%) und bei solchen mit höherem Bildungsstand (64%). Auch WehrpflichtanhängerInnen lehnen diesen Vorschlag häufiger ab (61%).

Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer und Frauen mit freier Wahl für Militärdienst, Zivildienst oder Sozialdienst

Der Einbezug von Frauen in eine obligatorische Dienstpflicht mit freier Wahl der Dienstart findet eine knappe mehrheitliche Zustimmung (52%, +3% gegenüber 2005). Deutliche Zustimmung findet der Vorschlag bei den ab 60-Jährigen (56%); eventuell darum, weil sie der Auffassung sind, dass alle SchweizerInnen einen Bei-

trag für die Allgemeinheit leisten sollten. Deutlich unter dem Mittel billigen die DeutschschweizerInnen (46%) und Personen mit einer selbstbekundeten rechten politischen Einstellung (44%) diese Vorgabe.

Tabelle 10.4

Korrelationen zwischen Dienstmodellen, Einschätzung der Wehrpflicht, Vertrauen in Berufsarmee und individuellen Merkmalen 2011

	Weiblich	Deutschschweiz	Je älter	Je höher gebildet	Je politisch rechter eingestellt
	CC	CC	Y	Y	Y
Wehrpflicht Frauen			+		+
Allgemeine Dienstpflicht nur Männer	++	-		-	-
Allgemeine Dienstpflicht Männer und Frauen		-	+		-
Militärdienst für Ausländer	+		-		-
Wehrpflicht abschaffen		-	--	+	--
Vertrauen in Freiwilligenarmee		-	-		

- + schwache, positive Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.1–0.2
- ++ mässig schwache, positive Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.2–0.3
- +++ mittlere positive Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.3–0.4
- schwache, negative Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.1–0.2

10.4 Vertrauen in eine Freiwilligenarmee

In Bezug auf das Vertrauen in eine Freiwilligenarmee ist die Bevölkerung gespalten: 51% würden einer Freiwilligenarmee «sehr» oder «eher» vertrauen, 46% würden einer solchen «eher nicht» oder «überhaupt nicht» vertrauen. Das Vertrauen in eine Freiwilligenarmee ist konsequenterweise bei den AnhängerInnen einer Milizarmee signifikant geringer als bei den BefürworterInnen einer Berufsarmee (39% versus 64%). Zudem sind auch DeutschschweizerInnen (45%, siehe Tabelle 10.4) und ältere Befragte (44%) skeptischer gegenüber einer Freiwilligenarmee eingestellt.

Fazit: In der Frage Wehrpflicht oder Freiwilligkeit ist die Bevölkerung gespalten, was im Übrigen auch auf das Wehrmodell Miliz- versus Berufsarmee zutrifft. Die grössten Differenzen im Zustimmungsgrad zeigen sich nach politischer Orientierung und nach Alter sowie zwischen der Deutsch- und der Westschweiz. Zum Teil sind diese Differenzen so gross, dass von klar trennbaren Meinungsbildern gesprochen werden muss. Einer Freiwilligenarmee würde nur die Hälfte der Stimmbewölkerung vertrauen. Alternative Dienstmodelle zur jetzigen Milizarmee auf

Wehrpflichtbasis haben einen schweren Stand. Die Wehrpflicht für Frauen und ein freiwilliger Militärdienst für Ausländer werden klar abgelehnt. Die Variante einer auch die Frauen einbeziehenden allgemeinen Dienstpflicht spaltet die Bevölkerung ebenfalls in zwei gleich grosse Lager. Nur die allgemeine Männerdienstpflicht findet bei den SchweizerInnen eine klare und beachtlich hohe Zustimmung. Ausdruck dieser öffentlichen Meinung dürfte sein, dass der Dienst an der Gemeinschaft nicht nur im Militärischen gesehen und geschätzt wird, sondern sich auch auf weitere Bereiche des öffentlichen Lebens ausdehnt. Welche Konsequenzen (z.B. finanzieller und administrativer Art) sich aus der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht ergeben würden, wurde hingegen nicht in die Frage aufgenommen. Ob die ideelle und allgemeine Zustimmung bei Berücksichtigung dieser Faktoren ebenfalls so hoch ausfallen würde, kann mit den Daten dieser Studie nicht aufgezeigt werden.

11 Militärische Weiterbildung und Prestigewert einer Milizkaderposition

Das Milizmodell lässt sich in der Schweiz nur solange und nur in dem Masse aufrechterhalten, als sich genügend partizipationswillige Wehrpflichtige für die Übernahme einer Kaderposition finden lassen. Die Frage des Wertes einer Milizkarriere ist insofern von grosser Bedeutung, als ein angemessenes Prestige der militärischen Kaderposition in der Schweizer Stimmbevölkerung eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass sich überhaupt genügend Freiwillige für Kaderpositionen in der Miliz finden lassen. Denn nur bei genügend grossem Ansehen der Armee in der Öffentlichkeit werden junge Erwachsene bereit sein, sich für den militärischen Beförderungsdienst zu entscheiden, und zugleich werden sie eher Unterstützung an ihrem zivilen Arbeitsplatz und ihrem sozialen Umfeld erfahren.

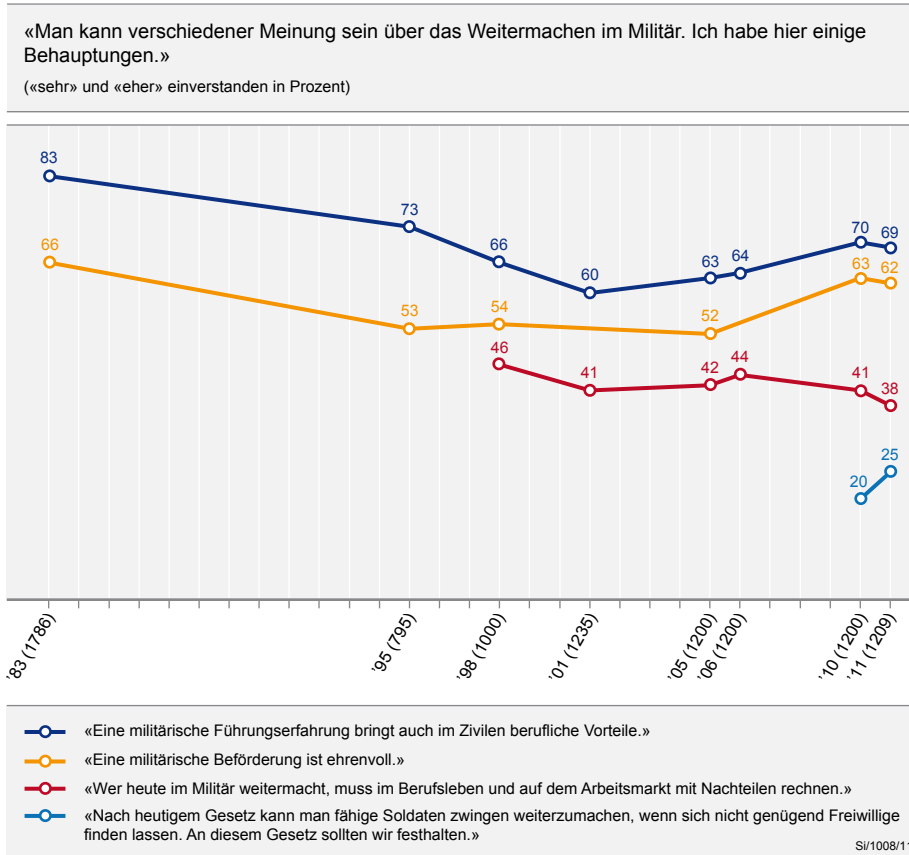
Eine klare Mehrheit der Bevölkerung ist der Meinung, dass ein zusätzliches Engagement im Militär, das über den obligatorischen Dienst als Soldat hinausgeht, auf Freiwilligkeit basieren müsse. Nur eine Minderheit von 25% (+5%, siehe Abbildung 11.1) findet, dass am Gesetz, fähige Leute zum Weitermachen zwingen zu können, falls sich zu wenige Freiwillige melden, festgehalten werden soll. Zwar bestehen bei dieser Frage soziodemographische Unterschiede. So befürworten Männer, sich politisch rechts Einstufende sowie ältere Personen stärker einen Zwang zum Weitermachen. Doch in keiner dieser Gruppen ist der Anteil der Personen, die an diesem Gesetz festhalten möchten, höher als ein Drittel der Befragten. Vor allem Personen, die eine militärische Bedrohung für die Schweiz als gross einschätzen ($CC=0.27$), die ein höheres Vertrauen in die Armee haben ($CC=0.32$), die die Armee als wichtig ($CC=0.40$) und als notwendig erachten ($CC=0.38$) und ihr auch eine Verteidigungsfähigkeit attestieren ($CC=0.35$), generell zufrieden mit den Leistungen der Armee sind ($CC=0.37$) und Befragte, die die Miliz als das richtige Modell für die Schweiz betrachten ($CC=0.20$), befürworten dieses Gesetz überdurchschnittlich stark.

Entgegen der Vermutung nimmt das Prestige des Milizkaders in der Bevölkerung nicht kontinuierlich ab, sondern ist, wie schon letztes Jahr, im Vergleich zu der Erfassung der Einstellung der SchweizerInnen zur militärischen Kaderausbildung in den Jahren 2001 bis 2005 sogar signifikant gestiegen (siehe Abbildung 11.1). Die Pro-Argumente einer militärischen Weiterbildung überwiegen in der Zustimmung deutlich die Contra-Argumente.

Die zivile Verwertbarkeit der militärischen Karriere – im Speziellen der Führungserfahrung – wird mit 69% (-1%) als vorhanden gesehen. Das in früheren Erhebungen (vgl. Haltiner 1998) wichtigste Karrieremotiv – der zivile Nutzen des Weitermachens – wird nach wie vor positiv bewertet. Generell kann wiederum festgestellt werden, dass eine positive Bewertung des Weitermachens mit einer allgemein positiven Einschätzung der Schweizer Armee einhergeht. Überdurchschnittlich stark sehen politisch sich rechts positionierende Befragte (80%) einen positiven Nutzen der militärischen Führungserfahrung für das Zivilleben (siehe auch Tabelle 11.1). Skeptisch eingestellt sind Personen mit einer höheren Bildung (64%). Der bis anhin feststellbare Altersunterschied, d.h. die höhere Zustimmung seitens älterer Befragter, lässt sich 2011 nicht mehr ausweisen.

Auch das Pro-Argument «Eine militärische Beförderung ist ehrenvoll» hat gegenüber den Werten von Mitte der neunziger Jahre deutlich an Unterstützung gewonnen und wird gleich hoch bewertet wie letztes Jahr (62%, -1%). Das Ehre-Argument wird nur nicht geteilt von Befragten, die sich politisch links einstufen (44%, +4%). Alle anderen soziodemographischen Gruppen teilen mehrheitlich die Vorstellung, dass eine militärische Karriere ehrenvoll sei, wobei DeutschschweizerInnen, ältere Personen und Befragte mit einem tieferen Bildungsabschluss dies überdurchschnittlich so empfinden. Es scheint, dass der militärische Beförderungsdienst nicht nur aus einer funktionalistischen Perspektive betrachtet wird, sondern dass darin auch gesellschaftlich wichtige Prestigeaspekte gesehen werden.

Abbildung 11.1
Einstellung zu den Beförderungsdiensten in der Armee



Dass das Weitermachen mögliche Nachteile auf dem Arbeitsmarkt nach sich ziehen könnte, glauben nur 38% (-3%). Dies ist der bis anhin tiefste gemessene Wert bei dieser Einstellungsfrage. Signifikant mehr männliche (44%) als weibliche (33%) Befragte stimmen dieser Einschätzung zu. Ob hier entsprechende negative Erfahrungen der männlichen Arbeitsbevölkerung einfließen, kann nur vermutet werden. Ansonsten bestehen keine weiteren Differenzen nach soziodemographischen Merkmalen.

Tabelle 11.1

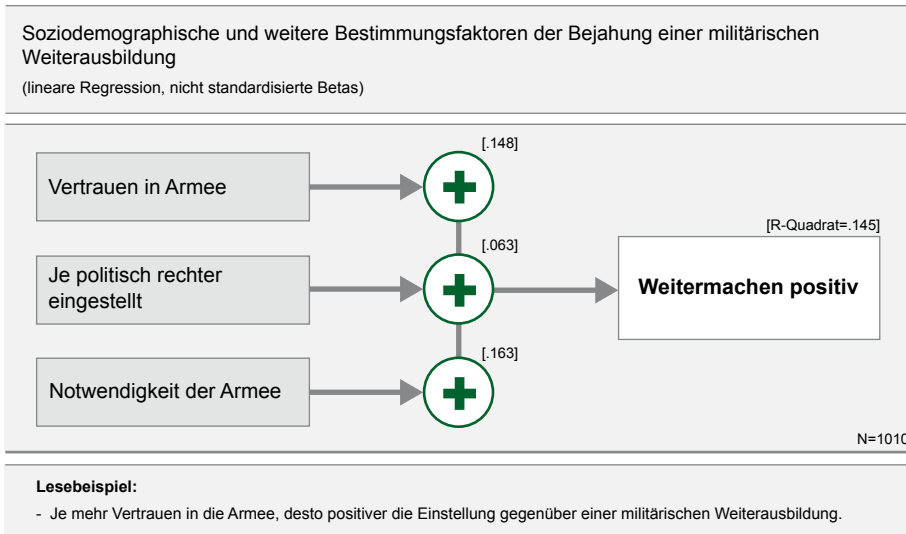
Korrelationen zwischen militärischer Weiterbildung und individuellen Merkmalen 2011

	Weiblich	Deutschschweiz	Je älter	Je höher gebildet	Je politisch rechter eingestellt
	CC	CC	Y	Y	Y
Militärische Führungserfahrung bringt Vorteile				-	++
Militärische Beförderung ehrenvoll		+	+	-	++
Nachteile auf dem Arbeitsmarkt	-				

- + schwache, positive Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.1–0.2
- ++ mässig schwache, positive Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.2–0.3
- +++ mittlere positive Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.3–0.4
- schwache, negative Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.1–0.2
- mässig schwache, negative Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.2–0.3

Welche soziodemographischen und weiteren Faktoren sich positiv auf die Befürwortung einer militärischen Weiterausbildung auswirken, kann anhand einer Regressionsanalyse berechnet werden (siehe Abbildung 11.2). Dazu wurde ein Index aus den Items «militärische Führungserfahrung bringt Vorteile» und «militärische Weiterausbildung ist ehrenvoll» dahingehend gebildet, dass eine positive Einstellung dann vorliegt, wenn beide Aussagen bejaht werden. Eine durchwegs positive Sichtweise lässt sich bei 53% der gültigen Fälle feststellen. Dies ist exakt der gleiche Wert wie im Jahr 2010, als dieser Index zur Frage des Weitermachens das erste Mal gebildet wurde. In der multivariaten Analyse beeinflusst nur die politische Ausrichtung die Einstellung zum Weitermachen: Personen mit einer selbstbekundeten politisch rechten Meinung stehen signifikant stärker hinter der Kaderausbildung. Positiv beurteilt wird die militärische Weiterausbildung vor allem von Personen, die Vertrauen in die Armee bekunden und die Notwendigkeit des Militärs sehen.

Abbildung 11.2



Um den Prestigewert einer militärischen Kaderausbildung darstellen zu können, interessiert, inwiefern Personen aus dem sozialen Umfeld eines potenziellen Kaderanwärters eine solche empfehlen würden. 57% der Befragten (-6%) würden im Jahr 2011 einem Bekannten auf die Frage, ob er weitermachen solle, eine positive Empfehlung geben (siehe Tabelle 11.2). Der gesellschaftliche Prestigewert einer Militärkarriere war 1983 und 1995 leicht, aber signifikant höher als im Jahr 2011. Besonders selten wurde im Jahr 2001 eine militärische Kaderausbildung empfohlen. Der gesellschaftliche Prestigewert einer Militärkarriere hat sich zwar gegenüber dem letzten Jahr verringert, doch diese Veränderung ist statistisch nicht signifikant. Nach wie vor ist aber das Meinungsbild bei den Befragten nicht gefestigt, denn der Anteil jener, die ihrem Bekannten «auf jeden Fall annehmen» empfehlen würden, ist deutlich geringer als der Anteil jener, die «eher annehmen» nennen würden. Dies deutet auf eine indifferente Meinungsbildung bezüglich des Weitermachens hin. Auch fällt wieder der beträchtliche Teil der Befragten auf, die diese Frage nicht beantworten konnten («weiss nicht»/ keine Antwort; 19%, +9%).

Tabelle 11.2

Weitermachen: Prestige einer militärischen Kaderausbildung

«Ein Bekannter von Ihnen ist gegenwärtig in der Rekrutenschule. Er hat den Vorschlag bekommen im Militär weiterzumachen*. Er wünscht Ihren Rat, wie er sich entscheiden soll. Empfehlen Sie ihm...?»						
(Angaben in Prozent)						
* bis 2010: Er ist vorgeschlagen worden, sich zum Korporal/Leutnant ausbilden zu lassen.						
	1983	1995	1998	2001	2010	2011
Auf jeden Fall annehmen	23	25	19	18	15	14
Eher annehmen	43	37	43	36	48	43
Total annehmen	66	62	62	54	63	57
Eher ablehnen	8	13	16	16	18	17
Auf jeden Fall ablehnen	5	6	8	11	9	7
Total ablehnen	13	19	24	28	27	24
Weiss nicht/keine Antwort	21	19	14	19	10	19

Knapp die Hälfte der Altersgruppe der 18–29-Jährigen (47%, +5%) und eine Minderheit der politisch links Eingestellten (39%, ±0%) empfehlen die Annahme einer Kaderempfehlung. Hingegen ist die Unterstützung bei den ab 60-Jährigen (62%, –12%) und der politischen Rechten überdurchschnittlich vorhanden (66%, –8%). Allerdings zeigt sich, dass ihre positive Einstellung gegenüber 2010 deutlich abgenommen hat. Personen, die heutzutage eine militärische Bedrohung der Schweiz als gross erachten ($CC=0.28$) sowie SchweizerInnen, die überdurchschnittlich stark an die Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee glauben ($CC=0.41$), würden signifikant öfter die Empfehlung abgeben, den Vorschlag anzunehmen. Auch das Vertrauen in die Armee und die Beurteilung derer Wichtigkeit beeinflussen die Kaderempfehlung: Je stärker die Befragten der Armee vertrauen bzw. je wichtiger sie die Armee für die Schweiz erachten, umso eher wird zur Annahme einer Kaderposition empfohlen ($CC=0.48$ bzw. $CC=0.52$). Am deutlichsten ist der Unterschied zwischen Befragten, welche die Armee als notwendig erachten und jenen, die diese Notwendigkeit bestreiten ($\gamma=0.58$). Dabei zeigt sich: Je notwendiger die Armee gesehen wird, desto eher wird der Ratschlag erteilt, den Vorschlag anzunehmen. Einer Kaderempfehlung stehen auch Befragte, die der Armee eine zentrale Rolle im schweizerischen Leben zubilligen, positiver gegenüber als jene, die die Armee als notwendiges Übel betrachten oder diese abgeschafft sehen wollen ($CC=0.46$).

Fazit: Der gesellschaftliche Prestigewert einer Militärkarriere scheint nach wie vor in der Gesellschaft vorhanden zu sein. Funktionale Aspekte einer militärischen Beförderung (z.B. Führungserfahrung) werden gegenüber traditional-emotionalen Faktoren einer Weiterausbildung (z.B. Ehre) als wichtiger erachtet. Allerdings kann die militärische Weiterausbildung für vier von zehn SchweizerInnen auch zu

möglichen Nachteilen im Berufsleben führen. Insofern ist es konsequent, dass ca. sechs von zehn Personen einem guten Bekannten empfehlen würden, im Falle eines Kadervorschlages diesen anzunehmen. Die Wahrnehmung, dass eine Milizkarriere mit beruflichen Nachteilen verknüpft sei, ist seit 1998 im Mittel konstant geblieben, auch wenn tendenziell immer weniger Befragte diese Auffassung vertreten.

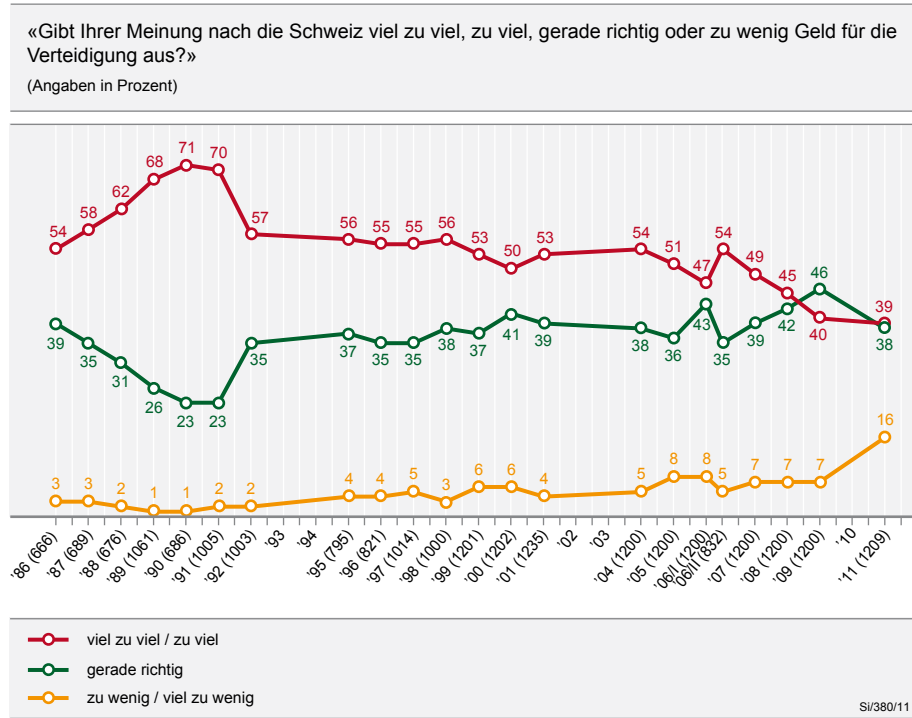
12 Verteidigungsausgaben

Die SchweizerInnen sind gegenüber der Höhe der Verteidigungsausgaben kritisch eingestellt. Im langjährigen Trend erachtet die Mehrheit der Befragten die Verteidigungsausgaben als zu hoch. Dieser Trend schwächt sich allerdings seit einigen Jahren ab. 1991 kann diesbezüglich als das Jahr des Trendbruchs bezeichnet werden, denn von 1986 bis 1991 stieg die Gruppe der Befragten, die glaubten, es würde «zu viel» für die Verteidigung ausgegeben, rasch und stetig an. Am Wendepunkt hielten 70% der SchweizerInnen die Ausgaben für zu hoch. Seit 1992 steigt unter den Befragten die Auffassung kontinuierlich, das Verteidigungsbudget sei «gerade richtig» bemessen, und der Anteil der Personen, die angeben, es werde «zu viel» ausgegeben, sinkt zunehmend. 2011 sind 39% (-1%) dieser Meinung und 38% der SchweizerInnen halten die Ausgaben für «gerade richtig» (-8%, siehe Abbildung 12.1). Hervorzuheben ist, dass noch nie seit Beginn dieser Erhebungsreihe im Jahr 1986 so viele Befragte wie im Januar 2011 angaben, die Schweiz gebe «zu wenig» (14%) oder «viel zu wenig» (2%) Geld für die Verteidigung aus. Im Vergleich zur letztmaligen Erhebung im Jahr 2009 hat sich dieser Anteil von 7% auf 16% mehr als verdoppelt. Dies ist seit Messbeginn der höchste Anteil an Personen, welcher der Meinung ist, es werde zu wenig Geld für die Verteidigung ausgegeben.

Wichtig bei der Einschätzung der Höhe der Verteidigungsausgaben ist die politische Einstellung der Stimmbevölkerung. 70% (+7%) der politisch links Orientierten sind für einen Abbau der Ausgaben, während die sich als politisch rechts bezeichnenden Befragten nur zu 29% (+2%) Einsparungen fordern (CC=0.35). Auch ein Generationenunterschied lässt sich feststellen. Die ab 60-Jährigen schätzen die Verteidigungsausgaben als gerade richtig oder zu tief ein, während die jungen SchweizerInnen mehrheitlich (56%) weiterhin sparen möchten. Männer vertreten ebenfalls überdurchschnittlich die Auffassung, es werde zu wenig Geld für die Verteidigung ausgegeben. Die Meinung, ob die Verteidigungsausgaben zu hoch oder zu tief sind, hängt unmittelbar mit dem Bild der Armee zusammen. Befragte, die der Armee vertrauen ($\gamma=0.37$), diese für wichtig halten ($\gamma=0.63$), an die Verteidigungsfähigkeit glauben ($\gamma=0.36$) und mit den Leistungen der Armee zufrieden sind ($\gamma=0.40$), sehen kein Sparpotenzial. Sehr starke Unterschiede zeigen sich auch zwischen Personen, die die Armee für notwendig halten, und den SchweizerInnen, die dies nicht tun ($\gamma=-.71$).

Abbildung 12.1

Allgemeine Einstellung zu den Verteidigungsausgaben



Fazit: Die im letzten Jahr seitens der Armee immer wieder geäußerte Sorge, dass mit den zur Verfügung gestellten finanziellen Ressourcen die Aufträge der Armee nicht mehr vollumfänglich abgedeckt werden können, scheint das Meinungsbild der Bevölkerung beeinflusst zu haben. Noch nie sprachen sich so viele Personen dahingehend aus, dass für die Verteidigung zu wenig Geld zur Verfügung stehe. Dieser Anteil hat sich gegenüber den Jahren zuvor mehr als verdoppelt.

Literaturhinweise

Verwendete Literatur

- Bacher, J. (1994). Clusteranalyse. München: Oldenbourg.
- Backhaus, K., Erichson, B., Plink, W., Weiber, R. (1990). Multivariate Analysemethoden: Eine anwendungsorientierte Einführung. Berlin: Springer.
- Bennett, J. (2005). Fitting Security into the Swiss Value Landscape. Personal and social Security Concerns in Switzerland. Bern: Peter Lang.
- Bortz, J. (1984). Lehrbuch der empirischen Forschung. Berlin: Springer.
- Bortz, J. (1993). Statistik für Sozialwissenschaftler. Berlin: Springer.
- Bortz, J., Döring, N. (2002). Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler (3. überarbeitete Auflage). Berlin: Springer.
- Bulmahn, T. (2010). Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in Deutschland: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung Oktober/November 2009 (Kurzbericht). Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Furger, M., Mijuk, G. (2011). Zurück zu alten Werten. NZZ am Sonntag, 20.02.2011, 26-27.
- Groves, R.M. (2006). Nonresponse Rates and Nonresponse Bias in Household Surveys. Public Opinion Quarterly, Vol. 70, No.5, 646-675.
- Hagenbüchle, W. (2010). Raserurteile scharf genug? NZZ Online, 27. 11. 2010, http://www.nzz.ch/nachrichten/startseite/truegerische_sehnsucht_nach_richterlicher_haerte_1.8169014.html (15.04.2011)
- Haltiner, K.W., Szvircev Tresch, T. (2005). Bürgerheer wohin? Alternative Wehrformen in der aktuellen politischen Diskussion. Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 2005. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, U., Würmli, S. (2007). Allgemeine Dienstpflicht: Leitbild oder Schnee von gestern? Zürich: MILAK Schriftenreihe Nr. 8.
- Luhmann, N. (1968). Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart: Ferdinand Enke.

- Meyer, R., Haltiner, K. W., Hofer, R., Iff, H., Rüegg, W. (1982). Fragen an die Zukunft. Die Bedeutung von Beruf, Bildung und Politik für die zwanzigjährigen Schweizerinnen und Schweizer. Aarau und Frankfurt am Main: Sauerländer.
- Szvircev Tresch, T. (2005). Europas Streitkräfte im Wandel: Von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft. Eine empirische Untersuchung europäischer Streitkräfte 1975 bis 2003. Dissertation, Universität Zürich, Zürich.
- Werkner, I.J. (2006). Wehrpflicht oder Freiwilligenarmee? Wehrstruktur im europäischen Vergleich. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Quellenhinweise zu den Daten der Erhebungsreihe «Sicherheit»

- Buri, Ch., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1991). Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1994). Sicherheit '94. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1995). Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr.1. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1996). Sicherheit '96. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 3. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1998). Sicherheit '98. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 4. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Anker, H. (1986). Die Bürger und seine Verteidigung: Sicherheitspolitische Meinungsbilder in der Schweiz. Auswertung einer Repräsentativbefragung. Bern: Institut für Soziologie, Universität Bern.
- Haltiner, K.W., Gut, H. (1990). Nachbefragung zur Abstimmung vom 26.11.1989; Initiative «Schweiz ohne Armee»: Abstimmungsmotive und sicherheitspolitische Meinungstrends – eine erste Auswertung. Unterbözberg: Militärwissenschaftliche Arbeitsgruppe des Ausbildungschefs Armeestabteil 360.1.

- Haltiner, K.W., Bertossa, L. (1993). Stand der Sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung: Eine Untersuchung am Beispiel der Wehrpolitischen Initiativen. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1994). Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1996). Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität. Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 38. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1997). Sicherheit '97. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 42. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner K.W., Wenger A., Bennett J., Szvircev T. (1999). Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev, T. (2000). Sicherheit 2000 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev, T. (2001). Sicherheit 2001 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev, T. (2002). Sicherheit 2002 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev Tresch, T. (2003). Sicherheit 2003 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.

- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev Tresch, T. (2004). Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Szvircev Tresch, T., Würmli, S. (2005). Sicherheit 2005 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Szvircev Tresch, T., Würmli, S. (2006). Sicherheit 2006 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Würmli, S., Wenger, U. (2007). Sicherheit 2007 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Würmli, S., Wenger, U., Lipowicz, A. (2008). Sicherheit 2008 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Birmensdorf: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Meyer, R. (1976). Befragung über Werte und Wertordnungen in der Schweizer Bevölkerung. Unveröffentlichte Randauszählung. Bern: Soziologisches Institut der Universität Bern.
- Riklin, A., Frei, Ch. (1986). Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung». Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A., Laggner, B. (1988). Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung». Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A., Hafen, Th. (1990). Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung». Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Pletscher M., Wenger U. (2009). Sicherheit 2009 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Birmensdorf: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.

Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Bisig, E. (2010). Sicherheit 2010 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.

ANHANG I

I Die Qualität der Variablen¹

Eine Menge von Objekten, die mittels einer Zahl dargestellt werden können, wird als Skala bezeichnet. Je nachdem, welche Eigenschaften und Beziehungen der Zahlen auf die Menge der Objekte sinnvoll übertragbar sind, werden Skalen von verschiedenem Niveau unterschieden. In der Statistik wird vom Skalenniveau der Variablen oder der Merkmale gesprochen.

Eine Skala, die nur Identifikationen, nicht aber eine Zählung zulässt, heisst *Nominalskala* (z.B. Automarke, Beruf); eine, deren Zahlen lediglich «grösser-kleiner»-Relationen abbilden, *Ordinalskala* (z.B. militärische Grade, Bildungsgrade). Eine Skala, bei der gleiche Zahlendifferenzen auch gleiche Merkmalsdifferenzen repräsentieren, wird als *Intervallskala* bezeichnet (z.B. Körpertemperatur, Metermass).

II Korrelationen und Koeffizienten²

Zusammenhangsmasse sind wichtige Instrumente der beschreibenden Statistik. Als geeignete Masse haben sich so genannte Korrelationskoeffizienten erwiesen, die Werte zwischen 0 und 1 annehmen können, wobei Werte nahe bei 0 auf einen geringen, Werte nahe bei 1 auf einen engen Zusammenhang hinweisen.

Viele Korrelationskoeffizienten geben zusätzlich noch die Richtung des Zusammenhangs an, indem sie positive Werte annehmen, wenn sich die beteiligten Variablen gleichläufig verhalten, oder negative, wenn sich die Variablen gegenläufig verhalten. Stimmt also beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die der Frage A zustimmt, auch der Frage B zu, und lehnen gleichzeitig diejenigen, die Frage A ablehnen, auch Frage B mehrheitlich ab, spricht man von einem positiven Zusammenhang. Eine negative Korrelation ergäbe sich dann, wenn die Personen, die A zustimmen, B mehrheitlich ablehnen und umgekehrt.

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Korrelationskoeffizienten, die sich für unterschiedliche Arten der Fragestellung und Beschaffenheit der Daten eignen. In dieser Studie werden als Masse für nominalskalierte Variablen (Merk-

1 Nach Bortz (1984) und Bortz & Döring (2002).

2 Nach Bortz (1984), Bortz & Döring (2002), Meyer et al. (1982).

male, die sich nur qualitativ voneinander unterscheiden lassen, wie z.B. die Staatszugehörigkeit, die Religion oder der Beruf) und ordinalskalierte Variablen (d.h. solche mit Rangcharakter, wie z.B. «grösser als...» oder «wichtiger als...») der so genannte Kontingenzkoeffizient (CC), der Gamma-Koeffizient (γ) und Spearmans-Koeffizient (ρ) verwendet.

Der *Kontingenzkoeffizient*, abgekürzt CC, erfasst den Zusammenhang (die Assoziation) zweier nominalskalierter Merkmale. Der Wertebereich von CC variiert zwischen 0 und 1 (nur positive Koeffizienten). Dabei bedeutet 0 völlige Unabhängigkeit und 1 einen absoluten Zusammenhang zwischen den Merkmalen.

Der *Gamma-Koeffizient* (γ) und *Spearmans-Koeffizient* (ρ) gelangen zur Anwendung, wenn die zu analysierenden Variablen Ordinalcharakter aufweisen. Der Wertebereich des Gamma-Koeffizienten variiert zwischen -1 und $+1$.

Die *Produkt-Moment-Korrelation* (r), auch Pearson'scher-Koeffizient genannt, wird für Korrelationen intervallskalierter Variablen verwendet. Der Wertebereich variiert ebenfalls zwischen -1 und $+1$.

Signifikanz: Korrelationskoeffizienten sind ein Mass für den Zusammenhang zweier oder mehrerer Variablen. Dieser kann aber manchmal bloss zufälligen Charakter haben. Eine festgestellte Korrelation ist also in der Stichprobe gegeben, kann aber nicht auf die Grundgesamtheit übertragen werden. Anders ausgedrückt: Der Schluss von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit ist statistisch nicht gesichert. Konkret würde dies in unserem Fall bedeuten, dass eine Verallgemeinerung eines zwischen zwei Variablen gegebenen Zusammenhangs von unserer 1200-Personen-Stichprobe auf die Gesamtheit der schweizerischen Stimmbevölkerung unsicher ist. Ist die Verallgemeinerung von Merkmalen einer Untergruppe (Stichprobe) auf die Grundgesamtheit hingegen möglich, so ist der festgestellte Zusammenhang zwischen den Variablen signifikant. Dies wird in der Regel mit $p < 0.05$ (signifikanter Zusammenhang), $p < 0.01$ (sehr signifikanter Zusammenhang) oder $p < 0.001$ (hochsignifikanter Zusammenhang) ausgedrückt. Bei $p > 0.05$ ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Zusammenhang bloss zufällig ist, nicht mehr als gering zu veranschlagen.

III Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels χ^2 -Test

Der im Rahmen dieses Berichtes ebenfalls verwendete χ^2 -Test beruht auf dem $k \times l$ - χ^2 -Verfahren zur Überprüfung von Unterschiedshypothesen, wobei k die Zahl der zu vergleichenden Stichproben und l die Zahl der Ausprägungen des zu untersuchenden Merkmals bezeichnen (Bortz 1993, 160). Es wird geprüft, ob sich k voneinander unabhängige Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B in unterschiedlicher Weise verteilen. Ein signifikantes Ergebnis bedeutet, dass die

Unterschiede in der Verteilung von k unabhängigen Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit (in der Regel höchstens 5%) nicht durch Zufall zu Stande gekommen sind.

IV Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels t-Test

Anhand des t -Tests wird untersucht, ob die Differenz im Mittelwert zweier Stichproben zufällig für diesen Anteil der Grundgesamtheit zu Stande gekommen ist oder ob aus der Differenz in der Stichprobe auf eine Differenz in der Grundgesamtheit geschlossen werden kann. Der Mittelwert ist der Durchschnittswert aller Nennungen und errechnet sich durch die Summe aller genannten Werte, geteilt durch die Anzahl Nennungen.

V Die Clusteranalyse³

Die Clusteranalyse ist ein statistisches Datenreduktionsverfahren zur systematischen Klassifizierung von Objekten einer gegebenen Menge. Die durch eine bestimmte Anzahl von Merkmalen beschriebenen Objekte werden nach Massgabe ihrer Ähnlichkeit in Gruppen (Cluster) zusammengefasst, wobei die Cluster untereinander möglichst homogen und extern möglichst gut voneinander unterscheidbar sein sollen. Mit anderen Worten: Die Elemente eines Clusters sollen möglichst ähnlich sein, und jedes Element eines Clusters soll sich möglichst stark von den Objekten anderer Cluster unterscheiden. Ziel der Clusteranalyse ist es also, Gruppen so zu bestimmen, dass die Korrelationen der Variablen einer Gruppe zu den Variablen aller anderen Gruppen möglichst niedrig sind.

Es gibt zwei grosse Familien von clusteranalytischen Verfahren: die optimierenden und die hierarchischen. In der Regel muss bei den Ersteren eine Startgruppierung vorgegeben werden, d.h. das erste Objekt jedes Clusters (Startwert) und die Anzahl der gewünschten Cluster werden vorgegeben. Es wird dann versucht, diese Startgruppierung durch schrittweise Verschiebung jedes neu in Betracht gezogenen Objekts von einem Cluster zu einem anderen zu verbessern; man verfährt so lange, bis keine Verbesserung mehr möglich ist. Die ständige Verbesserung der Elementeverteilung ist der Vorteil der optimierenden gegenüber den hierarchischen Verfahren, bei welchen keine Startgruppierung notwendig ist.

Für unsere Berechnungen haben wir ein optimierendes Verfahren gewählt. Die Prozedur QUICK CLUSTER, welche auf dem K-Means-Verfahren basiert, eignet

3 Nach Bortz (1984) und Bacher (1994).

sich besonders bei grossen Fallzahlen. Es wird dabei wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die Startwerte für die Clusterzentren bestimmt. Im zweiten Schritt wird bei nur einem Durchgang durch die Daten nacheinander jeder Fall dem nächstgelegenen Clusterzentrum zugeordnet. Nach jeder Zuordnung wird die Lage des Clusterzentrums so neu berechnet und korrigiert, dass es zum Schwerpunkt der zugehörigen Fälle wird. Im dritten Schritt schliesslich werden die Fälle wiederum dem (verschobenen) Zentrum zugeordnet, das nunmehr am nächsten liegt. Unter einem Clusterzentrum hat man sich aber nicht ein konkretes, sondern nur ein künstliches Objekt vorzustellen. Die Clusteranalyse erzeugt zwei wichtige Informationen: Jedem einzelnen Clusterzentrum wird ein Wert zugeordnet, und jedes Objekt wird einem Cluster zugeteilt. Daraus ergibt sich die Clusterzugehörigkeit, die als eine neue Variable betrachtet werden kann, mit der sich arbeiten lässt.

VI Regressionsanalyse⁴

Die Regressionsanalyse dient zwei statistischen Fragestellungen: Einerseits wird sie zur Vorhersage einer erklärten Variable (abhängige Variable) durch erklärende Variablen (unabhängige Variable) angewandt. Es kann zum Beispiel untersucht werden, wie stark sich der Verkauf eines Produktes verändern wird, wenn die Ausgaben für die Werbung verdoppelt werden.

Andererseits werden anhand der Regressionsgleichung Ursache-Wirkung-Beziehungen untersucht. Es wird berechnet, wie gut sich die erklärte Variable durch die erklärenden beobachten lässt, d.h. welche Varianz durch letztere erklärt werden kann und welchen Beitrag die erklärenden Variablen zur Varianzaufdeckung der erklärten Variable beitragen. Wenn man also zum Beispiel wissen will, ob und wie gut sich die politische Partizipation durch die Bildung, durch das Elternhaus und durch das Vertrauen in die Politik erklären lässt, dann bedient man sich der Regressionsanalyse.

Wird zur Vorhersage einer erklärten Variable nur eine erklärende Variable ins Modell aufgenommen, wird von einer einfachen Regression gesprochen. Werden hingegen mehrere erklärende Variablen beigezogen, dann handelt es sich um eine multiple Regression.

Bei der Regressionsanalyse geht man i.d.R. von einem linearen Zusammenhang aus (je-desto-Beziehung) und im Gegensatz zur Korrelation, die einen ungerichteten Zusammenhang untersucht, wird bei der Regressionsanalyse aufgrund theoretischer Vorkenntnisse eine Richtung der Beziehung vorbestimmt.

⁴ Vgl. Backhaus et al. (1990).

Die Variablen der Regressionsgleichung müssen metrisch, d.h. mindestens intervallskaliert sein. Ist die erklärte Variable nominal- oder ordinalskaliert, wird eine logistische oder probit-Regressionsanalyse durchgeführt.

ANHANG II

I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung

Ein Verfahren zur Typenbildung von Personen mit verwandten Eigenschaften bietet die Clusteranalyse. Sie erlaubt es, Befragte mit einem weitgehend ähnlichen Einstellungsprofil zu Typen zusammenzufassen. Der eine Typ soll dabei zu Typen mit anderen Einstellungsprofilen möglichst wenig Ähnlichkeit aufweisen. Die Typenbildung erfolgt in einem Optimierungsprozess, d.h. es gibt mehr oder weniger optimale Lösungen (vgl. Anhang I, Abschnitt V).

Die hier vorgelegten Typenbildungen wurden erstmals mit den Daten des Jahres 1993 vorgenommen. Sie dienen seither als Grundlage für die Ermittlung dominanter Einstellungsmuster mit Blick auf die internationale Kooperationsbereitschaft und die Neutralitätsauffassung in der schweizerischen Bevölkerung.⁵

Im Folgenden sind die Zentren der berechneten Cluster der Typologien «internationale Kooperationsbereitschaft» und «Neutralitätsauffassung» für die Daten 2010 numerisch wiedergegeben (Tabellen I und III) und durch die Abbildungen A und B grafisch verdeutlicht. Für Vergleichszwecke werden ebenso die numerischen Clusterzentren der Daten 2010 abgebildet (Tabellen II und IV).

5 Wer sich für das theoretische Konzept der Typologie näher interessiert, sei auf den Jahresband «Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend» verwiesen (Haltiner & Spillmann 1994,15ff.).

Tabelle I

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2011 (Mittelwerte)

«Die Schweiz sollte...	Zentrum Cluster 1 («Harte Öffnung»)	Zentrum Cluster 2 («Weiche Öffnung»)	Zentrum Cluster 3 («Autonomisten»)
sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.»	2.03	3.50	3.77
sich der Nato annähern.»	2.34	2.53	3.27
sich aktiv für die Anliegen der Uno einsetzen.»	1.80	1.97	3.15
mehr in Konflikten vermitteln.»	1.80	1.79	2.78
mehr Entwicklungshilfe leisten.»	1.76	2.13	2.98
der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.»	2.40	1.46	2.13
politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.»	1.95	1.98	2.60
die Neutralität beibehalten.»	1.93	1.24	1.15
wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.»	2.57	1.65	1.56

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Tabelle II

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2010 (Mittelwerte)

«Die Schweiz sollte...	Zentrum Cluster 1 («Harte Öffnung»)	Zentrum Cluster 2 («Weiche Öffnung»)	Zentrum Cluster 3 («Autonomisten»)
sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.»	1.76	3.22	3.57
sich der Nato annähern.»	2.52	2.41	3.28
sich aktiv für die Anliegen der Uno einsetzen.»	1.79	2.01	3.08
mehr in Konflikten vermitteln.»	1.81	1.84	2.60
mehr Entwicklungshilfe leisten.»	1.76	2.11	2.84
der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.»	2.95	1.54	1.95
politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.»	2.09	1.88	2.64
die Neutralität beibehalten.»	1.95	1.23	1.23
wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.»	2.72	1.70	1.61

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung A

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2011 (Mittelwerte)

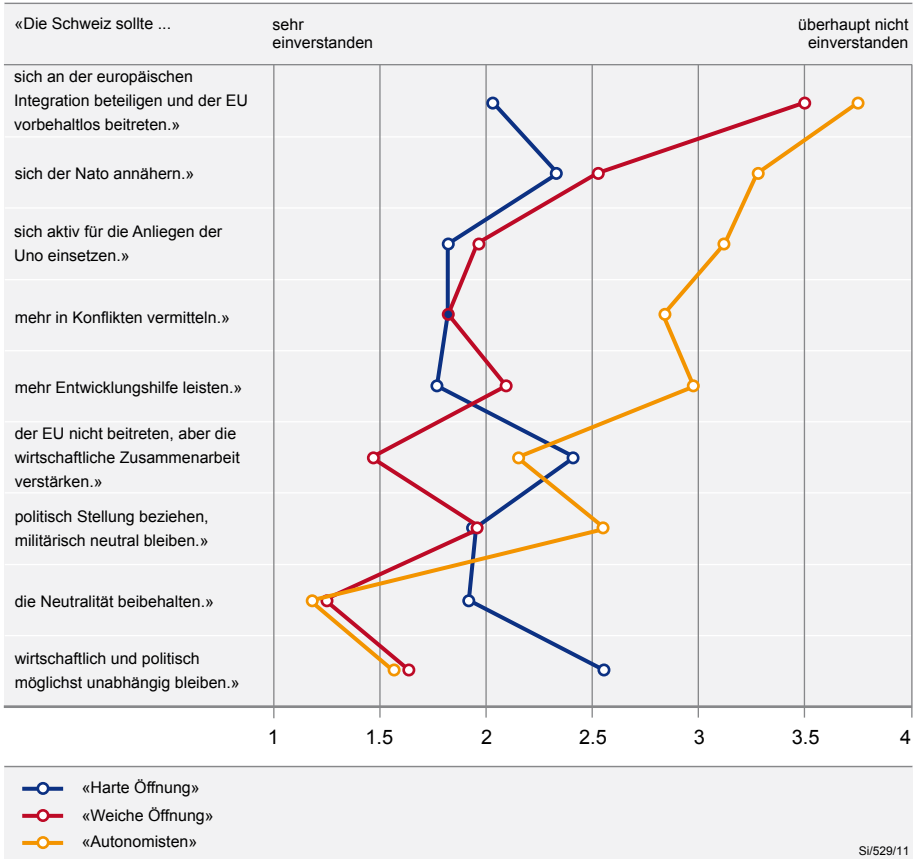


Tabelle III

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2011 (Mittelwerte)

	Zentrum Cluster 1 («Kritiker»)	Zentrum Cluster 2 («Pragmatiker»)	Zentrum Cluster 3 («Dissonante»)	Zentrum Cluster 4 («Traditionalisten»)
«Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.»	2.28	1.64	1.64	1.21
«Die Neutralität ist untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden.»	2.68	1.87	1.77	1.19
«Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte einbezogen.»	3.02	2.71	1.92	1.62
«Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.»	3.13	2.88	2.01	1.64
«Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.»	1.9	2.40	2.49	3.24
«Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.»	2.19	3.55	2.91	3.66
«Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.»	2.34	3.20	2.44	3.59
«Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.»	2.31	3.12	2.40	3.43

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Tabelle IV

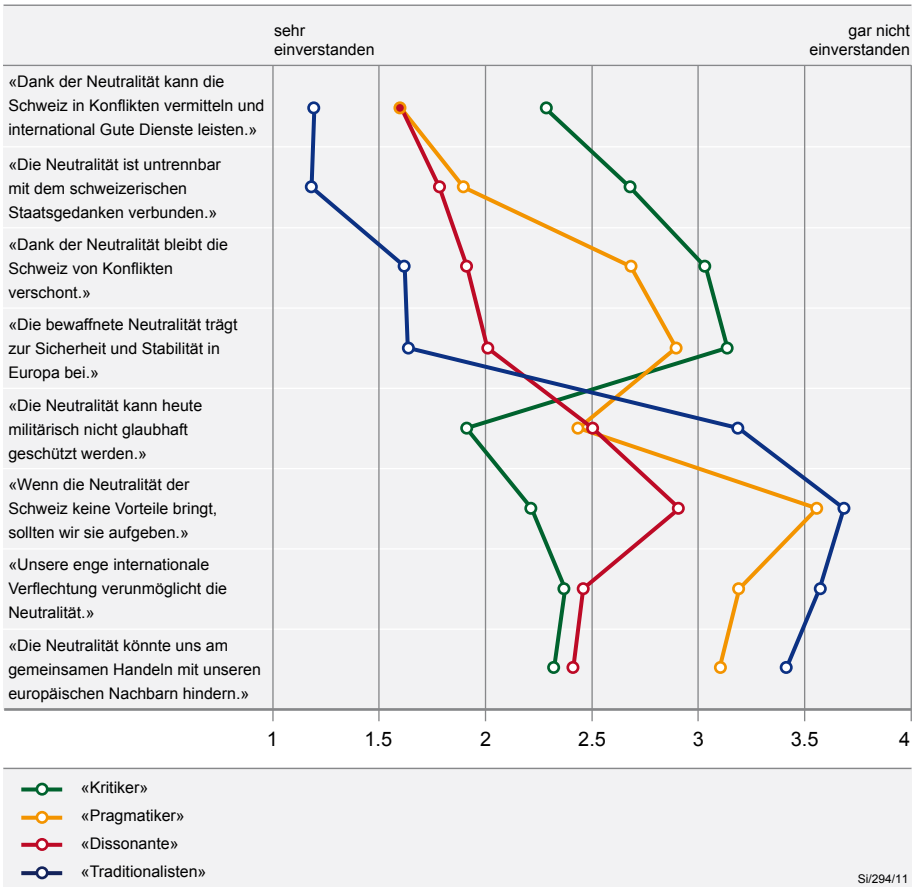
Typologie der Neutralitätsauffassungen 2010 (Mittelwerte)

	Zentrum Cluster 1 («Kritiker»)	Zentrum Cluster 2 («Pragmatiker»)	Zentrum Cluster 3 («Dissonante»)	Zentrum Cluster 4 («Traditionalisten»)
«Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.»	2.04	1.6	1.64	1.18
«Die Neutralität ist untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden.»	2.59	1.84	1.55	1.36
«Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte einbezogen.»	3.05	2.74	1.8	1.69
«Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.»	3.05	2.95	2.01	1.82
«Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.»	1.83	2.54	2.23	3.19
«Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.»	2.45	3.44	2.82	3.71
«Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.»	2.22	3.14	2.48	3.57
«Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.»	2.03	3.22	2.29	3.44

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung B

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2011 (Mittelwerte)



ANHANG III

SICHERHEIT 2011

FRAGEBOGEN UND HÄUFIGKEITSTABELLEN

Stichprobe:

17. Januar – 04. Februar 2011: Random-Quota-Verfahren, N=1209

Deutsche, französische und italienische Schweiz

Befragungsinstitut:

DemoSCOPE, Adligenswil

Sicherheit 2011

Mein Name ist ... von Demoscope

Wir führen im Auftrag vom Bund eine Befragung bei Stimmberechtigten durch zum Thema Sicherheit in der Schweiz, und ich möchte Sie fragen, ob Sie bereit wären, dazu einige Fragen zu beantworten? Das Interview dauert rund 30 Minuten.

Zunächst einige Frage für die Statistik.

S 1.

Wie viele in der Schweiz stimmberechtigte Personen (also Schweizer Bürgerinnen oder Bürger über 18 Jahre) leben normalerweise in Ihrem Haushalt? Rechnen Sie sich mit ein.

..... Personen

[INT: Untermieter, Pensionäre, Au Pair, Hausangestellte gelten auch als Haushaltsmitglieder, sofern sie:

1. bei Ihnen in Ihrem Haus / Ihrer Wohnung wohnen UND
2. mindestens eine Hauptmahlzeit pro Tag bei Ihnen zu Hause einnehmen UND
3. keinen eigenen Telefonanschluss haben.

Kinder, die zu Studienzwecken anderswo wohnen und nur am Wochenende zurückkehren, werden hingegen nicht dazu gezählt.]

S 2.

Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind?

... Jahre

S 3.

[INT: Geschlecht der befragten Person eingeben (nur im Zweifelsfalle fragen).]

Mann.....1
Frau2

S 4.

Sind Sie in der Schweiz stimm- und wahlberechtigt?

- ja1
- nein2
- > bei nein Abbruch!

Als Erstes stelle ich Ihnen jetzt einige allgemeine Fragen zum Thema Sicherheit.

Q 1.

Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?

Fühlen Sie sich:

- sehr sicher.....1
- eher sicher2
- eher unsicher3
- ganz unsicher4
- [INT. NICHT VORLESEN]
- weiss nicht8
- keine Antwort.....9

Q 2.

Woran denken Sie beim Begriff «Sicherheit». Können Sie mir spontan einige Stichwörter nennen?

.....

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht8
- keine Antwort.....9

Q 3.

Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?

- eher besser und entspannter.....1
- bleibt etwa so wie heute2
- eher düsterer und gespannter3
- [INT. NICHT VORLESEN]
- weiss nicht8
- keine Antwort.....9

Q 4.

Wenn Sie jetzt an die internationale Lage denken, für wie gross halten Sie eine militärische Bedrohung für die Schweiz zum jetzigen Zeitpunkt? Verwenden Sie bitte für diese Frage eine Skala von 1 bis 10. 1 bedeutet «überhaupt keine militärische Bedrohung» und 10 «eine sehr grosse militärische Bedrohung». Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
überhaupt keine militärische Bedrohung								sehr grosse militärische Bedrohung	

weiss nicht98
keine Angabe99

Q 5.

Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniesst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten.

[NUR 1 ANTWORT PRO ZEILE]

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
überhaupt kein Vertrauen								volles Vertrauen	

[INT. NICHT VORLESEN]

keine Antwort99

[REIHENFOLGE A - H ZUFALLSVARIIEREN]

Wie ist das mit ...

- A dem Bundesrat
- B dem Parlament in Bern
- C den Gerichten
- D der Polizei
- E der Armee
- F den Medien
- G der Schweizer Wirtschaft
- H den politischen Parteien

Q 6.

Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

- sehr optimistisch.....1
- eher optimistisch2
- eher pessimistisch3
- sehr pessimistisch.....4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht8
- keine Antwort.....9

Q 7.

Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden1
- eher einverstanden2
- eher nicht einverstanden3
- gar nicht einverstanden.....4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht8
- keine Antwort.....9

Für unsere Sicherheit ist es wichtig,....

[REIHENFOLGE A - C ZUFALLSVARIIEREN]

- I dass wir den Rechtsextremismus stärker als bisher bekämpfen.
- J dass wir den Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen, auch wenn dabei unsere persönliche Freiheit eingeschränkt werden muss.
- K dass wir den Linksextremismus stärker als bisher bekämpfen.

Q 8.

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?

Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden1
- eher einverstanden2
- eher nicht einverstanden3
- gar nicht einverstanden.....4

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht8
keine Antwort.....9

[REIHENFOLGE A - Q ZUFALLSVARIIEREN]

- A Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.
- B Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.
- C Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.
- D Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.
- E Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.
- F Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.
- G Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.
- H Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.
- I Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium von der Uno, anstreben.
- J Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen.
- K Die Schweiz kann die heutigen Sicherheitsprobleme nicht mehr allein lösen, sie können nur global gelöst werden.
- L Die Schweiz sollte der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.
- M Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten.
- N Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.
- O Die Schweiz sollte sich der Nato annähern.
- P Die Schweiz sollte der Nato beitreten.
- Q Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.

Nun kommen wir zu einem neuen Thema, der Schweizer Armee

Q 9.

Zuerst ganz allgemein gefragt: Wie wichtig ist es Ihnen, dass die Schweiz eine starke Armee hat? Verwenden Sie hierzu wieder eine Skala von 1 bis 10. 1 bedeutet «überhaupt nicht wichtig» und 10 «sehr wichtig». Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
überhaupt nicht									sehr
wichtig									wichtig

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht98
keine Angabe99

Q 10.

Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

viel zu viel.....	1
zu viel.....	2
gerade richtig.....	3
zu wenig.....	4
viel zu wenig.....	5

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht.....	8
keine Antwort.....	9

Q 11.

Glauben Sie, dass unsere Armee uns heute verteidigen kann? Glauben Sie sehr daran oder eher daran bzw. eher nicht daran oder gar nicht daran?

Glaube sehr daran.....	1
Glaube eher daran.....	2
Glaube eher nicht daran.....	3
Glaube gar nicht daran.....	4

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht.....	8
keine Antwort.....	9

Q 12.

Glauben Sie, dass die Armee bei Umweltkatastrophen im Inland genügend Hilfe leisten kann?

[INT. SKALA NICHT MEHR VORLESEN]

Glauben Sie sehr daran.....	1
Glauben Sie eher daran.....	2
Glauben Sie eher nicht daran.....	3
Glauben Sie gar nicht daran.....	4
weiss nicht.....	8
keine Antwort.....	9

Q 13.

Glauben Sie, dass die Armee uns vor Terroranschlägen schützen kann?

[INT. SKALA NICHT MEHR VORLESEN]

Glauben Sie sehr daran	1
Glauben Sie eher daran	2
Glauben Sie eher nicht daran.....	3
Glauben Sie gar nicht daran.....	4
weiss nicht	8
keine Antwort.....	9

Q 14.

Alles in allem, wie zufrieden sind Sie mit der Leistung der Schweizer Armee? Bitte geben Sie mir auf einer Skala von 1 bis 10 an, wie zufrieden Sie sind. 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht zufrieden sind, 10 bedeutet, dass Sie sehr zufrieden sind.

überhaupt nicht zufrieden.....	1
sehr zufrieden	10

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	98
keine Antwort.....	99

Q 15.

Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

Milizarmee auch in Zukunft genügend	1
Wir würden eine Berufsarmee brauchen	2

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Antwort.....	9

Q 16.

Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten.

Was finden Sie persönlich gut an der Wehrpflicht?

.....

Und was sonst noch?

nichts.....	97
-------------	----

weiss nicht	98
keine Antwort.....	99

Q 17.

Was finden Sie persönlich schlecht an der Wehrpflicht?

.....

Und was sonst noch?

nichts.....	97
weiss nicht	98
keine Antwort.....	99

Q 18.

Es gibt nicht nur das Modell der Wehrpflicht, sondern es sind auch andere Dienstmodelle möglich. Wir haben einige dieser Dienstmodelle zusammengetragen. Sagen Sie uns bitte zu jedem ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

«Die Schweiz sollte...

sehr einverstanden	1
eher einverstanden	2
eher nicht einverstanden	3
gar nicht einverstanden.....	4

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Antwort.....	9

[REIHENFOLGE A – E **NICHT** ZUFALLSVARIIEREN]

- A ...die Wehrpflicht auch für Frauen einführen.
- B ... den Militärdienst auch für Ausländer einführen.
- C ...die heutige Wehrpflicht in eine obligatorische Dienstpflicht NUR für Männer umwandeln, wobei Männer frei wählen könnten, ob sie Militärdienst oder Zivildienst oder Sozialdienst leisten.
- D ...für Männer UND Frauen eine obligatorische Dienstpflicht einführen, wobei Männer und Frauen frei wählen könnten, ob sie Militärdienst oder Zivildienst oder Sozialdienst leisten.
- E ... die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.

Q 19.

bleiben wir noch bei der letzten Frage. Wenn die Schweiz den Militärdienst Freiwilligen überlässt, würden Sie der Armee sehr oder eher bzw. eher nicht oder überhaupt nicht vertrauen?

- sehr vertrauen1
- eher vertrauen2
- eher nicht vertrauen3
- überhaupt nicht vertrauen4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht8
- keine Antwort.....9

Q 20.

Haben Sie schon einmal von den folgenden Auslandseinsätzen der Schweizer Armee gehört oder gelesen? Wie ist es mit dem Sind Ihnen da die wesentlichen Fakten bekannt oder einige Fakten bekannt, oder haben Sie davon gehört, wissen aber nichts Konkretes oder haben Sie davon noch nie gehört?

- Wesentliche Fakten bekannt1
- Einige Fakten bekannt2
- Schon davon gehört3
- Noch nie davon gehört4

[INT. NICHT VORLESEN]

- keine Antwort.....9

[REIHENFOLGE A – D ZUFALLSVARIIEREN]

Wie ist es mit ...

- A ... dem Einsatz der Swisscoy an der internationalen friedensunterstützenden Mission im Kosovo.
- B ... dem Einsatz von Schweizer Armeemitgliedern, um den Waffenstillstand zwischen Nord- und Südkorea zu überwachen.
- C ... dem Einsatz von Schweizer Militärbeobachtern in der Uno-Mission im Nahen Osten.
- D ...dem Einsatz von Schweizer Militärbeobachtern in der Uno-Mission in der Demokratischen Republik Kongo.

FALLS IN Q20-A CODE 1,2 oder 3, WEITER MIT Q21, REST ZU Q24

Q 21.

Was meinen Sie: Ist die Beteiligung der Swisscoy, nach allem was Sie darüber wissen, ein Erfolg oder eher ein Erfolg bzw. eher ein Misserfolg oder ein Misserfolg oder ist es weder ein Erfolg noch ein Misserfolg oder wissen Sie es nicht?

ein Erfolg.....	1
eher ein Erfolg.....	2
weder noch	3
eher ein Misserfolg.....	4
ein Misserfolg	5
weiss nicht	6
[INT. NICHT VORLESEN]	
keine Antwort.....	9

Q 22.

Was meinen Sie: Wie hat sich – nach allem was Sie darüber wissen – die bisherige Beteiligung der Swisscoy im Kosovo auf die folgenden Punkte ausgewirkt? Sehr positiv oder eher positiv bzw. eher negativ oder sehr negativ oder hat sie keine Auswirkung gehabt oder wissen Sie es nicht?

sehr positiv	1
eher positiv	2
eher negativ	3
sehr negativ.....	4
keine Auswirkungen	5
weiss nicht	6
[INT. NICHT VORLESEN]	
keine Antwort.....	9

[REIHENFOLGE A – J ZUFALLSVARIIEREN]

Wie hat sich der Einsatz der Swisscoy auf....ausgewirkt?

- A das Ansehen der Schweiz in der westlichen Welt
- B die demokratische Mitsprache der Menschen im Kosovo
- C das Ansehen der Schweizer Armee bei der Schweizer Bevölkerung
- D die Sicherheit in der Gesamtregion
- E die Chancen Kosovos, sich zu einem freien, sicheren Land zu entwickeln
- F die Sicherheitslage in der Schweiz
- G den Kampf gegen Drogen- und Menschenhandel in der Gesamtregion
- H die Beseitigung von Kampfmitteln
- I das Fernhalten von Flüchtlingsströmen aus dem Kosovo in die Schweiz
- J das militärische Fachwissen der Schweizer Armee

Q 23.

Wie Sie ja wissen, leistet die Schweiz mit der Swisscoy einen Beitrag zur Friedensförderung im Kosovo. Zurzeit sind etwa 200 Schweizer Soldaten im Kosovo stationiert. Halten Sie diese Anzahl....

- für gerade richtig ODER1
- sollten mehr Soldaten geschickt werden ODER.....2
- sollten weniger Soldaten geschickt werden ODER.....3
- sollten gar keine Soldaten mehr geschickt werden4
- [INT. NICHT VORLESEN]
- weiss nicht8
- keine Antwort.....9

Q 24.

Über die Bedeutung des Militärs für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können: [INT VORLESEN]

- Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und dies ist auch gut so.....1
- Das Militär ist ein notwendiges Übel2
- Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden.....3
- [INT NICHT VORLESEN]
- weiss nicht8
- keine Angabe9

Q 25.

Man kann verschiedener Meinung sein über das Weitermachen im Militär. Ich habe hier einige Behauptungen. Sagen Sie mir bitte zu jeder, wie sehr Sie mit ihr einverstanden sind.

- sehr einverstanden1
- eher einverstanden2
- eher nicht einverstanden3
- gar nicht einverstanden4
- [INT. NICHT VORLESEN]
- weiss nicht8
- keine Antwort.....9

[REIHENFOLGE A – D ZUFALLSVARIIEREN]

- A Eine militärische Führungserfahrung bringt auch im Zivilen berufliche Vorteile.
- B Wer heute im Militär weitermacht, muss im Berufsleben und auf dem Arbeitsmarkt mit Nachteilen rechnen.
- C Eine militärische Beförderung ist ehrenvoll.

- D Nach heutigem Gesetz kann man fähige Soldaten zwingen weiterzumachen, wenn sich nicht genügend Freiwillige finden lassen. An diesem Gesetz sollten wir festhalten.

Q 26.

Einmal unabhängig von diesen allgemeinen Aussagen: Stellen Sie sich bitte vor, ein fähiger Bekannter von Ihnen ist gegenwärtig in der Rekrutenschule. Er hat den Vorschlag bekommen, im Militär weiterzumachen. Er wünscht Ihren Rat, wie er sich entscheiden soll. Empfehlen Sie ihm...

auf jeden Fall den Vorschlag anzunehmen.....	1
eher anzunehmen.....	2
eher abzulehnen ODER.....	3
auf jeden Fall abzulehnen.....	4
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Antwort.....	9

Q 27.

Abschliessend gefragt: Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

unbedingt notwendig.....	1
eher notwendig.....	2
eher nicht notwendig.....	3
überhaupt nicht notwendig.....	4
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Antwort.....	9

Nun habe ich noch eine Frage zur Schweizer Politik an Sie.

Q 28.

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welcher der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte wiederum, zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden	1
eher einverstanden	2
eher nicht einverstanden	3
gar nicht einverstanden	4

[INT NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Angabe	9

[AUSSAGEN A BIS I ZUFALLSVARIIEREN]

- A Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.
- B Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.
- C Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.
- D Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.
- E Die bewaffnete Neutralität der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.
- F Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.
- G Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.
- H Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.
- I Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung der Neutralität

Zuletzt noch ein paar Fragen zu Ihrer Person.

Q 29.

Welches ist die höchste Schule, die Sie besucht haben oder die Sie zurzeit besuchen?

Primarschule	1
Sekundar-/Real-/Bezirksschule	2
Berufsschule/Gewerbeschule/KV/Handelsschule.....	3
Mittelschule/Gymnasium/DMS/Berufsmatura/WMS	4
Technikum/Fachhochschule/Seminar/PH/ HWV	5
Uni, Poly/ETH/Hochschule	6
andere.....	7

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Antwort.....	9

Q 30.

Welches ist Ihre Muttersprache, d.h. die Sprache, in der Sie normalerweise denken?

Deutsch	1
Französisch	2
Italienisch	3

Rätoromanisch	4
andere Sprache.....	5
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Antwort.....	9

Q 31.

Sind Sie in der Schweizer Armee eingeteilt oder eingeteilt gewesen?

INT: Vorlesen

Ja, bin im Militär eingeteilt	1
Ja, war im Militär eingeteilt	2
Nein, nicht im Militär eingeteilt (gewesen)	3
[INT. NICHT VORLESEN]	
keine Antwort.....	9

Q 32

«Links, Mitte und Rechts» sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts» etwa stehen?

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
ganz										ganz
links										rechts
keine Angabe										99

BESTEN DANK FÜR DAS INTERVIEW!



SEITE I
TABELLEN - INHALTSVERZEICHNIS

Q01: Sicherheitsempfinden allgemein	1
Q02: Assoziationen 'Sicherheit'	2
Q03: Zukunft der weltpolitischen Lage	3
Q04: Militärische Bedrohung	4
Q05: Übersichtstabelle - Vertrauen in ...	5
Q05.01: Vertrauen in - den Bundesrat	6
Q05.02: Vertrauen in - das Parlament in Bern	7
Q05.03: Vertrauen in - die Gerichte	8
Q05.04: Vertrauen in - die Polizei	9
Q05.05: Vertrauen in - die Armee	10
Q05.06: Vertrauen in - die Medien	11
Q05.07: Vertrauen in - die Schweizer Wirtschaft	12
Q05.08: Vertrauen in - die politischen Parteien	13
Q06: Zukunft der Schweiz	14
Q07: Übersichtstabelle - Einverständnis mit Massnahmen gegen ...	15
Q07.01: Einverständnis mit Massnahmen gegen - Rechtsextremismus	16
Q07.02: Einverständnis mit Massnahmen gegen - Terrorismus	17
Q07.03: Einverständnis mit Massnahmen gegen - Linksextremismus	18
Q08: Übersichtstabelle - Einverständnis mit dem Vorschlag ...	19
Q08.01: Einverständnis mit dem Vorschlag - Beitritt zu EU	20
Q08.02: Einverständnis mit dem Vorschlag - Politische Annäherung an die EU	21
Q08.03: Einverständnis mit dem Vorschlag - Verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU	22
Q08.04: Einverständnis mit dem Vorschlag - Mehr Konfliktvermittlung	23
Q08.05: Einverständnis mit dem Vorschlag - Bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung beziehen	24
Q08.06: Einverständnis mit dem Vorschlag - Bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung beziehen	25
Q08.07: Einverständnis mit dem Vorschlag - Mehr Entwicklungshilfe leisten	26
Q08.08: Einverständnis mit dem Vorschlag - Wirtschaftlich und politisch unabhängig bleiben	27
Q08.09: Einverständnis mit dem Vorschlag - Einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat anstreben	28

Q08.10: Einverständnis mit dem Vorschlag - Sich an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen	29
Q08.11: Einverständnis mit dem Vorschlag - Globale Lösungen für die heutigen Sicherheitsprobleme anstreben	30
Q08.12: Einverständnis mit dem Vorschlag - Der UNO Schweizer Friedensgruppen bereitstellen	31
Q08.13: Einverständnis mit dem Vorschlag - Eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten	32
Q08.14: Einverständnis mit dem Vorschlag - Die Neutralität beibehalten	33
Q08.15: Einverständnis mit dem Vorschlag - Sich der Nato annähern	34
Q08.16: Einverständnis mit dem Vorschlag - Der Nato beitreten	35
Q08.17: Einverständnis mit dem Vorschlag - Sich nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen	36
Q08: Wichtigkeit Schweizer Armee	37
Q10: Verteidigungsausgaben	38
Q11: Verteidigungsfähigkeit	39
Q12: Katastrophenhilfe im Inland	40
Q13: Schutz vor Terroranschlägen	41
Q14: Zufriedenheit mit Schweizer Armee	42
Q15: Miliz- versus Berufsarmee	43
Q16: Vorteile Wehrpflicht	44
Q17: Nachteile Wehrpflicht	45
Q18: Übersichtstabelle - Einverständnis mit den Dienstmodellen	46
Q18.01: Einverständnis mit den Dienstmodellen - Wehrpflicht für Frauen	47
Q18.02: Einverständnis mit den Dienstmodellen - Militärdienst für Ausländer	48
Q18.03: Einverständnis mit den Dienstmodellen - Obligatorische Dienstpflicht für Männer	49
Q18.04: Einverständnis mit den Dienstmodellen - Obligatorische Dienstpflicht für Männer und Frauen	50
Q18.05: Einverständnis mit den Dienstmodellen - Freiwilligen-Armee	51
Q19: Vertrauen in Freiwilligen-Armee	52
Q20: Übersichtstabelle - Bekanntheit Auslandseinsatz im Rahmen der	53
Q20.01: Bekanntheit Auslandseinsatz im Rahmen der - SWISSCOY	54
Q20.02: Bekanntheit Auslandseinsatz im Rahmen der - Überwachung des Waffenstillstands zwischen Nord- und Südkorea	55
Q20.03: Bekanntheit Auslandseinsatz im Rahmen der - UNO-Mission im Nahen Osten	56

Q20.04: Bekanntheit Auslandsinsatz im Rahmen der - UNO-Mission in der Demokratischen Republik Kongo	57
Q21: Beteiligung Swisscoy	58
Q22: Übersichtstabelle - Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf ...	59
Q22.01: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - das Ansehen von der Schweiz	60
Q22.02: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - die Lage der Menschen im Kosovo	61
Q22.03: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - das Ansehen der Schweizer Armee	62
Q22.04: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - die Sicherheit in der Gesamtregion	63
Q22.05: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - die Entwicklungschancen des Kosovo	64
Q22.06: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - die Sicherheitslage in der Schweiz	65
Q22.07: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - den Kampf gegen Drogen- und Menschenhandel	66
Q22.08: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - die Beseitigung von Kampfmitteln	67
Q22.09: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - das Fernhalten von Flüchtlingsströmen	68
Q22.10: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - das militärische Fachwissen	69
Q23: Swisscoy-Kontingent	70
Q24: Bedeutung Militär	71
Q25: Übersichtstabelle - Statement zum Weitermachen im Militär	72
Q25.01: Statement zum Weitermachen im Militär - Berufliche Vorteile	73
Q25.02: Statement zum Weitermachen im Militär - Berufliche Nachteile	74
Q25.03: Statement zum Weitermachen im Militär - Militärische Beförderung	75
Q25.04: Statement zum Weitermachen im Militär - Gesetz	76
Q26: Persönliche Empfehlung	77
Q27: Notwendigkeit Schweizer Armee	78
Q28: Übersichtstabelle - Beurteilung der Neutralität in Bezug auf ...	79
Q28.01: Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - die europäische Nachbarn	80
Q28.02: Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - den Staatsgedanken	81
Q28.03: Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - die politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten	82
Q28.04: Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - die Vermittlungsrolle der Schweiz	83
Q28.05: Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - Sicherheit und Stabilität in Europa	84



DemosCOPE
 RESEARCH & MARKETING
 SEITE iv
 TABELLEN - INHALTSVERZEICHNIS

Q28.06: Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - internationale Konflikte	85
Q28.07: Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - die Möglichkeit, sie militärisch glaubhaft zu schützen	86
Q28.08: Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - die Konditionen, sie aufzugeben	87
Q28.09: Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - die Sicherheit für die Schweiz	88
Q29: Schulbildung	89
Q30: Muttersprache	90
Q31: Einteilung Schweizer Armee	91
Q32: Politischer Standort	92
WEMF - Region	93
Agglomerationsgrösse (VZ 2000, wirtschaftliche Wohnbevölkerung)	94
Ortsgrösse (VZ 2000, wirtschaftliche Wohnbevölkerung)	95
Städtische/Ländliche Gebiete	96
S01: Anzahl Stimmberechtigte im Haushalt	97
S02: Alter	98
S03: Geschlecht	99
S04: Stimm- und wahlberechtigt	100

TABELLE 1



25-FEB-11

Q01: Sicherheitsempfinden allgemein

Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit? Fühlen Sie sich:

	REGION			GESCHLECHT		ALTER					POLITISCHE EINSTELLUNG				SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch			
Total	1209	873	284	52	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351			
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%			
Sehr sicher	414	312	92	10	-186	70	+238	-106	+112	141	126	46	-205	+156			
(1)	34%	36%	32%	19%	30%	33%	38%	28%	47%	31%	30%	30%	30%	44%			
Eher sicher	676	484	153	39	309	126	339	211	120	271	240	79	+406	174			
	56%	55%	54%	75%	58%	60%	54%	56%	50%	59%	58%	51%	60%	50%			
Eher unsicher	104	-65	+36	3	-33	11	44	+49	-7	41	42	+26	54	-20			
(3)	9%	7%	13%	6%	6%	5%	7%	13%	3%	9%	10%	17%	8%	6%			
Ganz unsicher	13	10	3	-	7	2	-2	+9	-	3	7	2	9	1			
(4)	1%	1%	1%	-	1%	1%	-	2%	-	1%	2%	1%	1%	1%			
Weiss nicht	2	2	-	-	1	-	-	+2	-	-	1	+2	-	-			
	**	**	-	-	**	-	-	1%	-	-	**	1%	-	-			
MITTEL	1,76	1,74	1,82	1,87	1,69	1,74	1,70	1,90	1,56	1,79	1,83	1,90	1,80	1,62			
STD. DEV.	,646	,641	,681	,486	,635	,599	,611	,707	,553	,620	,667	,718	,632	,607			

Chi-Test(95%)
 "*" signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



TABELLE 2

25-FEB-11

Q02: Assoziationen "Sicherheit"

Woran denken Sie beim Begriff "Sicherheit". Können Sie mir spontan einige Stichwörter nennen?

Total	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
1206	871	283	52	576	630	209	622	375	239	455	415	155	672	350
100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
1086	807	-227	52	525	561	185	573	328	226	412	373	131	595	333
90%	93%	80%	100%	91%	89%	89%	92%	87%	95%	91%	90%	85%	89%	95%
118	-63	+55	-	50	68	24	-49	45	-13	41	42	+23	76	-17
10%	7%	19%	-	9%	11%	11%	8%	12%	5%	9%	10%	15%	11%	5%
2	1	1	-	1	1	-	-	+2	-	2	-	1	1	-
**%	**%	**%	-5%	**%	**%	-5%	-5%	-5%	-5%	**%	-5%	1%	**%	-5%

Keine Angabe / verweigert

Chi-Test(95%)
 "+": signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-": signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011

SEITE 2



TABELLE 3

25-FEB-11

Q03: Zukunft der weltpolitischen Lage

Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?

	REGION			GESCHLECHT		ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch	
Total	1209	873	284	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351	
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	
Eher besser und entspannter (1)	83	-49	+29	34	49	+23	-31	29	22	30	27	15	40	27	
	7%	6%	10%	6%	8%	11%	5%	8%	9%	7%	6%	10%	6%	8%	
Bleibt etwa so wie heute (2)	448	+343	89	212	236	81	228	139	+108	157	155	49	235	+155	
	37%	39%	31%	37%	37%	39%	37%	37%	45%	34%	37%	32%	35%	44%	
Eher düsterer und gespannter (3)	650	465	157	323	327	104	350	196	-101	262	228	84	383	-164	
	54%	53%	55%	56%	52%	50%	56%	52%	42%	57%	55%	54%	57%	47%	
Weiss nicht	28	16	9	9	19	1	14	13	8	7	6	7	16	5	
	2%	2%	3%	2%	3%	1%	2%	3%	3%	2%	1%	5%	2%	1%	
MITTEL	2.48	2.49	2.47	2.51	2.45	2.39	2.52	2.46	2.34	2.52	2.49	2.47	2.52	2.40	
STD. DEV.	.625	.604	.679	.608	.639	.679	.693	.639	.646	.620	.619	.674	.610	.630	

Chi-Test(95%)
 ".*" signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 ".-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



25-FEB-11

Q04: Militärische Bedrohung

Wann Sie jetzt an die internationale Lage denken, für wie gross halten Sie eine militärische Bedrohung für die Schweiz zum jetzigen Zeitpunkt?

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Überhaupt keine militärische Bedrohung	363	115	22	254	246	70	273	157	+127	177	-147	64	-256	+168
(1)	41%	40%	42%	44%	39%	33%	44%	42%	53%	39%	35%	41%	38%	48%
(2)	17%	55%	10%	135	113	+58	120	-60	+62	79	88	-16	135	81
(3)	108	38	8	81	73	24	76	54	24	65	60	16	93	41
(4)	63	18	4	-30	+55	16	44	25	11	35	32	13	54	17
(5)	7%	6%	8%	5%	9%	8%	7%	7%	5%	8%	8%	8%	8%	5%
(6)	81	24	4	-37	+72	17	55	37	-7	+53	37	+22	63	24
(7)	9%	8%	8%	6%	11%	8%	9%	10%	3%	12%	9%	14%	9%	7%
(8)	26	10	-	19	17	10	16	10	-1	10	+24	4	22	9
(9)	3%	3%	4%	3%	3%	5%	3%	3%	**	2%	6%	3%	3%	3%
(10)	17	5	2	9	15	4	13	7	2	+14	8	4	15	5
	2%	2%	4%	2%	2%	2%	2%	2%	1%	3%	2%	3%	2%	1%
	16	7	1	9	15	3	9	+12	3	13	6	+9	11	-2
	2%	2%	2%	2%	2%	1%	1%	3%	1%	3%	1%	6%	2%	1%
	7	6	1	4	3	1	4	2	-	3	2	-	5	-
	1%	1%	**	1%	**	**	1%	1%	**	1%	**	-	1%	-5%
Sehr grosse militärische Bedrohung	12	2	1	7	8	2	7	6	1	5	7	1	10	3
	1%	1%	2%	1%	1%	1%	1%	2%	**	1%	2%	1%	1%	1%
Weiss nicht	8	+7	-	-3	+12	4	5	6	1	2	3	+6	9	-
	1%	2%	-5%	1%	2%	2%	1%	2%	**	**	1%	4%	1%	-5%
Keine Angabe / verweigert	2	-	-	-	2	-	1	1	-	-	2	-	1	1
	**	**	**	-5%	**	**	**	**	-5%	**	**	-5%	**	**
MITTEL	2.61	2.62	2.59	2.45	2.76	2.67	2.52	2.72	1.92	2.81	2.80	2.95	2.72	2.22
STD. DEV.	2.023	2.041	1.968	1.944	2.063	1.934	1.974	2.147	1.444	2.106	2.065	2.246	2.054	1.701

Chi-Test(95%)
 "+*" signif. grosserer Anteil als in Gesamtpalte
 "-*" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte

Sicherheit 2011



TABELLE 5

25-FEB-11

Q05: Übersichtstabelle - Vertrauen in ...

Total	Über- haupt kein	... Vertrauen										Weiss nicht	Keine Antwort	MITTEL	STD.ERR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	Volles				
1209	56	41	73	104	236	178	236	180	52	46	5	2	5.86	.062	
100%	5%	3%	6%	9%	20%	15%	20%	15%	4%	4%	0%	0%			
1209	50	39	72	105	284	200	235	153	32	24	13	2	5.68	.057	
100%	4%	3%	6%	9%	23%	17%	19%	13%	3%	2%	1%	0%			
1209	28	35	47	62	168	144	198	305	106	71	45	-	6.60	.062	
100%	2%	3%	4%	5%	14%	12%	16%	25%	9%	6%	4%	-			
1209	19	17	32	47	117	134	234	365	112	124	7	1	7.10	.056	
100%	2%	1%	3%	4%	10%	11%	19%	30%	9%	10%	1%	0%			
1209	68	48	77	91	228	139	166	202	59	105	26	2	6.00	.071	
100%	6%	4%	6%	8%	19%	11%	14%	17%	5%	9%	2%	0%			
1209	73	92	122	155	342	149	131	105	16	10	14	-	4.89	.058	
100%	6%	8%	10%	13%	28%	12%	11%	9%	1%	1%	1%	-			
1209	13	22	51	58	183	173	266	283	86	50	14	-	6.59	.054	
100%	1%	2%	4%	5%	15%	14%	22%	24%	7%	4%	1%	-			
1209	66	72	105	167	353	181	136	65	12	9	36	7	4.90	.054	
100%	5%	6%	9%	14%	29%	15%	11%	5%	1%	1%	3%	1%			

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



Q05.01: Vertrauen in - den Bundesrat

Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen genießen. Wie ist das mit ...
- dem Bundesrat

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	L-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873 100%	284 100%	52 100%	578 100%	631 100%	100%	623 100%	377 100%	239 100%	456 100%	416 100%	155 100%	674 100%	351 100%
Überhaupt kein Vertrauen	43 5%	11 4%	2 4%	23 4%	33 5%	9 2%	22 4%	+25 7%	6 3%	18 4%	24 6%	+17 11%	35 5%	-4 1%
(1)	35 4%	6 2%	- 0%	25 4%	16 3%	+14 7%	18 3%	9 2%	5 2%	16 4%	17 4%	3 2%	28 4%	0 0%
(2)	54 6%	17 6%	2 4%	39 7%	34 5%	12 2%	37 6%	6 1%	14 6%	21 5%	29 7%	+15 10%	34 5%	20 6%
(3)	81 9%	17 6%	6 12%	57 10%	47 7%	18 3%	56 9%	30 8%	15 6%	36 8%	+46 11%	10 6%	62 9%	30 9%
(4)	182 21%	46 16%	8 15%	89 15%	+147 23%	31 23%	129 21%	76 20%	36 15%	+117 26%	-63 15%	33 21%	144 21%	56 16%
(5)	130 15%	42 15%	6 12%	94 16%	84 13%	30 4%	+108 17%	-40 11%	36 15%	59 13%	73 18%	-12 8%	104 15%	58 17%
(6)	162 19%	59 21%	15 29%	109 20%	127 19%	49 23%	129 21%	-58 15%	+61 26%	86 19%	76 18%	33 21%	-114 17%	82 23%
(7)	-113 13%	+58 20%	9 17%	94 16%	86 14%	33 13%	83 13%	64 17%	+51 21%	60 13%	56 13%	17 11%	95 14%	62 18%
(8)	35 4%	15 5%	2 4%	28 5%	24 4%	6 3%	27 4%	19 5%	10 4%	22 5%	14 3%	3 2%	27 4%	+22 6%
(9)	32 4%	12 4%	2 4%	17 3%	29 5%	7 2%	-12 2%	+27 7%	4 2%	18 4%	18 4%	+11 7%	26 4%	-7 2%
(10)	5 +%	- -%	- -%	3 1%	2 +%	2 -%	1 +%	+4 1%	1 +%	2 +%	- -%	- -%	4 1%	1 +%
Volles Vertrauen	1 **	1 **	- -%	- -%	2 **	2 -%	1 **	1 **	- -%	1 **	- -%	1 **	1 **	- -%
Weiss nicht	5 +%	- -%	- -%	3 1%	2 +%	2 -%	1 +%	+4 1%	1 +%	2 +%	- -%	- -%	4 1%	1 +%
Keine Antwort	2 **	1 **	- -%	- -%	2 **	2 -%	1 **	1 **	- -%	1 **	- -%	1 **	1 **	- -%
MITTEL	5.72	6.20	6.21	5.85	5.86	5.79	5.82	5.95	6.21	5.86	5.69	5.51	5.75	6.19
STD. DEV.	2.150	2.100	1.974	2.144	2.138	2.191	1.968	2.378	1.905	2.082	2.225	2.490	2.165	1.875

Sicherheit 2011

Chi-Test(95%)
** signif. grösserer Anteil als in Gesamtpalte
* signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte



Q05.02: Vertrauen in - das Parlament in Bern

Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen genossen. Wie ist das mit...

- dem Parlament in Bern

	REGION		GESCHLECHT		ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	8-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch	
Total	873	284	52	578	631	100%	100%	100%	209	456	416	155	674	351	
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	
Überhaupt kein Vertrauen	50	38	2	21	29	4%	4%	4%	6	17	19	11	31	-7	
	4%	4%	4%	4%	4%	5%	5%	5%	3%	4%	5%	7%	5%	2%	
	39	31	8	22	17	3%	3%	3%	8	9	18	5	25	8	
	3%	4%	-	4%	3%	3%	3%	3%	3%	2%	4%	3%	4%	2%	
	72	55	15	37	35	4%	4%	4%	14	30	22	10	42	17	
	6%	6%	6%	6%	6%	6%	6%	6%	6%	7%	5%	6%	6%	5%	
	105	79	21	56	49	7%	7%	7%	18	39	45	15	58	30	
	9%	9%	10%	10%	8%	10%	10%	10%	8%	9%	11%	10%	9%	9%	
	284	+224	53	133	151	26%	19%	24%	-39	+128	90	+48	169	-63	
	23%	26%	13%	23%	24%	15%	15%	25%	16%	28%	22%	31%	25%	18%	
	200	141	47	92	108	17%	17%	17%	+52	73	63	19	100	+77	
	17%	16%	17%	16%	17%	18%	17%	15%	22%	16%	15%	12%	15%	22%	
	235	170	53	117	118	20%	19%	20%	+63	77	83	-20	122	+87	
	19%	19%	23%	19%	19%	19%	19%	15%	28%	17%	20%	13%	16%	25%	
	153	-97	+50	70	83	12%	12%	12%	26	62	54	15	86	48	
	13%	11%	18%	13%	12%	13%	12%	13%	11%	14%	13%	10%	13%	14%	
	32	-18	10	14	18	4%	4%	4%	6	10	12	2	20	8	
	3%	2%	4%	2%	3%	3%	3%	3%	3%	2%	3%	1%	3%	2%	
Volles Vertrauen	24	-12	+10	11	13	2%	1%	1%	5	8	9	4	12	6	
	2%	1%	4%	2%	2%	4%	4%	3%	2%	2%	2%	3%	2%	2%	
Weiss nicht	13	7	6	4	9	1%	1%	1%	2	3	-1	4	9	-	
	1%	1%	2%	1%	1%	1%	1%	2%	1%	1%	1%	3%	1%	-	
Keine Antwort	2	1	1	1	1	1%	1%	1%	-	-	-	-	-	-	
	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	-	-	-	-	-	-	
	5.68	5.54	6.00	5.64	5.71	5.83	5.63	5.62	5.89	5.66	5.64	5.26	5.60	5.97	
MITTEL	1.968	1.928	2.044	1.958	1.979	2.053	1.892	2.040	1.856	1.889	2.043	2.067	2.012	1.761	
STD. DEV.															

Chi-Test(95%)
 "*" signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

TABELLE 8



25-FEB-11

Q05.03: Vertrauen in - die Gerichte

Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen genießen. Wie ist das mit ...
- den Gerichten

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Überhaupt kein Vertrauen	23	5	-	14	14	5	13	10	3	11	11	2	20	5
(1)	3%	2%	-%	2%	2%	2%	2%	3%	1%	2%	3%	1%	3%	1%
(2)	25	8	2	14	21	6	16	13	3	16	13	7	21	6
(3)	3%	3%	4%	2%	3%	3%	3%	3%	3%	4%	3%	5%	3%	2%
(4)	37	8	2	28	19	7	20	20	6	18	21	7	27	12
(5)	4%	4%	4%	5%	3%	3%	3%	5%	4	4%	5%	5%	3%	3%
(6)	62	19	4	32	30	12	29	21	4	29	23	11	36	13
(7)	4%	7%	8%	6%	5%	6%	6%	6%	2%	6%	6%	7%	5%	4%
(8)	168	37	6	69	99	-14	81	+73	32	58	60	+34	100	-32
(9)	14%	13%	12%	12%	16%	7%	13%	19%	13%	13%	14%	22%	15%	9%
(10)	104	35	5	58	86	21	75	48	21	63	49	19	77	42
	12%	12%	10%	10%	14%	10%	12%	13%	9%	14%	12%	12%	11%	12%
	198	42	9	94	104	+47	111	-40	38	75	72	-16	107	+71
	17%	15%	17%	16%	16%	22%	18%	11%	16%	16%	17%	10%	16%	20%
	305	76	16	151	154	56	164	85	+79	110	99	28	171	98
	25%	27%	31%	26%	24%	27%	26%	23%	33%	24%	24%	18%	25%	28%
	106	25	3	+62	-44	+26	64	-16	+34	-24	43	8	53	+43
	9%	9%	6%	11%	7%	12%	10%	4%	14%	5%	10%	5%	5%	12%
Volles Vertrauen	47	20	4	42	29	13	33	25	17	31	-13	11	33	25
	6%	7%	8%	7%	5%	6%	9%	7%	7%	7%	3%	7%	5%	7%
Weiss nicht	45	9	1	-14	+31	-2	17	+26	-2	21	12	+12	29	-4
	4%	3%	2%	2%	5%	1%	3%	7%	1%	5%	3%	8%	4%	1%
MITTEL	6.56	6.70	6.75	6.72	6.48	6.87	6.72	6.23	7.19	6.46	6.43	6.17	6.47	7.02
STD. DEV.	2.126	2.087	2.038	2.173	2.049	2.091	2.040	2.204	1.888	2.147	2.120	2.180	2.150	1.941

Chi-Test(95%)
 +- signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 -+ signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011

SEITE 8



25-FEB-11

Q05.04: Vertrauen in - die Polizei

Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen gemessen. Wie ist das mit ...

- der Polizei

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Überhaupt kein Vertrauen (1)	15	2	12	7	5	8	6	4	6	4	4	12	2
	2%	1%	2%	1%	2%	1%	2%	2%	1%	1%	3%	2%	1%
(2)	17	3	7	10	2	13	2	1	7	7	3	9	5
	1%	1%	1%	2%	1%	2%	1%	**	2%	2%	2%	1%	1%
(3)	32	10	19	13	7	13	12	6	11	10	4	17	9
	3%	4%	3%	2%	3%	2%	3%	3%	2%	2%	3%	3%	3%
(4)	47	15	24	23	6	25	16	10	15	19	4	32	11
	4%	5%	4%	4%	3%	4%	4%	4%	3%	5%	3%	5%	3%
(5)	117	33	52	65	19	60	38	25	51	32	18	60	37
	10%	12%	9%	10%	9%	10%	10%	10%	11%	11%	12%	9%	11%
(6)	134	33	67	67	28	68	38	25	54	48	17	74	39
	11%	12%	12%	11%	13%	11%	10%	10%	12%	12%	11%	11%	11%
(7)	234	58	109	125	44	124	66	62	79	79	30	120	77
	19%	20%	19%	20%	21%	20%	16%	26%	17%	19%	19%	16%	22%
(8)	365	79	180	185	57	191	117	75	144	122	36	213	107
	30%	28%	31%	27%	27%	31%	31%	31%	32%	29%	23%	32%	30%
(9)	112	26	56	56	27	64	21	22	35	46	12	54	+44
	9%	9%	10%	9%	10%	10%	6%	9%	11%	11%	8%	8%	13%
(10)	124	24	49	75	14	53	+57	-8	52	46	+25	78	-19
	10%	8%	8%	12%	7%	9%	15%	3%	11%	11%	16%	12%	5%
Weiss nicht	7	5	2	5	-	3	4	1	2	2	2	5	-
	1%	1%	**	1%	-	**	1%	**	**	**	1%	1%	-
Keine Antwort	1	1	-	-	1	1	-	-	-	1	-	-	1
	**	**	**	**	-	**	-	-	-	**	-	-	**
MITTEL	7.10	6.97	7.02	7.18	7.00	7.08	7.20	6.84	7.12	7.20	7.10	7.12	7.09
STD. DEV.	1.952	1.889	1.978	1.922	1.950	1.918	2.002	1.736	1.940	1.926	2.170	1.993	1.757

Chi-Test(95%)
 "*" signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011

SEITE 9



25-FEB-11

Q05.05: Vertrauen in - die Armee

Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese ihr Vertrauen geniessen. Wie ist das mit ...

- der Armee

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873 100%	284 100%	52 100%	578 100%	631 100%	209 100%	623 100%	377 100%	239 100%	456 100%	416 100%	155 100%	674 100%	351 100%
Überhaupt kein Vertrauen	68 6%	-41 5%	+26 9%	31 6%	31 5%	14 7%	28 4%	26 7%	+31 13%	19 4%	-8 2%	9 6%	-28 4%	+28 8%
(1)														
(2)	48 4%	39 4%	7 2%	27 5%	21 3%	13 6%	25 4%	10 3%	+16 7%	16 4%	14 3%	6 4%	23 3%	17 5%
(3)	77 6%	49 8%	22 12%	39 7%	38 6%	14 7%	44 7%	19 5%	21 9%	28 6%	23 6%	7 5%	41 6%	28 8%
(4)	91 8%	70 6%	17 8%	38 7%	53 8%	18 9%	50 8%	23 6%	+28 12%	32 7%	26 6%	9 6%	50 7%	29 8%
(5)	226 19%	171 20%	48 17%	95 16%	131 21%	34 16%	130 21%	63 16%	43 18%	97 21%	67 16%	27 17%	135 20%	61 17%
(6)	139 11%	106 12%	27 10%	71 12%	68 11%	28 13%	75 12%	36 10%	26 11%	50 11%	+59 14%	15 10%	74 11%	48 14%
(7)	166 14%	117 13%	41 14%	85 15%	81 13%	29 14%	84 13%	53 14%	31 13%	67 15%	58 14%	19 12%	96 14%	48 14%
(8)	202 17%	146 17%	47 17%	98 17%	104 16%	38 18%	101 16%	63 17%	30 13%	67 15%	+90 22%	29 19%	110 16%	58 17%
(9)	59 5%	40 5%	19 7%	32 6%	27 4%	10 5%	31 5%	18 5%	-3 1%	25 6%	26 6%	5 3%	36 5%	16 5%
(10)	105 9%	79 9%	21 7%	49 8%	56 9%	11 5%	-43 7%	+51 14%	-7 3%	45 10%	38 9%	+24 15%	60 9%	-17 5%
Weiss nicht	26 2%	-14 2%	9 3%	-5 1%	+21 3%	- 2%	11 2%	+15 4%	3 1%	9 2%	6 1%	5 3%	19 3%	-1 3%
Keine Antwort	2 **	1 **	- -%	2 **	- -%	- -%	1 **	1 **	- -%	**	1 **	- -%	2 **	- -%
MITTEL	6.00	5.89	6.00	5.99	6.01	5.74	5.92	6.28	4.93	6.12	6.45	6.35	6.11	5.63
STD. DEV.	2.424	2.383	2.569	2.479	2.374	2.424	2.318	2.576	2.435	2.362	2.203	2.581	2.344	2.422

Chi-Test(95%)
 **= signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * = signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011



25-FEB-11

Q05.06: Vertrauen in - die Medien

Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen genossen. Wie ist das mit ...

- den Medien

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-GH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	1209 100%	284 100%	52 100%	578 100%	631 100%	100%	100%	100%	209 100%	456 100%	416 100%	155 100%	674 100%	351 100%
Überhaupt kein Vertrauen	73 6%	-43 9%	5 10%	38 7%	35 7%	13 6%	32 5%	28 7%	12 5%	22 5%	27 6%	12 8%	44 7%	15 4%
	92 8%	23 8%	4 8%	43 7%	49 8%	17 8%	48 8%	27 7%	13 5%	36 8%	35 8%	15 10%	44 7%	32 9%
	122 10%	94 8%	5 10%	66 11%	56 9%	18 9%	70 11%	34 9%	24 10%	43 9%	50 12%	11 7%	73 11%	33 9%
	155 13%	113 14%	3 6%	-59 10%	+96 15%	22 11%	92 15%	41 11%	35 15%	65 14%	48 12%	+29 19%	84 12%	39 11%
	342 28%	250 29%	12 23%	150 26%	192 30%	52 25%	161 34%	+129 26%	57 24%	140 31%	115 28%	41 26%	193 29%	102 29%
	149 12%	106 12%	10 19%	78 13%	71 11%	33 11%	74 12%	42 11%	+39 16%	49 11%	51 12%	14 9%	93 14%	39 11%
	131 11%	96 11%	5 10%	67 12%	64 10%	26 12%	71 11%	34 9%	26 11%	46 10%	46 11%	15 10%	68 10%	43 12%
	105 9%	76 9%	6 12%	56 10%	49 8%	21 8%	52 8%	32 8%	24 10%	42 9%	32 8%	11 7%	53 8%	38 11%
	16 1%	10 1%	4 4%	11 2%	5 1%	+6 3%	9 1%	-1 1%	6 3%	5 1%	5 1%	- 1%	9 1%	7 2%
Volles Vertrauen	10 1%	8 1%	2 4%	5 1%	5 1%	- 1%	7 1%	3 1%	- 1%	3 1%	4 1%	+4 3%	5 1%	- 1%
Weiss nicht	14 1%	2 1%	- 1%	5 1%	9 1%	1 1%	7 1%	6 1%	3 1%	5 1%	3 1%	3 1%	8 1%	3 1%
MITTEL	4.89	4.63	4.77	4.96	4.83	5.05	4.90	4.70	5.07	4.90	4.80	4.69	4.87	5.02
STD. DEV.	1.994	2.064	2.236	2.077	1.915	2.058	1.998	1.951	1.950	1.929	2.020	2.088	1.968	1.983

Chi-Test(95%)
 + signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 - signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



25-FEB-11

Q05.07: Vertrauen in - die Schweizer Wirtschaft

Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen gemessen. Wie ist das mit ...
- der Schweizer Wirtschaft

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	1209	873	284	52	578	209	623	377	239	466	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Überhaupt kein Vertrauen	13	9	3	1	5	1	6	6	3	5	3	+6	6	1
	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	2%	1%	1%	1%	4%	1%	1%
	22	15	7	-	7	+8	10	4	4	7	7	1	16	4
	2%	2%	2%	-	1%	4%	2%	1%	2%	2%	2%	1%	2%	1%
	51	38	10	3	24	7	31	13	+19	17	13	7	30	14
	4%	4%	4%	6%	4%	3%	5%	3%	8%	4%	3%	5%	4%	4%
	58	44	12	2	-17	9	33	16	16	28	-10	-2	38	16
	5%	5%	4%	4%	3%	4%	5%	4%	7%	6%	2%	1%	6%	5%
	183	132	44	7	-86	26	95	62	27	+82	61	32	102	43
	15%	15%	15%	13%	11%	12%	15%	16%	11%	18%	15%	21%	15%	12%
	173	130	35	8	77	34	98	41	39	61	59	24	95	52
	14%	15%	12%	15%	13%	16%	16%	11%	16%	13%	14%	15%	14%	15%
	266	194	62	10	132	46	143	77	60	105	84	29	138	91
	22%	22%	22%	19%	23%	22%	23%	20%	25%	23%	20%	19%	20%	26%
	293	212	66	15	+157	49	154	90	50	97	+122	32	166	90
	24%	24%	23%	29%	27%	23%	25%	24%	21%	21%	29%	32	25%	26%
	86	58	25	3	+57	20	36	30	13	31	35	8	48	28
	7%	7%	7%	6%	10%	6%	6%	8%	5%	7%	8%	5%	7%	8%
Volles Vertrauen	50	33	14	3	+34	6	-14	+30	-4	20	19	11	28	9
	4%	4%	5%	6%	6%	3%	2%	8%	2%	4%	5%	7%	4%	3%
Weiss nicht	14	8	6	-	-	3	-3	+8	4	3	3	3	7	3
	1%	1%	2%	-	2%	1%	1%	2%	1%	1%	1%	2%	1%	1%
MITTEL	6.59	6.56	6.66	6.69	6.92	6.61	6.47	6.78	6.29	6.51	6.84	6.46	6.55	6.73
STD. DEV.	1.864	1.843	1.921	1.915	1.827	1.873	1.791	1.964	1.875	1.857	1.781	2.062	1.904	1.695

Sicherheit 2011

Chi-Test(95%)
"+" signf. grosserer Anteil als in Gesamtpalte
"-." signf. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte



Q05.08: Vertrauen in - die politischen Parteien

Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen gemessen. Wie ist das mit ...

- den politischen Parteien

	REGION		GESCHLECHT		ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	8-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch	
Total	873 100%	284 100%	52 100%	578 100%	631 100%	100%	623 100%	377 100%	239 100%	456 100%	416 100%	155 100%	674 100%	351 100%	
Überhaupt kein Vertrauen	66 5%	45 6%	4 8%	33 6%	33 5%	8 5%	30 5%	+28 7%	13 5%	28 6%	-15 4%	+16 10%	37 5%	-9 3%	
(1)															
(2)	72 6%	51 6%	5 10%	35 6%	37 6%	9 4%	37 6%	26 7%	13 5%	30 7%	23 6%	12 8%	39 6%	19 5%	
(3)	105 9%	69 8%	8 10%	45 8%	60 10%	14 7%	60 8%	31 8%	24 10%	47 10%	28 7%	11 7%	59 9%	35 10%	
(4)	167 14%	129 15%	6 11%	91 16%	76 12%	27 13%	86 14%	54 14%	32 15%	73 16%	54 13%	17 11%	91 14%	58 17%	
(5)	353 29%	262 30%	15 29%	166 29%	187 30%	56 27%	181 29%	116 31%	77 32%	134 29%	119 29%	43 28%	205 30%	97 28%	
(6)	181 15%	131 15%	4 8%	85 15%	96 15%	+42 20%	102 16%	-37 10%	38 16%	-53 12%	+78 19%	18 12%	97 14%	63 18%	
(7)	136 11%	96 11%	3 6%	67 11%	69 11%	29 14%	71 10%	36 10%	31 13%	47 10%	52 13%	15 10%	71 11%	45 13%	
(8)	65 5%	46 5%	4 8%	34 6%	31 5%	17 8%	28 4%	20 5%	-5 2%	24 5%	+31 7%	10 6%	38 6%	14 4%	
(9)	12 1%	8 1%	2 4%	3 1%	9 1%	3 1%	8 1%	1 **	1 **	3 1%	7 2%	- -	8 1%	3 1%	
(10)	9 1%	6 1%	3 -%	5 1%	4 1%	1 **	4 1%	4 1%	2 1%	3 1%	2 **	2 1%	3 **	3 1%	
Weiss nicht	36 3%	25 4%	1 2%	-10 2%	+26 4%	3 1%	14 2%	+19 5%	3 1%	12 3%	-6 1%	+9 6%	22 3%	-5 1%	
Keine Antwort	7 1%	5 1%	2 -%	4 1%	3 **	3 -%	2 **	+5 1%	1 -%	2 **	1 **	2 1%	4 1%	- -	
MITTEL	4.90	4.91	4.84	4.89	4.91	5.26	4.91	4.68	4.82	4.72	5.18	4.65	4.89	5.00	
STD. DEV.	1.854	1.818	1.916	1.856	1.854	1.797	1.817	1.922	1.749	1.859	1.803	2.091	1.839	1.707	

Chi-Test(95%)
 ** signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



25-FEB-11

Q06: Zukunft der Schweiz

Wie sehen Sie die nähere Zukunft - etwa die nächsten fünf Jahre - für die Schweiz?

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	1209	873	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr optimistisch	79	60	4	+48	-31	10	40	29	11	24	+37	+17	39	22
	7%	7%	8%	8%	5%	5%	6%	8%	5%	5%	9%	11%	6%	6%
Eher optimistisch	928	665	36	461	467	163	404	271	195	345	320	-96	515	293
	77%	76%	80%	80%	74%	78%	79%	72%	82%	76%	77%	82%	76%	83%
Eher pessimistisch	173	127	10	-61	+112	34	80	59	28	75	53	28	108	-33
	14%	15%	13%	11%	18%	16%	13%	16%	12%	16%	13%	18%	16%	9%
Sehr pessimistisch	12	8	+2	5	7	2	5	5	1	6	4	+7	5	-
	1%	1%	4%	1%	1%	1%	1%	1%	**	1%	1%	5%	1%	-
Weiss nicht	14	12	-	-3	+11	-	-3	+11	4	5	-1	+5	6	3
	1%	1%	-	1%	2%	**	**	3%	2%	1%	-	3%	1%	1%
Keine Angabe / verweigert	3	1	-	-	3	-	1	2	-	1	1	+2	1	-
	**	**	-	-	**	-	**	1%	-	**	**	1%	**	**
MITTEL	2.10	2.09	2.19	2.04	2.15	2.13	2.08	2.11	2.08	2.14	2.06	2.17	2.12	2.03
STD. DEV.	.482	.486	.627	.472	.504	.482	.489	.534	.421	.504	.503	.684	.487	.397

Chi-Test(95%)

*= signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 **= signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011



25-FEB-11

TABELLE 15

Q07: Übersichtstabelle - Einverständnis mit Massnahmen gegen ...

Total	... einverstanden					KEINE ANWERT	MITTEL	STD.ERR
	Sehr 1	Eher 2	Eher nicht 3	Gar nicht 4	Weiss nicht			
1209 100%	395 33%	508 42%	212 18%	55 5%	30 2%	9 1%	1.94	.025
1209 100%	381 32%	477 39%	238 20%	83 7%	26 2%	4 **	2.02	.026
1209 100%	295 24%	463 38%	291 24%	101 8%	50 4%	9 1%	2.17	.027

Q07.01: Rechtsextremismus

Q07.02: Terrorismus

Q07.03: Linksextremismus

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



TABELLE 16

25-FEB-11

Q07.01: Einverständnis mit Massnahmen gegen - Rechtsextremismus

Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...
 - ... dass wir den Rechtsextremismus stärker als bisher bekämpfen.

	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	+315	-71	-9	188	207	-52	205	138	+107	137	121	58	-194	+133
	36%	25%	17%	33%	33%	25%	33%	37%	45%	30%	29%	37%	28%	38%
Eher einverstanden (2)	356	125	27	245	263	85	270	153	98	202	170	56	+307	133
	41%	44%	52%	42%	42%	41%	43%	41%	41%	44%	41%	36%	46%	38%
Eher nicht einverstanden (3)	149	54	9	111	101	+57	108	-47	-28	81	+90	26	119	63
	18%	17%	17%	19%	16%	27%	17%	12%	12%	18%	22%	17%	18%	18%
Garnicht einverstanden (4)	-31	+20	4	24	31	10	25	20	-3	18	+29	6	29	17
	5%	4%	8%	4%	5%	5%	4%	5%	1%	4%	7%	4%	4%	5%
Weiss nicht	17	11	2	-5	+25	4	13	13	3	13	-3	7	21	-2
	2%	2%	4%	1%	4%	2%	2%	3%	1%	3%	1%	5%	3%	1%
Keine Antwort	5	3	1	5	4	1	2	+6	-	5	3	2	4	3
	1%	1%	2%	1%	1%	1%	1%	2%	-	1%	1%	1%	1%	1%
MITTEL	1,88	2,09	2,16	1,95	1,93	2,12	1,92	1,86	1,69	1,95	2,07	1,86	1,97	1,90
STD. DEV.	.823	.869	.825	.833	.845	.848	.821	.850	.728	.813	.892	.852	.813	.869

Chi-Test(95%)
 "+" signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit.2011



Q07.02: Einverständnis mit Massnahmen gegen - Terrorismus

Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...

- ... dass wir den Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen, auch wenn dabei unsere persönliche Freiheit eingeschränkt werden muss.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	277	88	184	197	-25	186	+170	-44	149	148	+64	212	-93
	32%	31%	32%	31%	12%	30%	45%	18%	33%	36%	41%	31%	26%
Eher einverstanden (2)	334	118	222	255	90	263	-124	88	193	168	47	280	136
	39%	38%	38%	40%	43%	42%	33%	37%	42%	40%	30%	42%	39%
Eher nicht einverstanden (3)	183	46	121	117	+70	126	-42	+87	-71	69	25	124	+87
	20%	16%	21%	19%	33%	20%	11%	36%	16%	17%	16%	18%	25%
Gar nicht einverstanden (4)	60	21	43	40	+22	38	23	16	28	27	11	42	29
	7%	7%	7%	6%	11%	6%	6%	7%	6%	6%	7%	6%	8%
Weiss nicht	26	16	-6	+20	2	-8	+16	3	13	5	+8	14	4
	2%	4%	1%	3%	1%	1%	4%	1%	3%	1%	5%	2%	1%
Keine Antwort	4	3	2	2	-	2	2	1	2	1	-	2	2
	**%	**%	**%	**%	-%	**%	**%	**%	**%	**%	**%	**%	**%
MITTEL:	2.02	2.00	2.04	2.00	2.43	2.03	1.77	2.32	1.95	1.94	1.88	1.99	2.15
STD. DEV.	.888	.895	.915	.863	.838	.870	.893	.865	.867	.869	.947	.876	.915

Chi-Test(95%)
 **= signif. grösserer Anteil als in Gesamtpalte
 *= signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte



TABELLE 18

25-FEB-11

Q07.03: Einverständnis mit Massnahmen gegen - Linksextremismus

Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...
 - ... dass wir den Linksextremismus stärker als bisher bekämpfen.

	Total	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
	1209	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
(1)	295	+239	-43	13	151	144	-37	-134	+124	-28	101	+145	48	173	-69
	24%	27%	15%	25%	26%	23%	18%	22%	33%	12%	22%	35%	31%	26%	20%
(2)	463	348	67	18	235	228	81	253	120	80	101	164	50	264	137
	38%	40%	34%	35%	41%	36%	39%	41%	34%	33%	42%	39%	32%	38%	39%
(3)	291	202	75	14	128	163	+67	155	-69	+75	116	-80	32	157	95
	24%	23%	26%	27%	22%	25%	32%	25%	18%	31%	25%	19%	21%	23%	27%
(4)	101	-50	+46	5	53	48	19	54	28	+48	-21	-23	9	47	+41
	8%	6%	16%	10%	9%	8%	9%	9%	7%	20%	5%	6%	6%	7%	12%
Weiss nicht	50	-29	+19	2	-9	+41	4	24	22	8	21	-2	+14	29	-6
	4%	3%	7%	4%	2%	6%	2%	4%	6%	3%	5%	**%	9%	4%	2%
Keine Antwort	9	5	4	-	2	7	1	3	5	-	6	2	2	4	3
	1%	1%	1%	-%	**%	1%	**%	**%	1%	-%	1%	**%	1%	1%	1%
MITTEL	2.17	2.08	2.48	2.22	2.15	2.20	2.33	2.22	2.00	2.62	2.13	1.95	2.01	2.12	2.32
STD. DEV.	.912	.871	.967	.954	.920	.905	.880	.895	.935	.947	.828	.877	.917	.891	.928

Chi-Test(95%)
 "+" signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit.2011



25-FEB-11

Q08: Übersichtstabelle - Einverständnis mit dem Vorschlag ...

	... einverstanden										MITTEL	STDERR
	Sehr 1	Eher 2	Eher nicht 3	Gar nicht 4	Weiss nicht	Keine Antwort						
Total												
Q08.01: Beitritt zur EU	1209 100%	162 6%	345 13%	599 29%	28 1%	3 *	3.25	.027				
Q08.02: Politische Annäherung an die EU	1209 100%	113 9%	309 28%	414 34%	303 25%	38 3%	2.78	.028				
Q08.03: Verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU	1209 100%	447 37%	482 40%	173 14%	84 7%	21 2%	1.91	.026				
Q08.04: Mehr Konfliktvermittlung	1209 100%	317 28%	487 40%	256 21%	115 10%	31 3%	2.14	.027				
Q08.05: Bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung beziehen	1209 100%	324 27%	454 38%	252 21%	137 11%	32 3%	2.17	.028				
Q08.06: Bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung beziehen	1209 100%	78 6%	221 18%	442 37%	432 36%	29 2%	3.05	.026				
Q08.07: Mehr Entwicklungshilfe leisten	1209 100%	246 20%	449 37%	320 26%	172 14%	16 1%	2.35	.028				
Q08.08: Wirtschaftlich und politisch unabhängig bleiben	1209 100%	510 42%	421 35%	205 17%	49 4%	16 1%	1.83	.025				
Q08.09: Einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat anstreben	1209 100%	261 22%	495 41%	254 21%	118 10%	73 6%	2.20	.027				
Q08.10: Sich an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen	1209 100%	214 18%	473 39%	315 26%	147 12%	54 4%	2.34	.027				
Q08.11: Globale Lösungen für die heutigen Sicherheitsprobleme anstreben	1209 100%	344 28%	494 41%	220 18%	110 9%	37 3%	2.08	.027				
Q08.12: Der UNO Schweizer Friedensgruppen bereitstellen	1209 100%	153 13%	445 37%	340 28%	240 20%	28 2%	2.57	.028				
Q08.13: Eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten	1209 100%	374 31%	449 37%	255 21%	103 9%	21 2%	2.07	.027				
Q08.14: Die Neutralität beibehalten	1209 100%	848 70%	289 24%	44 4%	15 1%	8 *	1.35	.018				
Q08.15: Sich der Nato annähern	1209 100%	83 7%	353 29%	417 34%	245 20%	102 8%	2.75	.027				
Q08.16: Der Nato beitreten	1209 100%	57 5%	200 17%	400 33%	434 36%	109 9%	3.11	.027				
Q08.17: Sich nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen	1209 100%	265 22%	334 28%	397 33%	176 15%	33 3%	2.41	.029				

Sicherheit 2011

Chi-Test(95%)
 **- signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 *- signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

25-FEB-11

TABELLE 20

Q08.01: Einverständnis mit dem Vorschlag - Beitritt zu EU

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten Ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte wie sehr Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.
 - Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	-36	+34	35	37	7	36	29	+35	23	-11	8	-29	+30
	4%	12%	6%	6%	3%	6%	8%	15%	5%	3%	5%	4%	9%
Eher einverstanden (2)	-104	+54	74	88	30	80	52	+52	64	-32	-12	82	+63
	12%	19%	13%	14%	14%	13%	14%	22%	14%	8%	8%	12%	18%
Eher nicht einverstanden (3)	345	82	157	188	58	179	108	82	139	105	37	202	103
	29%	29%	27%	30%	28%	29%	29%	34%	30%	25%	24%	30%	29%
Gar nicht einverstanden (4)	+469	-100	306	293	110	313	176	-66	223	+263	88	344	-152
	54%	35%	53%	46%	53%	50%	47%	28%	49%	63%	57%	51%	43%
Weiss nicht	-12	+13	-6	+22	4	13	11	4	-5	-4	+10	15	-2
	2%	5%	1%	3%	2%	2%	3%	2%	1%	1%	6%	2%	1%
Keine Antwort	3	1	-	3	-	2	1	-	2	1	-	2	1
	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%
MITTEL	3,34	2,92	3,28	3,22	3,32	3,26	3,18	2,76	3,25	3,51	3,41	3,31	3,08
STD. DEV.	,848	1,035	,911	,910	,848	,902	,955	1,023	,885	,753	,863	,854	,979

Chi-Test(95%)
 "+": signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-": signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011

SEITE 20

TABELLE 21



25-FEB-11

Q08.02: Einverständnis mit dem Vorschlag - Politische Annäherung an die EU

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte wie sehr Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

- Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	-66	+44	3	57	56	14	57	42	+50	35	-22	9	-47	+52
	8%	15%	6%	10%	9%	7%	9%	11%	21%	8%	5%	6%	7%	15%
Eher einverstanden (2)	231	+98	10	158	181	62	165	112	+97	139	-84	34	179	+117
	28%	35%	19%	27%	29%	30%	26%	30%	41%	30%	20%	22%	27%	35%
Eher nicht einverstanden (3)	414	-73	+26	212	202	79	220	115	-65	158	161	47	243	118
	34%	26%	50%	37%	32%	38%	35%	31%	27%	35%	39%	30%	36%	34%
Gar nicht einverstanden (4)	+239	-52	12	145	158	52	162	89	-24	104	+148	+51	185	-60
	25%	18%	23%	25%	25%	25%	26%	24%	10%	23%	36%	33%	27%	17%
Weiss nicht	38	-22	+15	1	+33	-2	18	+18	3	19	-1	+12	20	-4
	3%	3%	5%	1%	5%	1%	3%	5%	1%	4%	**%	8%	3%	1%
Keine Antwort	2	+2	-	1	1	-	1	1	-	1	-	+2	-	-
	**%	**%	**%	**%	**%	**%	**%	**%	**%	**%	**%	1%	**%	**%
MITTEL	2.78	2.50	2.92	2.78	2.77	2.82	2.81	2.70	2.27	2.76	3.05	2.99	2.87	2.54
STD. DEV.	.918	.966	.821	.938	.945	.890	.940	.972	.969	.907	.878	.930	.910	.947

SEITE 21

Sicherheit 2011

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



Q08.03: Einverständnis mit dem Vorschlag - Verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten Ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte wie sehr Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.
 - Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.

	Total	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	1209 100%	873 100%	284 100%	52 100%	578 100%	631 100%	209 100%	623 100%	377 100%	239 100%	456 100%	416 100%	155 100%	674 100%	351 100%
Sehr einverstanden (1)	447 37%	339 39%	88 31%	20 38%	234 40%	213 34%	64 31%	230 37%	153 41%	-70 29%	176 39%	166 40%	53 34%	246 36%	138 39%
Eher einverstanden (2)	482 40%	347 40%	116 41%	19 37%	222 38%	260 41%	+102 48%	247 40%	133 35%	91 38%	188 41%	162 39%	60 39%	273 41%	134 38%
Eher nicht einverstanden (3)	173 14%	121 14%	45 16%	7 13%	82 14%	91 14%	32 15%	93 13%	48 13%	+56 23%	56 12%	54 13%	20 13%	97 14%	54 15%
Gar nicht einverstanden (4)	84 7%	53 6%	26 9%	5 10%	34 6%	50 8%	10 5%	45 7%	29 8%	19 5%	27 6%	30 7%	15 10%	46 7%	21 6%
Weiss nicht	21 2%	12 1%	8 3%	2 2%	-5 1%	+16 3%	1 3%	8 1%	+12 3%	3 1%	8 2%	3 1%	+7 5%	11 2%	3 1%
Keine Antwort	2 **	1 **	1 **	- **	1 **	1 **	- **	- **	+2 1%	- **	1 **	1 **	- **	1 **	1 **
MITTEL	1.91	1.87	2.03	1.94	1.85	1.96	1.94	1.92	1.87	2.10	1.85	1.87	1.98	1.91	1.88
STD. DEV.	.894	.875	.929	.968	.877	.906	.808	.902	.927	.922	.881	.901	.951	.889	.885

Chi-Test(95%)
 **= signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 * = signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



TABELLE 23

25-FEB-11

Q08.04: Einverständnis mit dem Vorschlag - Mehr Konfliktvermittlung

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten Ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte wie sehr Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

- Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	-212	+90	15	160	157	-38	165	114	+82	116	-89	35	-154	+120
	26%	32%	29%	28%	25%	18%	26%	30%	34%	25%	21%	23%	23%	34%
Eher einverstanden (2)	348	115	24	+255	-232	76	258	153	101	186	168	-40	289	144
	40%	40%	46%	44%	37%	36%	41%	41%	42%	41%	40%	26%	43%	41%
Eher nicht einverstanden (3)	+213	-37	6	-105	+151	+68	131	-57	41	98	102	39	147	68
	21%	13%	12%	18%	24%	33%	21%	15%	17%	21%	25%	25%	22%	19%
Gar nicht einverstanden (4)	78	32	5	48	67	25	53	37	-12	44	+50	+29	68	-14
	9%	11%	10%	8%	11%	12%	9%	10%	5%	10%	12%	19%	10%	4%
Weiss nicht	31	20	1	-8	+23	-1	15	+15	3	11	8	+11	15	-4
	3%	2%	4%	1%	4%	**	2%	4%	1%	2%	2%	7%	2%	1%
Keine Antwort	3	-	+1	2	1	1	1	1	-	1	1	1	1	1
	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**
MITTEL	2.18	2.04	2.02	2.07	2.21	2.39	2.12	2.05	1.93	2.16	2.28	2.43	2.20	1.93
STD. DEV.	.913	.966	.915	.895	.952	.922	.906	.940	.850	.925	.941	1.072	.913	.856

SEITE 23

Sicherheit 2011

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



25-FEB-11

TABELLE 24

Q08.05: Einverständnis mit dem Vorschlag - Bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung beziehen

Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte wie sehr Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

- Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	links	Mitte	rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	264	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	324	80	152	172	-35	150	+139	50	121	114	+56	192	-71
	27%	28%	26%	27%	17%	24%	37%	21%	27%	27%	36%	28%	20%
Eher einverstanden (2)	454	328	209	245	72	244	138	100	175	154	49	256	136
	38%	38%	36%	39%	34%	39%	37%	42%	38%	37%	32%	38%	39%
Eher nicht einverstanden (3)	252	54	+138	-114	+70	139	-43	56	95	85	-18	140	+89
	21%	22%	24%	18%	33%	22%	11%	23%	21%	20%	12%	21%	25%
Garnicht einverstanden (4)	137	31	66	71	29	70	38	22	51	54	24	67	42
	11%	11%	11%	11%	14%	11%	10%	9%	11%	13%	15%	10%	12%
Weiss nicht	32	8	-7	+25	2	15	15	10	8	8	+8	-12	11
	3%	3%	1%	4%	1%	2%	4%	4%	2%	2%	5%	2%	3%
Keine Antwort	10	2	6	4	1	5	4	1	6	1	-	7	2
	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	-	1%	1%
MITTEL	2.19	2.13	2.21	2.14	2.45	2.21	1.94	2.22	2.17	2.19	2.07	2.13	2.30
STD. DEV.	.962	.963	1.067	.964	.934	.948	.966	.898	.961	.992	1.077	.950	.939

Chi-Test(95%)

"+" signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte

"-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011

SEITE 24



TABELLE 25

25-FEB-11

Q08.06: Einverständnis mit dem Vorschlag - Bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung beziehen

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte wie sehr Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

- Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	links	Mitte	rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	1209	873	284	52	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	78	60	17	1	43	35	10	37	31	36	19	15	42	20
	6%	7%	6%	2%	7%	6%	5%	6%	8%	8%	5%	10%	6%	6%
Eher einverstanden (2)	221	163	49	9	109	112	46	114	61	86	61	-17	119	78
	18%	19%	17%	17%	19%	18%	22%	18%	26%	19%	15%	11%	18%	22%
Eher nicht einverstanden (3)	442	334	94	14	217	225	77	245	120	170	163	-41	260	133
	37%	38%	33%	27%	38%	37%	31%	38%	33%	37%	33%	26%	39%	38%
Gar nicht einverstanden (4)	432	297	109	26	202	220	76	212	144	148	169	476	233	111
	36%	34%	38%	50%	35%	36%	36%	34%	30%	32%	41%	49%	35%	32%
Weiss nicht	29	-16	+12	1	-5	+24	-	12	3	12	-4	5	17	6
	2%	2%	4%	2%	1%	4%	-	2%	1%	3%	1%	3%	3%	2%
Keine Antwort	7	3	3	1	2	5	-	3	4	4	-	1	3	3
	1%	**	1%	2%	**	1%	-	**	1%	1%	-	1%	1%	1%
MITTEL	3.05	3.02	3.10	3.30	3.01	3.08	3.05	3.04	3.06	2.88	2.98	3.17	3.19	3.05
STD. DEV.	.906	.906	.913	.839	.920	.882	.881	.883	.961	.937	.928	.998	.891	.888

SEITE 25

Sicherheit 2011

Chi-Test(95%)
 ** signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Q08.07: Einverständnis mit dem Vorschlag - Mehr Entwicklungshilfe leisten

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte wie sehr Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.
- Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
	873 100%	284 100%	52 100%	578 100%	631 100%	209 100%	623 100%	377 100%	239 100%	456 100%	416 100%	155 100%	674 100%	351 100%
Total	1209	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
Sehr einverstanden (1)	246 20%	+92 32%	11 21%	121 21%	125 20%	45 22%	127 20%	74 20%	+98 41%	-76 17%	-53 13%	25 16%	124 18%	+92 26%
Eher einverstanden (2)	449 37%	-304 43%	24 46%	217 38%	232 37%	92 44%	236 38%	121 32%	99 41%	174 38%	142 34%	49 32%	240 36%	145 41%
Eher nicht einverstanden (3)	320 26%	+270 31%	8 15%	150 26%	170 27%	50 24%	163 26%	107 28%	-29 12%	134 29%	+134 32%	41 26%	+197 29%	77 22%
Gar nicht einverstanden (4)	172 14%	+139 16%	8 15%	80 14%	92 15%	-19 9%	88 14%	65 17%	-9 4%	66 14%	+79 19%	+37 24%	103 15%	-29 8%
Weiss nicht	16 1%	2 1%	- -	8 1%	8 1%	3 1%	7 1%	6 2%	4 2%	3 1%	5 1%	3 2%	6 1%	6 2%
Keine Antwort	6 *	3 *	2 1%	2 *	4 1%	- -	2 *	4 *	- -	3 *	3 *	- -	4 *	2 *
MITTEL	2.35	2.00	2.25	2.33	2.37	2.21	2.35	2.44	1.78	2.42	2.59	2.59	2.42	2.13
STD. DEV.	.986	.954	.916	.965	.967	.889	.963	1.004	.806	.936	.944	1.032	.964	.904

Chi-Test(95%)

+- signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte

*- signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit:2011



TABELLE 27

25-FEB-11

Q08.08: Einverständnis mit dem Vorschlag - Wirtschaftlich und politisch unabhängig bleiben

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte wie sehr Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

- Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.

	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	371	113	26	232	278	81	264	165	-56	191	+207	+90	286	-120
	42%	40%	50%	40%	44%	39%	42%	44%	23%	42%	50%	58%	42%	34%
Eher einverstanden (2)	308	96	17	205	216	85	225	-111	82	178	141	41	251	125
	35%	34%	33%	35%	34%	41%	36%	29%	34%	39%	34%	26%	37%	36%
Eher nicht einverstanden (3)	147	53	5	105	100	32	102	71	+69	69	-53	-16	105	+77
	17%	19%	10%	18%	16%	15%	16%	19%	29%	15%	13%	10%	16%	22%
Gar nicht einverstanden (4)	34	13	2	28	21	8	27	14	-27	-8	-10	4	-19	+23
	4%	5%	4%	5%	3%	4%	4%	4%	11%	2%	2%	3%	3%	7%
Weiss nicht	9	6	1	5	11	2	-3	+11	4	5	3	3	9	3
	1%	2%	2%	1%	2%	1%	**	3%	2%	1%	1%	2%	1%	1%
Keine Antwort	4	3	1	3	5	1	2	5	1	5	2	1	4	3
	**	1%	2%	1%	1%	**	**	1%	**	1%	**	1%	1%	1%
MITTEL	1.83	1.88	1.66	1.88	1.78	1.84	1.83	1.82	2.29	1.76	1.67	1.56	1.78	2.01
STD.DEV.	.853	.883	.823	.860	.839	.826	.839	.882	.958	.774	.791	.788	.813	.917

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Q06.09: Einverständnis mit dem Vorschlag - Einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat anstreben

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte wie sehr Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.
- Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium der UNO, anstreben.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
	873 100%	284 100%	52 100%	578 100%	631 100%	209 100%	623 100%	377 100%	239 100%	456 100%	416 100%	155 100%	674 100%	351 100%
Total	1209	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
Sehr einverstanden (1)	261	68	14	123	138	-26	142	93	+73	99	-70	37	-127	+91
Eher einverstanden (2)	495	179	24%	21%	22%	27%	23%	25%	31%	22%	17%	24%	24%	26%
Eher nicht einverstanden (3)	254	340	28	239	256	+103	251	141	107	189	164	-47	289	147
Gar nicht einverstanden (4)	118	49%	54%	41%	41%	49%	40%	37%	45%	41%	39%	30%	49%	42%
Weiss nicht	73	+206	5	134	120	54	131	69	-37	89	+118	30	139	79
Keine Antwort	8	24%	10%	23%	19%	26%	21%	18%	15%	20%	28%	19%	21%	23%
MITTEL	2.20	92	22	61	57	16	60	42	-11	43	48	+23	72	-20
STD. DEV.	.914	11%	8%	11%	9%	8%	10%	11%	5%	9%	12%	15%	11%	6%
		50	22	1	-18	10	36	27	11	31	-14	+18	40	-13
		6%	8%	2%	3%	5%	6%	7%	5%	7%	3%	12%	6%	4%
		8	2	-	3	-	3	5	-	5	2	-	7	1
		1%	1%	-	1%	-	1%	1%	-	1%	1%	-	1%	1%
		2.26	2.07	1.98	2.24	2.30	2.19	2.17	1.94	2.18	2.36	2.28	2.25	2.08
		.925	.873	.836	.919	.797	.919	.864	.821	.909	.907	1.043	.907	.859

Chi-Test(95%)

"+" signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte

"-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit:2011



TABELLE 29

25-FEB-11

Q08.10: Einverständnis mit dem Vorschlag - Sich an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte wie sehr Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

- Sie Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen von der UNO einsetzen.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG				
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden	214	53	4	103	111	-22	111	+81	+73	79	-48	25	-99	+85
(1)	18%	19%	8%	18%	18%	11%	18%	21%	31%	17%	12%	16%	15%	24%
Eher einverstanden	473	+132	22	+250	-223	95	246	132	104	184	157	-44	280	+157
(2)	39%	46%	42%	43%	35%	45%	39%	35%	44%	40%	38%	28%	39%	45%
Eher nicht einverstanden	315	-51	15	145	170	+74	160	-81	49	110	+135	42	184	83
(3)	26%	18%	28%	25%	27%	27%	26%	21%	21%	24%	32%	27%	27%	24%
Gar nicht einverstanden	147	32	6	67	80	17	79	51	-10	57	61	+32	91	-20
(4)	12%	11%	12%	12%	13%	8%	13%	14%	4%	13%	15%	21%	14%	6%
Weiss nicht	54	34	5	-10	+44	-1	27	+26	-3	22	13	11	36	-5
(5)	4%	5%	10%	2%	7%	1%	4%	7%	1%	5%	3%	7%	5%	1%
Keine Antwort	6	5	1	3	3	-	-	+6	-	4	2	1	4	1
**	1%	**	-%	1%	**	-%	-%	2%	-%	1%	**	1%	1%	**
MITTEL	2.37	2.23	2.49	2.31	2.38	2.41	2.35	2.30	1.98	2.34	2.62	2.57	2.42	2.11
STD. DEV.	.934	.903	.831	.904	.943	.786	.930	.968	.830	.926	.892	1.025	.919	.842

Chi-Test(95%)
 "*" signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011

SEITE 29



Q08.11: Einverständnis mit dem Vorschlag - Globale Lösungen für die heutigen Sicherheitsprobleme anstreben

Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte wie sehr Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.
 - Die Schweiz kann die heutigen Sicherheitsprobleme nicht mehr allein lösen, sie können nur global gelöst werden.

	Total	REGION		I-CH	GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
		D-CH	F-CH		Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
	1209	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
(1)	344	237	93	14	181	163	-33	180	+131	+99	130	-89	42	-159	+133
	28%	27%	33%	27%	31%	26%	16%	29%	35%	41%	29%	21%	27%	24%	38%
(2)	494	355	119	20	244	250	82	265	147	99	197	166	54	297	131
	41%	41%	42%	38%	42%	40%	39%	43%	39%	41%	43%	40%	35%	44%	37%
(3)	220	+180	-33	7	96	124	+64	109	-47	-31	74	+100	27	130	60
	18%	21%	12%	13%	17%	20%	31%	17%	12%	13%	16%	24%	17%	19%	17%
(4)	110	76	26	8	48	62	25	57	28	-7	39	+54	18	65	23
	9%	9%	9%	15%	8%	9%	12%	9%	7%	3%	9%	13%	12%	10%	7%
Weiss nicht	37	22	12	3	-9	+28	4	-11	+22	-2	14	-6	+14	19	4
	3%	3%	4%	6%	2%	4%	2%	2%	6%	1%	3%	1%	9%	3%	1%
Keine Antwort	4	3	1	-	-	4	1	1	2	1	2	1	-	4	-
	0%	0%	0%	0%	0%	1%	0%	0%	1%	0%	0%	0%	0%	1%	0%
MITTEL	2,08	2,11	1,97	2,18	2,02	2,14	2,40	2,07	1,92	1,77	2,05	2,29	2,15	2,16	1,92
STD. DEV.	0,924	0,916	0,922	1,034	0,908	0,935	0,901	0,918	0,904	0,767	0,904	0,953	0,992	0,906	0,904

Chi-Test(95%)
 "+" signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



TABELLE 31

25-FEB-11

Q08.12: Einverständnis mit dem Vorschlag - Der UNO Schweizer Friedenstruppen bereitstellen

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte wie sehr Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

- Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	-86	+57	10	67	86	30	85	38	+41	51	48	21	84	42
	10%	20%	19%	12%	14%	14%	14%	10%	17%	11%	12%	14%	12%	12%
Eher einverstanden (2)	325	97	23	220	225	92	225	128	+112	169	143	-37	248	+152
	37%	34%	44%	38%	36%	44%	36%	34%	47%	37%	34%	24%	37%	43%
Eher nicht einverstanden (3)	+264	65	11	174	166	57	181	102	59	138	122	42	181	108
	30%	23%	21%	30%	26%	27%	29%	27%	25%	30%	29%	27%	27%	31%
Gar nicht einverstanden (4)	170	54	7	116	124	-28	117	+95	-23	87	97	+45	145	-46
	21%	19%	13%	20%	20%	13%	19%	25%	10%	19%	23%	29%	22%	13%
Weiss nicht	19	9	-	-1	+27	2	13	13	4	10	-4	+9	15	-2
	2%	3%	-5%	-4%	4%	1%	2%	3%	2%	2%	1%	6%	2%	1%
Keine Antwort	3	2	+1	-	3	-	2	1	-	1	2	1	1	1
	**%	1%	2%	**%	**%	-	**%	**%	-5%	**%	**%	1%	**%	**%
MITTEL	2.63	2.42	2.29	2.59	2.55	2.40	2.54	2.70	2.27	2.59	2.65	2.77	2.59	2.45
STD. DEV.	.925	1.030	.944	.937	.974	.897	.956	.972	.864	.930	.967	1.046	.969	.869

Chi-Test(95%)
 "+": signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-": signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Q08.13: Einverständnis mit dem Vorschlag - Eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte wie sehr Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.
- Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	466	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	374	83	15	+200	-174	-46	178	+150	-24	133	+181	+63	214	-87
	31%	32%	29%	35%	28%	22%	29%	40%	10%	29%	44%	41%	32%	25%
Eher einverstanden (2)	449	325	105	208	241	80	237	132	75	+104	152	55	259	127
	37%	37%	37%	36%	38%	38%	38%	35%	31%	43%	37%	35%	38%	36%
Eher nicht einverstanden (3)	255	191	55	122	133	+58	141	-56	+91	-78	-65	-16	135	+97
	21%	19%	17%	21%	21%	28%	23%	15%	38%	17%	16%	10%	20%	28%
Gar nicht einverstanden (4)	103	69	29	40	63	25	54	24	+43	36	-15	14	51	35
	9%	8%	10%	7%	10%	12%	9%	6%	18%	8%	4%	9%	8%	10%
Weiss nicht	21	-9	+3	8	13	-	9	+12	5	10	-2	+7	9	4
	2%	1%	3%	1%	2%	-	1%	3%	2%	2%	-%	5%	1%	1%
Keine Antwort	7	3	3	-	+7	-	4	3	1	5	1	-	6	1
	1%	1%	2%	-	1%	-	1%	1%	1%	1%	1%	-	1%	-%
MITTEL	2,06	2,11	2,08	2,00	2,14	2,30	2,12	1,87	2,66	2,04	1,79	1,87	2,03	2,23
STD. DEV.	,936	,927	,964	,920	,947	,945	,930	,906	,897	,887	,836	,950	,916	,941

Chi-Test(95%)
"-+" signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
"-." signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011



TABELLE 33

25-FEB-11

Q08.14: Einverständnis mit dem Vorschlag - Die Neutralität beibehalten

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte wie sehr Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

- Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	848	627	179	391	457	143	425	280	-126	327	+322	+128	495	-207
	70%	63%	81%	68%	72%	68%	68%	74%	53%	72%	77%	83%	73%	59%
Eher einverstanden (2)	289	204	8	150	139	53	+169	-67	+79	107	85	-20	148	+115
	24%	23%	15%	26%	22%	25%	27%	16%	33%	23%	20%	13%	22%	33%
Eher nicht einverstanden (3)	44	29	2	21	23	9	-16	19	+22	13	-7	7	-18	16
	4%	3%	4%	4%	4%	4%	3%	5%	9%	3%	2%	5%	3%	5%
Gar nicht einverstanden (4)	15	-6	-9	+13	-2	3	7	5	+6	5	2	-	6	+8
	1%	1%	3%	2%	**	1%	1%	1%	3%	1%	**	-	1%	2%
Weiss nicht	8	4	-	2	6	1	5	2	+4	2	-	-	4	3
	1%	**	-	**	1%	**	1%	1%	2%	**	-5%	-	1%	1%
Keine Antwort	5	3	-	1	4	-	1	+4	2	2	-	-	3	2
	**	**	-	**	1%	-	**	1%	1%	**	-5%	-	**	1%
MITTEL	1.35	1.47	1.23	1.40	1.31	1.38	1.36	1.32	1.61	1.33	1.25	1.22	1.30	1.49
STD.DEV.	.614	.734	.569	.671	.564	.642	.592	.635	.765	.587	.502	.513	.565	.695

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



Q08.15: Einverständnis mit dem Vorschlag - Sich der Nato annähern

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte wie sehr Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.
 - Die Schweiz sollte sich der Nato annähern.

	Total	REGION			GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG				SCHULBILDUNG							
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch					
		n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%			
Total	1209	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351	100%	100%	100%		
Sehr einverstanden	83	53	27	3	40	43	17	37	29	+25	33	21	10	44	28	7%	10%	8%		
Eher einverstanden	353	236	+106	11	173	180	+78	184	91	81	132	117	-25	196	+120	29%	37%	34%		
Eher nicht einverstanden	417	+330	-72	15	+221	-196	71	225	121	72	163	+165	49	239	121	34%	38%	34%		
Gar nicht einverstanden	245	175	51	+19	124	121	-29	122	+94	40	84	83	+48	128	64	20%	20%	18%		
Weiss nicht	102	72	27	3	-17	+85	13	52	37	20	39	-17	+23	61	-15	8%	10%	9%		
Keine Antwort	9	7	1	1	3	6	1	3	5	1	5	3	-	6	3	1%	1%	1%		
MITTEL	2,75	2,79	2,57	3,04	2,77	2,73	2,57	2,76	2,84	2,68	2,72	2,83	3,02	2,74	2,66	2,75	2,79	2,57	3,04	
STD. DEV.	,886	,861	,926	,944	,876	,897	,849	,862	,935	,918	,877	,846	,928	,871	,882	,886	,861	,926	,944	,882

Chi-Test(95%)
 "+": signif. grosserer Anteil als in Gesamtpopulation
 "-": signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpopulation



Q08.16: Einverständnis mit dem Vorschlag - Der Nato beitreten

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte wie sehr Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.
 - Die Schweiz sollte der Nato beitreten.

	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873 100%	284 100%	52 100%	578 100%	631 100%	209 100%	623 100%	377 100%	239 100%	456 100%	416 100%	155 100%	674 100%	351 100%
Sehr einverstanden (1)	57 5%	-33 4%	+22 4%	28 5%	29 5%	10 5%	29 5%	18 5%	14 6%	17 4%	20 5%	5 3%	34 5%	17 5%
Eher einverstanden (2)	200 17%	+70 15%	-2 4%	96 17%	104 16%	44 21%	101 16%	55 15%	+59 25%	72 16%	59 14%	-15 10%	117 17%	59 17%
Eher nicht einverstanden (3)	400 33%	+312 36%	-76 27%	207 36%	193 31%	73 35%	217 35%	110 29%	78 33%	169 37%	135 32%	43 28%	220 33%	130 37%
Gar nicht einverstanden (4)	434 36%	-80 28%	+32 62%	+231 40%	-203 32%	60 29%	220 35%	154 41%	-66 28%	149 33%	+180 43%	66 43%	233 35%	126 36%
Weiss nicht	109 9%	+35 8%	2 4%	-13 2%	+96 15%	20 10%	52 8%	37 10%	21 9%	21 10%	44 10%	+28 17%	66 10%	-14 4%
Keine Antwort	9 1%	1 *	+2 4%	3 1%	6 1%	2 1%	4 1%	3 1%	1 *	5 1%	2 *	- *	4 1%	5 1%
MITTEL	3.11 .862	2.86 .841	3.54 .771	3.14 .873	3.08 .892	2.88 .860	3.11 .872	3.19 .895	2.90 .910	3.11 .837	3.21 .877	3.32 .829	3.08 .894	3.10 .869

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Q08.17: Einverständnis mit dem Vorschlag - Sich nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen

Wie kam die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte wie sehr Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

- Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
1209	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	193	-48	+24	116	149	-22	123	+120	-27	99	105	+62	150	-45
22%	22%	17%	46%	20%	24%	11%	20%	32%	11%	22%	25%	40%	22%	13%
Eher einverstanden (2)	250	69	15	153	181	57	177	100	-34	134	+138	43	199	86
28%	29%	24%	29%	26%	29%	27%	25%	27%	14%	29%	33%	28%	30%	25%
Eher nicht einverstanden (3)	292	96	-9	200	187	+90	218	-89	+85	156	127	-28	211	+149
33%	33%	34%	17%	35%	31%	43%	35%	24%	40%	34%	31%	18%	34%	42%
Gar nicht einverstanden (4)	117	+57	-2	+102	-74	38	85	53	+76	54	-40	14	90	+67
15%	13%	20%	4%	18%	12%	18%	14%	14%	32%	12%	10%	9%	13%	19%
Weiss nicht	-18	+14	1	-5	+28	2	18	13	6	10	-6	+8	20	-4
3%	2%	5%	1%	4%	1%	1%	3%	3%	3%	2%	1%	5%	3%	1%
Keine Antwort	3	-	+1	2	2	-	2	2	1	3	-	-	4	-
**	**	-%	2%	**	**	-	**	**	**	1%	-	-%	1%	-%
MITTEL	2,39	2,60	1,78	2,50	2,33	2,70	2,44	2,21	2,95	2,37	2,25	1,96	2,37	2,69
STD. DEV.	,983	1,011	,887	1,008	,982	,892	,868	1,060	,970	,963	,947	,989	,987	,929

Chi-Test(95%)
 "+": signif. grosserer Anteil als in Gesamtpalte
 "-": signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte

Sicherheit 2011

SEITE 36



25-FEB-11

Q09: Wichtigkeit Schweizer Armee

Zuerst ganz allgemein gefragt: Wie wichtig ist es Ihnen, dass die Schweiz eine starke Armee hat?

	REGION		GESCHLECHT		ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	links	Mitte	rechts	6-10	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351	
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	
Überhaupt nicht wichtig	63	25	3	40	51	20	50	21	+50	-24	-9	12	-35	+42	
(1)	7%	9%	6%	7%	8%	10%	8%	6%	21%	5%	2%	8%	5%	12%	
	42	31	9	23	19	12	23	-7	+22	-9	10	2	20	+20	
(2)	3%	4%	4%	4%	3%	6%	4%	2%	9%	2%	2%	1%	3%	6%	
	88	65	19	38	50	+31	46	-11	+40	-24	-17	6	45	+35	
(3)	7%	7%	8%	7%	8%	15%	7%	3%	17%	5%	4%	4%	4%	10%	
	69	47	20	30	39	+10	34	16	19	25	22	8	34	23	
(4)	6%	5%	7%	5%	6%	9%	5%	4%	8%	5%	5%	5%	5%	7%	
	184	130	41	-69	+115	-21	101	62	46	82	-41	29	110	42	
(5)	15%	14%	25%	12%	18%	10%	16%	16%	19%	18%	10%	19%	16%	12%	
	106	78	26	51	55	17	58	31	15	45	41	8	57	38	
(6)	9%	9%	9%	9%	9%	8%	9%	8%	6%	10%	10%	5%	8%	11%	
	147	112	28	74	73	28	83	38	-14	68	61	-9	+97	39	
(7)	12%	13%	10%	13%	12%	12%	13%	10%	6%	14%	15%	6%	14%	11%	
	218	155	54	110	108	35	99	+84	-15	85	+96	31	129	51	
(8)	18%	18%	19%	17%	17%	17%	16%	19%	6%	19%	23%	20%	19%	15%	
	48	35	12	+36	-12	11	27	10	-1	18	+29	2	28	17	
(9)	4%	4%	4%	6%	2%	5%	4%	3%	**	4%	7%	1%	4%	5%	
Sehr wichtig	207	152	46	104	103	-16	98	+93	-17	75	+89	+44	115	-43	
	17%	17%	16%	18%	16%	8%	16%	25%	7%	16%	21%	28%	17%	12%	
Weiss nicht	8	4	4	2	6	1	4	3	-	3	-	+4	4	-	
Keine Angabe / verweigert	1	1	-	**	1%	**	1%	1%	-5%	1%	-5%	3%	1%	-5%	
	1	**	-5%	1%	-5%	-	-5%	**	-5%	-5%	1	-5%	-5%	**	
MITTEL	6.29	6.32	6.20	6.49	6.10	5.49	6.17	6.93	4.21	6.51	7.14	6.81	6.49	5.66	
STD. DEV.	2.719	2.709	2.768	2.725	2.702	2.722	2.711	2.587	2.654	2.486	2.333	2.832	2.561	2.864	

Sicherheit 2011

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



Q10: Verteidigungsausgaben

Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Viel zu viel	-85	+44	60	79	+38	70	-31	+65	-33	-25	18	-66	+51
	11%	10%	10%	13%	18%	11%	8%	27%	7%	6%	12%	10%	15%
Zu viel	238	83	-134	+203	+80	177	-80	+103	118	-95	34	188	107
	28%	27%	23%	32%	38%	28%	21%	45%	26%	23%	22%	28%	30%
Gerade richtig	334	110	225	236	-50	246	+165	-56	194	+179	62	275	115
	38%	39%	39%	33%	24%	39%	44%	23%	43%	43%	40%	41%	33%
Zu wenig	167	+137	+116	-51	25	82	60	-9	64	+85	18	87	56
	14%	8%	20%	8%	12%	13%	16%	4%	14%	20%	12%	13%	16%
Viel zu wenig	20	5	+18	-7	5	11	9	-	12	13	4	11	10
	2%	2%	3%	1%	2%	2%	2%	-	3%	3%	3%	2%	3%
Weiss nicht	78	18	-23	+55	11	37	30	-6	34	-18	+19	46	-11
	6%	7%	4%	9%	5%	6%	8%	3%	7%	4%	12%	7%	3%
Keine Angabe / verweigert	2	-	2	-	-	-	+2	-	1	1	-	1	1
	**	**	**	**	-	-	1%	-	**	**	-	**	**
MITTEL	2.72	2.48	2.82	2.49	2.39	2.64	2.81	2.04	2.77	2.91	2.68	2.66	2.61
STD. DEV.	.951	.947	.992	.881	1.015	.930	.915	.822	.900	.912	.965	.904	1.025

Chi-Test(95%)
 **= signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 * = signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



TABELLE 39

25-FEB-11

Q11: Verteidigungsfähigkeit

Glauben Sie, dass unsere Armee uns heute verteidigen kann? Glauben Sie sehr daran oder eher daran bzw. eher nicht daran oder gar nicht daran?

	REGION			GESCHLECHT		ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				SCHULEBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	16-29 Jahre	30-39 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch		
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351		
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%		
Glaube sehr daran (1)	72	31	2	52	53	7	54	+44	-11	44	38	16	64	-21		
	8%	11%	4%	9%	8%	3%	9%	12%	5%	10%	9%	10%	9%	6%		
Glaube eher daran (2)	416	294	97	217	199	72	211	133	-49	153	+186	+70	226	113		
	34%	34%	25%	38%	32%	34%	34%	35%	21%	34%	45%	45%	34%	32%		
Glaube eher nicht daran (3)	432	-81	13	188	244	82	222	128	+104	167	132	-31	250	141		
	36%	39%	25%	33%	39%	36%	34%	34%	44%	37%	32%	20%	37%	40%		
Glaube gar nicht daran (4)	231	154	66	114	117	47	125	59	+74	78	-57	32	121	72		
	19%	16%	23%	20%	19%	22%	20%	16%	31%	17%	14%	21%	18%	21%		
Weiss nicht	20	-10	+9	-4	+16	1	9	10	1	10	-2	5	11	2		
	2%	1%	3%	2%	3%	**	**	3%	**	2%	**	3%	2%	1%		
Keine Angabe / verweigert	5	5	-	3	2	-	2	3	-	4	1	1	2	2		
	**	1%	-%	1%	**	-%	**	1%	-%	1%	**	1%	**	1%		
MITTEL	2.67	2.66	2.65	2.64	2.69	2.81	2.68	2.55	3.01	2.63	2.50	2.53	2.65	2.76		
STD. DEV.	.866	.966	.968	.902	.877	.821	.896	.903	.859	.887	.844	.948	.888	.849		

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



25-FEB-11

G12: Katastrophenhilfe im Inland

Glauben Sie, dass die Armee bei Umweltkatastrophen im Inland genügend Hilfe leisten kann?

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	1209	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Glaube sehr daran	(1) 524	117	+32	255	269	78	281	165	-79	205	199	67	304	139
	43%	41%	62%	44%	43%	37%	45%	44%	33%	45%	48%	43%	45%	40%
Glaube eher daran	(2) 530	129	20	257	273	100	266	164	122	193	177	63	290	168
	44%	45%	36%	44%	43%	46%	43%	44%	51%	42%	43%	40%	45%	48%
Glaube eher nicht daran	(3) 107	18	-	51	56	+27	50	30	28	41	31	13	58	32
	9%	6%	-	9%	9%	13%	8%	8%	12%	9%	7%	8%	9%	9%
Glaube gar nicht daran	(4) 26	10	-	11	15	4	13	9	6	8	6	5	12	8
	2%	4%	-	2%	2%	2%	2%	2%	3%	2%	1%	3%	2%	2%
Weiss nicht	21	-11	-	-3	+18	-	13	8	4	8	3	+8	9	4
	2%	1%	-	1%	3%	-	2%	2%	2%	2%	1%	5%	1%	1%
Keine Angabe / verweigert	1	1	-	1	-	-	-	1	-	1	-	-	1	-
	0%	0%	-	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%
MITTEL	1.68	1.70	1.71	1.68	1.70	1.79	1.66	1.68	1.93	1.67	1.62	1.70	1.67	1.74
STD. DEV.	.723	.726	.747	.714	.735	.734	.716	.727	.723	.717	.685	.771	.712	.720

Chi-Test(95%)
 ** signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011



TABELLE 41

25-FEB-11

Q13: Schutz vor Terroranschlägen

Glauben Sie, dass die Armee uns vor Terroranschlägen schützen kann?

	REGION			GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch	
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351	
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	
Glaube sehr daran (1)	-58	+32	4	46	48	-9	43	+42	-7	40	37	+24	50	-16	
	7%	11%	8%	8%	8%	4%	7%	11%	3%	9%	9%	15%	7%	5%	
Glaube eher daran (2)	-214	88	+23	159	166	63	-147	115	-42	135	128	49	184	83	
	25%	31%	44%	28%	26%	30%	24%	31%	18%	30%	31%	32%	27%	24%	
Glaube eher nicht daran (3)	+407	-91	15	236	277	86	277	150	115	179	184	-48	295	163	
	47%	32%	29%	41%	44%	41%	44%	40%	48%	39%	44%	31%	44%	46%	
Glaube gar nicht daran (4)	177	69	8	131	123	50	144	-60	+73	89	-63	29	131	86	
	20%	24%	15%	23%	19%	24%	23%	16%	31%	20%	15%	19%	19%	25%	
Weiss nicht	17	4	2	-6	+17	1	12	10	2	13	4	5	14	3	
	2%	1%	4%	1%	3%	**	2%	3%	1%	3%	1%	3%	2%	1%	
MITTEL	2,82	2,70	2,54	2,79	2,77	2,85	2,85	2,62	3,07	2,72	2,66	2,55	2,77	2,92	
STD. DEV.	,835	,966	,862	,887	,856	,835	,859	,891	,775	,888	,843	,980	,853	,815	

Chi-Test(95%)
 ** signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



25-FEB-11

Q14: Zufriedenheit mit Schweizer Armee

Alles in allem, wie zufrieden sind Sie mit der Leistung von der Schweizer Armee?

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	188	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Überhaupt nicht zufrieden (1)	47	+18	1	+30	-17	9	22	16	+23	15	-4	6	-19	+21
	4%	3%	2%	5%	3%	4%	4%	4%	10%	3%	1%	4%	3%	6%
(2)	31	6	2	14	17	9	18	-4	+11	11	7	1	16	+14
	3%	2%	4%	2%	3%	4%	3%	1%	5%	2%	2%	1%	2%	4%
(3)	59	43	15	+38	-21	+16	32	-11	+22	17	19	7	-24	+27
	5%	5%	2%	7%	3%	8%	5%	3%	9%	4%	5%	5%	4%	8%
(4)	82	60	18	+49	-33	+21	44	-17	+31	23	23	9	-36	+36
	7%	6%	8%	8%	5%	10%	7%	5%	13%	5%	6%	6%	5%	10%
(5)	228	171	46	102	126	39	+133	-56	55	90	66	23	130	69
	19%	20%	16%	18%	20%	19%	21%	15%	23%	20%	16%	15%	19%	20%
(6)	184	125	52	84	100	+43	94	47	31	65	+81	-14	113	52
	15%	14%	18%	15%	16%	21%	15%	12%	13%	14%	17%	9%	17%	15%
(7)	202	155	36	105	97	33	103	66	-22	89	70	25	118	55
	17%	18%	13%	18%	15%	16%	17%	19%	9%	19%	19%	16%	18%	16%
(8)	204	156	42	101	103	26	105	73	-20	74	+92	29	123	47
	17%	18%	15%	17%	16%	12%	17%	19%	8%	16%	22%	19%	18%	13%
(9)	31	24	4	13	18	3	16	12	2	10	12	4	18	7
	3%	3%	6%	2%	3%	1%	3%	3%	1%	2%	3%	3%	3%	2%
(10) Sehr zufrieden	66	44	2	-21	+45	-	-22	+44	-8	32	19	+24	35	-6
	5%	5%	7%	4%	7%	4%	4%	12%	3%	7%	5%	15%	5%	2%
Weiss nicht	63	39	21	-15	+48	9	27	+27	14	27	-9	11	36	14
	5%	4%	7%	3%	8%	4%	4%	7%	6%	6%	2%	7%	5%	4%
Keine Angabe / verweigert	12	5	1	6	6	1	7	4	2	4	5	2	6	3
	1%	1%	2%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%
MITTEL	6.03	5.89	6.10	5.84	6.22	5.42	5.92	6.59	4.88	6.21	6.39	6.67	6.20	5.43
STD. DEV.	2.124	2.074	2.301	2.146	2.086	1.923	2.041	2.243	2.189	2.091	1.827	2.360	2.002	2.122

Chi-Test(95%)
 "+" signif. grösserer Anteil als in Gesamtpalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte

Sicherheit 2011



TABELLE 43

25-FEB-11

Q15: Miliz- versus Berufsarmee

Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

Total	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
1209 100%	873 100%	284 100%	52 100%	578 100%	631 100%	209 100%	623 100%	377 100%	239 100%	456 100%	416 100%	155 100%	674 100%	351 100%
574 47%	+462 53%	-89 31%	23 44%	+298 52%	-276 44%	-79 38%	288 46%	+207 55%	-88 37%	224 49%	+227 55%	70 45%	327 48%	165 47%
521 43%	-344 39%	+151 53%	26 50%	264 46%	257 41%	+118 56%	275 44%	-128 34%	117 49%	188 41%	173 42%	61 38%	294 44%	154 44%
99 8%	-55 6%	+41 14%	3 6%	-10 2%	+89 14%	12 6%	52 8%	35 9%	25 10%	42 9%	-14 3%	19 12%	48 7%	27 8%
15 1%	12 1%	3 1%	- -	6 1%	9 1%	- -	8 1%	7 2%	+9 4%	2 *	2 **	+5 3%	5 1%	5 1%

Total
 Milizarmee auch in Zukunft
 genügend
 Wir würden eine Berufsarmee
 brauchen
 Weiss nicht
 Keine Angabe / verweigert

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



TABELLE 44

25-FEB-11

Q16: Vorteile Wehrpflicht

Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten. Was finden Sie persönlich gut an der Wehrpflicht? Und was sonst noch?

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	872	284	52	577	631	208	623	377	239	455	416	155	673	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Anderes	+683	-182	39	455	459	151	460	303	-146	362	+343	113	506	275
	79%	64%	75%	79%	73%	73%	74%	80%	61%	80%	82%	73%	75%	78%
Nichts	-138	+85	11	106	128	43	135	56	+83	-67	-61	35	125	67
	16%	30%	21%	18%	20%	21%	22%	15%	35%	15%	15%	23%	19%	19%
Weiss nicht	55	38	1	-13	+42	14	26	15	10	24	-10	7	+39	-8
	6%	6%	2%	2%	7%	7%	4%	4%	4%	5%	2%	5%	6%	2%
Keine Angabe / verweigert	5	3	1	3	2	-	2	3	-	2	2	-	3	1
	1%	1%	2%	1%	1%	0%	1%	1%	0%	1%	1%	0%	1%	1%

SEITE 44

Sicherheit.2011

Chi-Test(95%)
 "+" signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



25-FEB-11

Q17: Nachteile Wehrpflicht

Was finden Sie persönlich schlecht an der Wehrpflicht?
Und was sonst noch?

Total	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
1207	871	284	52	577	630	208	623	376	239	454	416	154	673	351
100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
768	549	185	34	+396	-372	+162	411	-195	+184	278	266	-76	410	+263
64%	63%	65%	65%	69%	59%	78%	66%	52%	77%	61%	64%	49%	61%	75%
341	251	76	14	151	190	-30	170	+141	-41	137	123	+59	206	-69
28%	29%	27%	27%	28%	30%	14%	27%	38%	17%	30%	30%	38%	31%	20%
93	69	21	3	-27	+66	15	39	+39	13	37	26	17	57	-16
8%	8%	7%	6%	5%	10%	7%	6%	10%	5%	8%	6%	11%	8%	5%
5	2	2	1	3	2	1	3	1	1	2	1	2	-	3
1%	**%	1%	2%	1%	**%	**%	**%	**%	**%	**%	**%	1%	-5%	1%

Keine Angabe / verweigert

Chi-Test(95%)
 **= signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 * = signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



25-FEB-11

TABELLE 46

Q18: Übersichtstabelle - Einverständnis mit den Dienstmodellen

Total	... einverstanden										MITTEL	STDERR
	Sehr 1	Eher 2	Eher nicht 3	Gar nicht 4	Weiss nicht	Keine Antwort						
1209 100%	101 8%	201 17%	384 32%	514 43%	8 1%	1 *					3.09	.028
1209 100%	83 7%	197 16%	337 28%	561 46%	27 2%	4 *					3.17	.028
1209 100%	388 32%	457 38%	191 16%	152 13%	18 1%	3 *					2.09	.029
1209 100%	251 21%	369 31%	270 22%	301 25%	17 1%	1 *					2.52	.031
1209 100%	260 21%	207 17%	311 26%	411 34%	27 2%	3 *					2.75	.033

Q18.01: Wehrpflicht für Frauen

Q18.02: Militärdienst für Ausländer

Q18.03: Obligatorische Dienstpflicht für Männer

Q18.04: Obligatorische Dienstpflicht für Männer und Frauen

Q18.05: Freiwilligen-Armeer

Chi-Test(95%)

"++" signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte

"-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011

SEITE 46



Q18.01: Einverständnis mit den Dienstmodellen - Wehrpflicht für Frauen

Es gibt nicht nur das Modell von der Wehrpflicht, sondern es sind auch andere Dienstmodelle möglich. Wir haben einige von diesen Dienstmodellen zusammengetragen. Sagen Sie bitte zu jedem wie Sie damit einverstanden sind. Die Schweiz sollte ...

- ... die Wehrpflicht auch für Frauen einführen.

	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	72	23	6	58	43	16	44	+41	18	46	30	+22	55	23
	8%	8%	12%	10%	7%	8%	7%	11%	8%	10%	7%	14%	8%	7%
Eher einverstanden (2)	148	43	10	107	94	25	106	70	33	73	81	27	-96	+73
	17%	15%	19%	19%	15%	12%	17%	19%	14%	16%	19%	17%	14%	21%
Eher nicht einverstanden (3)	+286	76	12	188	196	52	210	122	-60	157	143	-36	227	108
	32%	27%	23%	33%	31%	25%	34%	32%	25%	34%	34%	23%	34%	31%
Gar nicht einverstanden (4)	353	137	24	-223	+291	+116	259	-139	+127	176	160	69	290	146
	40%	48%	46%	39%	46%	56%	42%	37%	53%	39%	38%	45%	43%	42%
Weiss nicht	8	4	-	-1	+7	-	4	4	1	4	2	1	6	1
	1%	**	-	**	1%	-	1%	1%	**	1%	**	1%	1%	**
Keine Antwort	1	1	-	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-
	**	**	-	**	-	-	-	**	-	-	-	-	-	-
MITTEL	3.07	3.17	3.04	3.00	3.18	3.28	3.11	2.97	3.24	3.02	3.05	2.89	3.13	3.08
STD. DEV.	.951	.974	1.066	.969	.929	.962	.930	1.002	.959	.960	.934	1.097	.945	.941

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



Q18.02: Einverständnis mit den Dienstmodellen - Militärdienst für Ausländer

Es gibt nicht nur das Modell von der Wehrpflicht, sondern es sind auch andere Dienstmodellen zusammengetragen. Sagen Sie bitte zu jedem wie Sie damit einverstanden sind. Die Schweiz sollte ...

- ... den Militärdienst auch für Ausländer einführen.

	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	83	22	2	-30	+53	+25	36	22	12	30	27	14	53	-15
	7%	8%	4%	5%	8%	12%	6%	6%	5%	7%	6%	9%	8%	4%
Eher einverstanden (2)	197	+61	6	-80	+117	+46	98	53	+50	77	-52	21	113	57
	16%	21%	12%	14%	19%	22%	16%	14%	21%	17%	13%	14%	17%	16%
Eher nicht einverstanden (3)	+263	66	8	154	183	56	175	106	73	136	114	-29	194	106
	28%	23%	15%	27%	29%	27%	28%	28%	31%	30%	27%	19%	29%	30%
Gar nicht einverstanden (4)	561	404	33	+311	-250	-79	300	182	98	195	+221	85	297	166
	46%	44%	63%	54%	40%	38%	48%	48%	41%	43%	53%	55%	44%	47%
Weiss nicht	27	-14	10	3	+25	3	12	12	4	+17	-2	5	16	5
	2%	4%	6%	4%	4%	1%	2%	3%	2%	4%	+	3%	2%	1%
Keine Antwort	4	3	1	1	3	-	2	2	2	1	-	1	1	2
	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**
MITTEL	3.17	3.18	3.07	3.30	3.04	2.92	3.21	3.23	3.10	3.13	3.28	3.24	3.12	3.23
STD. DEV.	.931	.999	.868	.895	.980	1.044	.920	.915	.913	.938	.919	1.018	.966	.879

Chi-Test(95%)
 **= signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 *= signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



TABELLE 49

25-FEB-11

Q18.03: Einverständnis mit den Dienstmodellen - Obligatorische Dienstpflicht für Männer

Es gibt nicht nur das Modell von der Wehrpflicht, sondern es sind auch andere Dienstmodelle möglich. Wir haben einige von diesen Dienstmodellen zusammengetragen. Sagen Sie bitte zu jedem wie Sie damit einverstanden sind. Die Schweiz sollte ...

- ... die heutige Wehrpflicht in eine obligatorische Dienstpflicht NUR für Männer umwandeln, wobei Männer frei wählen könnten, ob sie Militärdienst oder Zivildienst oder Sozialdienst leisten.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	1209	873	284	52	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	368	-254	107	+27	-145	63	207	118	83	149	116	54	223	98
	32%	29%	38%	52%	25%	30%	33%	31%	35%	33%	28%	35%	33%	28%
Eher einverstanden (2)	457	320	125	12	248	81	240	136	104	173	150	55	266	128
	38%	37%	44%	23%	36%	39%	39%	36%	44%	38%	36%	35%	39%	36%
Eher nicht einverstanden (3)	191	+163	-23	5	+117	41	95	55	31	64	+82	17	100	+70
	16%	19%	8%	10%	20%	12%	15%	15%	13%	14%	20%	11%	15%	20%
Gar nicht einverstanden (4)	152	+124	-20	8	+101	22	76	54	-18	58	+65	24	-70	54
	13%	14%	7%	15%	17%	11%	12%	14%	8%	13%	16%	15%	10%	15%
Weiss nicht	18	11	7	-	+14	2	-5	+11	2	10	3	4	14	-
	1%	1%	2%	1%	2%	1%	1%	3%	1%	2%	1%	3%	2%	-5%
Keine Antwort	3	1	2	2	1	-	-	+3	1	2	-	1	1	1
	**%	**%	1%	-%	**%	-%	-%	-%	**%	**%	-%	1%	**%	**%
MITTEL	2.09	2.18	1.84	1.88	2.30	2.11	2.06	2.12	1.93	2.07	2.23	2.07	2.03	2.23
STD. DEV.	.396	1.014	.861	1.114	1.036	.960	.989	1.029	.887	1.000	1.028	1.056	.957	1.024

SEITE 49

Sicherheit 2011

Chi-Test(95%)
 **= signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 *= signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



25-FEB-11

TABELLE 50

Q18.04: Einverständnis mit den Dienstmodellen - Obligatorische Dienstpflicht für Männer und Frauen

Es gibt nicht nur das Modell von der Wehrpflicht, sondern es sind auch andere Dienstmodelle möglich. Wir haben einige von diesen Dienstmodellen zusammengetragen. Sagen Sie bitte zu jedem wie Sie damit einverstanden sind. Die Schweiz sollte ...

... für Männer UND Frauen eine obligatorische Dienstpflicht einführen, wobei Männer und Frauen frei wählen könnten, ob sie Militärdienst oder Zivildienst- oder Sozialdienst leisten.

	Total	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch	
		n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%	n
	1209	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351	
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	
Sehr einverstanden	(1)	251	+81	15	109	142	33	133	85	52	100	-70	33	125	+88	
		18%	29%	29%	19%	23%	16%	21%	23%	22%	22%	17%	21%	19%	25%	
Eher einverstanden	(2)	369	-246	+109	14	178	191	62	181	126	147	113	40	217	100	
		28%	38%	27%	31%	30%	30%	29%	33%	37%	32%	27%	26%	32%	28%	
Eher nicht einverstanden	(3)	270	+218	-43	9	139	131	57	140	73	48	95	+113	29	154	83
		22%	25%	17%	24%	21%	27%	22%	19%	20%	21%	27%	19%	23%	24%	
Gar nicht einverstanden	(4)	301	+246	-41	14	147	154	56	164	81	49	105	116	48	169	76
		25%	28%	27%	25%	24%	27%	26%	21%	21%	23%	28%	31%	25%	22%	
Weiss nicht	17	-7	+10	-	5	12	1	5	+11	1	9	3	+5	8	4	
	1%	1%	4%	-	1%	2%	1%	1%	3%	1%	2%	1%	3%	1%	1%	
Keine Antwort	1	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1	-	-	-	
	**	**	-	-	-	**	-	-	-	-	-	1	-	-	-	
MITTEL	2.52	2.64	2.16	2.42	2.57	2.48	2.65	2.54	2.41	2.39	2.46	2.67	2.61	2.55	2.42	
STD. DEV.	1.085	1.076	1.014	1.177	1.088	1.100	1.043	1.101	1.075	1.045	1.081	1.082	1.152	1.065	1.092	

Chi-Test(95%)
 **= signif. grösserer Anteil als in Gesamtpalte
 *= signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte

Sicherheit 2011

SEITE 50



Q18.05: Einverständnis mit den Dienstmodellen - Freiwilligen-Armee

Es gibt nicht nur das Modell von der Wehrpflicht, sondern es sind auch andere Dienstmodelle möglich. Wir haben einige von diesen Dienstmodellen zusammengetragen. Sagen Sie bitte zu jedem wie Sie damit einverstanden sind. Die Schweiz sollte ...

... die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873 100%	284 100%	578 100%	631 100%	209 100%	623 100%	377 100%	239 100%	456 100%	416 100%	155 100%	674 100%	351 100%
(1) Sehr einverstanden	-155 21%	+82 29%	114 20%	136 22%	+57 27%	137 22%	-56 15%	+79 33%	80 18%	-65 16%	32 21%	125 19%	+88 25%
(2) Eher einverstanden	-132 17%	+67 24%	91 16%	116 18%	+51 24%	101 16%	55 15%	+72 30%	-53 12%	66 16%	22 14%	102 15%	72 21%
(3) Eher nicht einverstanden	+245 28%	59 21%	138 24%	173 27%	50 24%	169 27%	92 24%	-42 18%	+149 33%	104 25%	29 19%	+200 30%	77 22%
(4) Gar nicht einverstanden	+322 37%	-68 24%	+225 39%	-186 29%	-49 23%	199 32%	+163 43%	-43 18%	163 36%	+173 42%	65 42%	230 34%	109 31%
Weiss nicht	17 2%	7 2%	-7 1%	+20 3%	2 1%	15 2%	10 3%	3 1%	10 2%	7 2%	+7 5%	16 2%	-3 1%
Keine Antwort	2 **	1 **	3 1%	- -%	- -%	2 **	1 **	- -%	1 **	1 **	- -%	- -%	1 **
MITTEL	2,86	2,41	2,63	2,67	2,44	2,71	2,99	2,21	2,89	2,84	2,86	2,81	2,60
STD.DEV.	1,113	1,155	1,195	1,150	1,130	1,148	1,100	1,087	1,093	1,108	1,201	1,111	1,176

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



TABELLE 52

25-FEB-11

Q19: Vertrauen in Freiwilligen-Armee

Blieben wir noch bei der letzten Frage. Wenn die Schweiz den Militärdienst Freiwilligen überlässt, würden Sie der Armee sehr oder eher bzw. eher nicht oder überhaupt nicht vertrauen?

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr vertrauen	-91	+47	11	72	77	23	78	48	28	58	47	25	82	39
(1)	12%	17%	21%	12%	12%	11%	13%	13%	12%	13%	11%	16%	12%	11%
Eher vertrauen	-308	+141	16	214	251	+108	241	-116	64	166	171	49	265	136
(2)	35%	50%	31%	37%	40%	52%	39%	31%	39%	36%	41%	32%	39%	39%
Eher nicht vertrauen	+283	-59	19	178	183	54	181	126	83	129	128	40	198	116
(3)	30%	21%	37%	31%	29%	26%	28%	33%	35%	28%	31%	28%	29%	33%
Überhaupt nicht vertrauen	+167	-26	6	105	94	-22	102	+75	30	84	67	33	108	55
(4)	16%	9%	12%	18%	15%	11%	16%	20%	13%	18%	16%	21%	16%	16%
Weiss nicht	25	19	6	-5	+20	1	16	8	2	14	-2	+7	17	-1
	2%	2%	-	1%	3%	0%	3%	2%	1%	**	**	5%	3%	**
Keine Angabe / verweigert	10	5	-	4	6	1	5	4	2	5	1	1	4	4
	1%	1%	-	1%	1%	0%	1%	1%	1%	1%	**	1%	1%	1%
MITTEL	2,62	2,23	2,38	2,56	2,49	2,36	2,51	2,62	2,49	2,55	2,62	2,55	2,51	2,54
STD. DEV.	,919	,847	,953	,933	,904	,818	,922	,954	,864	,949	,886	1,022	,913	,891

Chi-Test(95%)
 "+" signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011

SEITE 52

Q20: Übersichtstabelle - Bekanntheit Auslandseinsatz im Rahmen der

	1	2	3	4	Weiss nicht	Keine Antwort	MITTEL	STDERR
Total	Wesentliche Fakten Bek.	Einige Fakten Bek.	Schon davon gehört	Noch nie davon gehört	Keine Antwort	Keine Antwort	MITTEL	STDERR
1209 100%	162 13%	246 20%	612 51%	171 14%	15 1%	3 **	2.66	.026
1209 100%	71 6%	97 8%	366 30%	657 54%	16 1%	2 **	3.35	.025
1209 100%	39 3%	124 10%	557 46%	473 39%	13 1%	3 **	3.23	.022
1209 100%	29 2%	71 6%	425 35%	661 55%	19 2%	4 **	3.45	.021

Q20.01: SWISSCOY

Q20.02: Überwachung des Waffenstillstands zwischen Nord- und Südkorea

Q20.03: UNO-Mission im Nahen Osten

Q20.04: UNO-Mission in der Demokratischen Republik Kongo

Chi-Test(95%)

** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
* signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



Q20.01: Bekanntheit Auslandseinsatz im Rahmen der - SWISSCOY

Haben Sie schon einmal von den folgenden Auslandseinsätzen von der Schweizer Armee gehört oder gelesen? Wie ist es mit ...
 - ... dem Einsatz von der SWISSCOY an der internationalen friedensunterstützenden Mission im Kosovo.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Wesentliche Fakten bekannt (1)	162	-25	+13	+108	-54	-17	88	57	38	56	61	15	-68	+78
	13%	14%	9%	19%	9%	8%	14%	15%	16%	12%	15%	10%	10%	22%
Einige Fakten bekannt (2)	+200	-40	6	+140	-106	35	137	74	59	81	96	22	135	85
	23%	14%	12%	24%	17%	17%	22%	20%	25%	18%	23%	14%	20%	24%
Schon davon gehört (3)	612	160	31	277	335	97	324	191	116	247	210	81	345	167
	51%	48%	60%	48%	53%	46%	52%	51%	49%	54%	50%	52%	51%	48%
Noch nie davon gehört (4)	171	+55	-1	-49	+122	+58	-65	48	25	63	-45	+34	+112	-21
	14%	13%	19%	8%	19%	28%	10%	13%	10%	14%	11%	22%	17%	6%
Weiss nicht	15	4	-	-3	+12	2	8	5	1	8	3	3	11	-
	1%	1%	1%	1%	2%	1%	1%	1%	**	2%	1%	2%	2%	-
Keine Antwort	3	-	+1	1	2	-	1	2	-	1	1	-	3	-
	**	-	2%	**	**	-	**	1%	-	**	**	-	**	-
MITTEL	2,66	2,88	2,39	2,47	2,85	2,95	2,60	2,62	2,54	2,71	2,58	2,88	2,76	2,37
STD. DEV.	,885	,827	,896	,893	,836	,882	,860	,897	,884	,860	,872	,868	,854	,895

Chi-Test(95%)
 "+" signif. grosserer Anteil als in Gesamtpopulation
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpopulation

Sicherheit 2011



Q20.02: Bekanntheit Auslandseinsatz im Rahmen der - Überwachung des Waffenstillstands zwischen Nord- und Südkorea
 Haben Sie schon einmal von den folgenden Auslandseinsätzen von der Schweizer Armee gehört oder gelesen? Wie ist es mit ...
 - ... dem Einsatz von Schweizer Armeangehörigen, um den Waffenstillstand zwischen Nord- und Südkorea zu überwachen.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	links	Mitte	rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	1209	873	284	52	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Wesentliche Fakten bekannt (1)	71	48	19	4	+57	-14	33	+32	19	24	24	4	-29	+36
	6%	5%	7%	8%	10%	2%	5%	8%	8%	5%	6%	3%	4%	10%
Einige Fakten bekannt (2)	97	78	18	1	+73	-24	12	47	15	36	42	10	45	+41
	8%	9%	6%	2%	13%	4%	6%	8%	6%	8%	10%	6%	7%	12%
Schon davon gehört (3)	366	270	86	10	186	60	-164	+142	75	139	130	37	213	103
	30%	31%	30%	19%	32%	29%	26%	38%	31%	30%	31%	24%	32%	29%
Noch nie davon gehört (4)	667	468	154	35	-259	+308	129	-157	129	247	217	100	376	168
	54%	54%	54%	67%	45%	63%	62%	60%	54%	54%	52%	65%	56%	48%
Weiss nicht	16	-8	6	2	-3	+13	2	8	1	9	3	3	10	3
	1%	1%	2%	4%	1%	2%	1%	2%	**	2%	1%	2%	1%	1%
Keine Antwort	2	1	1	-	2	-	-	+2	-	1	-	1	1	-
	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**
MITTEL	3.35	3.34	3.35	3.52	3.13	3.66	3.51	3.42	3.15	3.32	3.37	3.31	3.54	3.41
STD. DEV.	.865	.860	.879	.866	.879	.866	.736	.848	.925	.909	.847	.737	.801	.986

Chi-Test(95%)
 ** signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



25-FEB-11

TABELLE 56

Q20.03: Bekanntheit Auslandseinsatz im Rahmen der - UNO-Mission im Nahen Osten

Haben Sie schon einmal von den folgenden Auslandseinsätzen von der Schweizer Armee gehört oder gelesen? Wie ist es mit ...
 - ... dem Einsatz von Schweizer Militärbeobachtern in der UNO-Mission im Nahen Osten.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Wesentliche Fakten bekannt (1)	39	-3	+7	+25	-14	-1	19	+19	7	16	13	2	18	+19
	3%	1%	13%	4%	2%	1%	3%	5%	3%	4%	3%	1%	3%	5%
Einige Fakten bekannt (2)	124	66	23	70	54	14	60	41	27	43	50	-7	-56	+58
	11%	8%	10%	12%	9%	7%	11%	11%	11%	9%	12%	5%	8%	17%
Schon davon gehört (3)	557	409	123	274	283	-75	308	174	104	217	187	69	313	163
	46%	47%	43%	47%	45%	36%	49%	46%	44%	48%	47%	45%	46%	48%
Noch nie davon gehört (4)	473	329	+131	207	266	+117	-219	137	100	169	154	74	276	-109
	39%	46%	25%	36%	42%	56%	35%	36%	42%	37%	37%	48%	41%	31%
Weiss nicht	13	4	1	-1	+12	1	7	5	1	+10	-1	3	9	1
	1%	1%	1%	1%	2%	1%	1%	1%	1%	2%	1%	2%	1%	1%
Keine Antwort	3	2	-	+1	2	1	1	1	-	1	1	-	2	1
	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%	0%
MITTEL	3,20	3,36	2,88	3,15	3,30	3,49	3,18	3,16	3,25	3,21	3,19	3,41	3,28	3,04
STD. DEV.	,766	,680	,561	,795	,722	,645	,748	,614	,770	,760	,764	,645	,730	,635

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit:2011

SEITE 56



Q20.04: Bekanntheit Auslandseinsatz im Rahmen der - UNO-Mission in der Demokratischen Republik Kongo

Haben Sie schon einmal von den folgenden Auslandseinsätzen von der Schweizer Armee gehört oder gelesen? Wie ist es mit ...

- ... dem Einsatz von Schweizer Militärbeobachtern in der UNO-Mission in der Demokratischen Republik Kongo.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Wesentliche Fakten bekannt (1)	29	6	3	16	13	3	11	+15	4	12	10	1	14	+14
	2%	2%	2%	3%	2%	1%	2%	4%	2%	3%	2%	1%	2%	4%
Einige Fakten bekannt (2)	71	55	14	+43	-28	11	36	24	12	30	26	7	-29	+34
	6%	5%	4%	7%	4%	5%	6%	6%	5%	7%	6%	5%	4%	10%
Schon davon gehört (3)	425	-78	24	222	203	63	218	144	74	175	160	45	238	136
	35%	37%	27%	38%	32%	30%	35%	38%	31%	38%	38%	28%	35%	39%
Noch nie davon gehört (4)	661	+179	21	-289	+372	131	349	-181	147	225	217	99	370	-162
	55%	63%	40%	50%	59%	63%	56%	48%	62%	49%	52%	64%	56%	46%
Weiss nicht	19	12	1	6	13	1	8	+10	2	+12	3	3	11	5
	2%	1%	2%	1%	2%	1%	1%	3%	1%	3%	1%	2%	2%	1%
Keine Antwort	4	1	+1	2	2	-	1	3	-	2	-	-	3	-
	**	**	**	**	**	-	**	**	-	**	-	-	**	-
MITTEL	3.43	3.55	3.26	3.38	3.52	3.55	3.47	3.35	3.54	3.39	3.41	3.59	3.49	3.29
STD. DEV.	.717	.693	.603	.745	.684	.665	.689	.720	.673	.733	.718	.613	.682	.604

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



Q21: Beteiligung Swisscoy

Was meinen Sie: Ist die Beteiligung von der Swisscoy, nach allem was Sie darüber wissen, ein Erfolg oder eher ein Misserfolg oder ein Misserfolg oder ist es weder ein Erfolg noch ein Misserfolg oder wissen Sie es nicht?

FILTER: FALLS IN Q20.01 CODES 1,2 oder 3

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	745	225	50	525	495	149	549	322	213	384	367	118	548	330
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Ein Erfolg	88	-10	7	+56	-32	10	43	35	12	40	32	10	52	24
	9%	4%	14%	11%	6%	7%	8%	11%	6%	10%	9%	8%	9%	7%
Eher ein Erfolg	+324	66	12	+220	-172	63	215	134	+104	-132	150	-31	208	+154
	39%	29%	24%	44%	35%	42%	39%	39%	49%	34%	41%	26%	38%	47%
Weder noch	-139	+64	17	106	114	28	127	65	41	91	79	30	117	67
	22%	28%	34%	20%	23%	19%	23%	20%	19%	24%	22%	25%	21%	20%
Eher ein Misserfolg	74	58	14	2	39	11	38	25	-6	31	33	13	36	24
	7%	8%	6%	7%	7%	7%	7%	8%	3%	8%	9%	11%	7%	7%
Ein Misserfolg	17	3	1	10	7	3	6	8	2	5	8	+5	8	4
	2%	1%	2%	2%	1%	2%	1%	2%	1%	1%	2%	4%	1%	1%
Weiss nicht	-139	+66	11	-81	+135	34	117	65	48	84	-63	29	125	-56
	21%	29%	22%	15%	27%	23%	21%	20%	23%	22%	17%	25%	23%	17%
Keine Angabe / verweigert	3	2	-	3	-	-	3	-	-	1	2	-	2	1
	**	1%	-	1%	-	-	1%	-	-	**	1%	-	**	**
MITTEL	2.37	2.58	2.44	2.36	2.48	2.43	2.41	2.40	2.28	2.43	2.45	2.69	2.38	2.38
STD. DEV.	.888	.817	.940	.894	.861	.879	.840	.948	.705	.907	.917	1.040	.878	.823

Chi-Test(95%)
 "+": signif. grosserer Anteil als in Gesamtpop.
 "-": signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpop.

Sicherheit 2011



25-FEB-11

Q22: Übersichtstabelle - Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf ...

FILTER: FALLS IN Q20.01 CODES 1,2 oder 3

Total	... Auswirkungen										MITTEL	STD.ERR
	Sehr positiv 1	Eher positiv 2	Eher negativ 3	Sehr negativ 4	Keine Angabe 5	Weiss nicht	Keine Antwort					
1020 100%	82 8%	526 52%	60 6%	13 1%	137 13%	197 19%	5 **				2,51	.043
1020 100%	38 4%	418 41%	76 7%	11 1%	173 17%	204 20%	10 1%				2,81	.049
1020 100%	49 5%	455 45%	126 12%	18 2%	184 18%	182 18%	6 1%				2,80	.045
1020 100%	57 6%	557 55%	63 6%	10 1%	125 12%	202 20%	6 1%				2,49	.041
1020 100%	51 5%	493 49%	90 9%	20 2%	149 15%	211 21%	6 1%				2,66	.043
1020 100%	37 4%	326 32%	70 7%	9 1%	362 35%	208 20%	8 1%				3,41	.053
1020 100%	34 3%	261 26%	126 12%	26 3%	228 22%	336 33%	9 1%				3,23	.053
1020 100%	70 7%	333 33%	81 8%	19 2%	142 14%	367 36%	8 1%				2,74	.053
1020 100%	30 3%	300 29%	166 16%	27 3%	232 23%	257 25%	8 1%				3,17	.049
1020 100%	77 8%	465 46%	57 6%	18 2%	110 11%	288 28%	5 **				2,48	.044

Q22.01: das Ansehen der Schweiz

Q22.02: die Lage der Menschen im Kosovo

Q22.03: das Ansehen der Schweizer Armee

Q22.04: die Sicherheit in der Gesamtregion

Q22.05: die Entwicklungschancen des Kosovo

Q22.06: die Sicherheitslage in der Schweiz

Q22.07: den Kampf gegen Drogen- und Menschenhandel

Q22.08: die Beseitigung von Kampfmitteln

Q22.09: das Fernhalten von Flüchtlingsströmen

Q22.10: das militärische Fachwissen

Chi-Test(95%)

** signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte

* signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011



Q22.01: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - das Ansehen von der Schweiz
 Was meinen Sie: Wie hat sich - nach allem was Sie darüber wissen - die bisherige Beteiligung von der Swisscoy im Kosovo auf die folgenden Punkte ausgewirkt?
 - das Ansehen von der Schweiz in der westlichen Welt

FILTER: FALLS IN Q20.01 CODES 1,2 oder 3

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	745	225	50	525	495	149	549	322	213	384	367	118	548	330
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr positiv (1)	82	-7	+11	51	31	14	-34	34	13	27	+39	11	45	26
	8%	3%	22%	10%	6%	9%	6%	11%	6%	7%	11%	9%	8%	8%
Eher positiv (2)	526	404	102	+304	-222	72	292	162	125	187	191	-43	276	+192
	52%	45%	40%	58%	45%	48%	53%	50%	59%	49%	52%	36%	50%	58%
Eher negativ (3)	60	41	17	37	23	11	28	21	7	22	+29	11	31	18
	6%	6%	4%	7%	5%	7%	5%	7%	3%	6%	-8%	9%	6%	5%
Sehr negativ (4)	13	-5	+7	7	6	-	7	6	2	8	-1	+4	-3	5
	1%	1%	3%	1%	1%	-	1%	2%	1%	2%	1%	3%	1%	2%
Keine Auswirkungen (5)	137	90	+40	67	70	24	80	33	26	56	49	15	77	43
	13%	12%	18%	13%	14%	16%	15%	10%	12%	15%	13%	13%	14%	13%
Weiss nicht	197	137	51	-58	+139	28	105	64	39	80	58	+32	115	-44
	19%	18%	23%	18%	28%	19%	20%	20%	18%	21%	16%	27%	21%	13%
Keine Antwort	5	4	1	1	4	-	3	2	1	4	-	+2	1	2
	1%	1%	-	1%	1%	-	1%	1%	1%	1%	-	2%	1%	1%
MITTEL	2.43	2.83	2.34	2.43	2.61	2.57	2.96	2.38	2.44	2.60	2.45	2.63	2.52	2.46
STD. DEV.	1.170	1.303	1.371	1.166	1.283	1.296	1.234	1.152	1.153	1.285	1.209	1.297	1.243	1.175

Chi-Test(95%)
 "+-" signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "--" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



Q22.02: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - die Lage der Menschen im Kosovo

Was meinen Sie: Wie hat sich - nach allem was Sie darüber wissen - die bisherige Beteiligung von der Swisscoy im Kosovo auf die folgenden Punkte ausgewirkt?

- die demokratische Mitsprache von den Menschen im Kosovo

FILTER: FALLS IN Q20.01 CODES 1,2 oder 3

	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Total	745	225	50	525	495	149	549	322	213	384	367	118	548	330
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr positiv	38	8	4	22	16	4	21	13	7	16	12	5	17	14
	4%	3%	4%	4%	3%	3%	4%	4%	3%	4%	3%	4%	3%	4%
Elter positiv	418	104	22	233	185	+76	217	125	98	156	145	30	224	152
	41%	39%	46%	44%	37%	51%	40%	39%	46%	41%	40%	23%	41%	46%
Elter negativ	76	58	17	40	36	10	-30	+36	10	31	33	14	46	-15
	7%	8%	8%	7%	7%	7%	5%	11%	5%	8%	9%	12%	8%	5%
Sehr negativ	11	3	1	5	6	-	3	+8	1	3	5	1	6	3
	1%	1%	1%	1%	1%	-	1%	2%	**	1%	1%	1%	1%	1%
Keine Auswirkungen	173	34	5	100	73	24	103	46	31	65	72	21	-80	+71
	17%	15%	10%	19%	15%	16%	19%	14%	15%	17%	20%	18%	15%	22%
Weiss nicht	294	57	17	-120	+174	35	170	89	65	108	97	+45	171	-71
	29%	30%	25%	23%	35%	23%	31%	28%	31%	28%	26%	38%	31%	22%
Keine Antwort	10	8	2	5	5	-	5	5	1	5	3	2	4	4
	1%	1%	1%	1%	1%	-	1%	2%	**	1%	1%	2%	1%	1%
MITTEL	2.81	2.87	2.70	2.82	2.79	2.68	2.87	2.78	2.67	2.80	2.93	3.04	2.75	2.86
STD. DEV.	1.321	1.342	1.257	1.337	1.302	1.250	1.379	1.255	1.268	1.322	1.350	1.388	1.265	1.389

Chi-Test(95%)
 ** signif. grösserer Anteil als in Gesamtpalte
 *** signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte



25-FEB-11

TABELLE 62

Q22.03: Auswirkungen der Swisscopy-Beteiligung auf - das Ansehen der Schweizer Armee

Was meinen Sie: Wie hat sich - nach allem was Sie darüber wissen - die bisherige Beteiligung von der Swisscopy im Kosovo auf die folgenden Punkte ausgewirkt?
 - das Ansehen von der Schweizer Armee bei der Schweizer Bevölkerung

FILTER: FALLS IN Q20.01 CODES 1,2 oder 3

	Total	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG					SCHULBILDUNG		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch		
		745 100%	225 100%	50 100%	525 100%	485 100%	149 100%	549 100%	322 100%	213 100%	384 100%	367 100%	118 100%	548 100%	330 100%		
	1020	49	10	+6	25	24	4	24	21	7	19	21	9	27	12		
Sehr positiv	(1)	5%	4%	12%	5%	5%	3%	4%	7%	3%	5%	6%	8%	5%	4%		
Eher positiv	(2)	45%	40%	52%	50%	39%	47%	45%	43%	46%	44%	47%	42	239	163		
Eher negativ	(3)	12%	13%	10%	12%	13%	12%	12%	12%	12%	14%	12%	12	71	40		
Sehr negativ	(4)	18%	2%	2%	7%	11%	1%	9%	8%	3%	6%	10%	4	8	6		
Keine Auswirkungen	(5)	18%	45%	4%	10%	17%	11%	2%	2%	1%	2%	13%	3%	1%	2%		
Weiss nicht		182	130	44	8	-61	+121	24	88	37	72	-52	28	106	-43		
Keine Antwort		6	5	1	3	3	1	3	2	2	3	-	2	2	2		
MITTEL	2.80	1.281	1.323	1.070	2.78	2.82	2.81	2.86	2.68	2.86	2.76	2.79	2.84	2.78	2.81		
STD. DEV.	1.285	1.281	1.323	1.070	1.262	1.290	1.245	1.317	1.240	1.301	1.255	1.303	1.372	1.276	1.277		

Sicherheit 2011

Chi-Test(95%)
 "+" signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

SEITE 62



25-FEB-11

Q22.04: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - die Sicherheit in der Gesamtregion

Was meinen Sie: Wie hat sich - nach allem was Sie darüber wissen - die bisherige Beteiligung von der Swisscoy im Kosovo auf die folgenden Punkte ausgewirkt?

- die Sicherheit in der Gesamtregion

FILTER: FALLS IN Q20.01 CODES 1,2 oder 3

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	1020	745	225	50	495	149	549	322	213	384	367	118	548	330
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr positiv (1)	57	43	8	+6	33	24	24	24	15	15	20	7	28	19
	6%	6%	4%	12%	6%	5%	4%	7%	7%	4%	5%	6%	5%	6%
Eher positiv (2)	557	+434	-101	22	+320	-237	306	157	122	189	215	53	306	187
	55%	58%	45%	44%	61%	48%	56%	49%	57%	52%	59%	45%	56%	57%
Eher negativ (3)	63	40	+21	2	34	29	8	+35	-6	+36	18	8	34	20
	6%	5%	9%	4%	6%	6%	4%	11%	3%	9%	5%	7%	6%	6%
Sehr negativ (4)	10	5	4	1	3	7	6	4	1	5	4	+4	4	2
	1%	1%	2%	2%	1%	1%	1%	1%	**	1%	1%	3%	1%	1%
Keine Auswirkungen (5)	125	88	33	4	71	54	71	41	22	48	49	15	62	45
	12%	12%	15%	8%	14%	11%	13%	13%	10%	13%	13%	13%	11%	14%
Weiss nicht	202	-132	55	15	-62	+140	118	59	46	77	61	29	113	54
	20%	18%	24%	30%	12%	28%	21%	18%	22%	20%	17%	25%	21%	16%
Keine Antwort	6	3	3	-	2	4	4	2	1	4	-	2	1	3
	1%	**	1%	-	**	1%	1%	1%	**	1%	-	2	**	1%
MITTEL	2.49	2.44	2.72	2.29	2.48	2.52	2.54	2.36	2.38	2.68	2.50	2.62	2.46	2.51
STD. DEV.	1.168	1.128	1.241	1.152	1.154	1.163	1.179	1.188	1.107	1.154	1.171	1.241	1.121	1.182

Chi-Test(95%)
 "*" signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



TABELLE 64

25-FEB-11

Q22.05: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - die Entwicklungschancen des Kosovo

Was meinen Sie: Wie hat sich - nach allem was Sie darüber wissen - die bisherige Beteiligung von der Swisscoy im Kosovo auf die folgenden Punkte ausgewirkt?
 - die Chancen vom Kosovo, sich zu einem freien, sicheren Land zu entwickeln

FILTER: FALLS IN Q20.01 CODES 1,2 oder 3

	Total	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
		745 100%	225 100%	50 100%	525 100%	495 100%	149 100%	549 100%	322 100%	213 100%	384 100%	367 100%	118 100%	548 100%	330 100%
	1020														
Sehr positiv	51 5%	8 4%	+7 14%	29 6%	22 4%	7 5%	27 5%	17 5%	11 5%	18 5%	18 5%	5 4%	27 5%	16 5%	
Eher positiv	493 48%	+382 51%	97 43%	-14 28%	+280 43%	-213 43%	267 49%	142 44%	+125 59%	167 43%	179 49%	-37 31%	272 50%	175 53%	
Eher negativ	90 9%	58 8%	26 12%	6 12%	43 9%	47 10%	12 7%	-37 13%	-9 4%	40 10%	39 11%	13 10%	54 10%	-19 6%	
Sehr negativ	20 2%	-10 1%	7 3%	+3 6%	10 2%	10 2%	1 1%	-6 1%	2 1%	10 3%	6 2%	+8 7%	10 2%	-2 1%	
Keine Auswirkungen	149 15%	112 15%	32 14%	5 10%	84 16%	65 13%	19 13%	88 16%	23 11%	56 15%	65 18%	16 14%	75 14%	56 17%	
Weiss nicht	211 21%	143 19%	53 24%	15 30%	-77 15%	+134 27%	26 17%	121 20%	64 20%	88 23%	-60 16%	+37 31%	109 20%	59 18%	
Keine Antwort	6 1%	4 1%	2 1%	- -%	2 1%	4 1%	- -%	3 1%	1 1%	+5 1%	- -%	2 2%	1 1%	3 1%	
MITTEL	2.66	2.63	2.75	2.57	2.64	2.67	2.52	2.67	2.42	2.72	2.74	2.91	2.62	2.65	
STD. DEV.	1.232	1.230	1.225	1.313	1.240	1.223	1.148	1.273	1.102	1.246	1.274	1.283	1.198	1.273	

Sicherheit 2011

Chi-Test(95%)
 "+" signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



TABELLE 65

25-FEB-11

Q22.06: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - die Sicherheitslage in der Schweiz

Was meinen Sie: Wie hat sich - nach allem was Sie darüber wissen - die bisherige Beteiligung von der Swisscoy im Kosovo auf die folgenden Punkte ausgewirkt?
- die Sicherheitslage in der Schweiz

FILTER: FALLS IN Q20.01 CODES 1,2 oder 3

	Total	REGION		GESCHLECHT		ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	1020	745	225	50	525	495	149	549	322	213	384	367	118	548	330
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr positiv	37	27	7	3	19	18	3	15	+19	7	14	13	5	19	11
	4%	4%	3%	6%	4%	4%	2%	3%	6%	3%	4%	4%	4%	3%	3%
Eher positiv	328	224	79	23	172	154	50	163	113	-53	137	117	38	192	90
	32%	30%	35%	46%	33%	31%	34%	30%	35%	25%	36%	32%	32%	35%	27%
Eher negativ	70	54	13	3	38	32	11	34	25	9	26	32	10	43	17
	7%	6%	6%	6%	7%	6%	7%	6%	8%	4%	7%	9%	8%	8%	5%
Sehr negativ	9	5	3	1	5	4	2	4	3	3	3	2	2	4	3
	1%	1%	1%	2%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	2%	1%	1%
Keine Auswirkungen	362	+294	-61	-7	+214	-148	60	213	-89	86	-115	147	33	-172	+149
	35%	39%	27%	14%	41%	30%	40%	39%	28%	40%	30%	40%	28%	31%	45%
Weiss nicht	208	-136	+59	13	-74	+134	23	115	70	54	83	-55	29	115	57
	20%	18%	26%	26%	14%	27%	15%	21%	22%	25%	22%	15%	25%	21%	17%
Keine Antwort	8	5	3	-	3	5	-	5	3	1	+6	1	1	3	3
	1%	1%	1%	-	1%	1%	-	1%	1%	1%	2%	**	1%	1%	1%
MITTEL	3.41	3.52	3.20	2.62	3.50	3.31	3.52	3.55	3.12	3.68	3.23	3.49	3.23	3.27	3.70
STD. DEV.	1.494	1.496	1.465	1.277	1.494	1.490	1.468	1.488	1.482	1.502	1.476	1.485	1.468	1.470	1.494

Chi-Test(95%)
**= signif. grosserer Anteil als in Gesamtpalte
*= signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte



Q22.07: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - den Kampf gegen Drogen- und Menschenhandel

Was meinen Sie: Wie hat sich - nach allem was Sie darüber wissen - die bisherige Beteiligung von der Swisscoy im Kosovo auf die folgenden Punkte ausgewirkt?
 - den Kampf gegen Drogen- und Menschenhandel in der Gesamtregion

FILTER: FALLS IN Q20.01 CODES 1,2 oder 3

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG					SCHULBILDUNG		
	D-CH		F-CH		I-CH		Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch	
	745	225	100%	100%	50	495	525	495	149	549	322	213	384	367	118	548	330	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Total	1020	100%			100%																			
Sehr positiv	34	3%	5	2%	4	18	3%	5	14	15	4	10	16	6	22	-5								
Eher positiv	261	26%	192	24%	54	135	26%	46	-124	91	51	100	98	24	+158	73								
Eher negativ	126	12%	85	35%	6	+77	-49	16	65	45	-17	56	47	17	71	35								
Sehr negativ	26	3%	17	8%	1	9	17	3	10	+13	4	13	7	5	12	8								
Keine Auswirkungen	228	22%	177	44%	7	+141	-87	28	+138	62	44	86	89	28	-105	+95								
Weiss nicht	336	33%	244	75%	17	-141	+195	50	192	94	+92	114	108	37	178	110								
Keine Antwort	9	1%	5	4%	-	4	5	1	6	2	1	5	2	+3	2	4								
MITTEL	3.23		3.26	3.22	2.76	3.32	3.11	3.03	3.38	3.07	3.28	3.25	3.21	3.27	3.05	3.53								
STD. DEV.	1.389		1.410	1.316	1.347	1.399	1.369	1.368	1.405	1.351	1.414	1.350	1.416	1.402	1.358	1.397								

Chi-Test(95%)
 "+" signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



Q22.08: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - die Beseitigung von Kampfmitteln

Was meinen Sie: Wie hat sich - nach allem was Sie darüber wissen - die bisherige Beteiligung von der Swisscoy im Kosovo auf die folgenden Punkte ausgewirkt?

- die Beseitigung von Kampfmitteln

FILTER: FALLS IN Q20.01 CODES 1,2 oder 3

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	745	225	50	525	495	149	549	322	213	384	367	118	548	330
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr positiv (1)	57	-5	+8	40	30	13	31	26	11	31	25	10	36	23
	8%	2%	16%	8%	6%	9%	6%	8%	5%	8%	7%	8%	7%	7%
Eher positiv (2)	258	59	16	+208	-125	56	174	103	62	121	+137	-24	187	116
	35%	26%	32%	40%	25%	36%	32%	32%	29%	32%	37%	20%	34%	35%
Eher negativ (3)	54	23	4	41	40	7	47	27	12	33	35	13	44	23
	7%	10%	8%	8%	8%	5%	9%	8%	6%	9%	10%	11%	8%	7%
Sehr negativ (4)	9	+9	1	7	12	-	8	+11	2	8	8	4	10	4
	2%	4%	2%	1%	2%	-	1%	3%	1%	2%	2%	3%	2%	1%
Keine Auswirkungen (5)	142	33	5	+91	-51	23	80	39	31	50	57	16	76	48
	14%	15%	10%	17%	10%	15%	15%	12%	15%	13%	16%	14%	14%	15%
Weiss nicht	257	94	16	-135	+232	49	204	114	+94	138	-102	49	193	112
	36%	34%	42%	26%	47%	33%	37%	35%	44%	36%	28%	42%	35%	34%
Keine Antwort	8	2	-	3	5	1	5	2	1	3	3	2	2	4
	1%	1%	-	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	2%	2%	1%
MITTEL	2.74	2.68	3.05	2.74	2.72	2.64	2.80	2.68	2.83	2.69	2.75	2.88	2.73	2.71
STD. DEV.	1.339	1.338	1.310	1.360	1.311	1.381	1.344	1.312	1.398	1.333	1.323	1.409	1.325	1.346

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



25-FEB-11

Q22.09: Auswirkungen der Swissscoy-Beteiligung auf - das Fernhalten von Flüchtlingsströmen

Was meinen Sie: Wie hat sich - nach allem was Sie darüber wissen - die bisherige Beteiligung von der Swissscoy im Kosovo auf die folgenden Punkte ausgewirkt?
 - das Fernhalten von Flüchtlingsströmen aus dem Kosovo in die Schweiz

FILTER: FALLS IN Q20.01 CODES 1,2 oder 3

	Total	REGION			GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG					SCHULBILDUNG		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch	
Total	1020	745	225	50	525	495	149	549	322	213	384	367	118	548	330	
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	
Sehr positiv	(1)	30	5	+5	15	15	5	-10	+15	3	11	14	5	13	11	
	3%	3%	2%	10%	3%	3%	3%	2%	5%	1%	3%	4%	4%	2%	3%	
Eher positiv	(2)	300	59	16	171	129	43	163	94	65	113	112	27	168	99	
	29%	30%	26%	32%	33%	26%	28%	30%	29%	31%	29%	31%	23%	31%	30%	
Eher negativ	(3)	166	122	38	90	76	24	81	61	-19	69	70	19	+107	-37	
	16%	16%	17%	12%	17%	15%	16%	15%	19%	9%	18%	19%	16%	20%	11%	
Sehr negativ	(4)	27	17	+4	15	12	4	-9	+14	2	13	9	5	15	7	
	3%	2%	3%	8%	3%	2%	3%	2%	4%	1%	3%	2%	4%	3%	2%	
Keine Auswirkungen	(5)	232	178	47	7	+38	33	134	65	58	82	83	26	-104	+99	
	23%	24%	21%	14%	26%	19%	22%	24%	20%	27%	21%	23%	22%	19%	30%	
Weiss nicht		178	67	12	-93	+164	40	148	69	65	92	78	33	139	75	
	25%	24%	30%	24%	18%	33%	27%	27%	21%	31%	24%	21%	28%	25%	23%	
Keine Antwort		8	5	3	3	5	-	4	4	1	4	1	+3	2	2	
	1%	1%	1%	-%	1%	1%	-%	1%	1%	**%	1%	**%	3%	**%	1%	
MITTEL	3.17	3.19	3.20	2.79	3.21	3.13	3.16	3.24	3.08	3.32	3.15	3.12	3.24	3.07	3.33	
STD. DEV.	1.339	1.344	1.316	1.339	1.349	1.326	1.348	1.354	1.311	1.424	1.309	1.326	1.366	1.264	1.434	

Sicherheit 2011

Chi-Test(95%)
 **= signif. grosserer Anteil als in Gesamtpalte
 * = signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte



Q22.10: Auswirkungen der Swisscoy-Beteiligung auf - das militärische Fachwissen

Was meinen Sie: Wie hat sich - nach allem was Sie darüber wissen - die bisherige Beteiligung von der Swisscoy im Kosovo auf die folgenden Punkte ausgewirkt?

- das militärische Fachwissen von der Schweizer Armee

FILTER: FALLS IN Q20.01 CODES 1,2 oder 3

	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	745	225	50	525	495	149	549	322	213	384	367	118	548	330
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr positiv (1)	+69	-6	2	+53	-24	+19	40	18	13	28	34	-2	42	32
	9%	3%	4%	10%	5%	13%	7%	6%	6%	7%	9%	2%	8%	10%
Eher positiv (2)	+360	92	-13	255	210	68	264	133	89	170	+189	45	254	153
	48%	41%	26%	49%	42%	46%	48%	41%	42%	44%	51%	38%	46%	46%
Eher negativ (3)	44	9	4	+37	-20	5	32	20	6	28	23	7	28	22
	6%	4%	8%	7%	4%	3%	6%	6%	3%	7%	6%	6%	5%	7%
Sehr negativ (4)	-8	+9	1	8	10	-	8	+10	-	10	7	+7	8	3
	1%	4%	2%	2%	2%	-	1%	3%	-	3%	2%	6%	1%	1%
Keine Auswirkungen (5)	73	29	8	65	45	22	-48	40	22	39	42	13	-47	+47
	10%	13%	16%	12%	9%	15%	9%	12%	10%	10%	11%	11%	9%	14%
Weiss nicht	-188	+78	+22	-105	+183	35	154	99	+82	106	-72	43	168	-71
	28%	35%	44%	20%	37%	23%	28%	31%	38%	28%	20%	36%	31%	22%
Keine Antwort	5	3	2	2	3	3	3	2	1	3	-	1	1	2
	**	**	1%	**	1%	-	1%	1%	**	1%	-	1%	**	1%
MITTEL	2.48	2.38	2.74	2.47	2.49	2.46	2.39	2.64	2.45	2.50	2.44	2.78	2.38	2.53
STD. DEV.	1.192	1.143	1.268	1.215	1.161	1.325	1.105	1.255	1.214	1.176	1.176	1.219	1.116	1.275

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



TABELLE 70

25-FEB-11

Q23: Swissscoy-Kontingenz

Wie Sie ja wissen, leistet die Schweiz mit der SWISSCOY einen Beitrag zur Friedensförderung im Kosovo. Zur Zeit sind etwa 200 Schweizer Soldaten im Kosovo stationiert. Halten Sie diese Anzahl ...?

FILTER: FALLS IN Q20.01 CODES 1,2 oder 3

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG				
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch	
Total															
Total	1020	225	50	525	495	149	549	322	213	384	367	118	548	330	
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	
Für gerade richtig ODER	512	+396	-91	270	242	+91	271	150	117	198	178	49	280	174	
	50%	53%	40%	51%	49%	61%	49%	47%	55%	52%	49%	42%	51%	53%	
Sollten mehr Soldaten geschickt werden ODER	100	72	26	+70	-30	18	57	25	28	37	31	7	-43	+47	
	10%	12%	4%	13%	6%	12%	10%	8%	13%	10%	8%	6%	8%	14%	
Sollten weniger Soldaten geschickt werden ODER	78	56	13	44	34	11	34	+33	12	23	+39	14	42	20	
	8%	8%	6%	8%	7%	7%	6%	10%	6%	6%	11%	12%	8%	6%	
Sollten gar keine Soldaten mehr geschickt werden	216	+62	8	-88	+128	-16	118	+82	-26	84	+92	+35	125	-50	
	21%	20%	28%	17%	26%	11%	21%	25%	12%	22%	25%	30%	23%	15%	
Weiss nicht	106	71	29	50	56	13	63	30	27	39	-27	11	55	37	
	10%	13%	12%	10%	11%	9%	11%	9%	13%	10%	7%	9%	10%	11%	
Keine Angabe / verweigert	8	4	4	3	5	-	6	2	3	3	-	2	3	2	
	1%	1%	2%	1%	1%	-5%	1%	1%	1%	1%	-5%	2%	1%	1%	
MITTEL	2,00	1,93	2,24	1,89	2,11	1,65	2,00	2,16	1,71	1,98	2,13	2,33	2,02	1,81	
STD. DEV.	1,268	1,242	1,336	1,184	1,344	1,051	1,274	1,320	1,094	1,278	1,307	1,356	1,296	1,151	

Chi-Test(95%)
 "+" signif. grösserer Anteil als in Gesamtpalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte

Sicherheit 2011

SEITE 70



TABELLE 71

25-FEB-11

Q24: Bedeutung Militär

Über die Bedeutung des Militärs für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können:

	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873 100%	284 100%	52 100%	578 100%	631 100%	209 100%	623 100%	377 100%	239 100%	456 100%	416 100%	155 100%	674 100%	351 100%
Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und dies ist auch gut so.	+402 46%	-79 28%	27 52%	247 43%	261 41%	-63 30%	260 42%	+185 49%	-32 13%	+214 47%	+213 51%	+89 57%	305 45%	-104 30%
Das Militär ist ein notwendiges Übel.	527 44%	+154 41%	17 33%	252 44%	275 44%	97 46%	270 43%	160 42%	121 51%	205 45%	171 41%	-49 32%	296 44%	168 48%
Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden.	150 12%	43 15%	5 10%	69 12%	81 13%	+41 20%	80 13%	-29 8%	+81 34%	-26 6%	-30 7%	15 10%	-58 9%	+73 21%
Weiss nicht	10 1%	-2 **	1 2%	6 1%	4 1%	4 1%	5 1%	2 1%	- **	6 1%	- **	2 1%	5 1%	2 1%
Keine Angabe / verweigert	14 1%	11 **	1 4%	4 1%	10 2%	5 2%	8 1%	1 **	5 2%	5 1%	2 **	- **	10 1%	4 1%

Chi-Test (95%)
 ** signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

25-FEB-11

TABELLE 72



Q25: Übersichtstabelle - Statement zum Weitermachen im Militär

	... einverstanden						Keine Antwort	MITTEL	STD.ERR
	Sehr 1	Eher 2	Eher nicht 3	Gär nicht 4	Weiss nicht				
Total									
1209	313	523	235	100	35	3	2.10	.026	
100%	26%	43%	19%	8%	3%	**%			
1209	147	318	422	251	65	6	2.68	.028	
100%	12%	26%	35%	21%	5%	**%			
1209	260	489	278	130	43	9	2.24	.027	
100%	22%	40%	23%	11%	4%	1%			
1209	120	178	435	448	23	5	3.03	.028	
100%	10%	15%	36%	37%	2%	**%			

Q25.01: Berufliche Vorteile

Q25.02: Berufliche Nachteile

Q25.03: Militärische Beförderung

Q25.04: Gesetz

Chi-Test(95%)

"+" signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-." signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011

SEITE 72



25-FEB-11

Q25.01: Statement zum Weitermachen im Militär - Berufliche Vorteile

Man kann verschiedener Meinung sein über das Weitermachen im Militär. Ich habe hier einige Behauptungen. Sagen Sie mir bitte zu jeder, wie sehr Sie mit ihr einverstanden sind.

- Eine militärische Führungserfahrung bringt auch im Zivilen berufliche Vorteile.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	+244	-56	13	150	163	41	156	+116	-27	113	+148	+67	166	-75
	28%	20%	25%	26%	26%	20%	25%	31%	11%	25%	36%	43%	25%	21%
Eher einverstanden (2)	363	135	25	248	275	+110	270	143	107	194	184	-44	+317	150
	43%	42%	48%	43%	44%	53%	43%	38%	45%	43%	44%	28%	47%	43%
Eher nicht einverstanden (3)	178	51	6	112	123	35	129	71	+64	97	-58	25	118	+86
	19%	20%	12%	19%	19%	17%	21%	19%	27%	21%	14%	16%	18%	25%
Gar nicht einverstanden (4)	68	26	6	+59	-41	16	54	30	+35	34	-23	13	-46	+38
	8%	9%	12%	10%	6%	8%	9%	8%	15%	7%	6%	8%	7%	11%
Weiss nicht	35	-17	2	-7	+28	6	13	16	6	17	-3	6	25	-2
	3%	2%	4%	1%	4%	3%	2%	4%	3%	4%	1%	4%	4%	1%
Keine Antwort	3	3	-	2	1	1	1	1	-	1	-	-	2	-
	**	**	-*	**	**	**	**	**	-*	**	-*	-*	**	-*
MITTEL	2.10	2.08	2.18	2.14	2.07	2.13	2.13	2.04	2.46	2.12	1.89	1.89	2.07	2.25
STD.DEV.	.894	.899	.871	.926	.862	.823	.896	.924	.865	.862	.844	.980	.848	.915

Chi-Test(95%)
 **= signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * = signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



Q25.02: Statement zum Weitermachen im Militär - Berufliche Nachteile

Man kann verschiedener Meinung sein über das Weitermachen im Militär. Ich habe hier einige Behauptungen. Sagen Sie mir bitte zu jeder, wie sehr Sie mit ihr einverstanden sind.

- Wer heute im Militär weitermacht, muss im Berufsleben und auf dem Arbeitsmarkt mit Nachteilen rechnen.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	147	34	11	82	65	19	74	54	30	54	50	+29	76	39
	12%	12%	21%	14%	10%	9%	12%	14%	13%	12%	12%	19%	11%	11%
Eher einverstanden (2)	318	+247	61	+172	-146	-41	178	99	67	133	110	37	166	107
	26%	28%	19%	30%	23%	20%	29%	28%	28%	27%	26%	24%	25%	30%
Eher nicht einverstanden (3)	422	300	106	-180	+242	+90	215	117	88	162	142	44	247	122
	35%	34%	37%	31%	38%	43%	35%	31%	37%	36%	34%	28%	37%	35%
Gar nicht einverstanden (4)	251	173	66	118	133	44	129	78	39	86	+103	36	143	67
	21%	20%	23%	20%	21%	21%	21%	21%	16%	19%	25%	23%	21%	19%
Weiss nicht	65	46	3	-21	+44	12	26	27	14	28	-11	9	39	14
	5%	5%	6%	4%	7%	6%	4%	4%	6%	6%	3%	6%	6%	4%
Keine Antwort	6	5	1	5	1	+3	1	2	1	3	-	-	3	2
	**%	1%	**%	1%	**%	1%	**%	1%	**%	1%	-5%	-	**%	1%
MITTEL	2,68	2,76	2,69	2,61	2,76	2,82	2,67	2,63	2,61	2,66	2,74	2,60	2,72	2,65
STD./DEV.	,946	,966	1,098	,983	,928	,895	,951	,997	,927	,941	,976	1,067	,946	,929

Chi-Test(95%)
 "+*" signif. grosserer Anteil als in Gesamtpop.
 "-*" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpop.



25-FEB-11

Q25.03: Statement zum Weitermachen im Militär - Militärische Beförderung

Man kann verschiedene Meinungen sein über das Weitermachen im Militär. Ich habe hier einige Behauptungen. Sagen Sie mir bitte zu jeder, wie sehr Sie mit ihr einverstanden sind.

- Eine militärische Beförderung ist ehrenvoll.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	190	57	13	123	137	33	126	+101	-21	96	+120	+51	140	-60
	22%	20%	25%	21%	22%	16%	20%	27%	9%	21%	29%	33%	21%	17%
Eher einverstanden (2)	368	103	20	252	237	96	245	148	83	187	184	52	279	151
	40%	42%	38%	44%	38%	46%	39%	38%	35%	41%	44%	34%	41%	43%
Eher nicht einverstanden (3)	278	199	73	123	155	50	159	-69	+77	108	-78	26	161	84
	23%	23%	12%	21%	25%	24%	24%	18%	32%	24%	19%	17%	24%	24%
Gar nicht einverstanden (4)	80	+43	7	63	67	23	71	36	+47	40	-26	17	65	44
	11%	15%	13%	11%	11%	11%	11%	10%	20%	9%	6%	11%	10%	13%
Weiss nicht	43	31	7	-12	+31	4	20	19	9	21	-6	8	25	9
	4%	4%	2%	2%	5%	2%	3%	5%	4%	5%	1%	5%	4%	3%
Keine Antwort	9	7	1	5	4	3	2	4	2	4	2	1	4	3
	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%
MITTEL	2.24	2.20	2.37	2.22	2.26	2.31	2.29	2.11	2.66	2.21	2.02	2.06	2.23	2.33
STD. DEV.	.928	.900	.960	.916	.936	.879	.929	.936	.908	.895	.861	.968	.903	.915

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



Q25.04: Statement zum Weitermachen im Militär - Gesetz

Man kann verschiedener Meinung sein über das Weitermachen im Militär. Ich habe hier einige Behauptungen. Sagen Sie mir bitte zu jeder, wie sehr Sie mit ihr einverstanden sind.
 - Nach heutigem Gesetz kann man fähige Soldaten zwingen weiterzumachen, wenn sich nicht genügend Freiwillige finden lassen. An diesem Gesetz sollten wir festhalten.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	79	31	+71	-49	-10	57	+53	-6	41	+61	21	62	35
	10%	11%	12%	8%	5%	9%	14%	3%	9%	15%	14%	9%	10%
Eher einverstanden (2)	127	42	+100	-78	31	81	66	-23	66	69	28	97	51
	15%	15%	17%	12%	15%	13%	18%	10%	14%	17%	18%	14%	15%
Eher nicht einverstanden (3)	320	105	-10	198	71	238	126	80	+184	146	-41	254	124
	36%	37%	34%	38%	34%	38%	33%	33%	40%	35%	26%	38%	35%
Gar nicht einverstanden (4)	333	94	21	202	92	238	-118	+124	155	-134	59	241	139
	38%	33%	40%	39%	44%	38%	31%	52%	34%	32%	38%	36%	40%
Weiss nicht	-10	+12	-5	+18	4	-7	+12	5	8	5	6	15	-2
	2%	4%	1%	3%	2%	1%	3%	2%	2%	1%	4%	2%	1%
Keine Antwort	4	-	2	3	1	2	2	1	2	1	-	+5	-
	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**
MITTEL	3,06	2,96	2,84	3,11	3,20	3,07	2,85	3,38	3,02	2,86	2,93	3,03	3,05
STD. DEV.	.949	.979	1,184	.917	.873	.942	1,035	.788	.930	1,036	1,072	.947	.972

Chi-Test(95%)
 **= signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 *= signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



TABELLE 77

25-FEB-11

Q26: Persönliche Empfehlung

Einmal unabhängig von diesen allgemeinen Aussagen: Stellen Sie sich bitte vor, ein fähiger Bekannter von Ihnen ist gegenwärtig in der Rekrutenschule. Er hat den Vorschlag bekommen im Militär weiterzumachen. Er wünscht Ihren Rat, wie er sich entscheiden soll. Empfehlen Sie ihm ...

	REGION			GESCHLECHT		ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60+ Jahre	links	Mitte	rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	1209	873	284	52	631	209	623	377	416	239	456	416	155	674	351	
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Auf jeden Fall den Vorschlag anzunehmen (1)	175	128	31	+16	84	-18	81	+76	57	-13	57	+87	28	100	45	
	14%	15%	11%	31%	13%	9%	13%	20%	13%	5%	13%	21%	18%	15%	13%	
Eher anzunehmen (2)	517	363	138	16	261	80	278	159	218	-81	+218	189	53	305	146	
	43%	42%	49%	31%	41%	38%	45%	42%	48%	34%	48%	45%	34%	45%	42%	
Eher abzulehnen ODER (3)	205	158	42	5	89	+68	102	-35	-60	+66	-60	69	22	108	71	
	17%	18%	15%	10%	14%	33%	33%	16%	9%	28%	13%	17%	14%	16%	20%	
Auf jeden Fall abzulehnen (4)	81	56	24	1	+51	+22	38	21	-19	+33	-21	-19	12	-35	+33	
	7%	6%	8%	2%	9%	11%	6%	6%	5%	14%	5%	5%	8%	5%	9%	
Weiss nicht	178	135	35	8	+113	-17	95	66	31	+86	-38	+32	105	-36	10%	
	15%	15%	12%	15%	18%	8%	15%	18%	9%	13%	19%	9%	21%	16%	10%	
Keine Angabe / verweigert	53	33	14	+6	21	4	29	20	15	14	14	8	8	-21	20	
	4%	4%	5%	12%	4%	2%	5%	5%	3%	6%	3%	3%	5%	3%	6%	
MITTEL	2.20	2.20	2.25	1.76	2.20	2.50	2.19	2.00	2.62	2.13	2.05	2.16	2.16	2.14	2.31	
STD. DEV.	.828	.827	.812	.786	.861	.797	.824	.820	.847	.742	.798	.914	.785	.864	.884	

SEITE 77

Sicherheit 2011

Chi-Test(95%)
 "*" signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



25-FEB-11

Q27: Notwendigkeit Schweizer Armee

Abschliessend gefragt: Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Unbedingt notwendig (1)	+249	-59	14	+173	-149	-29	160	+133	-22	112	+158	50	187	78
	29%	21%	27%	30%	24%	14%	25%	35%	9%	25%	38%	32%	28%	22%
Eher notwendig (2)	466	153	27	286	350	120	324	192	-35	+287	207	76	+383	-160
	53%	54%	52%	49%	55%	57%	52%	51%	40%	63%	50%	49%	57%	46%
Eher nicht notwendig (3)	113	43	8	78	86	+41	94	-29	+77	-41	-36	15	-72	+76
	14%	15%	15%	13%	14%	20%	15%	8%	32%	9%	10%	11%	11%	22%
Überhaupt nicht notwendig (4)	47	24	2	36	37	17	35	21	+40	-12	-13	12	-26	+32
	6%	8%	4%	6%	6%	8%	6%	6%	17%	3%	3%	8%	4%	9%
Weiss nicht	12	7	-	3	9	1	9	2	4	4	2	2	6	4
	1%	2%	-	1%	1%	1%	1%	1%	2%	1%	1%	1%	1%	1%
Keine Angabe / verweigert	2	1	+1	2	-	1	1	-	1	-	-	-	-	1
	**%	**%	**%	**%	-%	**%	**%	-%	**%	-%	-%	-%	-%	**%
MITTEL	1.99	2.11	1.96	1.96	2.02	2.22	2.01	1.83	2.59	1.90	1.77	1.93	1.91	2.18
STD. DEV.	.796	.836	.774	.830	.785	.788	.802	.794	.882	.689	.736	.859	.732	.888

Chi-Test(95%)
 **= signif. grösserer Anteil als in Gesamtpalte
 *= signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte

Sicherheit 2011

Q28: Übersichtstabelle - Beurteilung der Neutralität in Bezug auf ...

Total	... einverstanden										MITTEL	STDERR
	Sehr 1	Eher 2	Eher nicht 3	Gar nicht 4	Weiss nicht	Keine Antwort						
1209 100%	77 6%	342 28%	465 38%	277 23%	43 4%	5 *	2.81	.026				
1209 100%	485 38%	491 41%	146 12%	45 4%	57 5%	5 *	1.80	.024				
1209 100%	78 6%	269 22%	501 41%	286 24%	68 6%	7 1%	2.88	.026				
1209 100%	516 43%	558 46%	79 7%	19 2%	33 3%	4 *	1.66	.020				
1209 100%	204 17%	456 38%	333 28%	141 12%	69 6%	6 *	2.36	.027				
1209 100%	259 21%	475 39%	322 27%	107 9%	37 3%	9 1%	2.24	.026				
1209 100%	144 12%	397 33%	387 32%	161 13%	110 9%	10 1%	2.52	.027				
1209 100%	65 5%	160 13%	468 39%	467 39%	43 4%	6 *	3.15	.025				
1209 100%	69 6%	271 22%	465 38%	295 24%	101 8%	8 1%	2.90	.026				

Q28.01: die europäische Nachbarn

Q28.02: den Staatsgedanken

Q28.03: die politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten

Q28.04: die Vermittlungsrolle der Schweiz

Q28.05: Sicherheit und Stabilität in Europa

Q28.06: internationale Konflikte

Q28.07: die Möglichkeit, sie militärisch glaubhaft zu schützen

Q28.08: die Konditionen, sie aufzugeben

Q28.09: die Sicherheit für die Schweiz

Chi-Test(95%)

*: signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
*: signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



Q28.01: Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - die europäische Nachbarn

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

- Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	1209 100%	873 100%	284 100%	52 100%	631 100%	209 100%	623 100%	377 100%	239 100%	456 100%	416 100%	155 100%	674 100%	351 100%
Sehr einverstanden (1)	77 6%	46 5%	25 9%	6 12%	37 6%	40 6%	10 5%	33 5%	22 9%	31 7%	18 4%	+16 10%	38 6%	20 6%
Eher einverstanden (2)	342 28%	250 28%	81 29%	11 21%	191 26%	191 30%	+74 35%	-157 25%	111 29%	126 28%	103 25%	42 27%	191 28%	105 30%
Eher nicht einverstanden (3)	465 38%	352 40%	98 35%	15 29%	229 40%	236 37%	89 43%	+264 42%	-112 30%	183 40%	176 42%	-40 28%	271 40%	143 41%
Gar nicht einverstanden (4)	277 23%	190 22%	68 24%	+19 37%	148 26%	129 20%	-34 16%	148 24%	95 25%	94 21%	+113 27%	44 28%	145 22%	80 23%
Weiss nicht	43 4%	31 4%	11 4%	2 2%	-10 2%	+33 5%	-1 1%	20 3%	-1 1%	21 5%	-5 1%	+13 8%	26 4%	2 1%
Keine Antwort	5 *%	4 *%	1 *%	- *%	3 1%	2 1%	1 *%	1 *%	1 *%	1 *%	1 *%	- *%	3 *%	1 *%
MITTEL	2.81	2.82	2.77	2.92	2.86	2.76	2.71	2.88	2.64	2.78	2.94	2.79	2.81	2.81
STD. DEV.	0.874	0.844	0.930	1.036	0.890	0.866	0.796	0.844	0.898	0.865	0.837	1.009	0.850	0.854

Chi-Test(95%)
 "*" signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



TABELLE 81

25-FEB-11

Q28.02: Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - den Staatsgedanken

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

- Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.

	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
1209	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	346	-90	+29	220	245	-49	243	+173	-68	175	180	+81	-238	132
	40%	32%	56%	38%	39%	23%	39%	46%	28%	38%	43%	52%	35%	38%
Eher einverstanden (2)	345	128	18	235	256	+107	249	135	103	176	188	-42	+307	135
	41%	40%	35%	41%	41%	51%	40%	36%	43%	39%	45%	27%	46%	38%
Eher nicht einverstanden (3)	146	110	33	80	66	+35	82	-29	+49	58	-33	15	77	52
	12%	13%	6%	14%	10%	17%	13%	8%	21%	13%	8%	10%	11%	15%
Gar nicht einverstanden (4)	29	16	-	28	17	9	21	15	12	19	-8	6	-12	+25
	4%	6%	-	5%	3%	4%	3%	4%	5%	4%	2%	4%	2%	7%
Weiss nicht	38	17	2	-11	+46	7	27	23	7	27	-6	11	37	-6
	5%	4%	4%	2%	7%	3%	4%	6%	3%	6%	1%	7%	5%	2%
Keine Antwort	5	5	-	4	1	2	1	2	-	1	1	-	3	1
	**	1%	-	1%	**	1%	**	1%	-	**	**	-	**	**
MITTEL	1,79	1,91	1,48	1,85	1,75	2,02	1,80	1,68	2,02	1,82	1,68	1,63	1,78	1,91
STD. DEV.	.802	.853	.614	.843	.767	.776	.805	.801	.843	.830	.705	.835	.726	.806

Chi-Test(95%)
 "-*" signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-." signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



25-FEB-11

TABELLE 82

Q28.03: Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - die politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Weichen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

- Unsere politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.

	Total	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
	1209	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
(1)	78	-44	+31	3	33	45	11	34	+33	19	30	22	14	42	17
	6%	5%	11%	6%	6%	7%	5%	5%	9%	8%	7%	5%	6%	6%	5%
(2)	269	190	72	7	120	149	+59	128	82	+76	89	86	28	141	+96
	22%	22%	25%	13%	21%	24%	28%	21%	22%	32%	20%	21%	18%	21%	27%
(3)	501	380	100	21	239	262	100	278	-123	105	191	178	-47	301	144
	41%	44%	35%	40%	41%	42%	48%	45%	33%	44%	42%	43%	30%	45%	41%
(4)	286	202	67	17	+169	-117	-32	150	104	-34	113	+117	45	145	88
	24%	23%	24%	33%	29%	19%	15%	24%	28%	14%	25%	28%	29%	22%	25%
Weiss nicht	68	51	13	4	-13	+55	6	30	+32	-5	30	-12	+20	42	-5
	6%	6%	5%	6%	2%	9%	3%	5%	6%	2%	7%	3%	13%	6%	1%
Keine Antwort	7	6	1	-	4	3	1	3	3	-	3	1	1	3	1
	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%
MITTEL	2,88	2,91	2,75	3,08	2,97	2,79	2,76	2,92	2,87	2,66	2,91	2,97	2,92	2,87	2,88
STD. DEV.	,886	,830	,857	,871	,867	,857	,783	,835	,957	,825	,869	,850	,881	,841	,847

Chi-Test(95%)
 "+", signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-", signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011

SEITE 82



Q28.04:Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - die Vermittlungsrolle der Schweiz

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

- Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	100%	100%	100%	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%				100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	373	115	28	266	250	-64	255	+197	97	192	187	72	-260	170
	43%	40%	54%	46%	40%		41%	52%	41%	42%	45%	46%	39%	48%
Eher einverstanden (2)	409	127	22	267	291	+118	307	-133	114	213	197	-47	+349	152
	46%	47%	45%	46%	46%	56%	49%	35%	48%	47%	47%	30%	52%	43%
Eher nicht einverstanden (3)	60	19	-	30	49	18	38	23	21	30	22	+20	37	21
	7%	7%	-	5%	8%	9%	6%	6%	9%	7%	5%	13%	5%	6%
Gar nicht einverstanden (4)	8	+10	1	7	12	4	8	7	4	9	4	+6	-6	6
	1%	4%	2%	1%	2%	2%	1%	2%	2%	2%	1%	4%	1%	2%
Weiss nicht	33	19	1	-6	+27	4	14	15	3	11	-5	+10	19	-2
	3%	2%	2%	1%	4%	2%	2%	4%	1%	2%	1%	6%	3%	1%
Keine Antwort	4	-	-	2	2	1	1	2	-	1	1	-	3	-
	**	**	-	**	**	**	**	1%	-	**	**	-	**	-
MITTEL	1,66	1,72	1,49	1,61	1,71	1,61	1,67	1,56	1,71	1,68	1,62	1,72	1,63	1,61
STD. DEV.	,682	,732	,612	,646	,701	,669	,653	,702	,688	,691	,685	,854	,623	,681

Chi-Test(95%)
 **= signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * = signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



Q28.05: Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - Sicherheit und Stabilität in Europa

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

- Die bewaffnete Neutralität von der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	links	Mitte	rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	204	43	7	104	100	-15	96	+93	-19	79	+90	26	121	49
	17%	18%	13%	18%	16%	7%	15%	25%	8%	17%	22%	17%	18%	14%
Eher einverstanden (2)	339	97	20	219	237	88	235	133	79	168	+180	64	268	114
	38%	34%	38%	38%	38%	42%	38%	35%	33%	37%	43%	41%	40%	32%
Eher nicht einverstanden (3)	333	244	77	159	174	+76	181	-76	+92	131	-90	-29	172	+127
	28%	27%	23%	28%	28%	36%	29%	20%	38%	29%	22%	19%	26%	36%
Gar nicht einverstanden (4)	141	-83	+49	76	65	20	77	44	+43	46	39	22	-65	50
	12%	10%	17%	13%	10%	10%	12%	12%	18%	10%	9%	14%	10%	14%
Weiss nicht	69	48	17	-16	+53	8	32	29	-8	30	-16	14	45	-10
	6%	6%	8%	3%	8%	4%	5%	8%	3%	7%	4%	9%	7%	3%
Keine Antwort	6	5	1	4	2	2	2	2	-	2	1	-	3	1
	0%	1%	0%	1%	0%	1%	0%	1%	0%	0%	0%	0%	0%	0%
MITTEL	2,31	2,50	2,48	2,37	2,35	2,51	2,41	2,21	2,68	2,34	2,20	2,33	2,29	2,52
STD. DEV.	.891	.972	.967	.938	.896	.778	.911	.979	.867	.903	.868	.954	.895	.913

Chi-Test(95%)
 "+": signif. grosserer Anteil als in Gesamtpalte
 "-": signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte

Sicherheit:2011



Q28.06: Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - internationale Konflikte

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

- Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	187	55	17	123	136	-31	-112	+116	-25	100	+105	+54	140	-56
	21%	19%	33%	21%	22%	15%	18%	31%	10%	22%	25%	35%	21%	16%
Eher einverstanden (2)	346	109	20	219	256	+112	240	-123	99	163	+184	-46	285	138
	39%	40%	38%	38%	41%	54%	39%	33%	41%	36%	44%	29%	42%	39%
Eher nicht einverstanden (3)	245	66	11	161	161	55	183	-84	+80	126	100	30	174	109
	27%	23%	21%	28%	26%	29%	22%	24%	33%	28%	24%	19%	26%	31%
Gar nicht einverstanden (4)	107	-59	3	61	46	-9	61	37	+31	49	-20	15	-49	40
	9%	7%	6%	11%	7%	4%	10%	10%	13%	11%	5%	10%	7%	11%
Weiss nicht	37	29	1	12	25	-1	22	14	-1	15	-6	+9	22	6
	3%	3%	2%	2%	4%	**	4%	4%	**	3%	1%	6%	3%	2%
Keine Antwort	9	2	-	2	7	1	5	3	3	3	1	2	4	2
	1%	1%	-%	**	1%	**	1%	1%	1%	1%	**	1%	1%	1%
MITTEL	2.24	2.37	2.00	2.28	2.20	2.20	2.32	2.12	2.50	2.28	2.09	2.04	2.20	2.39
STD. DEV.	.869	.981	.894	.926	.875	.742	.895	.978	.884	.941	.831	1.003	.864	.894

Chi-Test(95%)
 ** signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



Q28.07: Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - die Möglichkeit, sie militärisch glaubhaft zu schützen

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

- Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	1209	873	284	52	209	623	377	239	468	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	144	96	41	7	-12	75	+57	+45	49	-33	19	71	48
	12%	11%	14%	13%	6%	12%	15%	19%	11%	8%	12%	11%	14%
Eher einverstanden (2)	397	276	108	15	81	195	121	+106	141	127	41	212	+124
	33%	32%	37%	29%	39%	31%	32%	44%	31%	31%	26%	31%	38%
Eher nicht einverstanden (3)	387	295	-74	18	77	212	-98	-51	149	+164	42	232	106
	32%	34%	26%	35%	37%	34%	26%	21%	33%	39%	27%	34%	30%
Gar nicht einverstanden (4)	161	116	36	9	26	86	49	25	60	+70	27	81	49
	13%	13%	13%	17%	12%	14%	13%	10%	13%	17%	17%	12%	14%
Weiss nicht	110	81	26	3	-11	50	+49	-10	+54	-20	+25	+74	-11
	9%	9%	6%	5%	5%	8%	13%	4%	12%	5%	16%	11%	3%
Keine Antwort	10	9	1	-	2	5	3	2	3	2	1	4	3
	1%	1%	**	-*	1%	1%	1%	1%	1%	**	1%	1%	1%
MITTEL	2,52	2,55	2,41	2,59	2,60	2,54	2,43	2,25	2,55	2,69	2,60	2,54	2,46
STD. DEV.	.889	.919	.956	.873	.795	.904	.949	.898	.892	.860	.980	.872	.909

Chi-Test(95%)
 "*" signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 "**" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



TABELLE 87

26-FEB-11

Q28.08: Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - die Konditionen, sie aufzugeben

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

- Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.

	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	links	Mitte	rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	-37	+27	1	31	34	10	27	+28	+22	22	-14	+14	30	20
	4%	10%	2%	5%	5%	5%	4%	7%	9%	5%	3%	4%	4%	6%
Eher einverstanden (2)	114	39	7	81	79	+38	82	40	+47	50	52	20	82	56
	13%	14%	13%	14%	13%	18%	13%	11%	20%	11%	13%	13%	12%	16%
Eher nicht einverstanden (3)	329	120	19	218	250	95	252	-121	92	196	154	-41	279	138
	38%	42%	37%	38%	40%	45%	40%	32%	38%	43%	37%	26%	41%	39%
Gar nicht einverstanden (4)	+359	84	24	235	232	-62	240	165	-71	170	+187	70	255	129
	41%	30%	46%	41%	37%	30%	39%	44%	30%	37%	45%	45%	38%	37%
Weiss nicht	29	13	1	-11	+32	-2	20	+21	5	17	-8	+10	26	-5
	4%	5%	2%	2%	5%	1%	3%	6%	2%	4%	2%	6%	4%	1%
Keine Antwort	5	1	-	2	4	2	2	2	2	1	1	-	2	3
	1%	1%	0%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	1%	0%	1%	1%
MITTEL	3.20	2.97	3.29	3.16	3.14	3.02	3.17	3.19	2.91	3.17	3.26	3.15	3.17	3.10
STD. DEV.	.836	.926	.762	.868	.856	.828	.829	.927	.940	.821	.811	.895	.823	.875

SEITE 87

Sicherheit 2011

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Q28.09: Beurteilung der Neutralität in Bezug auf - die Sicherheit für die Schweiz

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

- Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung von der Neutralität.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Sehr einverstanden (1)	69	19	5	40	29	-5	30	+34	18	27	-15	+19	-29	17
	6%	5%	7%	7%	5%	2%	5%	9%	8%	6%	4%	12%	4%	5%
Eher einverstanden (2)	186	75	10	133	138	46	141	84	+74	103	78	31	137	+95
	21%	26%	19%	23%	22%	22%	23%	22%	31%	23%	19%	20%	20%	27%
Eher nicht einverstanden (3)	349	98	18	231	234	+101	252	-112	85	179	179	-45	263	149
	38%	40%	35%	40%	37%	48%	40%	30%	36%	39%	43%	28%	38%	42%
Gar nicht einverstanden (4)	215	63	17	145	150	44	145	106	-44	101	+127	43	174	71
	24%	22%	33%	25%	24%	21%	23%	28%	18%	22%	31%	28%	26%	20%
Weiss nicht	71	29	1	-25	+76	11	53	37	18	42	-15	17	66	-17
	8%	10%	2%	4%	12%	5%	9%	10%	8%	9%	4%	11%	10%	5%
Keine Antwort	7	-	1	4	4	2	2	4	-	4	2	-	5	2
	1%	-	2%	1%	1%	1%	1%	1%	-	1%	1%	-	1%	1%
MITTEL	2,90	2,80	2,94	2,88	2,92	2,94	2,90	2,86	2,70	2,86	3,05	2,81	2,97	2,83
STD. DEV.	,852	,897	,978	,885	,853	,749	,840	,977	,880	,863	,815	1,029	,841	,822

Chi-Test(95%)

"++" signif. grosserer Anteil als in Gesamtpalte

"-.-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte

Sicherheit:2011

SEITE 88



25-FEB-11

Q29: Schulbildung

Welches ist die höchste Schule, die Sie besucht haben oder die Sie zur Zeit besuchen?

	REGION		GESCHLECHT		ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	links	Mitte	rechts	Tief	Mittel	Hoch	
Total	1209 100%	284 100%	52 100%	578 100%	631 100%	209 100%	623 100%	377 100%	239 100%	456 100%	416 100%	155 100%	674 100%	351 100%	
Primarschule	40 3%	24 8%	-10 -5%	-10 2%	+30 5%	3 1%	-9 1%	+28 7%	8 3%	15 3%	12 3%	+40 26%	- -	- -	
Sekundar-/Rear-/Bezirksschule	115 10%	78 9%	30 11%	-43 7%	+72 11%	-5 2%	53 9%	+57 15%	15 6%	50 11%	30 7%	+115 74%	- -	- -	
Berufsschule/Gewerbeschule/ KV/Handelsschule	555 46%	+438 50%	-90 32%	243 42%	312 49%	92 44%	302 48%	161 43%	-66 28%	+235 52%	204 49%	- -	+555 82%	- -	
Mittelschule/Gymnasium/DMS/ Berufsmatura/WMS	119 10%	-68 8%	+47 17%	4 9%	66 10%	+39 19%	-44 7%	36 10%	30 13%	47 10%	33 8%	- -	+119 18%	- -	
Technikum/Fachhochschule/ Seminar/PH/HWW	199 16%	+170 19%	-23 8%	+130 22%	-69 11%	30 14%	+122 20%	-47 12%	+60 25%	-58 13%	77 19%	- -	- -	+199 57%	
Uni, Poly/ETH/Hochschule	152 13%	-87 10%	+57 20%	84 15%	68 11%	34 13%	80 10%	38 10%	+55 23%	-43 9%	51 12%	- -	- -	+152 43%	
Andere	24 2%	-5 1%	+19 7%	11 2%	13 2%	6 3%	11 2%	7 2%	5 2%	6 1%	8 2%	- -	- -	- -	
Weiss nicht	3 **	2 **	1 **	2 **	1 **	- -	1 **	2 **	- -	2 **	1 **	- -	- -	- -	
Keine Angabe / verweigert	2 **	1 **	1 **	2 **	- -	- -	1 **	1 **	- -	- -	- -	- -	- -	- -	

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtpalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte



25-FEB-11

Q30: Muttersprache

Welches ist Ihre Muttersprache, d.h. die Sprache, in der Sie normalerweise denken?

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Deutsch	+812	-12	-4	396	432	141	436	251	154	313	302	94	+490	236
	68%	4%	8%	69%	68%	67%	70%	67%	64%	69%	73%	61%	73%	67%
Französisch	-20	+251	-1	129	143	46	130	96	+68	101	-77	+47	-126	81
	22%	88%	2%	22%	23%	22%	21%	25%	28%	22%	19%	30%	19%	23%
Italienisch	-13	-2	+46	33	28	11	30	20	7	23	26	6	36	18
	5%	1%	88%	6%	4%	5%	5%	5%	3%	5%	6%	4%	5%	5%
Rätoromanisch	7	1	-	3	4	-	5	2	1	5	1	1	4	2
	1%	**	-%	1%	1%	-%	-%	1%	**	1%	**	1%	1%	1%
Andere Sprache	-22	+17	6	16	24	11	22	7	9	14	10	7	18	14
	3%	6%	2%	3%	4%	5%	4%	2%	4%	3%	2%	5%	3%	4%
Keine Angabe / verweigert	1	1	-	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-
	**%	**%	-%	**%	-%	-%	-%	**%	-%	-%	-%	-%	-%	-%

Chi-Test(95%)
 "+": signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-": signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011



TABELLE 91

25-FEB-11

Q31: Einteilung Schweizer Armee

Sind Sie in der Schweizer Armee eingeteilt oder eingeteilt gewesen?

	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
Ja, BIN im Militär eingeteilt	+7%	-8%	3%	+86%	-3%	+47%	-27%	-15%	13%	-22%	+49%	6%	47%	34%
	9%	3%	6%	15%	%	22%	4%	4%	5%	5%	12%	4%	7%	10%
Ja, WAR im Militär eingeteilt	390	278	93	+369	-21	-23	+237	130	69	140	+164	43	-189	+146
	32%	33%	37%	64%	3%	11%	38%	34%	29%	31%	39%	28%	28%	42%
Nein, nicht im Militär eingeteilt (gewesen)	729	182	30	-122	+607	139	359	231	157	294	-203	106	+438	-171
	60%	59%	64%	21%	96%	67%	58%	61%	66%	64%	49%	68%	65%	49%
Keine Angabe / verweigert	1	1	%	1	%	-5%	-5%	1	-5%	-5%	-5%	-5%	-5%	-5%
	1%	%	-5%	1%	-5%	-5%	-5%	1%	-5%	-5%	-5%	-5%	-5%	-5%

Chi-Test(95%)
 * = signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 ** = signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



Q32: Politischer Standort

"Links, Mitte, Rechts" sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) etwa stehen?

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
0 ganz links	12	7	4	6	3	3	-2	+7	+12	-	-	3	4	5
1	5	3	2	1	1	1	1	4	+5	-	-	1	2	1
2	27	-14	+11	2	13	+10	9	8	+27	-	-	2	11	+14
3	67	49	16	2	27	40	15	40	+67	-	-	-3	-27	+37
4	128	88	37	3	58	70	27	31	+128	-	-	14	-52	+58
5 Mitte	456	330	105	21	-189	+267	-46	247	-	+456	-	65	+282	-101
6	136	+109	25	2	+78	-59	26	74	-	100%	-	42%	42%	29%
7	142	105	29	8	+92	-50	+40	72	-	-	+136	13	76	43
8	88	67	17	4	+57	-31	18	43	27	-	+88	7	53	27
9	22	17	3	2	15	7	5	11	6	-	+22	4	13	5
10 ganz rechts	28	24	-2	2	11	17	6	-8	+14	-	+28	6	19	-2
Weiss nicht	56	-32	+20	4	-15	+41	9	22	+25	-	-	+17	32	-3
Keine Angabe	42	28	13	1	16	26	4	21	17	-	-	8	27	4
MITTEL	5,44	5,53	5,10	5,64	5,66	5,22	5,55	5,39	5,46	3,23	5,00	7,19	5,45	5,60
STD. DEV.	1,738	1,721	1,699	2,015	1,755	1,694	1,988	1,588	1,829	1,066	1,150	1,860	1,670	1,778

Sicherheit 2011

Chi-Test(95%)
 "+" signif. grosserer Anteil als in Gesamtpalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte



TABELLE 93

25-FEB-11

WEMF - Region

Total	REGION			GESCHLECHT		ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch	
	873 100%	284 100%	52 100%	578 100%	631 100%	209 100%	623 100%	377 100%	239 100%	456 100%	416 100%	155 100%	674 100%	351 100%	
284 23%	+284 100%	-	-	133 23%	151 24%	50 24%	141 23%	93 25%	+70 29%	105 23%	-76 18%	46 30%	-137 20%	80 23%	
320 26%	-	-	-	158 27%	162 26%	59 28%	172 28%	89 24%	60 25%	120 28%	112 27%	33 21%	+205 30%	81 23%	
254 21%	+254 29%	-	-	119 21%	135 21%	40 19%	129 21%	85 23%	44 18%	109 24%	84 20%	36 23%	133 20%	81 23%	
299 25%	+299 34%	-	-	143 25%	196 25%	52 25%	154 25%	93 25%	57 24%	101 22%	+126 30%	33 21%	168 25%	95 27%	
Tessin 4%	-	-	-	25 4%	27 4%	8 4%	27 4%	17 4%	8 3%	21 5%	18 4%	7 5%	31 5%	14 4%	

SEITE 93

Sicherheit 2011

Chi-Test(95%)
 "-," signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-." signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



Agglomerationsgrösse (N.Z. 2000, wirtschaftliche Wohnbevölkerung)

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
1209	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
200'000 ++	372	254	+118	-169	203	59	187	126	+94	-121	127	38	189	+130
	31%	29%	42%	29%	32%	28%	30%	33%	39%	27%	31%	25%	25%	37%
100'000 - 199'999	122	+107	-	55	67	23	67	32	18	47	47	17	72	33
	10%	12%	-	10%	11%	11%	11%	8%	8%	10%	11%	11%	11%	9%
50'000 - 99'999	175	119	44	81	94	31	83	61	32	+81	50	19	105	46
	14%	14%	15%	14%	15%	15%	13%	16%	13%	18%	12%	12%	16%	13%
20'000 - 49'999	136	86	32	67	69	21	72	43	32	50	44	19	72	43
	11%	10%	11%	12%	11%	10%	12%	11%	13%	11%	11%	12%	11%	12%
10'000 - 19'999	11	10	1	7	4	2	5	4	4	5	1	2	4	5
	1%	1%	-	1%	1%	1%	1%	1%	2%	1%	1%	1%	1%	1%
5'000 - 9'999	59	47	12	27	32	10	31	18	12	25	17	5	37	16
	5%	5%	4%	5%	5%	5%	5%	5%	5%	5%	4%	3%	5%	5%
2'000 - 4'999	151	+125	26	+85	-66	34	82	-35	22	50	62	20	91	36
	12%	14%	9%	15%	10%	16%	13%	9%	9%	11%	15%	13%	14%	10%
1'000 - 1'999	94	71	22	40	54	17	51	26	13	39	34	14	55	23
	8%	8%	8%	7%	9%	8%	8%	7%	5%	9%	8%	9%	8%	7%
-999	89	-54	+29	6	42	12	45	32	12	38	34	+21	49	19
	7%	6%	10%	8%	7%	6%	7%	8%	5%	8%	8%	14%	7%	5%

Chi-Test(95%)
 "+" signif. grösserer Anteil als in Gesamtpalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte

Sicherheit 2011

TABELLE 95



25-FEB-11

Ortsgrösse (VZ 2000, wirtschaftliche Wohnbevölkerung)

	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
200'000 ++	+32	-5	-	16	16	2	21	9	+12	8	10	3	14	14
	4%	-1%	-1%	3%	3%	1%	3%	2%	5%	2%	2%	2%	2%	4%
100'000 - 199'999	-39	+37	-	32	44	12	36	28	20	29	-17	13	36	24
	6%	13%	-6%	6%	7%	6%	6%	7%	8%	6%	4%	8%	5%	7%
50'000 - 99'999	24	-	+6	13	17	6	15	9	6	8	13	4	18	8
	3%	-5%	12%	2%	3%	3%	2%	2%	3%	2%	3%	3%	3%	2%
20'000 - 49'999	-60	+43	-	50	53	11	63	29	27	43	28	13	53	32
	9%	15%	-9%	9%	8%	5%	10%	8%	11%	9%	7%	8%	8%	9%
10'000 - 19'999	143	47	6	91	105	37	89	70	47	73	61	20	112	57
	16%	17%	12%	16%	14%	18%	14%	19%	20%	16%	15%	13%	17%	16%
5'000 - 9'999	171	-37	11	103	116	39	113	67	46	88	69	24	122	70
	19%	13%	21%	18%	18%	19%	18%	18%	19%	19%	17%	15%	18%	20%
2'000 - 4'999	+231	-50	11	148	144	59	146	87	48	98	+118	35	170	80
	24%	18%	21%	26%	23%	28%	23%	23%	20%	21%	28%	23%	25%	23%
1'000 - 1'999	109	33	7	68	81	25	84	40	-19	63	54	22	83	41
	12%	12%	13%	12%	13%	12%	13%	11%	8%	14%	13%	14%	12%	12%
-999	-64	+37	+11	57	55	18	96	38	14	46	46	21	66	25
	7%	13%	21%	10%	9%	9%	9%	10%	6%	10%	11%	14%	10%	7%

Chi-Test(95%)
 * = signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 ** = signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

25-FEB-11

TABELLE 96



Städtische/Ländliche Gebiete

Total	REGION		GESCHLECHT		ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch	
1209 100%	873 100%	284 100%	52 100%	578 100%	631 100%	209 100%	623 100%	377 100%	239 100%	456 100%	416 100%	155 100%	674 100%	351 100%	
Kernstadt einer Agglomeration 24%	-186 21%	+89 31%	16 31%	131 23%	160 25%	42 20%	151 24%	98 26%	+77 32%	113 25%	-75 18%	41 26%	152 23%	89 25%	
Andere Agglomerationsgemeinde 43%	381 44%	105 37%	29 56%	242 42%	273 43%	92 44%	258 41%	165 44%	100 42%	186 41%	193 46%	52 34%	286 42%	164 47%	
Isolierte Stadt 1%	9 1%	1 **	- -	6 1%	4 1%	2 1%	5 1%	3 1%	3 1%	5 1%	1 **	2 1%	4 1%	4 1%	
Ländliche Gemeinde 33%	393 34%	89 31%	7 13%	199 34%	104 31%	73 35%	209 34%	111 29%	59 25%	152 33%	147 35%	60 39%	232 34%	94 27%	

Chi-Test(95%)

"+" signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-" signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit:2011

SEITE 96



TABELLE 97

25-FEB-11

S01: Anzahl Stimmberechtigte im Haushalt

Wie viele in der Schweiz stimmberechtigte Personen (also Schweizer Bürgerinnen oder Bürger über 18 Jahre) leben normalerweise in Ihrem Haushalt? Rechnen Sie sich mit ein.

	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULENBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
Total	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
1 Person	300	81	11	-124	+176	-23	-109	+168	55	113	99	+60	-150	76
	25%	28%	21%	21%	28%	11%	17%	45%	23%	25%	24%	39%	22%	22%
2 Personen	523	377	123	253	270	-70	279	174	111	182	187	61	299	155
	43%	43%	44%	44%	43%	33%	45%	46%	46%	40%	45%	39%	44%	44%
3 Personen	211	150	52	109	102	+60	+128	-23	42	91	66	23	123	61
	17%	18%	17%	19%	16%	29%	21%	6%	18%	20%	16%	15%	18%	17%
4 Personen	133	+111	-15	67	66	+36	+65	-12	22	57	47	-9	80	44
	11%	13%	5%	12%	10%	17%	14%	3%	9%	13%	11%	9%	12%	15%
5 Personen	36	23	11	20	16	+15	21	-	9	12	12	2	18	14
	3%	3%	4%	3%	3%	7%	3%	-%	4%	3%	3%	1%	3%	4%
6 Personen	6	4	2	5	1	+5	1	-	-	1	+5	1	4	1
	**	**	1%	1%	**	2%	**	-%	-%	**	1%	1%	1%	**
MITTEL	2.26	2.29	2.15	2.34	2.17	2.83	2.41	1.68	2.24	2.29	2.28	1.93	2.30	2.34
STD. DEV.	1.070	1.072	1.060	1.086	1.041	1.195	1.043	-.730	1.029	1.067	1.106	.981	1.061	1.088

Chi-Test(95%)
 ** signif. grosserer Anteil als in Gesamtpalte
 * signif. kleinerer Anteil als in Gesamtpalte



TABELLE 98

25-FEB-11

S02: Alter

Darf ich fragen, wie alt Sie sind?

Total	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoeh
1209 100%	873 100%	284 100%	52 100%	578 100%	631 100%	209 100%	623 100%	377 100%	239 100%	456 100%	416 100%	155 100%	674 100%	351 100%
18-29 Jahre 17%	151 17%	50 18%	8 15%	107 19%	102 16%	+209 100%	- 0%	- 0%	+55 23%	-46 10%	+95 23%	-8 5%	+131 19%	64 18%
30-59 Jahre 52%	455 52%	141 50%	27 52%	306 53%	317 50%	- 0%	+623 100%	- 0%	125 52%	247 54%	208 50%	-62 40%	346 51%	209 58%
60+ Jahre 31%	377 31%	267 33%	93 33%	165 29%	212 34%	- 0%	- 0%	+377 100%	-59 25%	+163 36%	113 27%	+85 55%	197 28%	-85 24%
MITTEL 50,98	51,06	50,44	52,58	49,92	51,96	23,35	47,98	71,27	47,32	54,38	48,22	60,59	49,86	48,71
STD.DEV. 17,84	17,927	17,809	16,696	17,722	17,905	3,483	7,538	8,357	17,461	16,142	18,411	17,122	17,955	16,325

SEITE 98

Sicherheit 2011

Chi-Test(95%)
 "+" signifikant grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-" signifikant kleinerer Anteil als in Gesamtspalte



TABELLE 99

25-FEB-11

S03: Geschlecht

Geschlecht

Total	REGION		GESCHLECHT		ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG		
	D-CH	F-CH	L-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0/4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel
1209	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
578	420	133	25	+578	-	107	306	165	105	-189	+253	-53	-296	+214
48%	48%	47%	48%	100%	-%	51%	49%	44%	44%	41%	61%	34%	44%	61%
631	453	151	27	-	+631	102	317	212	134	+267	-163	+102	+378	-137
52%	52%	53%	52%	100%	-%	49%	51%	56%	56%	59%	39%	66%	56%	39%

Chi-Test(95%)
 "+": signif. grösserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-": signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011

SEITE 99



25-FEB-11

TABELLE 100

S04: Stimm- und wahlberechtigt

Sind Sie in der Schweiz stimm- und wahlberechtigt?

Total	REGION		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			SCHULBILDUNG			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29 Jahre	30-59 Jahre	60+ Jahre	0-4 links	5 Mitte	6-10 rechts	Tief	Mittel	Hoch
1209	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
1209	873	284	52	578	631	209	623	377	239	456	416	155	674	351
100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Chi-Test(95%)
 "+": signif. grosserer Anteil als in Gesamtspalte
 "-": signif. kleinerer Anteil als in Gesamtspalte

Sicherheit 2011

SEITE 100

Center for Security Studies

Das Center for Security Studies der ETH Zürich wurde 1986 gegründet und befasst sich in Lehre und Forschung mit Fragen der schweizerischen und internationalen Sicherheitspolitik. Im Rahmen des International Relations and Security Network (ISN) entwickelt und betreibt das Center zudem spezialisierte elektronische Informationsdienste. Das Center ist Mitglied des Zentrums für Vergleichende und Internationale Studien (CIS).

Militärakademie

Die Militärakademie an der ETH Zürich (MILAK) ist die Aus- und Weiterbildungsstätte für Berufsoffiziere. Neben der Lehrtätigkeit wird an der MILAK Forschung in den Bereichen Menschenführung und Kommunikation, Militärpädagogik und -psychologie, Militärgeschichte, Strategische Studien, Militärökonomie und Militärsoziologie betrieben. Die Ergebnisse schlagen sich in einer regen Vortrags- und Publikationstätigkeit nieder und bilden eine wichtige Grundlage für die Lehre.

Sicherheit

Die Jahresstudien «Sicherheit», welche die Militärakademie und das Center for Security Studies gemeinsam publizieren, dienen der Ermittlung langfristiger Trends und Tendenzen in der aussen-, sicherheits-, und wehrpolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahres- und Zweijahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen und beinhalten die Wiederholung von Kernfragen zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Erhebungen zu ausgewählten Vertiefungsthemen.